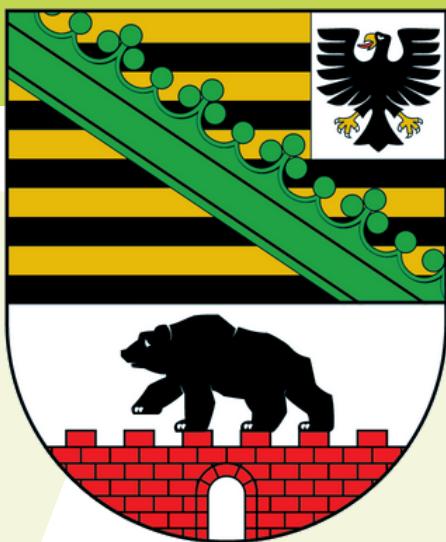


Sachsen-Anhalt-Monitor

2025



**Zwischen Autokratisierung und Demokratisierung:
Befunde zu einer Gesellschaft im Richtungsstreit**

Prof.in Dr. Katrin Reimer-Gordinskaya | Prof. Dr. Gert Pickel | Nikolay Dimitrov, M.Sc.

Institut für demokratische Kultur
Hochschule Magdeburg-Stendal

Inhaltsverzeichnis

ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	3
TABELLENVERZEICHNIS	5
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	6
ZENTRALE ERGEBNISSE	7
1. EINE GRUNDLEGENDE EINORDNUNG DES SACHSEN-ANHALT-MONITORS 2025	10
2. SACHSEN-ANHALT: LAND UND LEUTE AUS SICHT SEINER BÜRGER	22
3. DIE POLITISCHE KULTUR IN SACHSEN-ANHALT 2025.....	52
4. RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN UND GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT	86
5. ANTISEMITISMUS IN SACHSEN-ANHALT	133
LITERATURVERZEICHNIS.....	180
AUTOR:INNENVERZEICHNIS	203
ANHÄNGE	204

Abbildungsverzeichnis

ABB. 2.1: ZUFRIEDENHEIT MIT DEM LEBEN IN SACHSEN-ANHALT	24
ABB. 2.2: VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN ENTITÄTEN.....	25
ABB. 2.3: ENTWICKLUNG DER VERBUNDENHEIT MIT ENTITÄTEN, 2007–2025	26
ABB. 2.4: VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN ENTITÄTEN NACH ALTERSGRUPPEN.....	28
ABB. 2.5: VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN ENTITÄTEN NACH PARTEIBINDUNG.....	30
ABB. 2.6: EINSCHÄTZUNG DER ZUKUNFT UND WIRTSCHAFTLICHEN LAGE	32
ABB. 2.7: ENTWICKLUNG DER ZUKUNFTSERWARTUNG UND WIRTSCHAFTLICHEN LAGE, 2012–2025 .	33
ABB. 2.8: GERECHTER ANTEIL IM VERGLEICH ZU ANDEREN IN DEUTSCHLAND	34
ABB. 2.9: ZUKUNFT UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE NACH RELATIVER DEPRIVATION.....	35
ABB. 2.10: ZUKUNFTSERWARTUNG UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE NACH EINKOMMEN	35
ABB. 2.11: ZUKUNFT UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE NACH ERWERBSSTATUS.....	36
ABB. 2.12: WAHRNEHMUNG VON GLOBALEN UND GESELLSCHAFTLICHEN HERAUSFORDERUNGEN ...	38
ABB. 2.13: WAHRNEHMUNG VON HERAUSFORDERUNGEN NACH SOZIALSTRUKTURELLEN MERKMALEN	39
ABB. 2.14: WAHRNEHMUNG VON GLOBALEN UND GESELLSCHAFTLICHEN HERAUSFORDERUNGEN ...	40
ABB. 2.15: EINSCHÄTZUNG DER EIGENEN SITUATION IN DER GESELLSCHAFTLICHEN TRANSFORMATION NACH EINKOMMEN UND BILDUNG	41
ABB. 2.16: BENACHTEILIGUNG UND DEPRIVATION NACH POLITISCHER ORIENTIERUNG.....	43
ABB. 2.17: URSAECHEN HOHE BENACHTEILIGUNG/RELATIVE DEPRIVATION REchts DER MITTE	44
ABB. 2.18: DIE WICHTIGSTEN PROBLEME, DIE IN SACHSEN-ANHALT ZU LÖSEN SIND.....	46
ABB. 2.19: WAS SCHÄTZEN SIE AN SACHSEN-ANHALT GANZ BESONDERS?.....	48
ABB. 3.1: DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS, POLITISCHE EINSTELLUNGEN UND POLITISCHE KULTUR	55
ABB. 3.2: DEMOKRATIE ALS BESTE STAATIDEE	57
ABB. 3.3: ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND.....	58
ABB. 3.4: VERTRAUEN IN POLITISCHE INSTITUTIONEN 2025.....	59
ABB. 3.5: VERTRAUEN IN POLITISCHE INSTITUTIONEN NACH ALTER.....	61
ABB. 3.6: ZUFRIEDENHEIT MIT DER EIGENEN UND ALLGEMEINEN WIRTSCHAFTSLAGE	61
ABB. 3.7: ZUFRIEDENHEIT MIT DER EIGENEN UND ALLGEMEINEN WIRTSCHAFTSLAGE IM ZEITVERGLEICH	62
ABB. 3.8: ZUFRIEDENHEIT MIT DER POLITISCHEN EFFEKTIVITÄT UND PERFORMANZ	63
ABB. 3.9: BEFÜRWORTUNG UND ABLEHNUNG ANTIDEMOKRATISCHER SYSTEMALTERNATIVEN	66
ABB. 3.10: ABLEHNUNG VON ANTIDEMOKRATISCHEN SYSTEMALTERNATIVEN NACH ALTER	67
ABB. 4.1: ANTWTVERTEILUNG ZU AUSSAGEN DES AUTORITARISMUS.....	96
ABB. 4.2: AUTORITARISMUS - VERGLEICH ZWISCHEN SAM 2025 UND LAS 2024	97
ABB. 4.3: ANTWTVERTEILUNG ZU AUSSAGEN DER VERSCHWÖRUNGSMENTALITÄT.....	98
ABB. 4.4: VERSCHWÖRUNGSMENTALITÄT - VERGLEICH SAM 2025 UND LAS 2024.....	99
ABB. 4.5: ANTWTVERTEILUNG ZU AUSSAGEN DER SOZIALE DOMINANZORIENTIERUNG	100
ABB. 4.6: ABLEHNUNG, MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZU AUSSAGEN DER DIKTATURBEFÜRWORTUNG	102



ABB. 4.7: ABLEHNUNG, MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZU AUSSAGEN DER SOZIALDARWINISMUS UND VERHARMLOSUNG DES NATIONALSOZIALISMUS	104
ABB. 4.8: ABLEHNUNG, MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZU AUSSAGEN DER CHAUVINISMUS UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT.....	105
ABB. 4.9: KLASSISMUS IN SACHSEN-ANHALT.....	117
ABB. 4.10: VORURTEILE UND GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT IN SACHSEN-ANHALT	118
ABB. 4.11: : ANTIMUSLIMISCHE UND ANTIZIGANISTISCHE EINSTELLUNGEN IN LAND UND BUND	120
ABB. 4.12: AKZEPTANZ UND ABLEHNUNG GESCHLECHTLICHER UND SEXUELLER VIELFALT.....	121
ABB. 4.13: ABLEHNUNG GESCHLECHTLICHER UND SEXUELLER VIELFALT NACH GESCHLECHT UND BILDUNG	122
ABB. 4.14: ENTWICKLUNG DER EINSTELLUNGEN ZU SEXUELLEN UND GESCHLECHTLICHER VIELFALT IN SACHSEN-ANHALT (STIMME SEHR ZU).....	122
ABB. 5.1: ANTWORTVERTEILUNG ZUR AUSSAGE „JUDEN HABEN... ZU VIEL EINFLUSS“ 2012 - 2020 .	148
ABB. 5.2: ABLEHNUNG, LATENTE UND MANIFESTE ZUSTIMMUNG ZUR AUSSAGE „JUDEN HABEN... ZU VIEL EINFLUSS“ 2012 - 2020.....	149
ABB. 5.3: ANTWORTVERTEILUNG ZU AUSSAGEN DES SEKUNDÄREN ANTISEMITISMUS 2012-2020 ...	150
ABB. 5.4: ABLEHNUNG, LATENTE UND MANIFESTE ZUSTIMMUNG ZU AUSSAGEN DES SEKUNDÄREN ANTISEMITISMUS 2012-2020	152
ABB. 5.5: ANTWORTVERTEILUNG ZU ANTISEMITISCHEN AUSSAGEN SAM 2020.....	154
ABB. 5.6: ABLEHNUNG, LATENTE UND MANIFESTE ZUSTIMMUNG ZU ANTISEMITISCHEN AUSSAGEN SAM 2020.....	155
ABB. 5.7: ANTWORTVERTEILUNG ZU AUSSAGEN DES TRADIERTEN ANTISEMITISMUS UND ANTIJUDAISMUS	158
ABB. 5.8: ABLEHNUNG, LATENTE UND MANIFESTE ZUSTIMMUNG ZU AUSSAGEN DES TRADIERTEN ANTISEMITISMUS UND ANTIJUDAISMUS.....	159
ABB. 5.9: ANTWORTVERTEILUNG ZU AUSSAGEN DES SEKUNDÄREN ANTISEMITISMUS.....	160
ABB. 5.10: ABLEHNUNG, MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZU AUSSAGEN DES SEKUNDÄREN ANTISEMITISMUS.....	161
ABB. 5.11: ANTWORTVERTEILUNGEN ZU AUSSAGEN DES ISRAELBEZOGENEN ANTISEMITISMUS.....	162
ABB. 5.12: ABLEHNUNG, MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZU AUSSAGEN DES ISRAELBEZOGENEN ANTISEMITISMUS.....	163
ABB. 5.13: ANTWORTVERTEILUNG ZU AUSSAGEN DES ANTISEMITISCHEN ANTIZIONISMUS UND „POSTKOLONIALEN‘ ANTISEMITISMUS.....	165
ABB. 5.14: ABLEHNUNG, MANIFESTE UND LATENTE ZUSTIMMUNG ZU AUSSAGEN DES ANTISEMITISCHEN ANTIZIONISMUS UND „POSTKOLONIALEN‘ ANTISEMITISMUS	166

Tabellenverzeichnis

TAB. 2.1: VERBUNDENHEIT MIT ENTITÄTEN NACH BILDUNGSNIVEAU	28
TAB. 2.2: VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN ENTITÄTEN NACH ÄQUIVALENZEINKOMMEN.....	29
TAB. 2.3: ZUKUNFT UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE NACH PARTEIVERBUNDENHEIT.....	37
TAB. 3.1: BEZIEHUNGEN ZWISCHEN PERFORMANZ, DEMOKRATIELEGITIMITÄT UND VERTRAUEN	64
TAB. 3.2: TYPISIERUNG DER DEMOKRATIETYPEN.....	68
TAB. 3.3: BEZIEHUNGEN ZWISCHEN ABLEHNUNG DES STAATES UND BEFÜRWORTUNG VON SYSTEMALTERNATIVEN.....	75
TAB. 3.4: BEZIEHUNGEN ZWISCHEN ANTIDEMOKRATISCHEN EINSTELLUNGEN UND GEWALTAKZEPTANZ	76
TAB. 3.5: ERKLÄRUNG DER UNTERSTÜTZUNG DER DEMOKRATIE ODER ANTIDEMOKRATISCHER SYSTEMALTERNATIVEN.....	80
TAB. 3.6: VOM ENGAGEMENT ZUM SOZIALEN VERTRAUEN UND ZUM INSTITUTIONENVERTRAUEN.....	84
TAB. 4.1: ANTWERTVERTEILUNG ZU FACETTEN DER RECHTSEXTREMEN EINSTELLUNG SAM 2025 ...	101
TAB. 4.2: VERBREITUNG DER KOHÄRENT UND GESCHLOSSEN RECHTSEXTREMEN EINSTELLUNG	107
TAB. 4.3: DIE KOHÄRENT UND GESCHLOSSEN RECHTSEXTREME EINSTELLUNG NACH LINKS-RECHTS- SELBSTEINORDNUNG.....	109
TAB. 4.4: DIE KOHÄRENT UND GESCHLOSSEN RECHTSEXTREME EINSTELLUNG NACH PARTEIBINDUNG	110
TAB. 4.5: GESCHLOSSEN UND KOHÄRENT RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN NACH ALTER.....	111
TAB. 4.6: GESCHLOSSEN UND KOHÄRENT RECHTSEXTREME EINSTELLUNG NACH FORMALER BILDUNG	112
TAB. 4.7: REGRESSIONSANALYSE AUF RECHTSEXTREMISMUS (GESAMTE SKALA)	114
TAB. 4.8: ERKLÄRUNG VON VORURTEILEN JE DIMENSION.....	124
TAB. 4.9: GRUPPENBEZOGENE VORURTEILE UND EINSTELLUNGEN ZU GEWALT UND DEMOKRATIE....	126
TAB. 4.10: FACETTEN DER RECHTSEXTREMEN ORIENTIERUNG 2012-2025	129
TAB. 4.11: FACETTEN GRUPPENBEZOGENER VORURTEILE 2018-2025	130
TAB. 5.1: MESSINDIKATOREN FÜR ANTISEMITISCHE RESENTIMENTS.....	142
TAB. 5.2: ERGEBNISSE DER FAKTORENANALYSE ANTISEMITISCHER STATEMENTS	144
TAB. 5.3: KORRELATIONEN DER DIMENSIONEN ANTISEMITISCHER RESENTIMENTS	145
TAB. 5.4: ANTISEMITISCHE EINSTELLUNGEN NACH ALTERSGRUPPEN	167
TAB. 5.5: ANTISEMITISCHE EINSTELLUNGEN NACH BILDUNGSNIVEAU	169
TAB. 5.6: ANTISEMITISCHE EINSTELLUNGEN NACH PARTEIBINDUNG	169
TAB. 5.7: ZUSTIMMUNG ZU AUSSAGEN ÜBER ISRAEL UND DEN NAHOSTKONFLIKT NACH POLITISCHER LINKS-RECHTS- SELBSTEINORDNUNG	172
TAB. 5.8: REGRESSIONSANALYSE AUF TRADIERTEN UND SCHULDABWEHRANTISEMITISMUS	175
TAB. 5.9: REGRESSIONSANALYSE AUF ISRAELBEZOGENEN UND ‚POSTKOLONIALEN‘ ANTISEMITISMUS.	176

Abkürzungsverzeichnis

ADL Anti-Defamation-League

DPA Deutsche Presseagentur

GMF Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

IfS Institut für Sozialforschung

IfS Institut für Staatspolitik

IRHA International Holocaust Remembrance Association

JDA Jerusalem Declaration of Antisemitism

KSA Kurzskala Autoritarismus

KSDO-3 Kurzskala Soziale Dominanzorientierung

LAMSA Landesarbeitsgemeinschaft der Migrantenselbstorganisationen

LAS Leipziger Autoritarismus-Studie

RIAS Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus

SAM Sachsen-Anhalt-Monitor

Zentrale Ergebnisse

1. Die Menschen sind mit ihrem Leben zufrieden und nicht nur dem Land positiv verbunden

Die Menschen zeigen eine hohe Lebenszufriedenheit und die im SAM bislang höchste gemessene Verbundenheit mit dem Gemeinwesen. Am meisten gilt dies für den Wohnort und Ostdeutschland, aber auch für Sachsen-Anhalt, Deutschland und Europa werden Höchstwerte erreicht. An Sachsen-Anhalt wird besonders die ländliche und kleinstädtische Struktur geschätzt; auch das soziale Miteinander und der Zusammenhalt werden gewürdigt.

2. Persönliche Zukunft: positiv; Lage des Landes: gedämpfte Erwartung. Wichtigste Probleme

Die persönliche Zukunft und die eigene wirtschaftliche Lage werden von 60 Prozent positiv bewertet, die Sicht auf die Zukunft und wirtschaftliche Lage des Landes ist indes gedämpft – nur 17 Prozent schätzen sie positiv ein. Immerhin 62 Prozent sehen sich als Ostdeutsche benachteiligt. Zu den wichtigsten Problemen, die im Land zu lösen sind, zählen: Infrastruktur, Wirtschaft, Soziales und Erwerbsarbeit; Migration und Integration liegen danach etwa gleichauf mit Bildung.

3. Ausgeprägte Veränderungsbereitschaft bei deutlicher Verunsicherung und Sorge um Frieden

Der Wandel zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft findet Unterstützung bei 70 Prozent, die davon ausgehen die Lebensweise ändern zu müssen, um dem Klimawandel zu begegnen. Allerdings sind auch 44 Prozent angesichts von geo-politischen und anderen Verwerfungen verunsichert und finden sich nicht mehr zurecht. Sogar 83 Prozent bekennen die Sorge, in Zukunft nicht mehr in Frieden leben zu können.

4. Befürwortung der Demokratie groß, Zufriedenheit mit ihrem Funktionieren moderat

Die Idee der Demokratie findet bei den Sachsen-Anhaltern große Zustimmung, aber mit ihrem Funktionieren gibt es eine nur moderate Zufriedenheit. Zu den Ursachen gehören die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftslage in Sachsen-Anhalt und mit der wahrgenommenen politischen (In-)Effektivität. Auch das Gefühl, nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu bekommen und der Verschwörungsglauben sind toxisch für die Unterstützung einer demokratisch politischen Kultur.

5. Das Vertrauen in Landesregierung und Landtag ist hoch, in Polizei und Justiz höher

Dem Landtag Sachsen-Anhalts vertrauen 62 Prozent, der Landesregierung 64 Prozent und damit sind es im Vergleich zur Bundesregierung 13 Prozent mehr. Noch höher fällt das Vertrauen in die Exekutive (Polizei, 83 Prozent), und Legislative (Justiz und Gerichte, 68 Prozent) und der Wissenschaft (71 Prozent) aus. Am geringsten ist das Vertrauen in Kirchen (33 Prozent) und politische Parteien (34 Prozent). Dabei vertrauen ältere Bürger den Institutionen jeweils mehr als jüngere.



6. In Sachsen-Anhalt gibt es sehr wenige Autokraten, aber viele fragile Demokraten

Die große Zustimmung zur Idee der Demokratie geht nicht mit einer Mehrheit solider Demokraten einher. Es sind mit 43,5 Prozent weniger als die Hälfte, die Demokratie ohne antidemokratische Systemalternativen befürworten. Zwar sind Autokraten mit 3 Prozent eine sehr kleine Minderheit, aber 54 Prozent gehören zu den fragilen Demokraten. Sie schließen antidemokratische Systemalternativen (Einparteiensystem, starker Führer, Diktatur) nicht aus. Besonders häufig ist dies bei Bürgern mit formal niedriger Bildung (75 Prozent) und mit einer rechten politischen Orientierung (84 Prozent) der Fall.

7. Engagement schafft soziales Vertrauen, Vertrauen fördert demokratische Kultur

In Sachsen-Anhalt ist ein vielfältiges freiwilliges Engagement zu verzeichnen. Aktuell engagieren sich rund 12 Prozent und 10 Prozent sind Mitglied in einer zivilgesellschaftlichen Organisation. 69 bzw. 72 Prozent haben sich bereits engagiert oder würden dies tun. Sie machen das motivierbare Potenzial der Mitgestaltung des Gemeinwesens aus. Dieses Engagement erzeugt ein allgemeines Vertrauen in die Mitmenschen, das wiederum für die Unterstützung der demokratischen politischen Kultur wichtig ist.

8. Neo-nazistische Einstellungen werden mehrheitlich zurückgewiesen, Vorurteile breit geteilt

Die geschlossen rechtsextreme Einstellung ist mit unter 10 Prozent begrenzt und Neo-NS-Ideologien werden mehrheitlich zurückgewiesen. Aber Ethnozentrismus und gruppenbezogene Vorurteile sind weit verbreitet: Chauvinismus erfährt teilweise keine klare Ablehnung durch die Mehrheit, Ausländerfeindlichkeit wird deutlich oder knapp von der Mehrheit geteilt. 52 Prozent halten den Islam für eine rückständige Religion. Besonders vulnerable Gruppen erfahren kaum Empathie oder Solidarität: 81 Prozent meinen, Langzeitarbeitslose würden sich auf Kosten der Gesellschaft ein schönes Leben machen, und 52 Prozent möchten das Asylrecht eindeutig restriktiv gehandhabt wissen. Ursächlich sind Dominanzorientierung, autoritäre Dispositionen und Verschwörungsmentalitäten. Geringe Dominanzorientierung und Kontakte zu Zugewanderten reduzieren Vorurteile.

9. Meinung zu Vielfalt insgesamt geteilt, große Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Die Haltung zur gesellschaftlichen Vielfalt ist in der Bevölkerung geteilt: Etwa die Hälfte sieht sie als Bereicherung, die andere Hälfte nicht. Dabei ist besonders die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Sachsen-Anhalt breit akzeptiert: Nur 17 Prozent denken, dass Frauen Schilderungen sexueller Gewalt übertreiben, 50 Prozent lehnen die Aussage ab. Knapp 80 Prozent akzeptieren Homosexualität. Besonders Forderungen an Frauen, sich wieder stärker auf die Rolle als Frau und Mutter zu besinnen, werden breit zurückgewiesen (87 Prozent).

**10. Antisemitismus: tradiert in der Minderheit, sekundär mit Mehrheiten, israelbezogen teils mehrheitlich virulent**

Tradierter Antisemitismus wird von einer deutlichen Mehrheit (70-80 Prozent) zurückgewiesen, ist aber bei einem Fünftel bis Viertel virulent. Der Schuldwehrantisemitismus wird nur teils mehrheitlich zurückgewiesen und ist bei knapp weniger bzw. knapp mehr als der Hälfte virulent. Israelbezogener Antisemitismus ist durch neuere Varianten ergänzt worden, in Kombination mit Schuldabwehr mehrheitlich verbreitet und wird auch in anderen Varianten teils nicht mehrheitlich zurückgewiesen. Die verschiedenen Ausdrucksformen sind unterschiedlich breit in sozialen und politischen Milieus verbreitet. Sekundärer Antisemitismus ist stärker in rechten Milieus vorhanden, israelbezogener Antisemitismus ist in (äußerst) links deutlich vorhanden und noch weiter im äußerst rechten Spektrum verbreitet. Bildung wirkt Antisemitismus entgegen, autoritäre Persönlichkeitsstrukturen und Verschwörungsmentalitäten verstärken ihn.

11. Sachsen-Anhalt: Komplexe Herausforderungen – klare, differenzierte Antworten finden

Der Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 zeigt ein Land und eine Bevölkerung, die vor großen und jeweils komplexen Herausforderungen stehen. Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Kultur zeigen die Potenziale der relativen Deprivation und des ausgedünnten Vertrauens Erosionserscheinungen der liberalen Demokratie an. Hinzu kommen anti-pluralistische Potenziale, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Basis der Würde des Menschen gefährden. Es gilt, klare und differenzierte Antworten zu finden.



1 Eine grundlegende Einordnung des Sachsen-Anhalt-Monitors 2025

In diesem einleitenden Kapitel werden die Darstellung und Interpretation der empirischen Befunde in den folgenden Kapiteln grundlegend eingeordnet. Dabei geht es eingangs um die konzeptionelle und methodische Weiterentwicklung des Fragebogens, der dem Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 (SAM 2025) zugrunde liegt. Es folgen zwei Abschnitte, in denen die generelle Konstellation, in der die diesjährige Erhebung zu betrachten ist, skizziert und die Rolle der sachsen-anhaltischen Bürger- bzw. Zivilgesellschaft betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund wird anschließend der Fokus des diesjährigen Berichts auf das Verhältnis zwischen demokratiegefährdenden und demokratiefördernden Kräften begründet. In den folgenden beiden Abschnitten werden Hinweise für eine reflektierte Rezeption der Befunde mit Blick auf Möglichkeiten und Grenzen quantitativ-statistischer Forschung und die den Berechnungen zugrundeliegende Stichprobe gegeben. Abschließend folgt ein knapper Überblick über die Kapitel des SAM 2025.

1.1 Zum teils neuen Gesicht des SAM: konzeptionelle und methodische Weiterentwicklung

Der SAM 2025 erscheint im Vergleich zu seinen früheren Versionen in einer teils neuen Form. Zum einen ist der zugrunde liegende Fragebogen inhaltlich überarbeitet worden, z. B. durch Hinzuziehung von neuen Skalen zur Messung der politischen Responsivität und politischen Beteiligung sowie von Antisemitismus und spezifischen Vorurteilen. Zum anderen ist der Bericht kompakter gestaltet und konzeptionell etwas stärker unterstellt worden.

Diese Überarbeitung erlaubt es, an mittlerweile etablierte Standards der empirischen Forschung etwa zur politischen Kultur, zu Antisemitismus und zu Vorurteilen anzuschließen. Andere Länder-Monitore haben bereits seit längerer Zeit eine solche Ausrichtung, so der seit 2000 jährlich erhobene Thüringen-Monitor (Reiser et al. 2024), der seit 2018 laufende Berlin-Monitor (Pickel et al. 2024) und der in Nordrhein-Westfalen seit 2021 umgesetzte Demokratie-Bericht (Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen 2023). Ähnliches gilt für die Bundesebene mit dem erstmals 2023 und erneut 2025 erhobenen Deutschland-Monitor (Zentrum für Sozialforschung Halle/Institut für Politikwissenschaft Jena/GESIS-Leibniz-Institut 2024). Die Etablierung solcher Ländermonitore ist für die politische Kulturforschung in Deutschland von großer Relevanz, weil sie die Möglichkeit stärker regionalisierender Vergleiche der Haltung der Bevölkerung zur Demokratie und dem politischen System ermöglicht (Reiser et al. 2023).

Mit seiner überarbeiteten Ausrichtung schließt der SAM 2025 auch noch stärker als bislang an breit rezipierte Studienreihen an, die seit Beginn des 21. Jahrhunderts regelmäßig bevölkerungsrepräsentative Erhebungen in der Bundesrepublik Deutschland durchführen. Sie geben in besonderer Weise Aufschluss über den Zustand und die Entwicklungen der politischen Kultur und ihrer Gefährdungen. Zu nennen sind hier die seit 2002 durchgeführten Untersuchungsreihen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit der

Bielefelder (zuletzt: Zick et al. 2023) und die Erhebungen zum autoritären Syndrom (bis 2016 als ‚Mitte‘-Studien) der Leipziger Forschungsgruppe (zuletzt: Decker et al. 2024). Beide Studienreihen können auf ihrer jeweiligen konzeptionellen und methodischen Basis langfristige Entwicklungen darstellen, analysieren und interpretieren. Soweit möglich werden sie als Referenz zur Einordnung der Befunde des SAM 2025 herangezogen.

Eine inhaltliche Überarbeitung geht auch mit konzeptionellen und methodischen Änderungen einher, die die Vergleichsmöglichkeiten mit Befunden aus älteren Sachsen-Anhalt-Monitoren einschränken. Vor diesem Hintergrund wurde keine vollständige Neuerung des Fragebogens und Fragedesigns umgesetzt. Vielmehr sind in Gegenstandsbereichen, die die Spezifik dieses Bundeslandes besonders betreffen, wesentliche Teile der traditionell genutzten Konstrukte und Items beibehalten worden. In diesen Bereichen ist es entsprechend möglich, Entwicklungen im Vergleich mit Daten vergangener Jahre (sog. Zeitreihen) darzustellen.

Somit umfasst der SAM 2025 das Beste beider Welten: das besonders Bewährte der früheren Monitore und Erhebungsinstrumente, die in der bundesweiten Forschung seit geraumer Zeit zum Standard zählen.

1.2 Zum zeitgeschichtlichen Kontext des SAM 2025: Liberale Demokratien am Scheideweg

Der SAM 2025 erscheint in einer Zeit, die als entscheidend für die Zukunft liberaler Demokratien gelten kann. So weist die Politikwissenschaftlerin Daniela Schwarzer (2025), die u.a. seit 2023 Mitglied im Vorstand der Bertelsmann-Stiftung ist, darauf hin, dass sich die globalen Gewichte zwischen liberalen Demokratien und Autokratien zugunsten der letzteren verschoben haben: Die auf 91 angestiegene Zahl der Autokratien übersteigt 2025 erstmals wieder die der auf 88 gesunkenen Demokratien (V-Dem Report 2025). Damit kehrt sich eine Entwicklung um, die nach der historischen Zäsur von 1945 begonnen und mit der Zäsur von 1989 eine hoffnungsvolle Richtung eingeschlagen zu haben schien. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Einparteienherrschaft in den Staaten Osteuropas hieß es, die Welt sei ans Ende ihrer Geschichte gelangt, insofern Demokratie und Marktwirtschaft nun alternativlos geworden seien und sich global durchsetzen würden (Fukuyama 1989, 1992). Andere wiesen mahnend auf sich abwechselnde demokratische und autokratische Entwicklungswellen und auf neue Konfliktlinien hin (Huntington 1991, 1996). Heute gilt die Sorge dem befürchteten Ende der liberalen Demokratien (Levitsky/Ziblatt 2018).

Tatsächlich war die Entwicklung nach 1989 nicht ganz so ideal, wie es im Rückblick scheinen mag. Vielmehr entstanden insbesondere in Osteuropa zunächst eher „illiberale Demokratien“ (Müller 2016; vgl. auch Merkel 2016), in denen Mehrheitsprinzip, Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Grundrechte nicht so sehr harmonierten. Im Zuge der europäischen Einigung wurde auch angesichts dieser Entwicklung versucht, den Liberalismus zu stärken. Aktuell wird dieser Begriff verwendet, um den Rückbau demokratischer



Errungenschaften zu beschreiben, wie er innerhalb der Europäischen Union in Polen zu besichtigen war (Applebaum 2020), wo er vorläufig gebremst wurde und in Ungarn nach wie vor zu besichtigen ist (Thorbrietz 2025). Treffender als von ‚illiberalen Demokratien‘ zu sprechen, sei hier zu betonen, dass „die Demokratie als solches Schaden nimmt“ (Müller 2016: 9), wenn Gewaltenteilung und Minderheitenrechte angetastet werden.

Der Trend zur Erosion liberaler Demokratien macht sich auch in Westeuropa bemerkbar. So wird im jüngsten globalen Demokratie-Report aus der Reihe der EU-Staaten nicht nur Ungarn als Variante der Autokratie eingestuft, sondern ein Autokratisierungspotenzial für Italien, Portugal, Spanien, die Niederlande und Kroatien konstatiert (V-Dem Report 2025: 44). Und wenngleich die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik Deutschland vergleichsweise stabil ist (ebd.), machen sich doch auch hier Erschöpfungs- und Aushöhlungsscheinungen bemerkbar. Indikatoren sind die u.a. von der Bertelsmann-Stiftung diagnostizierte soziale Selektivität der Wahlbeteiligung (Schäfer et al. 2013) sowie die personelle Zusammensetzung der Parlamente und der in ihnen thematisierten Interessen (Elsässer 2018). Womöglich hat bzw. hatte die ‚Partei‘ der Nichtwähler auch ein erkennbares Sozialprofil; eine solche soziale Ungleichheit der Wahlbeteiligung würde jedenfalls bewirkt haben und bewirken, dass „sowohl die Repräsentationsfunktion als auch die Integrationsfunktion von demokratischen Wahlen geschwächt“ (Kaeding/Hausner 2016: 23) wird. Dass die Stimmen der jüngeren Generation, von Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und Ostdeutschen im politischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozess weniger präsent sind als die von westdeutschen Männern ohne Migrationsgeschichte, wird als mangelnde deskriptive Repräsentation eingestuft. Zudem schwindet das Vertrauen darin, dass Politiker und Parteien die Interessen der Bevölkerung umsetzen, also die substanzelle Repräsentation bzw. politische Responsivität (Pickel 2018).

Auf die fehlende deskriptive Repräsentation machen in Sachsen-Anhalt etwa der Landesfrauenrat (Suchantke/Frohberg 2019) und die Landesarbeitsgemeinschaft der Migrantenselbstorganisationen (LAMSA/Möbbeck 2025; Dülken et al. 2024: 10) aufmerksam. Sie setzen sich für eine stärkere Beteiligung der von ihnen vertretenen Gruppen in den politischen Institutionen Sachsen-Anhalts ein. Positiv zu vermerken ist, dass der in Westdeutschland und bundesweit langfristig zu beobachtende Trend sinkender Wahlbeteiligung sich ab 2009 umgekehrt hat (Statista 2025a) und auch in Sachsen-Anhalt die Beteiligung an Landtagswahlen nach 2006 wieder anstieg (Statista 2025b). Allerdings wird die ausgebremste „Exit“-Option der Nichtwahl teils durch eine der Demokratie ebenfalls nicht unbedingt zuträgliche „Voice“-Option (Hirschmann 1991) im Sinne von Gewinnen der Parteien der extremen Rechten erkauft. Die demokratietheoretisch positiv zu bewertende Zunahme der Wahlbeteiligung geht mit einem komplizierter werdenden Partiensystem mit stärkeren Antisystemparteien einher. Die Konsequenzen waren nach den letzten Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen im vergangenen Jahr zu beobachten.

Verantwortliches Regieren wird unter diesen Voraussetzungen schwieriger. Zugleich sind die Herausforderungen immens, und zwar sowohl mit Blick auf den Gehalt als auch auf die Form des Politischen. So machen sich auch Verfassungsrechtler verstärkt Gedanken zur *Zukunft der Demokratie* (Papier et al. 2025). Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts macht darauf aufmerksam, dass das Verhältnis von Demokratie und Rechtsstaat angesichts tiefgreifender Herausforderungen wie Covid-Pandemie und Klimakrise bereits unter Druck geraten ist und gerät (Papier 2025). Er verweist somit auf einen Teil der Zeitdiagnosen, die unter den Stichwörtern der Poly- bzw. Vielfachkrise (Tooze 2022, Häckermann/Ettrich 2023, Demirovic et al. 2011) diskutiert werden. Sie bedeuten, dass krisenhafte Entwicklungen in den Bereichen Klima, Wirtschaft, Soziales, Geopolitik etc. Wechselwirkungen entfalten und dass die seit geraumer Zeit beobachtete Erschöpfung und Aushöhlung liberaler Demokratien (Crouch 2008) sowie die Drift ins Autoritäre (Applebaum 2022) Teil dieser Gesamtentwicklung sind. Sie bedrohen die liberalen Demokratien demnach nicht nur von außen oder ihren Rändern her, sondern entfalten ihre Dynamiken teils auch im Spektrum der demokratischen Milieus und Parteien.

In Ostdeutschland ist die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Entwicklung im Sinne einer Aushöhlung der Demokratie oder gar einer Entdemokratisierung spürbar vorhanden. Denn auch wenn die politische Kulturforschung in Deutschland aktuell gerade versucht, Vergleiche und Typisierungen stärker zu regionalisieren und nicht vorwiegend oder allein an der Ost-/West-Unterscheidung auszurichten, kommt auch sie auf der Basis der bislang vorliegenden Daten aus verschiedenen Länder-Monitoren zu dem Schluss: „Konsistenz herrscht lediglich hinsichtlich der Ost-West-Unterschiede: Durchweg liegt die Demokratiezufriedenheit in den ostdeutschen Bundesländern etwa 10-15 Prozentpunkte niedriger als in den westdeutschen Ländern.“ (Reiser et al. 2023: 564; vgl. auch Pickel/Pickel 2023). Zugleich unterscheidet sich die politische Geografie der Bundesrepublik Deutschland nicht erst seit den jüngsten Landtagswahlen dies- und jenseits der ehemaligen innerdeutschen Grenze: Im Westen erreicht die AfD maximal 15 bis 20 Prozent und liegt in der Rangordnung der Parteien an vierter bis fünfter und lediglich in zwei Ländern an zweiter Stelle; im Osten erreicht sie in drei Ländern um die 30 Prozent und liegt an erster oder zweiter Stelle.¹ Gerade dort, wo die AfD sich von einer rechtspopulistischen zu einer in vier von fünf Bundesländern als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei (Statista 2025c) entwickelt hat, könnte sie demnach Prozesse der Entdemokratisierung innerhalb und mit den Mitteln der Demokratie vorantreiben (Steinbeis 2024).

¹ Die AfD landete in den letzten westdeutschen Landtagswahlen bei unter oder um die 6 Prozent (2022: Nordrhein-Westfalen 5,4; Schleswig-Holstein 4,4; 2025: Hamburg 7,5) bzw. unter oder um die 10 (2021: Rheinland-Pfalz 8,3; Baden-Württemberg 9,7; 2022: Niedersachsen 11) und nur in zwei westdeutschen Ländern zwischen knapp 15 und 20 Prozent (2023: Bayern 14,6; Hessen 18,4). Dieses im Westen höchste Niveau ist in Ostdeutschland das niedrigste (2021: Mecklenburg-Vorpommern 16,7; Sachsen-Anhalt 20,8). Dagegen erhielt sie in drei ostdeutschen Bundesländern zuletzt um die 30 Prozent der Stimmen (2024: Brandenburg 29,2; Sachsen 30,6; Thüringen 32,8) (Statista 2025d). In Westdeutschland liegt die AfD in der Rangfolge der Parteien an vierter (Niedersachsen, Rheinland-Pfalz) bzw. fünfter (Hamburg, Berlin, NRW, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg) und lediglich in zwei Ländern (Hessen & Bayern) an zweiter Stelle. In Ostdeutschland lag sie an erster (Thüringen) bzw. zweiter Stelle (Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt) (Election.de 2025).



1.3 Zum Fokus des SAM 2025: Kräfteverhältnisse in der Bürger- bzw. Zivilgesellschaft

Der SAM 2025 untersucht soziale und politische Einstellungen in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts. Sein Erkenntnisinteresse gilt der Sphäre des Politischen i. S. seiner Institutionen (polity) und Programme oder Strategien (policy), insofern sie aus Sicht der Befragten als Gegenstand eingeschätzt bzw. bewertet werden. Die empirische Forschung berührt auch Fragen der Gestaltung und ggf. konflikthaften Aushandlung von Politik (politics), wenn danach gefragt wird, welche Verfahren die Befragten hierfür präferieren.

Dabei fokussiert die Forschung jenen intermediären Raum zwischen Staat und Markt, der als Bürger- oder Zivilgesellschaft bezeichnet wird (Zimmer 2021). Verstanden wird darunter vor allem das Geflecht von (nicht staatlichen und nicht wirtschaftlichen) Vereinen, Verbänden, Initiativen und Institutionen, insoweit die in ihnen tätigen Menschen in ihnen ihren Alltag gestalten. In Sportvereinen, Freiwilligen Feuerwehren und gemeinnützigen Initiativen wird auch ausgehandelt, was in sozialer, moralischer und politischer Hinsicht als normal, akzeptabel und richtig gilt. Diese Formen der Vergemeinschaftung bilden demnach nicht nur den Kitt der Gesellschaft (Putnam 2000), sondern haben u. a. durch ihren Aufbau von Vertrauensoffenheit Einfluss auf die Stabilität der liberalen Demokratie. Die politische Bedeutung der Zivilgesellschaft liegt John Dewey (2004 [1916]: 77 ff.) folgend darin, dass Demokratie primär eine bestimmte Lebensform ist (bzw. sein sollte), aus der die Staatsform hervorgeht. Er plädierte daher für entsprechende Reformen, insbesondere der Institution Schule (Knoll 2018), und wirkte im Austausch mit Jane Addams auch praktisch an ihrer Umsetzung mit (Pinhard 2009: 208 ff.). Hinzu kommt: Die *società civile* ist der Ort, an dem i. S. Antonio Gramscis Hegemonie gebildet wird, also die ethisch-moralische Basis politischer Herrschaft (Gramsci 2004).

Diesem Verständnis von Zivilgesellschaft ist schon inhärent, was seit geraumer Zeit und jüngst intensiver in den Politik- und Sozialwissenschaften diskutiert wird: dass eine lebendige Zivilgesellschaft nicht nur der Humus liberaler Demokratien zu sein vermag, sondern diesen auch das Wasser entziehen kann. So verweist etwa der ehemals in Sachsen-Anhalt tätige Politikwissenschaftler Roland Roth darauf, dass die meisten Definitionen von Zivilgesellschaft einerseits einen normativen Kern haben, der die Erwartung einer positiven Wirkung starker Zivilgesellschaften für liberale Demokratien ausdrückt (Roth 2004: 41 ff., 2022). Gleichermaßen gilt für Programme, mit denen auf globaler bis nationaler Ebene die Kräfte bzw. das soziale Kapital dieser Zivilgesellschaften mobilisiert werden (Roth 2004: 42). In der Bundesrepublik Deutschland zählen dazu etwa Programme zur Förderung von Freiwilligendiensten bzw. des bürgerschaftlichen Engagements, das symbolisch mit dem seit gut fünfzehn Jahren verliehenen Deutschen Engagementpreis gewürdigt wird. Andererseits wird dem Ideal angesichts der „dunkle[n] Seite der Zivilgesellschaft“ (Roth 2022) das Konzept der „realen Zivilgesellschaft“ (125) im Anschluss an Alexander (1998, 2001) an die Seite gestellt. Mit ihm kommt in den Blick, dass Normen und Werte der liberalen Demokratie als Lebensform auch von Kräften in der Zivilgesellschaft abgelehnt, gar

bekämpft werden können (Roth 2022: 128 ff.). Dazu zählen etwa neonazistische Gruppierungen und rassistische Mobilisierungen wie PEGIDA (Vorländer et al. 2016). Die seit der Jahrtausendwende aufgelegten Bundes- und Landesprogramme gegen Extremismus und für Vielfalt erkennen diesen Umstand an und versuchen, „die Fähigkeit zur zivilgesellschaftlichen Selbstkorrektur (‘civil repair’)“ (Roth 2022: 126) zu unterstützen. Auch aus den Sphären des Staates, der Wirtschaft und den primären Gemeinschaften können nicht nur „unterstützende Einflüsse auf die Zivilgesellschaft“ ausgehen, sondern auch „destruktive“ (ebd.). Vor allem Autokratien „schränken den zivilgesellschaftlichen Handlungsräum ein und/oder formatieren eine ihnen genehme ‚Zivilgesellschaft‘“ (ebd.) Dazu zählt, eigensinnige zivilgesellschaftliche Organisationen einzuschränken, die Freiheit der Wissenschaft und Kultur zu beschneiden und die Medien zu torpedieren (V-Dem Report 2025: 17 f.). Der Fall Ungarn zeigt diese Entwicklungen in prototypischer Weise.

Dabei bleibt zu beachten, dass die Entwicklung der Bürger- und Zivilgesellschaft in Ostdeutschland auf einem spezifischen Entwicklungspfad (Mau 2024: 19) verlief und verläuft, der sich im Zuge und infolge des Umbruchs von 1989 und der folgenden Transformation herausgebildet hat. Das gilt auch für Sachsen-Anhalt (Reimer-Gordinskaya et al. 2023: 38). Zu den sozialstrukturellen Spezifika gehört, dass die Milieus, aus denen sich etwa bürgerschaftliches Engagement speist, vergleichsweise kleiner sind (Mau 2024: 25 ff.), was sich auch in Sachsen-Anhalt in einer unterdurchschnittlichen Engagementquote niederschlägt (Holtmann et al. 2019: 44 ff.). Zudem ist das Vereinswesen häufiger als im Westen auf politikfernere Vergemeinschaftung ausgerichtet (Mau 2024: 51). Schließlich sind das Erbe des von unten angestoßenen Umbruchs und die basisdemokratische Erfahrung der Runden Tische zwar auch ‚ausgebremst‘ (Mau 2024: 39 ff.) worden, aber die Erfahrung einer eigensinnigen Demokratisierung blieb eine wichtige Ressource auch für die Gegenwart. Institutionell und personell speist sich ein großer Teil des bürgerschaftlichen bzw. zivilgesellschaftlichen Engagements der Gegenwart aus diesen Quellen.

Es bleibt festzuhalten: Die von widerstreitenden Kräften durchzogene Zivilgesellschaft kann die liberale Demokratie stärken oder schwächen. In welchem Ausmaß das eine oder andere in Sachsen-Anhalt der Fall ist, darüber geben wichtige Befunde des SAM 2025 Auskunft. Dies gilt zum einen in horizontaler Perspektive für Intergruppenbeziehungen und den Modus der Aushandlung von Interessen(gegensätzen) zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen sowie in vertikaler Perspektive für das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten.

1.4 Zur Betrachtung der SAM-Daten: Demokratiefördernde und -gefährdende Einstellungen

Die bereits erwähnten Studienreihen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und zur rechtsextremen Einstellung begannen ihre Langzeituntersuchung am Beginn des 21. Jahrhunderts. Die folgenden Dekaden waren von einem Trend zur globalen ökonomischen Verflechtung geprägt. In diesem Kontext setzten sich wesentliche Kräfte in Politik,



Wirtschaft und Zivilgesellschaft auch für die Anerkennung von Vielfalt und die Eindämmung von Diskriminierung sowie Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ein. Betrachtet man die Zeitreihen, so zeichnet sich ein damit korrespondierender zentraler Trend ab: das Ausmaß der geschlossen rechtsextremen Einstellung nimmt, ebenso wie die Zustimmung zu ihren einzelnen Dimensionen, zwischen 2002 und 2022 mit Schwankungen ab (Decker et al. 2024: 44 ff.). Dabei liegen das Ausmaß der geschlossen rechtsextremen Einstellung und die Zustimmungsraten zur Ausländerfeindlichkeit, zum Sozialdarwinismus und zur Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur in Ostdeutschland (fast) durchgängig auf einem höheren Niveau als in Westdeutschland; die Verharmlosung der NS-Diktatur fällt fast durchweg niedriger aus; beim Antisemitismus und Chauvinismus haben sich die ostdeutschen den westdeutschen Zustimmungsraten bis etwa 2010 bzw. 2006 angenähert und liegen seitdem gleichauf (Antisemitismus) oder fallen höher aus (Chauvinismus) (ebd.). Die Zustimmungsraten zu Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nahmen im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts (2002–2011) teils zu (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Abwertung von Obdachlosen, Behinderten und Langzeitarbeitslosen), teils blieben sie etwa gleich (Islamophobie, Etabliertenvorrechte) oder nahmen ab (Antisemitismus, Homophobie, Sexismus) (Institut für Konflikt- und Gewaltforschung 2011: 7 ff.; für die anschließende Zeit bis 2018/19 vgl. Zick et al. 2018: 79 ff.). Die Kommunikation der Befunde dieser Studienreihen fungierte in den ersten Dekaden des 21. Jahrhunderts als ein kritisches Korrektiv und stellte eine fundierte Basis für die Weiterentwicklung der Maßnahmen gegen demokratiegefährdende Phänomene und für die Anerkennung von Vielfalt auf Bundes- und Landesebene zur Verfügung.

Mittlerweile befinden wir uns in einer Konstellation, in der die Geltung der Menschenrechte und weitere Prinzipien liberaler Demokratien zunehmend infrage gestellt werden. Dies scheint sich auch bereits in der Empirie zu spiegeln: der Anteil der geschlossen rechtsextremen Einstellungen steigt seit 2022 wieder an (Decker et al. 2024: 50), wobei die Zunahme der Zustimmung zu den einzelnen Dimensionen teils bereits um 2014 begann (48). Das aktuelle Vielfaltsbarometer (Arant et al. 2025) weist weiterhin ein positives und hohes Niveau der Akzeptanz von Vielfalt aus, stellt aber auch eine insgesamt rückläufige Tendenz fest (Arant et al. 2025). Die demokratischen Kräfte sind, bezogen auf diese Werte, zwar nicht in der Minderheit. Sie geraten aber teils unter Druck.

Auch deshalb scheint es uns angeraten zu sein, nicht nur auf die demokratiegefährdeten Potenziale innerhalb der Bevölkerung hinzuweisen, sondern auch die Kräfte sichtbarer zu machen, die in Sachsen-Anhalt gegen den virulenten Trend der Entdemokratisierung einstehen. Damit schließen wir an eine in den bisherigen Sachsen-Anhalt-Monitoren übliche Form der Betrachtung der Daten an: Neben der Zustimmung zu demokratifeindlichen Statements wurden diese ja stets auch von einem Teil der Befragten abgelehnt, die damit eine prodemokratische Haltung zum Ausdruck brachten. In den bisherigen Berichten wurden in wichtigen Bereichen bereits die Anteile der voll und ganz zustimmenden bzw. ablehnenden Antworten berichtet. Wir weiten den Blick von diesen Rändern auf das



Feld zwischen ihnen aus. Denn es ist genau dieses *Verhältnis* von (eher oder voll und ganz) zustimmenden, (eher oder voll und ganz) ablehnenden und teils zustimmenden, teils ablehnenden Antworten, die auf die Qualität der demokratischen Kultur insgesamt verweist.

Wir gehen davon aus, dass antidemokratische Einstellungen durchaus von den Rändern in die Mitte diffundieren können, wenn und insofern diese normalisiert werden. Wichtiger für die Zukunft der liberalen Demokratie scheint uns aber zu sein, dass die Entscheidung über den Entwicklungspfad zwischen den Polen Demokratisierung und Autokratisierung im Wesentlichen in dieser ‚Mitte‘ selbst fällt (Decker/Brähler 2020; Zick 2023: 24 ff.). Daher berichten wir häufig nicht nur über demokratiegefährdende und -fördernde Potenziale, sondern weisen auch auf deren Kräfteverhältnis hin. Dies entspricht dem Vorgehen in anderen Ländermonitoren.

1.5 Zur Methodik des SAM: Möglichkeiten und Grenzen quantitativ-statistischer Verfahren

Grundsätzlich stehen der empirischen Sozialforschung verschiedene Methodologien und damit verbundene Methoden und Techniken zur Verfügung, die allgemein als ‚qualitative‘ und ‚quantitative‘ bezeichnet werden. ‚Qualitative‘ Forschung kann besonders gut subjektiv gemeinten Sinn rekonstruieren und soziale Praxis in der Tiefe ausleuchten, während quantitativ-statistische Sozialforschung – wie die vorliegende – deskriptive und analytische Aussagen über Einstellungen einer bestimmten Grundpopulation (hier: die Bevölkerung Sachsen-Anhalts), nicht aber direkt deren Verhalten selbst, treffen kann.

Die beiden wissenschaftlichen Verfahrensweisen ergänzen sich sinnvoll, weshalb zunehmend für die Nutzung von Mixed-Method-Designs mit einer Triangulation der Ergebnisse plädiert wird (Kelle 2022; Flick 2020). In der Forschungswirklichkeit werden sie indes noch selten kombiniert. Im Konzert der Länder-Monitore ist es derzeit einzig der Berlin-Monitor, in dem beide methodischen Herangehensweisen regelmäßig genutzt und systematisch aufeinander bezogen werden (Pickel et al. 2019, 2023). Zudem waren und sind einzelne Items mit offenen Antwortmöglichkeiten versehen, die allerdings in diesem Rahmen nur begrenzt interpretierbar sind. Auf den besonderen Wert und den gesteigerten Erkenntnisgewinn der Methoden-Kombination gehen wir an geeigneten Stellen ein.

In der Bevorzugung der ‚quantitativen‘ Methodik kommen eine in Wissenschaft und Politik konvergierende Orientierung an Wertfreiheit und der Wunsch nach Eindeutigkeit zum Ausdruck. Messungen beruhen auf einem positivistischen Wissenschaftsverständnis, ihre Umsetzung ist den Gütekriterien der Objektivität, Validität und Reliabilität verpflichtet. Sie einzuhalten ist mit Herausforderungen verbunden, aber auf der Basis anerkannter Vorgehensweisen bestmöglich realisierbar (Döring 2023, Pickel 2006). Mit ihrer auf Zahlen beruhenden Empirie scheinen sie ein eindeutiges Bild der sozialen Wirklichkeit (bzw. des Ausschnittes, auf den sie sich beziehen) zu liefern (Pickel/Pickel 2018). Um Vereindeutigungen vorzubeugen und eine reflektierte Rezeption dieser Art von Forschung zu ermöglichen, müssen die Möglichkeiten und Grenzen, die sich aus den notwendigen



begrifflichen und theoretischen Festlegungen einerseits und der jeweiligen Operationalisierung der Konzepte andererseits ergeben, beachtet werden. Diese Grundlagen werden in den jeweiligen Kapiteln themenspezifisch ausgewiesen. Die auf den verschiedenen Ebenen getroffenen Entscheidungen werden in den jeweiligen Kapiteln expliziert bzw. im Zuge der Darstellung der Befunde zu den Skalen bzw. Items deutlich. An dieser Stelle werden einige allgemeine Hinweise zur Rezeption gegeben.

Auf der jeweiligen begrifflichen und theoretischen Grundlage werden Konstrukte entwickelt, die den zu messenden Objektbereich bestimmen (z.B., ‚rechtsextreme Einstellung‘). Diese unanschaulichen Konstrukte bilden einen Teilbereich des Realitätsausschnitts ab. Messbar werden sie durch ihre Operationalisierung. Diese ‚Übersetzung‘ in Skalen bzw. Subskalen mit einer bestimmten Anzahl von Items („Variablen“) ist ebenfalls notgedrungen reduktionistisch (z. B. sechs Subskalen der rechtsextremen Einstellung mit je drei Items). Gleichzeitig eröffnet diese Verknappung des Datenmaterials die Möglichkeit, einen Überblick über die Verbreitung und über Zusammenhänge zwischen Variablen in Makroeinheiten wie einem Bundesland oder Nationalstaat zu gewinnen. Im Sinne einer möglichst hohen Validität und Reliabilität ist es sinnvoll, ein Konstrukt mit Subskalen mit jeweils mehreren Items zu messen.

Im vorliegenden Bericht wird die Häufigkeit der Zustimmung zu und Ablehnung von einzelnen Items, Subskalen und Skalen dargestellt. Skalen mit mehreren Items bilden das jeweilige Konstrukt besser ab und machen seine Messung verlässlicher als ein einzelnes Item. Für die Häufigkeitsdarstellungen von Skalen mit mehreren Items benötigt man sogenannte Cut-Off-Werte. Auf der Basis dieser an inhaltlichen und statistischen Vorgaben orientierten Werte werden zustimmende oder ablehnende Antworten zu mehreren Items als Ausdruck von Rassismus, Antisemitismus oder politischer Responsivität etc. interpretiert. Je nach Festlegung der Skalen und Cut-Off-Werte wird der untersuchte Objektbereich weiter oder enger gefasst. Dies bleibt Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung, ist aber zu einem bestimmten Zeitpunkt in (Teilen der) Scientific Community entschieden und zu einer Konvention oder gar Norm geworden (Beyer 2024). Dies gilt auch für die unterschiedlichen Antwortvorgaben, die entweder eine ungerade oder eine gerade Anzahl von Merkmalsausprägungen festlegen. So wird das Konstrukt der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit mit vier, und das der rechtsextremen Einstellung mit fünf Antwortvorgaben gemessen.

Die im SAM 2025 zum Einsatz kommenden Likert-Skalen und ihre Interpretation beruhen auf dem Grundgedanken, dass sie unipolar ausgerichtet sind. Demnach liegt die zu messende Einstellung im Falle einer völligen Ablehnung (Stufe 1) nicht und im Falle der weiteren Antwortmöglichkeiten (Stufen 2 bis 4 bzw. 5) zunehmend ausgeprägt vor. Bei einer geraden Anzahl von Antwortvorgaben entfällt die Möglichkeit, einem Statement teils zuzustimmen und es teils abzulehnen. Der Vorteil wird darin gesehen, dass die Befragten eine Tendenz in die eine oder andere Richtung zu erkennen geben müssen, der Nachteil darin,



dass dies zu einer Über- oder Unterschätzung der zustimmenden bzw. ablehnenden Antworten führen kann. Bei Antwortvorgaben mit einer ungeraden Anzahl können die Befragten von der Möglichkeit einer ‚Teils-teils‘-Antwort Gebrauch machen. Dies geht mit der Herausforderung einher, diese Antworten zu interpretieren. Inhaltlich und aufgrund der unipolaren Ausrichtung der Likert-Skalen werden sie oft als eine ‚latente‘ Ausprägung der zu messenden Einstellung interpretiert. Schließlich resultieren je nach Anzahl der Antwortvorgaben auch verschiedene Quantifizierungen der Anteile von zustimmenden und ablehnenden Antworten pro Item und Skala (Zick et al. 2019: 70 f.).

Aus den Hinweisen dürfte deutlich geworden sein, dass es aus wissenschaftlicher Sicht wünschenswert ist, die jeweiligen Konstrukte möglichst differenziert, also mit Skalen und Subskalen mit mehreren Items, abbilden und erheben zu können. Dieser Wunsch konfliktiert stets mit den finanziellen Möglichkeiten, sodass hier Abstriche gemacht werden müssen. Dies gilt auch für den vorliegenden SAM 2025.

1.6 Zur Erhebung der SAM-Daten: Zeitfenster, Verfahren und Charakteristika des Samples

Die Möglichkeiten und Grenzen quantitativ-statistischer Forschung hängen auch mit der Repräsentativität der Stichprobe und dem Verfahren der Datenerhebung zusammen. Mit der Erhebung der Daten beauftragte die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt die T.I.P. Marktforschung, die für die Einhaltung der diesbezüglich geltenden Standards zuständig war. Die Erhebung der Daten für den Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 begann am 23. Mai 2025 und endete am 14. Juli 2025. Insgesamt wurden mit 1101 wie geplant mindestens 1100 Interviews realisiert. Gemäß Auftrag wurde ein Teil online (Computer Assisted Web Interview, CAWI) und ein Teil telefonisch (Computer Assisted Telephone Interview, CATI) erhoben. Für die die CAWI-Erhebung wurde das sogenannte Pay-back-Panel genutzt, auf das auch die Forschungsgruppe Wahlen zurückgreift.

Bezogen auf die validen Interviews macht der CATI-Anteil 34,2 Prozent (n= 376) und der CAWI-Anteil 65,8 Prozent (n= 725) aus. Dadurch konnte das erfahrungsgemäß entlang des Alters verschieden ausgeprägte Nutzungsverhalten von Telefon oder PC ausgeglichen und eine diesbezüglich ausgewogene Stichprobe gezogen werden. Abweichungen zwischen soziodemografischen Merkmalen der Bevölkerung laut Zensus und in der Stichprobe wurden, wie üblich, durch entsprechende Gewichtungen ausgeglichen. Die Tabellen 1.1 und 1.2 beschreiben die soziodemografischen Charakteristika der Stichprobe des SAM 2025. Der eingesetzte Fragebogen ist diesem Bericht als Anhang 1 beigefügt.

Tab. 1.1: Beschreibung der Stichprobe

Verteilung		absolut	in %
Altersgruppen	18 bis 30 Jahre	119	14,8
	31 bis 60 Jahre	464	42,1
	ab 61 Jahre	518	43,2
Geschlecht	männlich	551	50

	weiblich	545	49,5
	divers	5	0,5
Schulabschluss	kein Schulabschluss	12	1,1
	Hauptschulabschluss, Abschluss Polytechnische Oberschule	71	6,4
	Mittlere Reife, Realschulabschluss, Fachhochschulreife	537	48,8
	Abitur, EOS mit Abschluss 12. Klasse, Fachhochschulreife	476	43,2
	Noch in Schulausbildung	5	0,5
Äquivalenzeinkommen*	bis 1.250 €	219	19,9
	von 1.250 bis 2.000 €	218	19,8
	von 2.000 bis 3.000 €	252	22,9
	mehr als 3.000 €	177	16,1
Erwerbstätigkeit	erwerbstätig (Vollzeit/Teilzeit)	548	49,8
	in Ausbildung (Azubi/Student/Schüler)	39	3,6
	nicht erwerbstätig (Erwerbslos, Elternzeit, Hausfrau/-mann)	50	4,6
	in Rente	435	39,5
Religion	Christentum	224	20,3
	Islam	3	0,3
	andere	14	1,3
	Keine	860	78,1

Quelle: T.I.P Marktforschung 2025; 1101 befragte Sachsen-Anhalter; Daten ungewichtet; * Äquivalenzeinkommen berechnet nach der Wurzel-Formel (Haushaltseinkommen geteilt durch die Quadratwurzel der Haushaltsgröße).

Tab. 1.2: Soziodemografische Beschreibung der Stichprobe

Soziodemografie		absolut	in %
Wohnort	Großstadt	241	21,9
	Vororte	69	6,3
	Mittel-/Kleinstadt	450	40,9
	Dorf	341	31,0
Landkreis	Stendal	49	4,5
	Salzwedel	52	4,7
	Anhalt-Bitterfeld	58	5,3

Börde	86	7,8
Burgenlandkreis	68	6,2
Dessau-Roßlau	38	3,5
Halle	130	11,8
Harz	121	11,0
Jerichower Land	42	3,8
Magdeburg	154	14,0
Mansfeld-Südharz	54	4,9
Saalekreis	92	8,4
Salzlandkreis	93	8,4
Wittenberg	64	5,8

Quelle: T.I.P Marktforschung 2025; 1101 befragte Sachsen-Anhalter; Daten ungewichtet.

1.7 Überblick über die folgenden Kapitel des SAM 2025

In Kapitel 2 wird betrachtet, wie die Bevölkerung auf das Land Sachsen-Anhalt blickt und wie es dessen Zukunft und Entwicklung sowie die eigene Lage darin sieht. Damit schließt es an Themen an, die im Sachsen-Anhalt-Monitor traditionell untersucht wurden. Hinzu kommt ein Blick auf besonders bedeutsame globale und gesellschaftliche Entwicklungen aus Sicht der Befragten. In Kapitel 3 geht es um die politische Kultur Sachsen-Anhalts mit Blick auf die Zustimmung zur Idee der Demokratie, der Zufriedenheit mit ihrer gegenwärtigen Gestalt und das Ausmaß der politischen Responsivität und Partizipation. Im Kapitel 4 betrachten wir das Ausmaß und die Ursachen der rechtsextremen Einstellung und von Vorurteilen, die im Rahmen dieses Konstrukts nicht berücksichtigt werden. Das Kapitel 5 ist dem auftragsgemäß als Schwerpunkt angelegten Gegenstandsbereich der antisemitischen Ressentiments gewidmet.



2 Sachsen-Anhalt: Land und Leute aus Sicht seiner Bürger

In diesem Kapitel ist Sachsen-Anhalt der zentrale Gegenstand. Wir schließen damit an die bisherigen Landes-Monitore an, in denen traditionell ermittelt wurde, wie die Bürger das Land und ihre eigene Lage in ihm sehen und bewerten (zuletzt Holtmann et al. 2020). Als Hintergrund werden eingangs einige wichtige Entwicklungslinien und Charakteristika Sachsen-Anhalts skizziert. Es folgt die Darstellung der Befunde zur Verbundenheit der Bevölkerung mit dem Bundesland und weiteren Entitäten, die aufgrund der Beibehaltung der bisherigen Messinstrumente auch im Langzeitverlauf betrachtet werden kann. Gleichermaßen gilt für die anschließende Darstellung von Einschätzungen der persönlichen Zukunft und wirtschaftlichen Lage sowie der des Landes. Es folgt die Betrachtung von Messergebnissen, die sich mit Blick auf die geopolitische Entwicklung und gesellschaftliche Transformation als Indikatoren für die Potenziale der Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit in der Bevölkerung interpretieren lassen. Abschließend stellen wir die Auswertung der Antworten auf die offenen Fragen danach, welche Probleme es in Sachsen-Anhalt zu lösen gilt und was die Befragten am Land schätzen, vor.

2.1 Entwicklungen und Charakteristika Sachsen-Anhalts

Das Bundesland Sachsen-Anhalt geht mit Blick auf seine jüngere Geschichte auf die Zeit der Runden Tische zurück; in Magdeburg wirkten sie im Verein mit und in Halle eher kontärr zu dem Rat des Bezirks auf die Bildung dieses Bundeslandes hin (Weil 2011: 206ff.; Tullner 2019: 24 f.). Der Gründungsprozess gestaltete sich wegen divergierender Interessen im weiteren Verlauf als schwierig (Tullner 2019: 26ff.), wurde aber mit der deutschen Einigung am 3. Oktober 1990 vollzogen.

Etwas mehr als zwei Millionen Menschen leben in Sachsen-Anhalt; im Reigen der deutschen Bundesländer liegt es mit einer Fläche von etwas mehr als 20.000 Quadratkilometern etwa gleichauf mit Hessen und Sachsen, weist mit 107 Einwohnern pro Quadratkilometer aber die dritt kleinste Bevölkerungsdichte (vor Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern) auf (Statistische Ämter des Bundes und der Länder o.J.). Sachsen-Anhalt ist also ein relativ kleines und relativ dünn besiedeltes Land. Die Region ist indes verschiedentlich ins Zentrum historischer Ereignisse und Entwicklungen gerückt (Bartsch 2019), etwa als Wiege der mit Martin Luther verbundenen Reformation (Bethke 2019). Die Publikationsreihe der 1990 (wieder) gegründeten *Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt* gibt weiteren Einblick in Stationen der reichhaltigen Regionalgeschichte.² Die aktuelle Vielfalt und Attraktivität seiner elf Landkreise und drei kreisfreien Städte hebt eine Broschüre der Landesregierung (Staatskanzlei und Ministerium für Kultur o.J.) hervor: Sachsen-Anhalt hat – auch touristische – Anziehungspunkte wie die Elbauen im Norden, den Harz im Westen und die Weinanbauregion im Süden; es verfügt über eine bundesweit

² Vgl. für Publikationen zwischen 2000 bis 2015: <https://www.historische-kommission-fuer-sachsen-anhalt.de/publikationen/quellen-und-forschungen-zur-geschichte-sachsen-anhalts/2000-bis-2015> und ab 2016 <https://www.historische-kommission-fuer-sachsen-anhalt.de/publikationen/quellen-und-forschungen-zur-geschichte-sachsen-anhalts/ab-2016>



einmalig große Anzahl von Stätten, die als UNESCO-Weltkulturerbe anerkannt sind, darunter die Himmelsscheibe von Nebra, die Stätten der mit Martin Luther verbundenen Reformation und das Dessauer Bauhaus; nicht zuletzt werden wirtschaftliche Impulse im Bereich der Chemie gesetzt (ebd.). An dem europaweit bedeutsamem Standort Leuna sind international aufgestellte Unternehmen tätig und an ihm wird der Umbau der fossilen zu einer nachhaltigeren Rohstoffbasis in diesem Sektor vorangetrieben (Landesportal Sachsen-Anhalt 2025a). Die Ansiedlung von Intel, auf die im Land mit Blick auf die wichtiger werdende europäische Chipproduktion und fortgesetzte Digitalisierung große Hoffnungen gesetzt worden war (Bernardt et al. 2024), gelang zuletzt trotz intensiver Bemühungen und zwischenzeitlich positiver Signale nicht.

Die langfristige wirtschaftliche Entwicklung fällt, gemessen am Bruttoinlandprodukt (BIP), zwischen 1991 und 2024 nominell positiv aus (Statista 2025d). Dies gilt auch für das BIP je Erwerbstägigen als Indikator für die Arbeitsproduktivität (Statista 2025e). Preisbereinigt wurde 2024 ein Rückgang verzeichnet (ebd.). Bundesweit lag Sachsen-Anhalt an drittletzter Stelle vor Sachsen und Thüringen (Statista 2025f), im Vergleich zum Vorjahr fiel der Rückgang aber geringer aus (Noß 2024: 2). Die Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Sachsen-Anhalt (2024) hielt in ihrem jüngsten Konjunkturbericht eine insgesamt eher skeptische Prognose fest. Als Hauptrisikofaktoren der konjunkturellen Entwicklung wurden dabei auch der Fachkräftemangel und die Inlandsnachfrage benannt (5). Zugleich lag die Arbeitslosenquote im Dezember 2024 mit 7,7 Prozent leicht höher als im Vorjahr und etwas höher als im Bundesdurchschnitt von 6 Prozent (Noß 2025: 11). Die Armutgefährdungsquote von 20,3 Prozent fällt höher aus als in den anderen ostdeutschen Bundesländern (Schabram et al. 2025: 18). Die im Bundesvergleich im Mittelfeld liegende Tarifbindungsquote schwächt aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landesbüro Sachsen-Anhalt (2025a, b) die Sozialversicherungssysteme und die Binnennachfrage.

Betrachtet man die langfristige wirtschaftliche Entwicklung etwas näher, so zeichnet sich folgendes Bild ab: Bis 1996 stellte sich ein schnelles Wachstum ein (Holtemöller/Lindner 2019: 106). Zugleich waren die Transformationsjahre der 1990er gekennzeichnet von einer hohen Unterbeschäftigung bzw. Arbeitslosenquote von bis zu einem Drittel der Erwerbsbevölkerung (108). Seit 1996 stieg das BIP nur noch langsam und zwischen etwa 2010 und 2016 blieb das Wirtschaftswachstum in Sachsen-Anhalt unter dem ostdeutschen Niveau (Holtemöller 2017). Dass als Hauptgrund hierfür das Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung im Gegensatz zum Zuwachs in Ostdeutschland insgesamt benannt wird (ebd.), verweist auf die damalige wie gegenwärtige Bedeutung der demografischen Zusammensetzung und Entwicklung der Bevölkerung. So schreitet der Alterungsprozess in Ostdeutschland aufgrund der deutlich unterdurchschnittlichen Reproduktionsrate mit mehr Sterbefällen als Geburten schneller voran als in Westdeutschland (Statistisches Bundesamt 2025). Auch wenn die Arbeitsproduktivität weiter aufholen sollte, ist die Erwartung einer positiveren Entwicklung des BIP für Sachsen-Anhalt deshalb gedämpft (Holtemöller/Lindner 2019: 109).



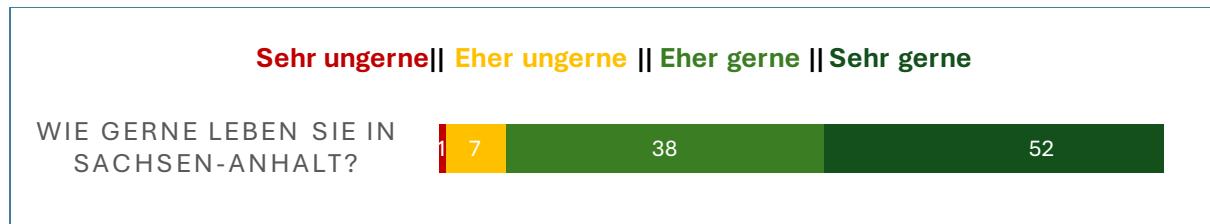
Mit Blick auf die demografische Entwicklung ist für Ostdeutschland insgesamt zwischen 1991 und 2024 ein negativer Wanderungssaldo zu verzeichnen (Statistisches Bundesamt 2025). Lediglich in den Jahren zwischen 2017 und 2022 wanderten mehr Menschen zu als ab. Besonders folgenreich ist, dass langfristig vor allem Personen im jüngeren (740.000 bis 25-Jährige) und mittleren (489.000 25- bis 65-Jährige) Lebensalter Ostdeutschland verlassen haben (Landesamt für Statistik 2025). Positiv zu vermerken ist, dass sich der Abwanderungstrend in den Jahren 2023 und 2024 in Ostdeutschland insgesamt zwar wieder durchgesetzt hat, Sachsen-Anhalt aber 2024 zum 11. Mal in Folge einen positiven Wanderungssaldo vermeldet. Über 695.000 Menschen sind seit 2014 zugezogen, rund 572.000 Personen fortgezogen (ebd.). Die mittelfristige Entwicklung zeige, dass Sachsen-Anhalt ein attraktiver Wohnort ist (ebd.).

Die skizzierten Entwicklungen bilden den Hintergrund für die folgende Betrachtung, in der deutlich wird, wie die Sachsen-Anhalter das Land und ihre Lage in ihm sehen und bewerten.

2.2 Befunde zur Verbundenheit, persönlichen Lage und Entwicklung des Landes

Sachsen-Anhalt erstreckt sich von Seehausen im Norden bis Naumburg im Süden, Wernigerode im Westen bis Wittenberg im Osten. Das Alltagsleben in diesem relativ kleinen und relativ dünn besiedelten Land vollzieht sich für seine Bürgerinnen und Bürger teils in den kleinen Großstädten Magdeburg und Halle, großen und kleineren Mittelstädten wie Dessau und Halberstadt, Kleinstädten wie Tangermünde und Bad Lauchstädt sowie in Dörfern bzw. ländlichen Gegenden. Für die übergroße Mehrheit von 90 Prozent der Sachsen-Anhalter gilt, dass die Zufriedenheit mit dem Leben in diesem Bundesland (sehr) positiv ausfällt (Abb. 2.1). So antworten 52 Prozent der Befragten auf die Frage, wie gerne sie in Sachsen-Anhalt leben, dass sie dies sehr gerne tun; weitere 38 Prozent leben eher gerne hier. Nur 7 Prozent geben an, eher ungerne in Sachsen-Anhalt zu leben, und ein verschwindend kleiner Anteil von 1 Prozent lebt sehr ungerne im Land. Die Lebenszufriedenheit der Menschen in Sachsen-Anhalt ist demnach ausgesprochen positiv ausgeprägt.

Abb. 2.1: Zufriedenheit mit dem Leben in Sachsen-Anhalt



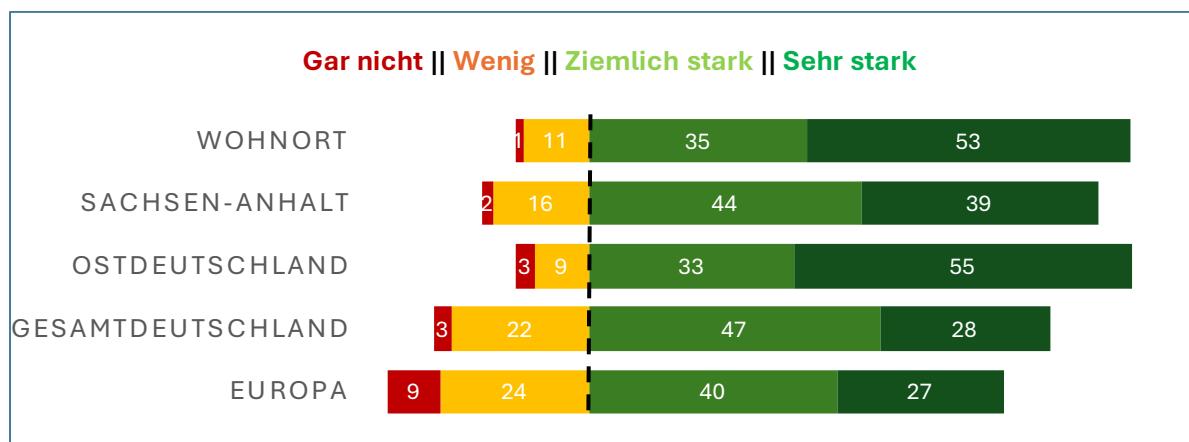
Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in % und gerundet; Abweichungen zu 100 % "Weiß nicht" und rundungsbedingt; n=1101.

In der auf Sachsen-Anhalt bezogenen Lebenszufriedenheit ist bereits eine sozialgeographische Perspektive angelegt. Die Sozialgeographie geht von dem Umstand aus, dass Gesellschaften stets auf eine bestimmte Weise räumlich organisiert sind. Sie interessiert sich vor diesem Hintergrund dafür, welche Bedeutung diese räumlichen Bedingungen für

die Gesellschaftsmitglieder haben (Werlen/Reutlinger 2019: 24 u. 29). Näheren Aufschluss darüber bietet der Vergleich der *Verbundenheit* mit verschiedenen Entitäten.

So wurde im Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 ermittelt, wie verbunden sich die Befragten mit ihrem jeweiligen Wohnort, Sachsen-Anhalt, Ostdeutschland, Gesamtdeutschland und Europa fühlen (Abb. 2.2). Theoretisch kann sich diese Verbundenheit zwischen rein lokalen und rein transnationalen Bezügen aufspannen oder für alle Entitäten gleichermaßen ausgeprägt sein. Empirisch zeichnet sich ab, dass die Verbundenheit mit allen Entitäten bei einer großen Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Befragten positiv ausgeprägt ist. Betrachtet man das Ausmaß der Verbundenheit im Vergleich, zeigen sich Unterschiede.

Abb. 2.2: Verbundenheit mit verschiedenen Entitäten



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in % und gerundet; Abweichungen zu 100% rundungsbedingt; n=1101.

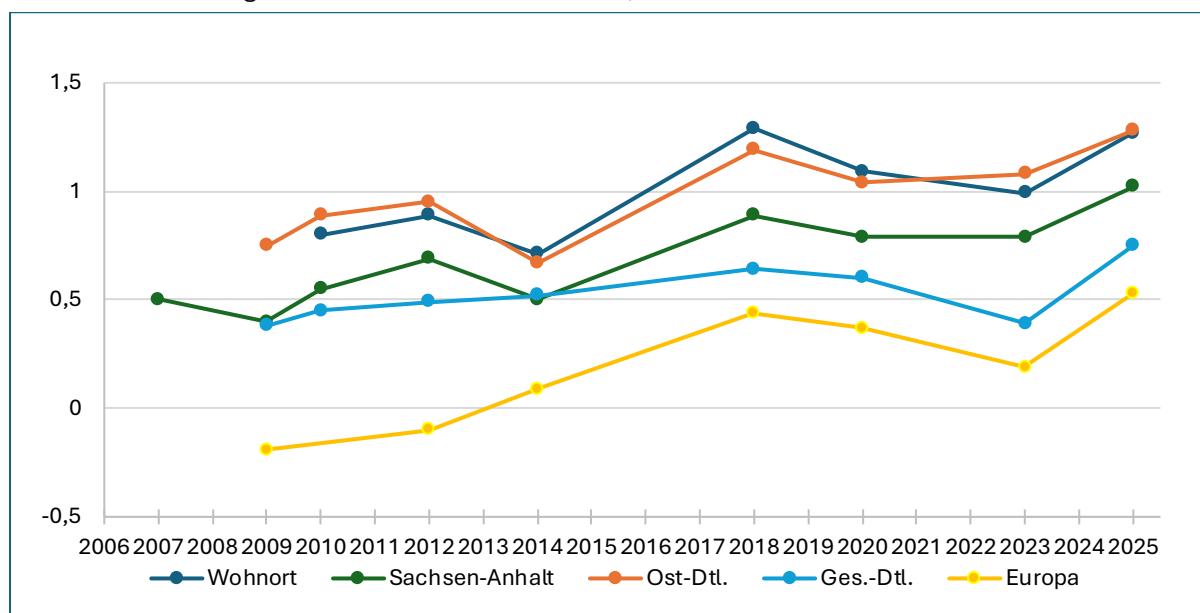
So ist die Verbundenheit mit dem jeweiligen Wohnort und Ostdeutschland im selben Maß und am weitesten verbreitet: Jeweils 88 Prozent fühlen sich sehr oder ziemlich stark mit ihrem Wohnort und mit Ostdeutschland verbunden, nur 12 Prozent tun dies jeweils wenig oder gar nicht. Die Verbundenheit mit Europa ist im Vergleich der Entitäten am geringsten, aber ebenfalls deutlich positiv ausgeprägt: Zwei Drittel fühlen sich ziemlich bzw. sehr stark (40 bzw. 27 Prozent) verbunden, ein Drittel wenig bzw. gar nicht (24 bzw. 9 Prozent). Mit 75 Prozent sind auch drei Viertel der Bevölkerung positiv mit Gesamtdeutschland verbunden und knapp mehr als zwei Drittel mit Europa. Sachsen-Anhalt liegt bei der Verbundenheit im Mittelfeld: Das Ausmaß der Verbundenheit fällt hier mit 83 Prozent etwas geringer aus als das mit dem Wohnort und Ostdeutschland (88 Prozent), aber größer als mit Gesamtdeutschland und Europa. Entsprechendes gilt für die 28 Prozent, die sich dem Bundesland wenig (16 Prozent) oder gar nicht (2 Prozent) verbunden fühlen.

Die Verbundenheit wird auch in bundesweiten Befragungen erfasst (zuletzt Sonnenberg 2025). Je nach Bezugsgröße wird sie als Indikator für die Ausbildung einer regionalen Identität angesehen, die das föderale System stützen könnte, oder als Hinweis auf die Verinnerlichung der politisch vollzogenen deutschen und europäischen Einheit. Zudem kann sie auch vor dem Hintergrund der Debatten um eine spezifisch ostdeutsche Identität

(Mau 2024: 6ff.) interpretiert werden. In jedem Fall wird Identität im SAM 2025 als prozessual, als Resultat der Aushandlung von selbst- und fremdbestimmten Zuweisungen von Bedeutungen, verstanden; sie markiert Gleichheit und Differenz (Jenkins 2008). Vor diesem Hintergrund deuten die Befunde darauf hin, dass die lokal-regionale Identität, die sich auf den Wohnort und – bzw.: als Teil von - Ostdeutschland bezieht, besonders ausgeprägt ist. Dies ist vor dem Hintergrund der spezifisch ost- und westdeutschen Entwicklungspfade und Mentalitätsgeschichte (Mau 2024: 15) plausibel. Deren Existenz und Bedeutung für die Bevölkerung Sachsen-Anhalts konstituiert andererseits aber keine rein lokale und regionale Zugehörigkeit. Vielmehr zeigen die Befunde an, dass dieses Selbstverständnis beim Gros der Bevölkerung die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland und zu Europa einschließt.

Ob diese bei allen Differenzierungen weitverbreitete positive Verbundenheit mit allen Entitäten im Jahr 2025 eine Ausnahme darstellt oder sich in eine bestimmte Entwicklung einfügt, lässt sich im Blick auf den langfristigen Verlauf beantworten (Abb. 2.3). So könnte es theoretisch sein, dass die Verbundenheit zu einer oder mehreren der benannten Entitäten durchschnittlich negativ eingeschätzt wird. Tatsächlich ist dies für Europa in den Jahren zwischen 2009 und 2012 der Fall gewesen, allerdings mit einer ins Positive gehenden Tendenz. Dabei weist der Mittelwert seit 2014 auf eine durchschnittlich positive Verbundenheit der Bevölkerung Sachsen-Anhalts mit Europa hin.

Abb. 2.3: Entwicklung der Verbundenheit mit Entitäten, 2007–2025



Quelle: Holtmann et al. 2007, 2009, 2010, 2012, 2014, 2018, 2020; eigene Berechnung für 2023 und 2025; Mittelwerte auf einer Skala von -2 („gar nicht verbunden“) bis +2 („sehr stark verbunden“).

Die Betrachtung des langfristigen Verlaufs zeigt eine stabile Differenz im Ausmaß der Verbundenheit mit den Entitäten: Die Verbundenheit mit dem Wohnort und Ostdeutschland ist durchgängig besonders stark ausgeprägt, wobei die jeweiligen Werte umeinander oszillieren und, wie gezeigt, 2025 auf hohem Niveau zur Deckung kommen. Die



Verbundenheit mit Europa ist nicht nur im Jahr 2025, sondern durchgängig am geringsten und die mit Gesamtdeutschland ist kontinuierlich am zweitgeringsten ausgeprägt. Die Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt liegt, mit Ausnahme von 2014, konstant im Mittelfeld.

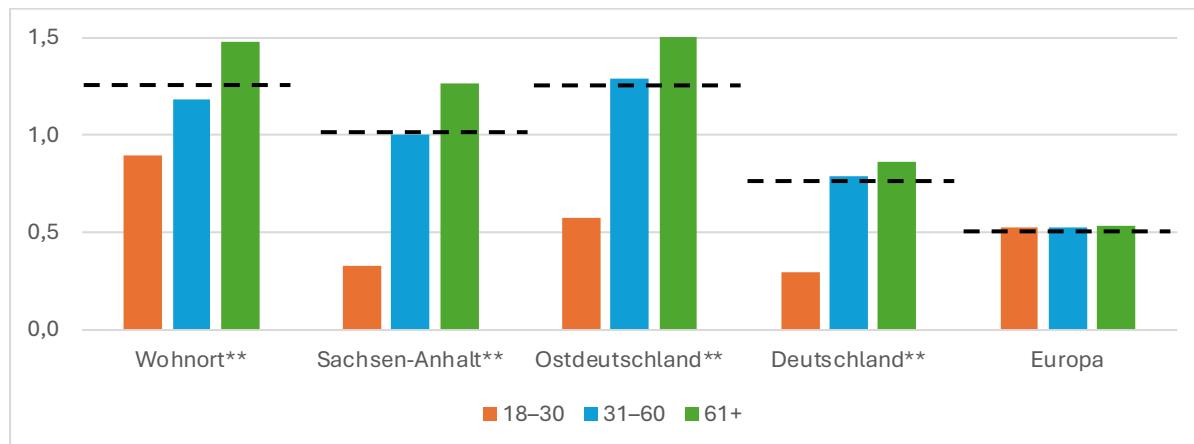
Insgesamt betrachtet wird deutlich, dass die Werte für 2025 sich in einen, mit leichten Schwankungen versehenen, positiven und gleichförmigen Gesamtrend der Verbundenheit einbetten. Ausgehend vom jeweils unterschiedlich hoch ausgeprägten Ausgangsmittelwert steigt die Verbundenheit zu allen Entitäten zwischen 2009 und 2012 an, sackt 2014 etwas ab, erreicht 2018 einen zwischenzeitlichen Höhepunkt, um bis 2023 wieder abzusinken und aktuell wieder in eine positive Richtung zu weisen. Dabei erreichen aktuell alle Mittelwerte bis auf den für die Verbundenheit mit dem Wohnort einen vorläufigen Höhepunkt. Es lässt sich also auch langfristig ein über alle Entitäten hinweg positiver Trend der Verbundenheit feststellen.

Im Detail differenziert sich das Bild ein wenig. Denn die Verbundenheit mit den Entitäten ist in den sozio-demographischen Gruppen nicht identisch, sondern variiert systematisch. Wir betrachten folgend signifikante Unterschiede in den Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen sowie nach Parteiverbundenheit.

Aus anderen Studien ist bekannt, dass die Verbundenheit mit den Entitäten mit dem Alter ansteigt. Dies war auch in Sachsen-Anhalt in der Vergangenheit so (zuletzt Holtmann et al. 2020: 36 ff.) und zeigt sich im Jahr 2025 erneut (Abb. 2.4). Wir haben für den Vergleich drei Altersgruppen gebildet: Die Jüngeren, zu denen wir die zum Erhebungszeitpunkt 18- bis 30-Jährigen zählen. Sie schließen die Schule bald ab oder haben sie abgeschlossen und eine Berufsausbildung oder ein Studium begonnen bzw. beendet und sind in die Phase der Berufsausübung und Familiengründung eingestiegen. Die mittlere Gruppe umfasst die 31- bis 60-Jährigen, die das Gros der (insgesamt relativ wenigen und wenigerwerdenden) Erwerbstätigen ausmacht (Statistische Ämter des Landes und des Bundes o.J.). Sie müssen in verschiedenen Familienkonstellationen Erwerbs- und Sorgearbeit ausbalancieren. Schließlich die Älteren ab 61 Jahren, die (früh)verrentet sind oder auf die Verrentung zusteuern.

Im Überblick fällt auf, dass die Verbundenheit der Älteren mit allen Entitäten außer Europa überdurchschnittlich ausgeprägt ist. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass biografisch längere und verschiedene Lebensphasen mit ihnen assoziiert werden und diese Gruppe dabei Verbundenheit entwickeln konnte. Die unterschiedlichen Grade der Verbundenheit entsprechen bei den Älteren dem für 2025 und langfristig aufzeigten Muster: Das Ausmaß der Verbundenheit mit dem Wohnort und Ostdeutschland ist besonders ausgeprägt; umgekehrt ist die Verbundenheit mit Europa und Gesamtdeutschland weniger stark vorhanden, während Sachsen-Anhalt im Mittelfeld liegt. Das Muster der mittleren Altersgruppe entspricht dem der Älteren, liegt nur auf einem niedrigeren und in Bezug auf den Wohnort und Ostdeutschland (leicht) unterdurchschnittlichen Niveau.

Abb. 2.4: Verbundenheit mit verschiedenen Entitäten nach Altersgruppen



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Mittelwerte auf einer Skala von -2 („gar nicht verbunden“) bis +2 („sehr stark verbunden“); gestrichelte Linien darstellen die Gesamtmittelwerte der jeweiligen Kategorie (Wohnort: M = 1,27; Sachsen-Anhalt: M = 1,02; Ostdeutschland: M = 1,28; Gesamtdeutschland: M = 0,75; Europa: M = 0,53); einfaktorielle Varianzanalyse (ANOVA); ** signifikant bei $p < 0,001$; n = 1101.

Bei den Jüngeren ist die Verbundenheit mit allen Entitäten bis auf Europa unterdurchschnittlich ausgeprägt und das Muster unterscheidet sich von beiden anderen Altersgruppen. Ihre Verbundenheit ist relativ am höchsten beim Wohnort ausgeprägt, zu dem sie im Rahmen ihrer biographisch bedingt etwas eingeschränkten Handlungsspielräume Bezüge aufbauen konnten. Interessant und spezifisch ist, dass die Verbundenheit mit Ostdeutschland geringer als die zum Wohnort und fast gleich stark wie die zu Europa ausgeprägt ist. Mit Gesamtdeutschland und Sachsen-Anhalt fühlen sich die Jüngeren relativ am wenigsten verbunden. Womöglich deuten die Befunde darauf hin, dass hier eine weniger ost-deutsche als ost-europäische Zugehörigkeit ausgebildet wird.

Systematische Unterschiede in der Verbundenheit mit den Entitäten lassen sich auch mit Blick auf die formalen Bildungsgrade feststellen (Tab. 2.1). Im Vergleich derjenigen mit formal niedriger und formal hoher Bildung ist kein signifikanter Unterschied in der Verbindung zum jeweiligen Wohnort zu finden, sie ist gleich stark ausgeprägt. In Bezug auf die vier weiteren Entitäten zeigt sich allerdings ein spiegelbildlich verkehrtes Muster. Diejenigen mit formal niedriger Bildung sind Ostdeutschland (MW=1,40) und Sachsen-Anhalt (MW=1,18) signifikant stärker verbunden als diejenigen mit formal hoher Bildung (MW=1,09 bzw. 0,84). Umgekehrt sind letztere Gesamtdeutschland (MW=1,02) und Europa (MW=0,93) stärker verbunden als diejenigen mit formal niedriger Bildung (MW=0,62 bzw. 0,13). Die Entwicklung der sozio-geographischen Zugehörigkeiten fällt demnach statusabhängig exklusiver oder inklusiver aus. Legt man das Äquivalenzeinkommen zugrunde (Tab. 2.2), so sind in der Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt und Ostdeutschland keine signifikanten Unterschiede festzustellen. Mit dem Wohnort sind die beiden mittleren Einkommensgruppen signifikant stärker verbunden als die mit dem geringsten und höchsten Einkommen.

Tab. 2.1: Verbundenheit mit Entitäten nach Bildungsniveau

	Formal niedrige Bildung	Formal hohe Bildung
--	-------------------------	---------------------

Wohnort	1,19	1,24
Sachsen-Anhalt**	1,18	0,84
Ostdeutschland*	1,40	1,09
Deutschland*	0,62	1,02
Europa**	0,13	0,93

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Mittelwerte auf einer Skala von -2 („gar nicht verbunden“) bis +2 („sehr stark verbunden“); formal niedrige Bildung: bis einschließlich Hauptschulabschluss; formal hohe Bildung: mindestens Abitur; einfaktorielle Varianzanalyse (ANOVA); * signifikant bei $p < 0,05$, ** signifikant bei $p < 0,001$; $n = 481$.

Signifikante Unterschiede zeigen sich auch insofern, als die Verbundenheit mit Deutschland und Europa in der Gruppe derjenigen mit höherem und hohem Einkommen größer ausfällt als bei denjenigen mit geringerem und geringem Einkommen.

Tab. 2.2: Verbundenheit mit verschiedenen Entitäten nach Äquivalenzeinkommen

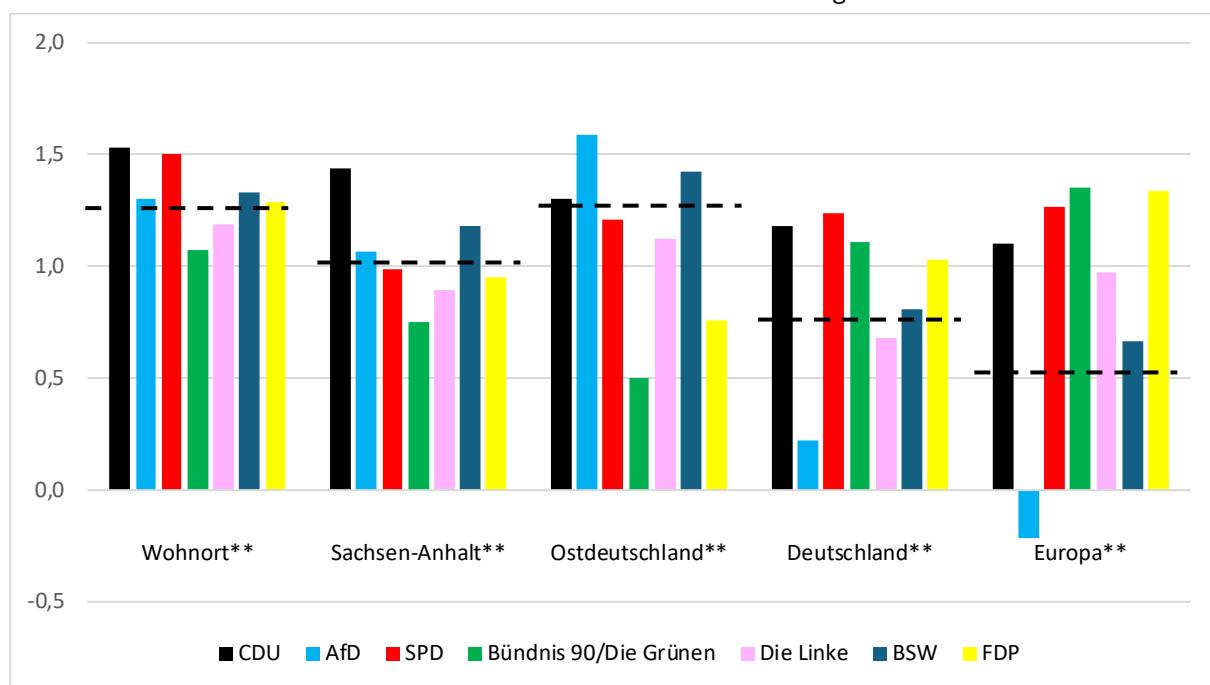
Wohngebiet	bis 1.250 €	von 1.250 bis 2.000 €	von 2.000 bis 3.000 €	mehr als 3.000 €	€
Wohnort*	1,15	1,40	1,36	1,15	
Sachsen-Anhalt	1,04	1,07	0,98	0,96	
Ostdeutschland	1,22	1,39	1,28	1,23	
Deutschland**	0,56	0,74	0,95	1,00	
Europa*	0,42	0,59	0,66	0,86	

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; dargestellt Mittelwerte auf einer Skala von -2 („gar nicht verbunden“) bis +2 („sehr stark verbunden“); Basis: monatliches Nettoäquivalenzeinkommen (Wurzel-Äquivalenzskala); einfaktorielle Varianzanalyse (ANOVA); * signifikant bei $p < 0,05$, ** signifikant bei $p < 0,001$; $n = 836$.

Die Verbundenheit mit Deutschland und Europa steigt zudem kontinuierlich mit dem Einkommen. Die Ausbildung einer auch gesamtdeutschen und europäischen Zugehörigkeit ist demnach abhängig von finanziellen Ressourcen und vermutlich einer stärker transnationalen Ausrichtung bzw. Beschäftigung.

Schließlich variiert die Verbundenheit mit den Entitäten signifikant entlang der Verbundenheit mit den Parteien, was auf politisch gefärbte Bedeutungen der Verbundenheit für die Menschen und ihrer Identitäten hinweist (Abb. 2.5). Im Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 wurde nicht die klassische Sonntagsfrage („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am Sonntag Bundestags-/Landtagswahl wäre?“) gestellt, sondern nach der Verbundenheit mit einer Partei gefragt („Gibt es eine Partei, der Sie sich persönlich am verbundensten fühlen?“). Zu berücksichtigen ist, dass die Anzahl der Verbundenen bei den kleineren Parteien gering ist. Daher sind die Befunde mit Vorsicht zu interpretieren. Betrachtet man diejenigen, die ihre Verbundenheit mit einer der im aktuellen Landtag von Sachsen-Anhalt vertretenen Parteien erklärt haben, zeigen sich einige Tendenzen im Vergleich mit dem als gestrichelte Linie dargestellten Durchschnitt. Dabei ist zu beachten, dass dieser Durchschnitt auch die Werte derjenigen berücksichtigt, die sich keiner Partei verbunden fühlen.

Abb. 2.5: Verbundenheit mit verschiedenen Entitäten nach Parteibindung



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; dargestellt Mittelwerte auf einer Skala von -2 („gar nicht verbunden“) bis +2 („sehr stark verbunden“); gestrichelte Linien darstellen die Gesamtmittelwerte der jeweiligen Kategorie (Wohnort: $M = 1,27$; Sachsen-Anhalt: $M = 1,02$; Ostdeutschland: $M = 1,28$; Gesamtdeutschland: $M = 0,75$; Europa: $M = 0,53$); einfaktorielle Varianzanalyse (ANOVA); ** signifikant bei $p < 0,001$; $n = 699$.

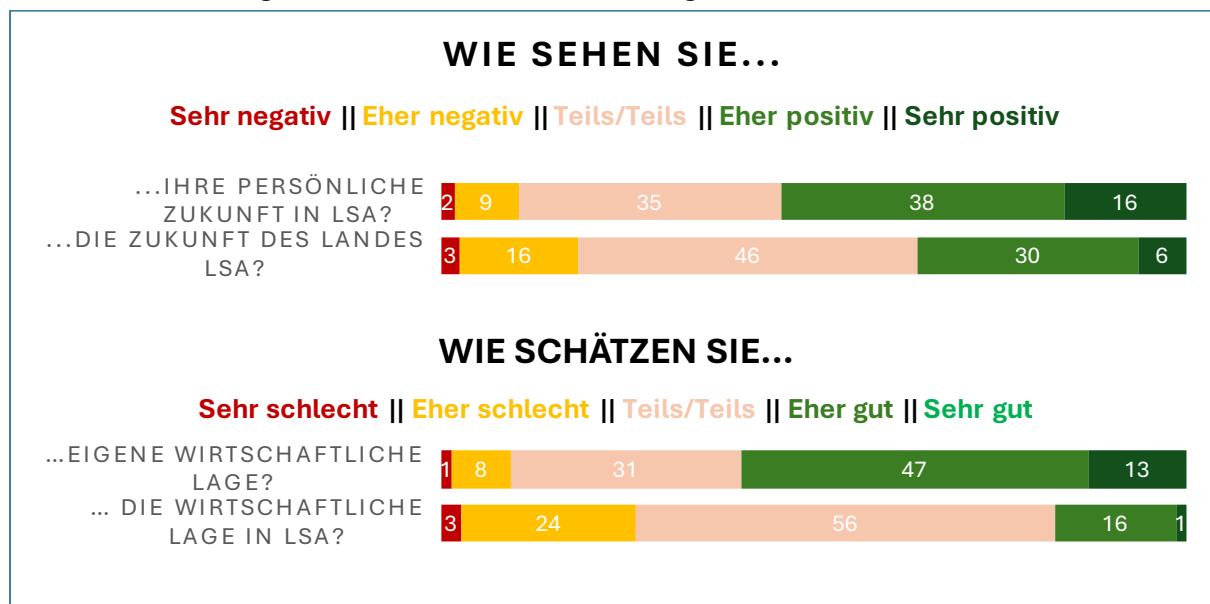
Die Ausprägung der Verbundenheit zum Wohnort liegt, oszillierend um den Durchschnitt, über die Partei-Verbundenheit recht nah beieinander. Sie ist bei Menschen, die sich der CDU oder SPD verbunden fühlen, deutlich und bei BSW-Verbundenen leicht überdurchschnittlich ausgeprägt. Durchschnittlich fällt sie bei Menschen aus, die sich der FDP verbunden fühlen. Unterdurchschnittlich ist sie bei Personen, die sich der Partei Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen verbunden fühlen. Im Kontrast dazu zeigt sich eine markante Differenz bei der Verbundenheit mit Europa: Diejenigen, die sich der AfD verbunden fühlen, zeigen nicht nur eine deutlich unterdurchschnittliche, sondern negative Verbundenheit mit Europa. Die Verbundenheit mit Europa ist bei allen anderen Partei-Verbundenen – mit Abstufungen – überdurchschnittlich ausgeprägt, am wenigsten deutlich beim BSW. Ganz ähnlich ist das Muster in Bezug auf Gesamtdeutschland; es unterscheidet sich nur dahingehend, dass die Anhänger der Partei Die Linke eine unterdurchschnittliche Verbundenheit zeigen und dass die deutlich unterdurchschnittliche Verbundenheit im Falle, der mit der AfD Verbundenen noch im positiven Bereich liegt. Allein in Bezug auf Ostdeutschland zeigen die AfD-Anhänger die relativ ausgeprägteste und deutlich überdurchschnittliche Verbundenheit. Nur bei den mit dem BSW verbundenen Personen ist sie noch leicht überdurchschnittlich ausgeprägt, bei den Anhängern anderer Parteien ist sie leicht (CDU), deutlicher (SPD, Die Linke) oder sehr deutlich (Bündnis 90/Die Grünen) unterdurchschnittlich ausgeprägt. In Bezug auf Sachsen-Anhalt fällt die Verbundenheit am stärksten bei denen aus, die sich der CDU verbunden fühlen. Bei BSW-Anhängern fällt sie noch deutlich, bei AfD-Anhängern leicht überdurchschnittlich aus. Bei SPD- und FDP-

Verbundenen liegt sie leicht unter dem Durchschnitt. Die Anhänger der Partei Die Linke und von Bündnis 90/Die Grünen fühlen sich Sachsen-Anhalt am wenigsten verbunden. Insgesamt zeigen sich doch teilweise recht deutliche Diskrepanzen in der Verbundenheit mit bestimmten Entitäten. Während Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen sowie der Partei Die Linke sich eher überregional bis europäisch verbunden fühlen, ist eine regionale Verbundenheit mit dem Wohnort oder Sachsen-Anhalt stärker bei Anhängern der CDU und in Teilen des BSW erkennbar.

2.3 Befunde zur Einschätzung der persönlichen Lage und Entwicklung des Landes

Die Verbundenheit mit dem Wohnort und, mit leichten Abstrichen, auch mit Sachsen-Anhalt ist, wie gezeigt, unter den Befragten bzw. in der Bevölkerung positiv ausgeprägt und weit verbreitet. Dies allein bedeutet allerdings noch nicht, dass die Menschen ihr Leben weiterhin in diesem Bundesland verbringen werden. Wie es um die Bleibeperspektive in der Bevölkerung bestellt ist, lässt sich auf der Grundlage der Einschätzungen der Zukunft und der wirtschaftlichen Lage abschätzen. So wurden die Befragten gebeten, ihre persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt und die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt einzuschätzen. Im Blick auf die Befunde zur Einschätzung der Zukunft zeigt sich (Abb. 2.6): Mit 54 Prozent sieht über die Hälfte der Befragten die persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt als eher (38 Prozent) oder sehr (16 Prozent) positiv und nur 11 Prozent als sehr (2 Prozent) oder eher (9 Prozent) negativ. Allerdings zeigt sich mit 35 Prozent auch ein gutes Drittel der Befragten diesbezüglich ambivalent. Die Einschätzung der Zukunft des Landes unterscheidet sich von diesem überwiegend positiven Trend: Mit 46 Prozent ist es fast die Hälfte, die sich diesbezüglich ambivalent äußert. Und mit 19 Prozent schätzt ein größerer Anteil die Zukunft des Landes eher (16 Prozent) oder sehr (3 Prozent) negativ ein, während der Anteil derjenigen mit einer diesbezüglich eher (30 Prozent) oder sehr (6 Prozent) positiven Erwartung kleiner ausfällt. Die Befragten wurden auch gebeten, ihre eigene wirtschaftliche Lage und die wirtschaftliche Lage Sachsen-Anhalts einzuschätzen. Die eigene wirtschaftliche Lage wird von 60 Prozent der Befragten als eher oder sehr gut (47 bzw. 13 Prozent) eingeschätzt. Insgesamt macht dies deutlich mehr als die Hälfte der Befragten aus. Nur ein kleinerer Anteil von 13 Prozent versteht sich in wirtschaftlicher Hinsicht als deutlich abgesichert. Insgesamt 9 Prozent sehen ihre wirtschaftliche Lage eher oder sehr negativ (8 bzw. 1 Prozent), eine Größe, die etwa gleich groß ausfällt wie bei der Zukunftserwartung. Fast ein Zehntel dürfte sich also Sorgen ums Auskommen machen (müssen). Immerhin ein knappes Drittel, nämlich 31 Prozent, schätzt die eigene wirtschaftliche Lage als ambivalent ein, geht also in dieser Hinsicht mit einer gewissen Hoffnung, aber auch Unsicherheit durchs Leben. Das Bild der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt unterscheidet sich allerdings deutlich von der Einschätzung der persönlichen Wirtschaftslage. Die wirtschaftliche Lage Sachsen-Anhalts wird mit 56 Prozent vom größten Teil der Befragten und mehr als der Hälfte als ambivalent eingeschätzt.

Abb. 2.6: Einschätzung der Zukunft und wirtschaftlichen Lage

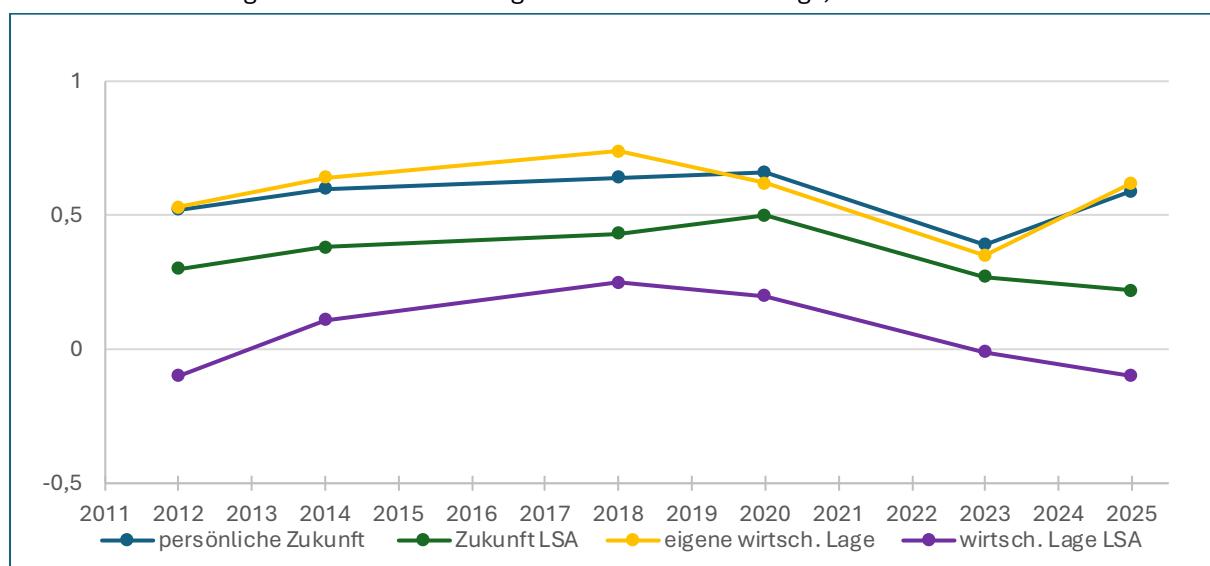


Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in % und gerundet; Abweichungen zu 100% rundungsbedingt; n=1101.

Hinzu kommt mit 27 Prozent ein gutes Viertel, die sie als eher oder sehr schlecht (24 bzw. 3 Prozent) ansehen. Nur 17 Prozent schätzen die wirtschaftliche Lage Sachsen-Anhalts als eher oder sehr gut (16 bzw. 1 Prozent) ein. Hier bestätigt sich eine schon in anderen Studien ermittelte Diskrepanz zwischen der Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage und der Einschätzung der Lage des Landes. Im letzteren Fall sind auch mediale Darstellungen und alltagsweltliche Erzählungen bedeutsame Voraussetzungen für die Urteilsbildung.

Ob dieser fürs Jahr 2025 zu konstatierte Befund eher in eine positive oder in eine negative Richtung weist, zeigt der Blick auf den längerfristigen Verlauf der Antworten dieser Fragen (Abb. 2.7). Sie waren bereits seit 2012 häufiger im Sachsen-Anhalt-Monitor erhoben worden. Zum einen wird im Blick auf den Verlauf deutlich, dass die Einschätzung der persönlichen Zukunft und eigenen wirtschaftlichen Lage recht eng beieinander liegt und umeinander oszilliert. Zum anderen zeigt sich, dass diese Einschätzungen kontinuierlich höher positiv ausgeprägt ist als die Einschätzung der Zukunft des Landes und diese wiederum besser ausfällt als die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Landes. Zudem stieg die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Landes von einem anfänglich, im Jahr 2012, negativen Mittelwert bis 2018 auf den zwischenzeitlich höchsten Mittelwert an, um danach kontinuierlich abzusinken. Im Jahr 2025 liegt er, wie in der Darstellung der prozentualen Verteilung bereits deutlich wurde, wieder im negativen Bereich. Markant ist schließlich auch, dass die Mittelwerte zur Einschätzung der persönlichen Zukunft und Lage und der des Landes langfristig tendenziell kovarierten, wenn auch auf unterschiedlichen Niveaus.

Abb. 2.7: Entwicklung der Zukunftserwartung und wirtschaftlichen Lage, 2012–2025



Quelle: Holtmann et al. 2012, 2014, 2018, 2020; eigene Berechnung für 2023 und 2025; Mittelwerte auf einer Skala von -2 („sehr negativ/sehr schlecht“) bis +2 („sehr positiv/sehr gut“).

Aktuell gehen sie scherenartig auseinander: Die Zukunft und wirtschaftliche Lage des Landes werden zunehmend pessimistisch, die persönliche Zukunft und wirtschaftliche Lage zunehmend optimistisch eingeschätzt.

Ein wichtiges Anzeichen für die Stimmungslage der Bevölkerung ist auch, für wie gerecht oder ungerecht die Menschen ihre Lage im sozialen Vergleich mit anderen einschätzen (Pickel 2016). Hintergrund ist, dass liberale Demokratien bzw. Systeme mit einer Sozialen Marktwirtschaft voraussetzen, dass es bei der (ungleichen) Verteilung von Gütern, Einkommen und Vermögen gerecht zugeht. Dabei bewegen sie sich zwischen den Polen der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit, deren Verhältnis Gegenstand politischer Auseinandersetzungen ist. Ein wichtiger Indikator dafür, ob ein zu einem bestimmten Zeitpunkt gegebenes Verhältnis von den Gesellschaftsmitgliedern akzeptiert wird, ist ein Item, das die relative Deprivation misst (Wegener/Liebig 1998; Pickel 2015a). Dazu wurden die Befragten gebeten mitzuteilen, ob sie glauben, im Vergleich mit dem Lebensstandard anderer in Deutschland ihren gerechten Anteil zu erhalten.

Die Ergebnisse sind der Abbildung 2.8 im Überblick zu entnehmen. Die Daten zeigen, dass die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt beim Gerechtigkeitsempfinden fast genau in zwei Hälften zerfällt. Mit 49 Prozent meint knapp die Hälfte, dass sie den gerechten Anteil erhält, nur 2 Prozent meinen, mehr als den gerechten Anteil zu erhalten. Umgekehrt empfinden es 41 Prozent so, dass sie weniger als den gerechten Anteil erhalten, und immerhin 7 Prozent meinen, sehr viel weniger als den gerechten Anteil zu bekommen. Aus Sicht der Bevölkerung gilt vor diesem Hintergrund also: Knapp die Hälfte empfindet es nicht so, dass es bei der Verteilung von Gütern, Einkommen und Vermögen gerecht zugeht. Ob dabei eher eine Orientierung an der Leistungs- oder Bedarfsgerechtigkeit maßgeblich ist, kann nicht geklärt werden.



Abb. 2.8: Gerechter Anteil im Vergleich zu anderen in Deutschland

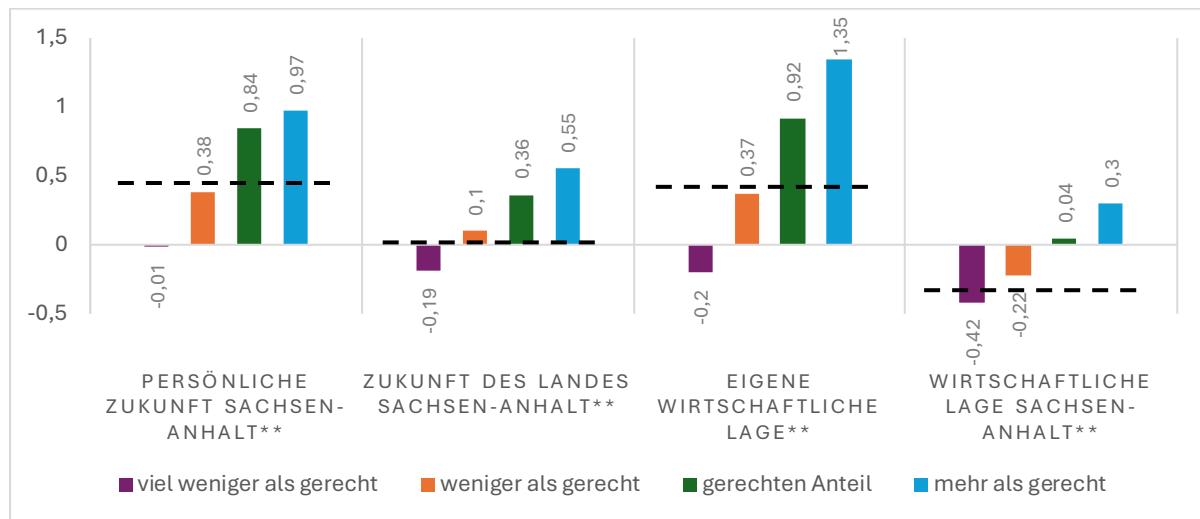


Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in % und gerundet; Abweichung zu 100% „keine Angabe“ und rundungsbedingt; n=1101.

Betrachtet man den Zusammenhang zwischen der relativen Deprivation und der Einschätzung der Zukunft und der wirtschaftlichen Lage, zeigen sich deutliche und durchgängige Effekte auf persönlicher Ebene und mit Blick auf Sachsen-Anhalt (Abb. 2.9). Über alle vier Bereiche hinweg liegt der Mittelwert derjenigen, die meinen, vielweniger oder weniger als gerecht wäre, zu erhalten, stets unter dem jeweiligen Durchschnitt. Umgekehrt liegen die Mittelwerte derjenigen, die meinen, den gerechten Anteil oder mehr als diesen zu erhalten, über dem jeweiligen Durchschnitt. Beim Effekt auf die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Landes kommt hinzu, dass die relative Deprivation nicht nur mit einem unterdurchschnittlichen, sondern mit einem negativen Mittelwert einhergeht. Es handelt sich also um zwei Variablen, die stark zusammenhängen und damit zeigen, dass die eher pessimistische Einschätzung der Zukunft und der wirtschaftlichen Lage auch von einem für die Person jeweils nachteiligen Resultat des sozialen Vergleichs abhängt. Umgekehrt fallen die Mittelwerte bei denen, die den gerechten Anteil oder mehr als diesen meinen zu erhalten, sowohl überdurchschnittlich als auch positiv aus.

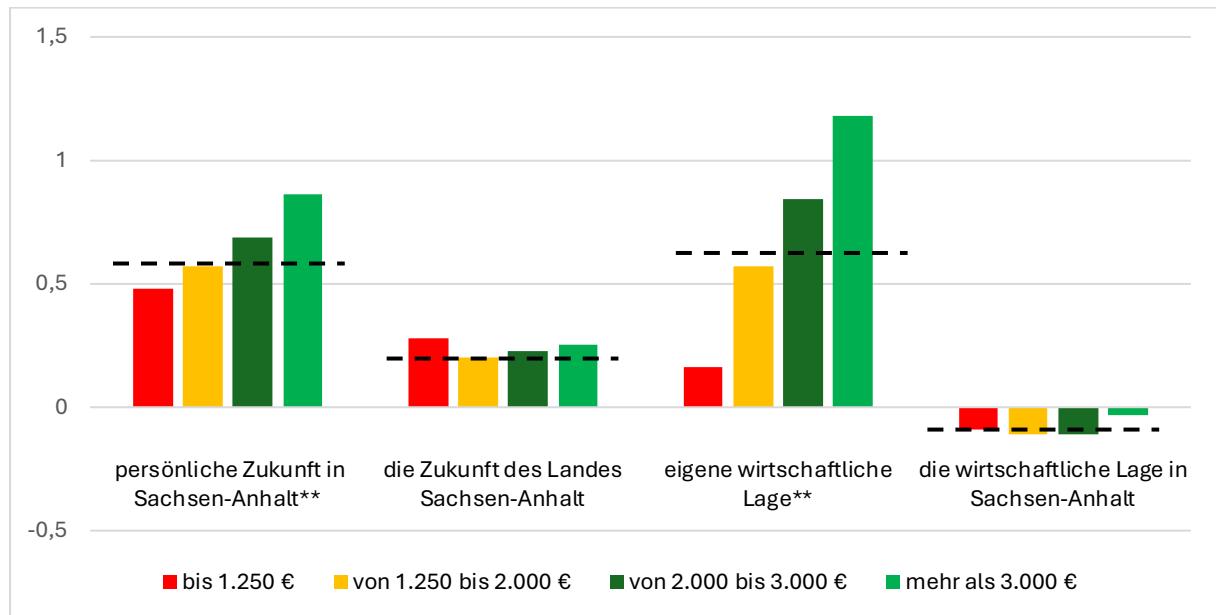
Ein deutlicher Effekt auf die Einschätzung der persönlichen Zukunft und der eigenen wirtschaftlichen Lage hat auch das objektive Maß der Einkommensunterschiede (Abb. 2.10). Um ihn zu bestimmen, wurden die Befragten auf der Basis des Nettoäquivalenzeinkommens in vier Gruppen geteilt. Auf dieser Grundlage zeigt sich, dass die persönliche Zukunftserwartung durch das Einkommen in starkem Maße bestimmt wird. Die Mittelwerte der beiden unteren Einkommensgruppen sind unterdurchschnittlich, die der beiden oberen überdurchschnittlich. Bei der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage variieren die einkommensabhängigen Unterschiede noch deutlicher. Auf die Einschätzung der Zukunft des Landes und der wirtschaftlichen Lage Sachsen-Anhalts lassen sich hingegen keine einkommensabhängigen Effekte nachweisen. Sie schwanken im ersten Fall um einen noch leicht positiven, im zweiten Fall um einen negativ ausgeprägten Mittelwert.

Abb. 2.9: Zukunft und wirtschaftliche Lage nach relativer Deprivation



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; dargestellt Mittelwerte auf einer Skala mit fünf Ausprägungen von -2 („sehr negativ“/ „sehr schlecht“) über 0 („teils/teils“) bis +2 („sehr positiv“/ „sehr gut“); gestrichelte Linien darstellen die Gesamtmittelwerte der jeweiligen Kategorie (persönliche Zukunft in LSA: M = 0,59; Zukunft des LSA: M = 0,22; eigene wirtschaftliche Lage: M = 0,62; wirtschaftliche Lage in LSA: M = -0,10); einfaktorielle Varianzanalyse (ANOVA); ** signifikant bei $p < 0,001$; n = 1099.

Abb. 2.10: Zukunftserwartung und wirtschaftliche Lage nach Einkommen

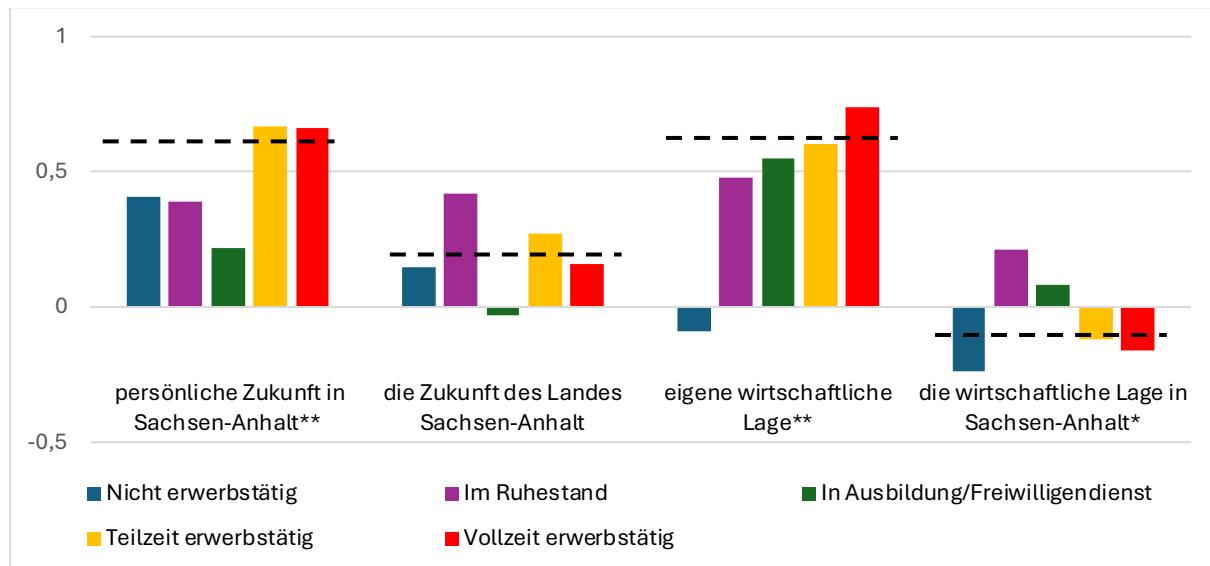


Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; dargestellt Mittelwerte auf einer Skala mit fünf Ausprägungen von -2 („sehr negativ“/ „sehr schlecht“) über 0 („teils/teils“) bis +2 („sehr positiv“/ „sehr gut“); Basis: monatliches Nettoäquivalenzeinkommen (Wurzel-Äquivalenzskala); gestrichelte Linien darstellen die Gesamtmittelwerte der jeweiligen Kategorie (persönliche Zukunft in LSA: M = 0,59; Zukunft des LSA: M = 0,22; eigene wirtschaftliche Lage: M = 0,62; wirtschaftliche Lage in LSA: M = -0,10); einfaktorielle Varianzanalyse (ANOVA); ** signifikant bei $p < 0,001$; n = 836.

Auch der Erwerbsstatus der Befragten hat einen Einfluss auf die Einschätzung der Zukunft und der wirtschaftlichen Lage (Abb. 2.11). Leicht überdurchschnittlich positiv gestimmt sehen nur diejenigen auf ihre persönliche Zukunft, die in Teil- oder Vollzeit beschäftigt sind, und die eigene wirtschaftliche Lage beurteilen nur die Vollzeitbeschäftigte überdurchschnittlich gut. Die Zukunft und wirtschaftliche Lage des Landes beurteilen die

Menschen im Ruhestand überdurchschnittlich positiv. Zu ihnen gesellen sich mit Blick auf die wirtschaftliche Lage des Landes noch Personen in Ausbildung, während Erwerbslose sowie Teil- und Vollzeitbeschäftigte sie unterschiedlich ausgeprägt negativ einschätzen.

Abb. 2.11: Zukunft und wirtschaftliche Lage nach Erwerbsstatus



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; dargestellt Mittelwerte auf einer Skala mit fünf Ausprägungen von -2 („sehr negativ“/„sehr schlecht“) über 0 („teils/teils“) bis +2 („sehr positiv“/„sehr gut“); gestrichelte Linien darstellen die Gesamtmittelwerte der jeweiligen Kategorie (persönliche Zukunft in LSA: M = 0,59; Zukunft des LSA: M = 0,22; eigene wirtschaftliche Lage: M = 0,62; wirtschaftliche Lage in LSA: M = -0,10); einfaktorielle Varianzanalyse (ANOVA); * signifikant bei $p < 0,05$, ** signifikant bei $p < 0,001$; n = 659.

Die Einschätzung der Zukunft und Wirtschaftslage unterscheidet sich schließlich auch entlang der Parteiverbundenheit (Tab. 2.3). Besonders positiv blicken Sachsen-Anhalter in die persönliche Zukunft, die sich der CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen verbunden fühlen. CDU- und SPD-Anhänger sehen auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes etwas positiver als die Anhänger anderer Parteien. Durchgängig unterdurchschnittlich beurteilen AfD-Anhänger die Zukunft und wirtschaftliche Lage. Auch in der Gruppe, die sich der Partei Die Linke verbunden fühlt, sind die Mittelwerte leicht unterdurchschnittlich bei der Einschätzung der persönlichen Zukunft und bei der Zukunft sowie der wirtschaftlichen Lage des Landes. Besonders unterdurchschnittlich schätzen diese Personen ihre eigene wirtschaftliche Lage ein. Die Gruppen, die sich dem BSW und der FDP verbunden fühlen, sehen ihre persönliche Zukunft und die Zukunft Sachsen-Anhalts ähnlich ausgeprägt überdurchschnittlich positiv und die wirtschaftliche Lage Sachsen-Anhalts geringfügig weniger pessimistisch als der Durchschnitt. Sie unterscheiden sich in der Einschätzung ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage: FDP-affine Personen sehen sie weit überdurchschnittlich positiv, BSW-verbundene Personen deutlich unterdurchschnittlich. Parteipolitische Verbundenheit ist also ein starker Faktor in der Differenzierung der Beurteilung der Zukunft und der wirtschaftlichen Lage.

Tab. 2.3: Zukunft und wirtschaftliche Lage nach Parteiverbundenheit

	CDU	AfD	SPD	B'90/ Die Grü- nen	Die Linke	BSW	FDP	Mit- tel- wert
Persönliche Zukunft in LSA**	0,92	0,37	0,84	0,81	0,51	0,72	0,67	0,59
Zukunft LSA**	0,5	0,04	0,54	0,03	0,16	0,37	0,34	0,22
Eigene wirtschaftliche Lage**	0,94	0,35	1,02	0,89	0,37	0,55	1,19	0,62
Wirtschaftliche Lage in LSA**	0,1	-0,26	0,16	-0,02	-0,07	-0,03	-0,01	-0,1

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; dargestellt Mittelwerte auf einer Skala mit fünf Ausprägungen von -2 („sehr negativ“/ „sehr schlecht“) über 0 („teils/teils“) bis +2 („sehr positiv“/ „sehr gut“); einfaktorielle Varianzanalyse (ANOVA); **signifikant bei $p < 0,001$, $n = 699$.

2.4 Geopolitische Entwicklungen und Erfahrung gesellschaftlicher Transformation

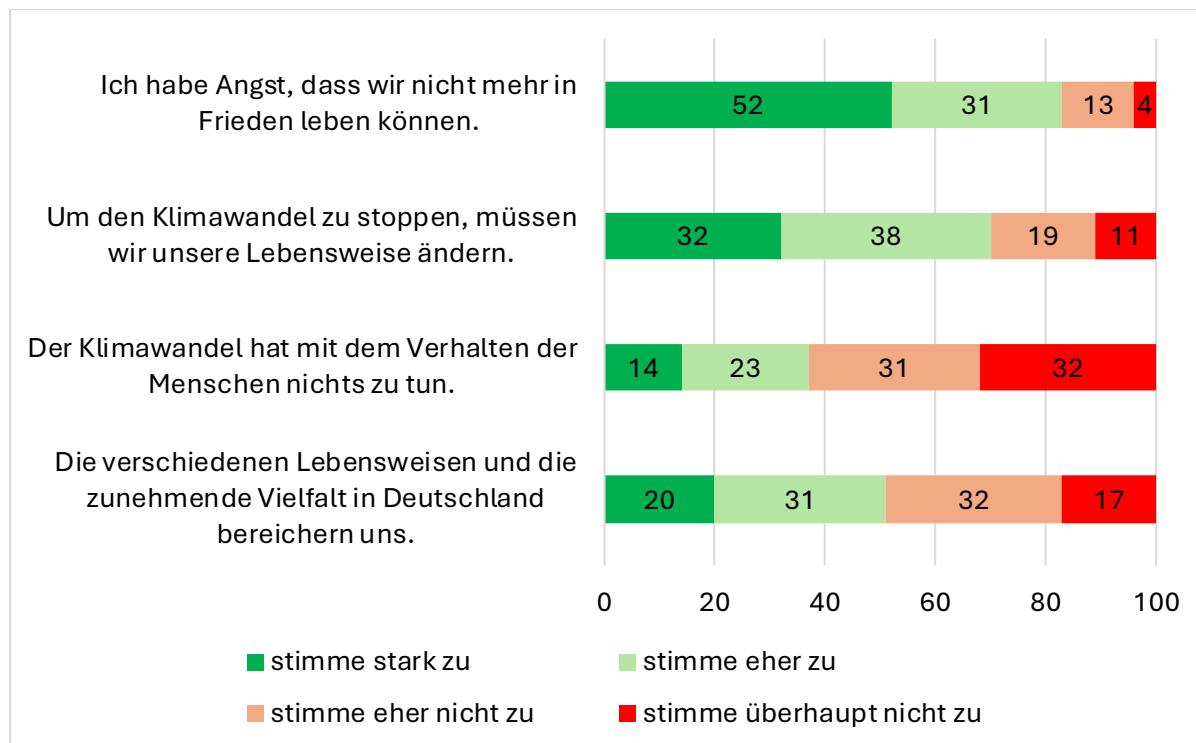
Die geopolitischen Entwicklungen sind ebenso wie die anhaltende gesellschaftliche Transformation Herausforderungen, die die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt beschäftigen. Teils verlaufen sie krisenförmig, wie die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Covid-19-Pandemie.

Im aktuellen Sachsen-Anhalt-Monitor sind drei Bereiche in den Blick genommen worden, die tiefgreifende Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben und die der politischen Bearbeitung bedürfen. Dazu zählt erstens die Frage nach Krieg und Frieden, die angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und den durch den Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel ausgelösten Krieg in Nahost an Aktualität gewonnen hat. Zweitens bleibt der Umgang mit dem anthropogenen Klimawandel eine große Herausforderung. In diesem Zusammenhang sind in Sachsen-Anhalt bereits größere Anstrengungen unternommen worden, um den Umbau von einer fossilen zu einer nachhaltigeren Industrie voranzutreiben. Drittens ist die Pluralisierung der Lebensweisen ein Dauerthema und die Akzeptanz von Diversität ist ein wichtiger Indikator für die Innovationsfähigkeit, aber auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Basis von Menschenrechten. Zudem ist Sachsen-Anhalt angesichts seiner demografischen Entwicklung und mit Blick auf den Fachkräftemangel auf einen Bevölkerungszuwachs angewiesen, der sich auch aus trans-nationaler Migration speisen müsste. Vor diesem Hintergrund betrachten wir folgend Befunde, die Aufschluss über die Einstellungen in der sachsen-anhaltischen Bevölkerung zu diesen Bereichen geben. Sie lassen sich als Hinweise auf die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Wandels sowie die Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit in der Bevölkerung interpretieren (Abb. 2.12).

Wie in anderen Bundesländern (Pickel, Pickel & Rustenbeck 2024) lösen offenbar die genannten Kriege und die Veränderung der geopolitischen Konstellationen auch in

Sachsen-Anhalt eine große Unsicherheit in der Bevölkerung aus. So haben insgesamt 83 Prozent der Einwohner Sachsen-Anhalts „Angst, dass wir nicht mehr in Frieden leben können“, darunter 52 Prozent mit starken Ängsten. Mit Blick auf den Klimawandel ist zu konstatieren, dass immerhin 37 Prozent der Bevölkerung entgegen der fast vollständigen Mehrheit der wissenschaftlichen Erkenntnisse (Falk et al. 2022; IPCC 2023) meinen, er sei nicht durch menschliches Handeln verursacht.

Abb. 2.12: Wahrnehmung von globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen



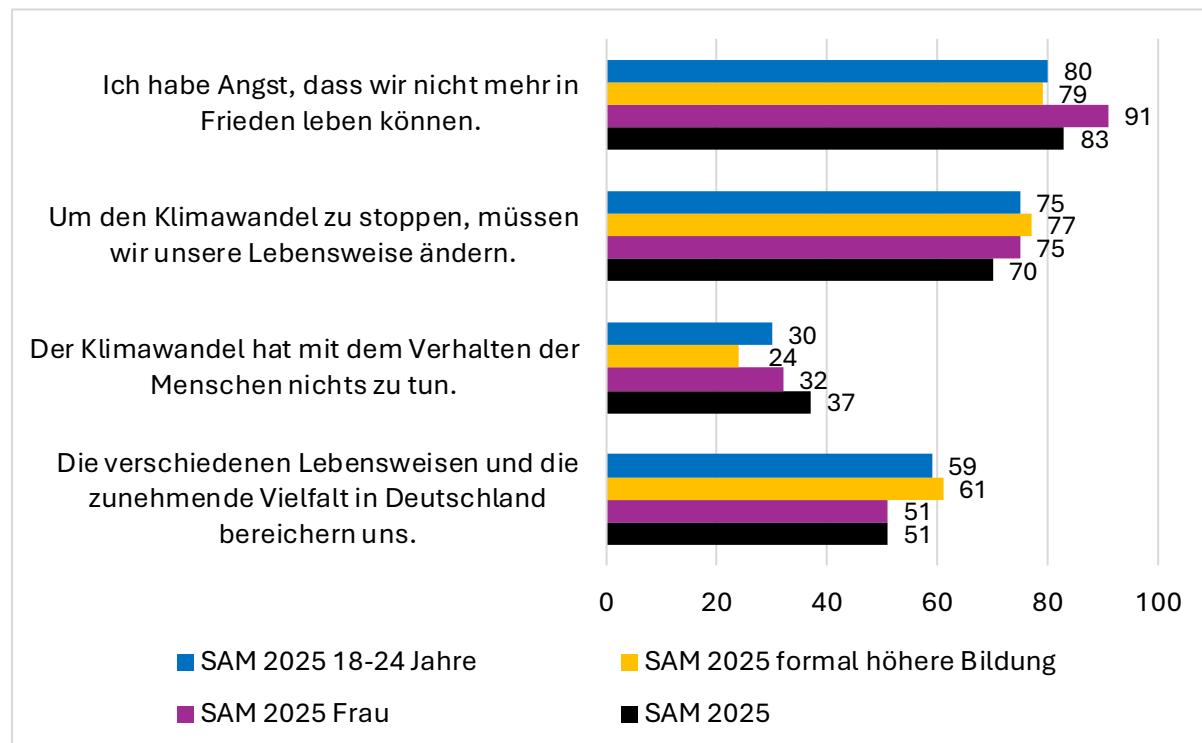
Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in % und gerundet; n = 1101.

Die demgegenüber deutliche Mehrheit von 63 Prozent der Bevölkerung geht allerdings von der Existenz des anthropogenen Klimawandels aus; und 70 Prozent stimmen zu, dass „die Lebensweise geändert werden muss“, um ihm effektiv begegnen zu können. Unter welchen Umständen diese deutliche Mehrheit entsprechende Maßnahmen dann mitträgt, wäre an anderer Stelle genauer zu untersuchen. Mit Blick auf die Akzeptanz der gesellschaftlichen Pluralisierung und Diversität ist das Ergebnis ausgeglichener. So sieht mit 51 Prozent immerhin die Hälfte der Sachsen-Anhalter Vielfalt als Bereicherung an, die andere Hälfte aber auch nicht. Im aktuellen Vielfaltsbarometer fällt die Bewertung von Vielfalt unter Berücksichtigung von sieben Dimensionen in Sachsen-Anhalt auf einer Skala von 0 bis 100 mit einem Wert von 63 positiv aus und liegt nur leicht unter dem Bundesdurchschnitt (Arant et al. 2025: 26). Ein wertschätzender Umgang mit Vielfalt findet demnach allgemein eine leichte Mehrheit, die Variationen pro Dimension aufweist (ebd.).

Im Folgenden prüfen wir, ob die Wahrnehmung von geopolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen sich nach soziostrukturellen Merkmalen systematisch unterscheidet. Dabei zeigt sich im Vergleich nach Alter, Geschlecht und formaler Bildung, dass diese

Variablen nur begrenzte Auswirkung auf das Antwortverhalten haben. Dargestellt werden jene Gruppen, bei denen sich leichte Differenzierungen abzeichnen (Abb. 2.13).

Abb. 2.13: Wahrnehmung von Herausforderungen nach sozialstrukturellen Merkmalen

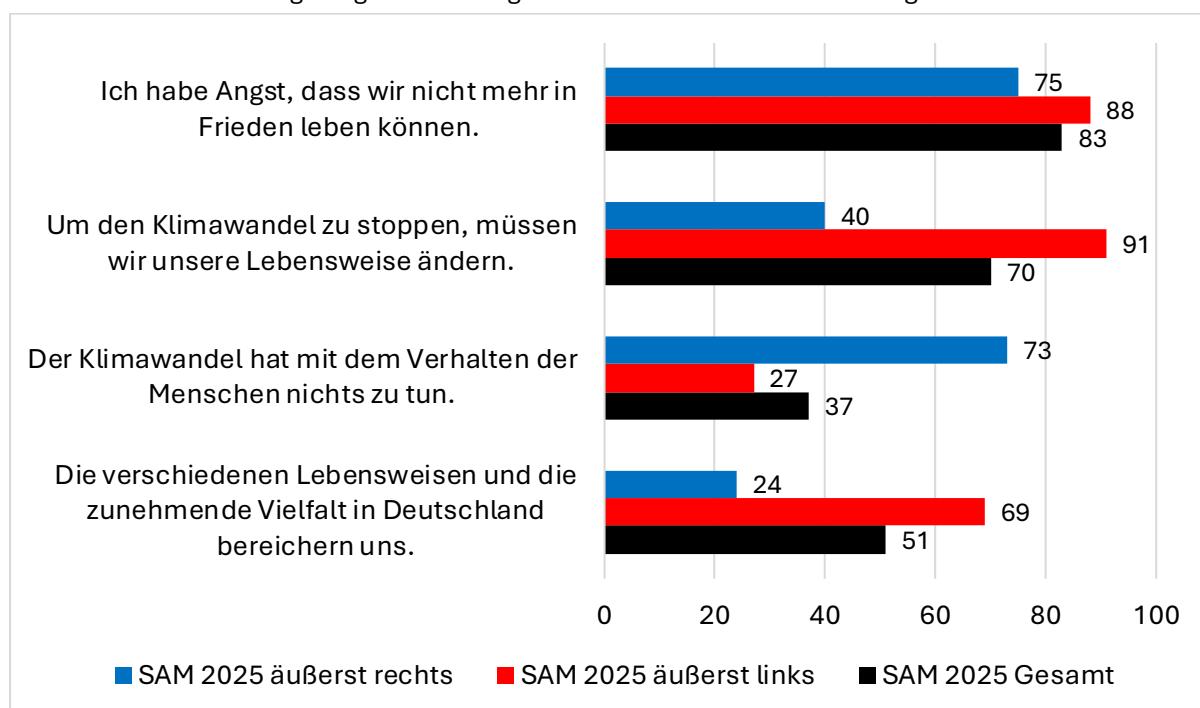


Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; dargestellt zustimmende Werte; Angaben in % und gerundet; pro Teilgruppe durchschnittliches n=302, insgesamt durchschnittliches n = 1101.

Am auffälligsten ist, dass die Angst, nicht mehr in Frieden leben zu können, bei Frauen mit 91 Prozent weiter verbreitet ist als im Durchschnitt mit 83 Prozent, wobei 63 Prozent hier voll und ganz zustimmen. Zudem sind Frauen etwas stärker sensibilisiert dafür, gegen den Klimawandel vorzugehen (75 Prozent im Vergleich zu 70 Prozent). Gleiches gilt für Sachsen-Anhalter mit formal höherer Bildung (77 Prozent). Letztere sind mit 61 Prozent gegenüber 51 Prozent im Durchschnitt auch offener für Vielfalt und Diversität in Sachsen-Anhalt. Die letzten Effekte sind allerdings in der Stärke nicht sehr ausgeprägt. Alle anderen Aussagen werden von der Bevölkerung im Ganzen geteilt und unterscheiden sich nur unmaßgeblich nach der Sozialstruktur.

Die politisch-ideologische Haltung hat hingegen einen großen Einfluss auf die jeweilige Wahrnehmung gesellschaftlicher Herausforderungen sowie die Veränderungsfähigkeit und -bereitschaft (Abb. 2.14). Aufgrund der deutlichen Mehrheiten in Bezug auf die Themen Klimawandel und Frieden ist sie hier nicht so ausschlaggebend wie im Bereich Vielfalt, wo die Gesamtbevölkerung ohnehin geteilter Meinung ist.

Abb. 2.14: Wahrnehmung von globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; dargestellt zustimmende Werte; Angaben in % und gerundet; n = 1101.

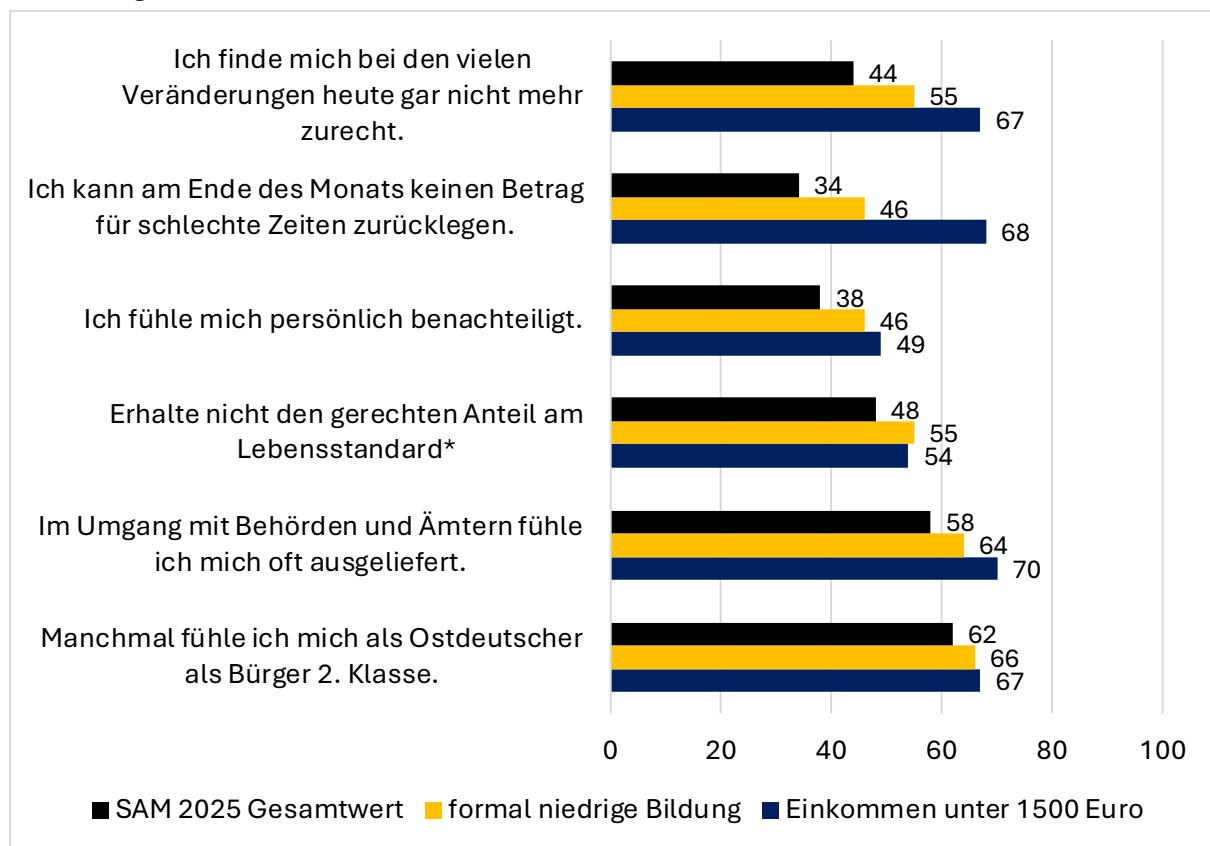
So fällt die Zustimmung zur Aussage, dass die eigene Lebensweise verändert werden muss, um dem Klimawandel zu begegnen, von 70 auf 40 Prozent, wenn nur die Gruppe der äußerst Rechten betrachtet wird. In der Gruppe der äußersten Linken steigt die Zustimmung hingegen auf 91 Prozent. Entsprechend steigt der Anteil derjenigen, die meinen, der Klimawandel habe mit dem menschlichen Verhalten nichts zu tun, in der Gruppe der äußerst Rechten von 37 auf 73 Prozent; umgekehrt sinkt der Anteil auf 27 Prozent unter den äußerst Linken. Die Leugnung des anthropogenen Klimawandels ist demnach Teil und Resultat einer äußerst rechten Weltanschauung, teilweise auch einer Antisystem-Position. Werden diese Einstellungspotenziale handlungswirksam, dürften sie klimarechte Innovationen behindern. Die Haltung zu Vielfalt ist ebenfalls erkennbar mit der politisch-ideologischen Weltanschauung verbunden. Der Anteil, der Vielfalt als Bereicherung wahrnimmt, steigt von 51 auf 69 Prozent bei den äußerst Linken, und sinkt auf 24 Prozent bei den äußerst Rechten. Bundesweit ist die Akzeptanz von Diversität immer noch klar positiv ausgeprägt, sinkt im Vergleich zu 2019 aber etwas (Arant et al. 2025). Die Befunde für Sachsen-Anhalt zeigen bei mehreren Vielfaltsdimension unterschiedlich hohe und teils zunehmende Werte; verhältnismäßig relativ gering ausgeprägt ist die Akzeptanz mit Blick auf die sozio-ökonomische und ethnische Herkunft sowie Religion (26). Es scheint sich auch im SAM 2025 zu bestätigen, dass die Gesellschaft in Sachsen-Anhalt nicht strukturell entlang der Themen Klima und Vielfalt gespalten ist, sie aber durch die politisch-ideologische Aufladung zu ‚Triggerpunkten‘ (Mau et al. 2023) für Angehörige unterschiedlicher politischer Lager (gemacht) werden können. So steigert die Besorgnis vor den Folgen des Klimawandels die Unterstützung klimapolitischer Schutzmaßnahmen

(Brettfeld et al. 2023). Andererseits werden Ängste vor den Folgen des Klimaschutzes geschürt (Quent et al. 2022, Möning et al. 2024).

Während bis hierher zentrale gesellschaftliche Herausforderungen aus Sicht der Befragten thematisiert wurden, geht es folgend um die Frage, wie die Sachsen-Anhalter ihre eigene Situation vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen einschätzen. Um dies zu betrachten, können fünf Statements herangezogen werden. Sie können als Ausdruck von Anomie („Ich finde mich bei den vielen Veränderungen heute gar nicht mehr zurecht.“), materieller Deprivation („Ich kann am Ende des Monats kein Geld für schlechtere Zeiten zurücklegen.“), relativer Deprivation („Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, glauben Sie, dass Sie persönlich ihren gerechten Anteil erhalten?“) sowie als wahrgenommene persönliche Benachteiligung („Ich fühle mich persönlich benachteiligt.“) und kollektive Benachteiligung („Manchmal fühle ich mich als Ostdeutscher als Bürger 2. Klasse.“) verstanden werden.

Wir betrachten die Befunde im Überblick und Vergleich entlang von Einkommen und Bildung (Abb. 2.15) sowie politischer Orientierung (Abb. 2.16)

Abb. 2.15: Einschätzung der eigenen Situation in der gesellschaftlichen Transformation nach Einkommen und Bildung



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; * „Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, glauben Sie, dass Sie persönlich ihren gerechten Anteil erhalten?“; zustimmende Angaben in Prozent, gerundet und ohne Berücksichtigung keine Angabe/weiss nicht; pro Teilgruppe durchschnittliches n=195, insgesamt durchschnittliches n = 1100.

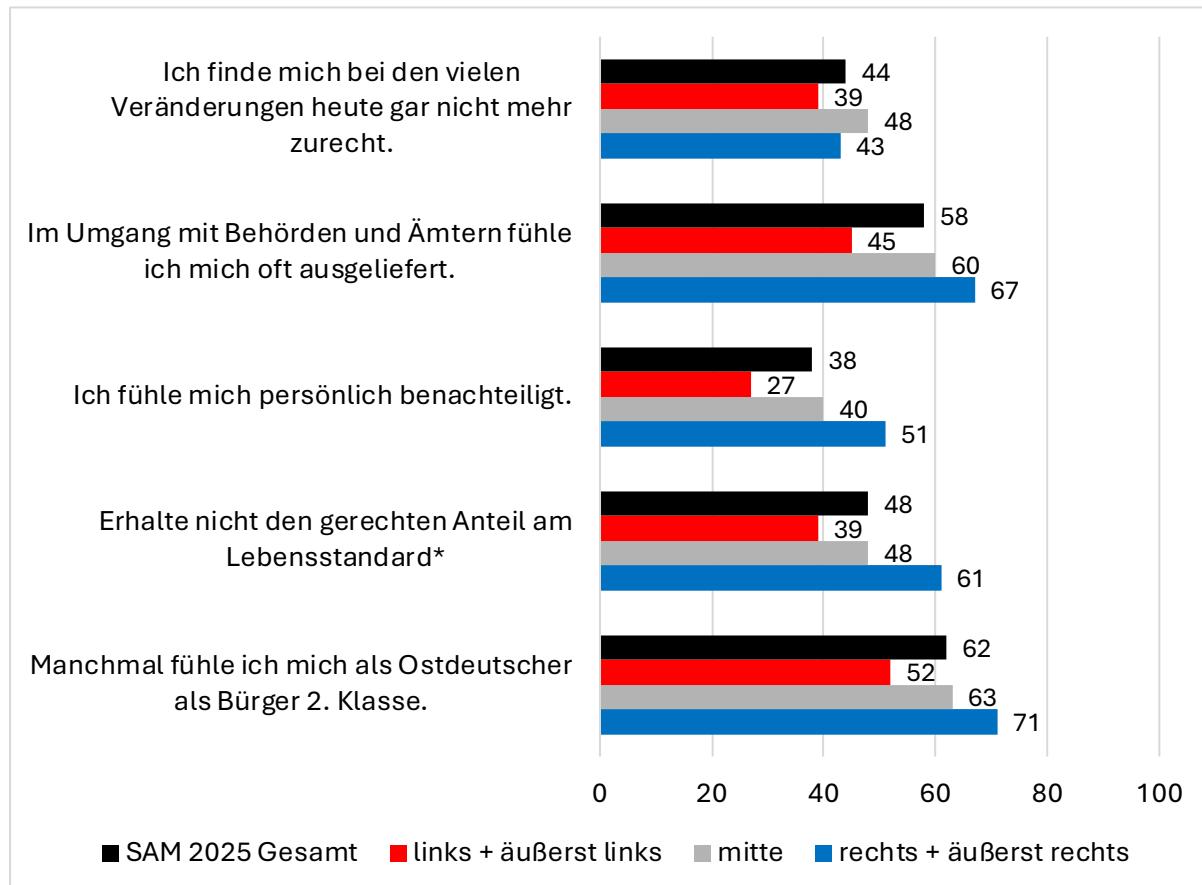


Mit Blick auf die generelle Handlungsfähigkeit der Bevölkerung in den gegenwärtigen Umbrüchen kann festgehalten werden, dass mit 56 Prozent mehr als die Hälfte kein Gefühl von Anomie anzeigt. Immerhin 44 Prozent der Bürger Sachsen-Anhalts finden sich bei den gerade stattfindenden Veränderungen allerdings nicht mehr zurecht und fühlen sich überfordert. Dieser Anteil steigt bei Personen mit formal niedriger Bildung auf 55 Prozent und bei denen mit einem Einkommen unter 1500 Euro im Monat auf 67 Prozent an (Abb. 2.15). Mit dem Anteil der letzteren umfänglich praktisch deckungsgleich sind die 68 Prozent der Einkommensärmsten, die am Ende des Monats keinen Betrag für schlechte Zeiten zurücklegen können. Insgesamt ist es mit 34 Prozent immerhin ein gutes Drittel, das über kein materielles Polster für Krisenphasen verfügt. Etwa auf diesem Niveau bewegt sich auch der Anteil jener 38 Prozent, der sich persönlich benachteiligt fühlt. Hier steigt der Wert in den ökonomisch nicht privilegierten Gruppen und bei Menschen mit formal niedriger Bildung kaum an. Die relative Deprivation ist, wie bereits ausführlich berichtet, bei etwa der Hälfte der Bevölkerung festzustellen. Und deutlich mehr als die Hälfte, nämlich 62 Prozent der Bürger Sachsen-Anhalts, fühlt sich als Ostdeutscher als Bürger zweiter Klasse. Mit 31 Prozent empfindet dies die Hälfte davon in starkem Ausmaß. Darin kommen Erfahrungen aus der Transformationsphase der 1990er Jahre und Auswirkungen der sich verstetigenden Pfadabhängigkeit der ost- und westdeutschen Entwicklung ebenso zum Ausdruck wie die Konstruktion und Übernahme von Narrativen und der subjektive Vergleich mit einem als typisch westdeutsch eingeschätzten Alltag (Pickel/Pickel 2023). Alle Einschätzungen der persönlichen, relativen und kollektiven Benachteiligung sind bei Menschen mit formal niedriger Bildung und einem niedrigen Einkommen leicht häufiger ausgeprägt. Schließlich teilt ein großer Anteil von 58 Prozent die Einschätzung, sich im Umgang mit Behörden und Ämtern oft ausgeliefert zu fühlen. Auch dieser Wert steigt bei einkommensschwachen und formal bildungsfernen Gruppen an.

Das Empfinden der Benachteiligung und Deprivation unterscheidet sich deutlich mit Blick auf die politische Orientierung der Befragten (Abb. 2.16). Es ist durchgängig rechts der Mitte des politischen Spektrums überdurchschnittlich verbreitet und stärker ausgeprägt als in der Mitte oder links der Mitte. In dieser Gruppe geben 51 Prozent an, sich persönlich benachteiligt zu fühlen, und 71 Prozent sehen sich als Ostdeutscher als Bürger zweiter Klasse. Links der Mitte ist die Zustimmung zu diesen Aussagen unterdurchschnittlich und geringer ausgeprägt als in der Mitte und rechts der Mitte. Beispielsweise fühlen sich nur 52 Prozent in diesem Spektrum als Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse. In der Mitte sind Gefühle der Benachteiligung und die relative Deprivation durchgängig durchschnittlich verbreitet; allein die Anomie ist in diesem Spektrum leicht überdurchschnittlich ausgeprägt. Insgesamt zeigen sich deutlich stärkere Effekte der politischen Ideologie auf Benachteiligung und Deprivation, was auf eine mögliche Wechselwirkung hindeutet. So kann das Benachteiligungsgefühl Bürger ins politisch rechte Spektrum führen, umgekehrt kann es auch sein, dass politisch rechte Deutungen Gefühle der Benachteiligung befördern. Insgesamt zeigt die Betrachtung der Befunde, dass relevante Anteile der

Sachsen-Anhalter Benachteiligung auf persönlicher und kollektiver Ebene empfinden. Ebenso ist eine beachtlich große Gruppe erkennbar, die durch die gesellschaftlichen Veränderungen überfordert wird.

Abb. 2.16: Benachteiligung und Deprivation nach politischer Orientierung



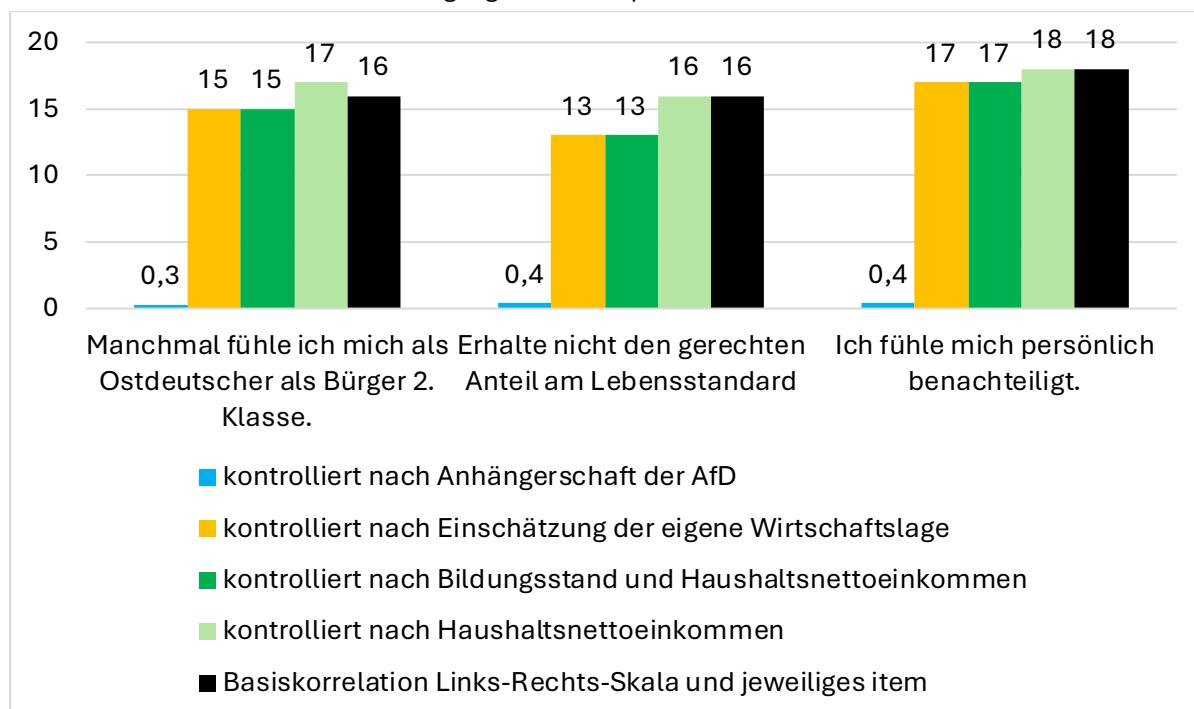
Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; * „Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, glauben Sie, dass Sie persönlich ihren gerechten Anteil erhalten?“; zustimmende Werte in Prozent; durchschnittliches n = 1100.

Weil sich im Detail besonders die politische Orientierung als Variable gezeigt hat, die einen Zusammenhang zu Gefühlen der Benachteiligung aufweist, vertiefen wir abschließend die Betrachtung dieses Bereichs. Es soll eruiert werden, welche Ursachen die weiter verbreiteten Gefühle der Benachteiligung bei Personen des äußerst rechten Spektrums haben (Abb. 2.17). Dazu nutzen wir das Verfahren der partialen Korrelation exemplarisch für zwei Variablen: die Einschätzung, sich als Ostdeutscher als Bürger zweiter Klasse zu fühlen, und die Position rechts der Mitte auf der Links-Rechts-Skala. Diesen Zusammenhang kontrollieren wir auf Einkommensdifferenzen, die Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage und Bildungsstand. Voraussetzung ist die Berechnung des Basiswertes der Korrelation zwischen diesen beiden Variablen. Dies geschieht über eine klassische bivariate Korrelation, welche die Beziehungen in einer Zahl zwischen -1 und +1 ausdrückt. Bei einem Wert von 0 würde keine Beziehung existieren.

Wie zu erwarten, besteht zwischen den drei Variablen („erhalte nicht den gerechten Anteil“, „persönliche Benachteiligung“ und „fühle mich als Ostdeutscher als Bürger zweiter

Klasse') und einer Positionierung rechts der Mitte ein signifikanter Zusammenhang von .16 oder .18.; diese Werte sind in der Abbildung 2.17 multipliziert mit 100 als Basiskorrelation ausgewiesen. Mit einer stärker rechten Orientierung steigen demnach auch das Gefühl der Benachteiligung und die relative Deprivation bzw. umgekehrt: Mit dem Gefühl der Deprivation und Benachteiligung steigt die Orientierung nach rechts auf der Links-Rechts-Skala.

Abb. 2.17: Ursachen hohe Benachteiligung/relative Deprivation rechts der Mitte



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Pearsons R-Korrelationen im Rahmen einer partialen Korrelationsanalyse; ausgewiesene Korrelationswerte multipliziert mit 100 zur besseren Darstellung; * alle Werte signifikant bei $p < .001$ bis auf Werte kontrolliert durch Wahl der AfD; durchschnittliches $n = 994$.

Nimmt man in der partialen Korrelation Indikatoren zur Kontrolle, zeigt sich an der Veränderung der Korrelation, inwieweit diese für die Erklärung des Zusammenhangs hilfreich sind.

Dabei könnte man vermuten, dass die Benachteiligungsgefühle sich aus einer objektiven oder subjektiven Wahrnehmung der eigenen Lage ergeben. Allerdings ist weder das persönliche Einkommen noch der Bildungsstand oder die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage für den Unterschied in den Haltungen zur Deprivation aufgrund der politischen Ideologie verantwortlich: Während das Haushaltsnettoeinkommen gar keinen Effekt auf die gemessene Beziehung hat, reduziert die Kombination aus Haushaltsnettoeinkommen und Bildung die Beziehung leicht. Das bedeutet: Die Gefühle der persönlichen und kollektiven Benachteiligung sowie der relativen Deprivation sind weitgehend von der eigenen wirtschaftlichen Situation unabhängig. Daher sind die Zusammenhänge zwischen der politischen Ideologie und Gefühlen der Benachteiligung nicht durch die Wirtschaftslage zu erklären. Vielmehr ist angesichts der Befunde in Abbildung 2.17

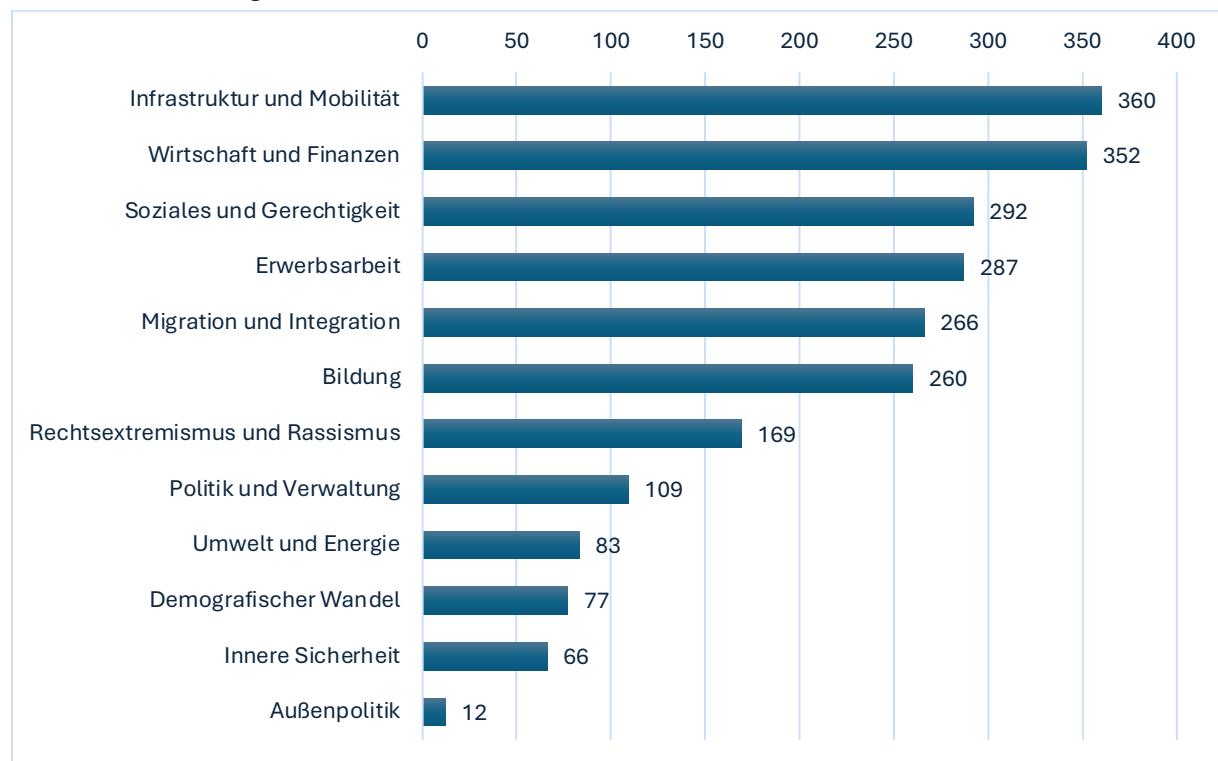
anzunehmen, dass die im Spektrum rechts der Mitte stärker verbreiteten Gefühle der Benachteiligung allein von politisch-ideologischen Orientierungen bestimmt sind – und von der Situation unabhängig sind. Darauf deutet hin, dass fast die gesamte Varianz der stärkeren rechten Betroffenheit durch den Faktor Verbundenheit mit der AfD aufgesaugt wird. Das mag insofern nicht überraschend klingen, als das Klientel dieser Partei im Bereich rechts der Mitte vermutet werden kann. Allerdings wird der statistisch signifikante Zusammenhang zwischen Gefühlen der Benachteiligung bzw. der relativen Deprivation und politisch (äußerst) rechten Orientierungen eben nicht von Variablen ‚aufgesaugt‘, die die sozioökonomische Lage operationalisieren, sondern von einer Variable, die auf bestimmte politisch-ideologische Deutungen verweist (Pickel/Pickel 2023).

2.5 Sachsen-Anhalt: Probleme und Positives aus Sicht der Bevölkerung

Zu Beginn des Kapitels wurde auf der Basis quantitativer Daten im Quer- und Längsschnitt betrachtet, wie die Befragten Sachsen-Anhalt und ihr Leben in ihm sehen und bewerten. Wir kommen auf diese Frage zurück, ziehen nun aber Antworten heran, die die Befragten selbst formulieren konnten und die Auskunft darüber geben, welche Probleme aus ihrer Sicht wesentlich sind und was sie an Sachsen-Anhalt schätzen. Nach den wichtigsten Problemen wurde in vorangehenden SAM bereits gefragt (zuletzt Holtmann et al. 2020: 117 ff.). Angesichts der überwältigend hohen Lebenszufriedenheit, über die eingangs dieses Kapitels berichtet wurde, lohnt aber auch ein Blick darauf, was die Befragten an Sachsen-Anhalt schätzen.

Um die Sicht der Befragten auf Probleme zu eruieren, wurden sie gefragt: „Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Probleme, die in Sachsen-Anhalt zu lösen sind?“ und es wurden ihnen drei offene Antwortmöglichkeiten angeboten. Insgesamt hat ein sehr großer Anteil der Befragten ($n = 1077$) davon Gebrauch gemacht, mindestens ein Problem aus eigener Sicht zu benennen, teils wurden mehr als eine Nennung pro Zeile mitgeteilt. Insgesamt können 2598 Nennungen in die Darstellung einbezogen werden (Abb. 2.18). Als vom Umfang her größte Kategorien heben sich ‚Infrastruktur und Mobilität‘ sowie ‚Wirtschaft und Finanzen‘ mit jeweils über 350 Nennungen zu einem ersten Block ab. In der ersten Kategorie wird die öffentliche Infrastruktur ganz allgemein, aber auch verbunden mit dem Hinweis auf Straßen, Brücken, Autobahnen und den ländlichen Raum als Problem genannt; auch die Bahnverbindungen, der ÖPNV sowie Fahrradwege werden als ausbau- und erneuerungsbedürftig angesprochen. Schließlich werden mit Blick auf die digitale Infrastruktur eine bessere Digitalisierung und der Kabelausbau angemahnt. Insgesamt geht es den Befragten offenbar um ihre Mobilität im analogen und digitalen Raum, die sie als verbessерungsbedürftig ansehen. In der zweiten Kategorie wird entweder Wirtschaft ganz allgemein als Problem benannt oder mit Zusätzen verdeutlicht, dass es um notwendige Wachstumsimpulse geht; in den Blick wird auch der Strukturwandel gerückt und es wird der Erhalt von Industrie sowie die Ansiedlung von Unternehmen gefordert.

Abb. 2.18: Die wichtigsten Probleme, die in Sachsen-Anhalt zu lösen sind



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; offene Frage, bis zu 3 Antwortmöglichkeiten; ungültige und sonstige Antworten nicht dargestellt; Angaben in Häufigkeiten; bei mindestens einer gültigen Nennung: n = 1077.

Angesprochen werden im Zusammenhang mit Finanzen die schlechte Lage der öffentlichen Haushalte im Land und in den Kommunen sowie die hohe Belastung der privaten Haushalte durch Inflation mit hohen Lebenshaltungskosten.

Der zweite Block umfasst die Kategorien ‚Soziales und Gerechtigkeit‘, ‚Erwerbsarbeit‘, ‚Migration und Integration‘ sowie ‚Bildung‘ mit jeweils teils deutlich mehr als 250 Nennungen. In der ersten Kategorie wird die soziale Infrastruktur als Problem angesprochen. Angemahnt wird die Verbesserung der Gesundheitsversorgung mit Blick auf Ärzte und Krankenhäuser sowie des Pflegesektors. Auch der Zugang zu Wohnungen wird ganz allgemein als Problem benannt oder es wird mit Zusätzen verdeutlicht, dass es aus Sicht der Befragten an bezahlbarem Wohnraum mangelt. Umgekehrt wird aber auch Leerstand als Problem vermerkt. Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien werden ebenfalls als verbessерungsbedürftig benannt. Schließlich gehören zu den hier kategorisierten Formulierungen auch solche, die soziale Ungerechtigkeit ganz allgemein oder als Armut bzw. Kinder- und Altersarmut benennen. Neben dem Verweis auf unzureichende Renten wird schließlich vereinzelt auch deren Abschaffung und die Einschränkung von Sozialleistungen gefordert. Die Kategorie Erwerbsarbeit umfasst allgemeine Nennungen des Arbeitsmarktes, von Arbeit/Jobs und Arbeitslosigkeit als Problem. Zudem wird auf qualitative Aspekte der Erwerbsarbeit verwiesen: zu niedrige Gehälter und zu wenige Möglichkeiten, um gut qualifizierten Tätigkeiten nachzugehen. Angesprochen wird auch ein spezifischer Aspekt des hiesigen Arbeitsmarktes, nämlich der Fachkräftemangel. Vereinzelt wird auch

ein Arbeitszwang gefordert oder der Ruf nach weltoffeneren Arbeitgebern wird laut. In der Kategorie Migration und Integration werden entweder diese allgemeinen Bezeichnungen gewählt und damit eher auf Prozesse und Politikfelder als Problem verwiesen. Dazu zählen auch Formulierungen, die Asylpolitik bezeichnen. Es werden aber auch Personengruppen – Migranten, Ausländer oder Flüchtlinge – als Problem benannt. Schließlich wird durch zusätzliche Hinweise oder die Wortwahl auch eine sehr deutlich ablehnende Haltung zu den gemeinten Menschen und Prozessen verdeutlicht. Vereinzelt wird im Gegen- satz dazu auch explizit ein positiverer Umgang mit Migration gefordert. Schließlich wird unter der Kategorie Bildung dieser Bereich ganz allgemein oder mit Zusätzen als Bildungs- system oder -wesen als Problem benannt. Konkreter gehören hierher die Nennung von spezifischen Bereichen des Bildungssystems wie Kindertageseinrichtungen und vor allem Schulen, wobei auf Lehrermangel, Unterrichtsausfall und Modernisierungsbedarfe verwiesen wird.

Die Kategorien ‚Rechtsextremismus und Rassismus‘ mit mehr als 160 Nennungen sowie ‚Politik und Verwaltung‘ mit mehr als 100 Nennungen stehen mit Abständen jeweils für sich und liegen am oberen Rand der unteren Hälfte. In der ersten Kategorie nennen die Befragten zum einen Rechtsextremismus bzw. -radikalismus ganz allgemein als Problem. Zum anderen wird die AfD ganz allgemein als Problem oder mit Zusätzen als zu stark oder als Gefahr benannt und es wird deren Eindämmung gefordert. Zudem wird in Variationen auf Rassismus bzw. Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass als Problem verwiesen. Vereinzelt werden auch Extremismus oder Links- und Rechtsextremismus als Problem angesprochen. In der Kategorie Politik und Verwaltung werden diese Bereiche in verschiedenen Hinsichten kritisch angesprochen. So wird ganz allgemein Politik als Problem genannt, aber auch konkreter mit Blick auf Verdrossenheit, mangelndes Vertrauen und mangelnde Responsivität thematisiert. Vereinzelt werden auch Uneinigkeit und Streit, aber auch der Demokratieabbau kritisch benannt. Im Zusammenhang mit Verwaltungen geht es den Befragten allgemein um Bürokratie als Problem und sie wünschen deren Abbau.

Den letzten größeren Block bilden am unteren Ende die Kategorien ‚Klima, Umwelt und Energiewende‘, ‚Demografischer Wandel‘ sowie ‚Innere Sicherheit‘ mit noch teils deutlich mehr als 60 Nennungen. Hier werden Umwelt, Klima oder Klimawandel ganz allgemein als Problem benannt oder konkreter auf Umweltverschmutzung hingewiesen und Umwelt- bzw. Klima- und Hochwasserschutz eingefordert. In diesem Zusammenhang wird aber auch der dementsprechende Strukturwandel in seinen Auswirkungen, etwa mit Blick auf die Energieversorgung, den Kohlebergbau und den Bau von (zu vielen) Windrädern, als problematisch angesprochen. Der demografische Wandel wird ganz allgemein als solcher oder spezifischer mit Blick auf die Abwanderung von Jüngeren und Fachkräften oder die Alterung und generelle Schrumpfung der Bevölkerung angesprochen. In der Kategorie Innere Sicherheit sind Hinweise auf Kriminalität, Gewalt und Sicherheit in

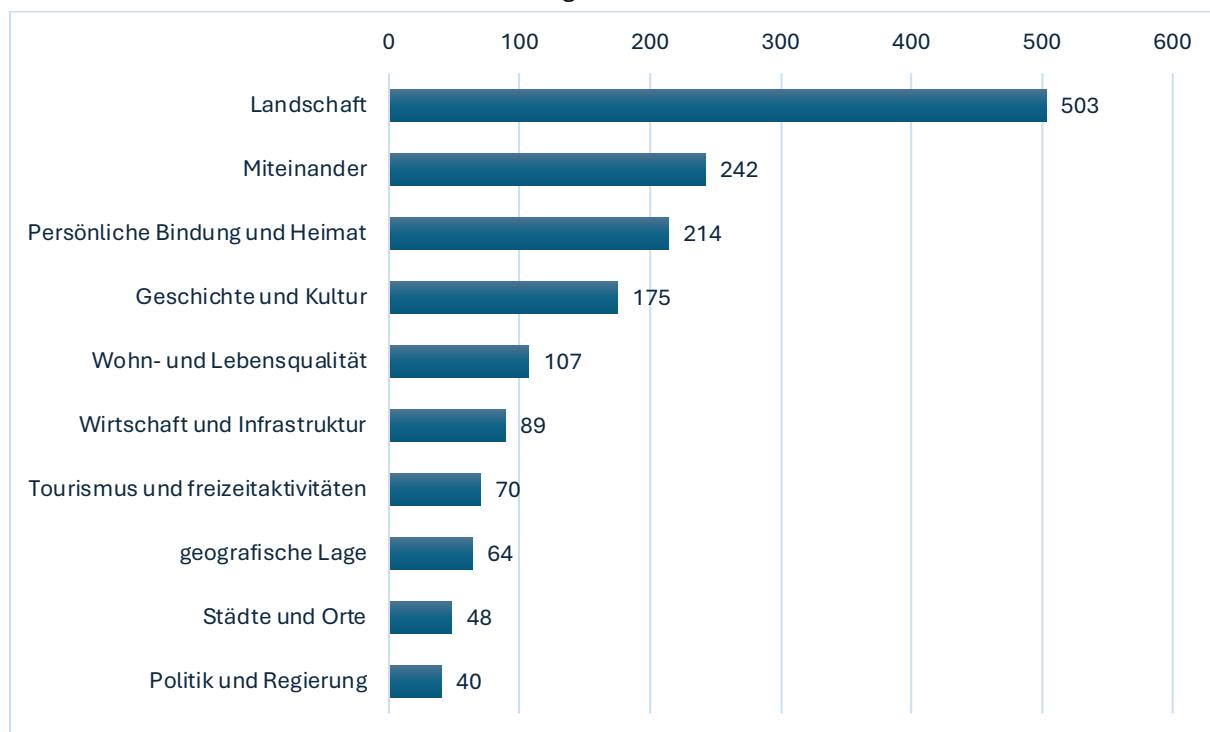


allgemeiner Form versammelt. Vereinzelt werden sie mit bestimmten Gruppen – Jugendliche, Ausländer – in Verbindung gebracht und es wird mehr Polizeipräsenz gefordert.

„Außenpolitik“ lässt sich als eigene Kategorie noch abbilden und liegt mit 12 Nennungen vom Umfang her am Ende der wichtigsten Probleme aus Sicht der Befragten. Hier wird allgemein auf Krieg und Aufrüstung oder spezifisch mit Blick auf die Ukraine hingewiesen.

Um Positives aus Sicht der Befragten zu eruieren, wurden sie gefragt: „Was schätzen Sie an Sachsen-Anhalt ganz besonders?“ und es wurden ihnen zwei offene Antwortmöglichkeiten angeboten. Auch von dieser Möglichkeit hat mit 1039 Befragten ein sehr großer Anteil Gebrauch gemacht. Auch hier wurden teils nicht beide Antwortfelder genutzt, teils aber auch mehr als eine Nennung pro Antwortfeld gemacht. Insgesamt können 1677 Nennungen in die Darstellung einbezogen werden (Abb. 2.19).

Abb. 2.19: Was schätzen Sie an Sachsen-Anhalt ganz besonders?



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; offene Frage, bis zu 2 Antwortmöglichkeiten; ungültige und sonstige Antworten nicht dargestellt; Angaben in Häufigkeiten; bei mindestens einer gültigen Nennung n = 1039.

Im Überblick zeigt sich mit Blick auf die Häufigkeiten eine deutliche Verteilung über die Kategorien. Sehr deutlich sticht die Kategorie „Landschaft“ mit über 500 Nennungen hervor. Hierunter fallen allgemeine Bezeichnungen wie Natur und Landschaft, aber auch konkreter benannte Elemente wie Flüsse, Seen, Wälder oder ganz konkrete Gegenden wie der Harz oder das Geiseltal. Es zeigt sich sehr deutlich, dass der ländliche Charakter des Bundeslandes und seine langfristig gestaltete und entwickelte Landschaft von den Sachsen-Anhaltern sehr geschätzt wird. Mit etwas mehr als 240 umfasst die folgende Kategorie etwa halb so viele Nennungen. Hier heben die Befragten auf die Menschen bzw. Leute und deren Mentalität ab. Sie erleben sie als freundlich, hilfsbereit und nett. Implizit ist

darin angelegt, was auch explizit als gutes Miteinander und als Zusammenhalt geschätzt wird. Noch mehr als 200 Nennungen versammelt die Kategorie ‚Persönliche Bindung und Heimat‘. Hier werden weniger positive Eigenschaften des Landes genannt als vielmehr auf das verwiesen, was die Befragten selbst biografisch an das Land bindet: hier geboren und aufgewachsen zu sein, und Familie und Freunde hier zu haben. Neben solchen konkreten Beschreibungen der persönlichen Bindung wird in Variationen auch das daraus entstehende Heimatgefühl benannt. Mehr als 170 Mal wird auf die bedeutsame Geschichte und Kultur der Region als Erbe verwiesen, und zwar entweder in so allgemeiner Form oder etwas konkreter, indem Schlösser, Kirchen, Burgen und Gärten genannt werden. Die Kategorie der ‚Wohn- und Lebensqualität‘ enthält mehr als 100 Nennungen. Positiv hervorgehoben wird hier die Ruhe und Weitläufigkeit aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte und ländlichen Struktur. Positiv hervorgehoben werden auch günstige Mieten und Grundstückspreise sowie insgesamt moderate Lebenshaltungskosten, vermutlich im Vergleich zu urbanen Räumen wie Berlin. Die über 80 Nennungen würdigen die vorhandenen Infrastrukturen der Mobilität und sozialen Einrichtungen sowie die insgesamt gute wirtschaftliche Entwicklung. Die rund 60 Nennungen der Kategorie ‚Tourismus und Freizeit‘ beziehen sich positiv auf Ausflugsziele und Sehenswürdigkeiten, die für Touristen, aber auch für Einwohner für die Naherholung nutzbar sind. Etwas über 60 Nennungen heben die geografische Lage Sachsen-Anhalts als zentral in Bezug auf Europa und Deutschland sowie die Verbindungen zwischen ländlichen Regionen und Städten bzw. Metropolregionen hervor. Geschätzt werden schließlich auch die Städte und Dörfer in allgemeiner Form, aber auch unter Nennung konkreter Orte wie Halle, Stendal oder eines Stadtteils wie Magdeburg-Stadtfeld. Mit den deutlich mehr als 40 Nennungen dieser Kategorie wird also zum Ausdruck gebracht, dass die eher kleinstädtische und dörfliche Struktur Sachsen-Anhalts als positiv empfunden wird. Rund 40 Male wird schließlich auch die politisch stabile und ausgewogene Lage als positiv eingeschätzt und auch die Person des aktuell amtierenden Ministerpräsidenten gewürdigt.

Vor dem Hintergrund der zu Beginn dieses Kapitels skizzierten Charakteristika des Landes Sachsen-Anhalt als ländliche, nicht dicht besiedelte und eher kleinstädtisch geprägte Region mit einer langen und reichen Geschichte lässt sich festhalten, dass die Befragten genau dies als positiv erleben. Somit würdigen sie auch, was in diesen Bereichen lang- und mittelfristig an Strukturen und Angeboten auf- und ausgebaut worden ist. Als wesentliche Probleme, die aktuell und künftig anzugehen sind, werden mit deutlichem Abstand genau jene Bereiche genannt, die miteinander zusammenhängend die Basis für eine stabile Entwicklung des Landes und den gesellschaftlichen Zusammenhalt bereiten: Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Sozialsysteme, Erwerbsarbeit und Bildung. Hier sehen die Befragten dringenden Handlungsbedarf. Migration und Integration ist ein Bereich in diesem Kontext, sticht aber nicht heraus.

2.6 Fazit – Große Zufriedenheit und Verbundenheit bei großen Herausforderungen und teilweiser Verunsicherung



Die Bevölkerung zeigt im Jahr 2025 zu 90 Prozent eine (sehr) ausgeprägt positive Lebenszufriedenheit. Sie schätzen die ländlich-kleinstädtische Struktur Sachsen-Anhalts, die kulturgeschichtliche bedeutsamen Orte und das Miteinander bzw. den sozialen Zusammenhalt der Menschen. Dabei fühlen sie sich besonders mit ihrem Wohnort und Ostdeutschland verbunden, auch durchaus stark mit Sachsen-Anhalt und etwas weniger stark mit Deutschland und relativ weniger mit Europa. Langfristig betrachtet erreicht das Ausmaß der Verbundenheit mit allen abgefragten Entitäten Höchstwerte. Sie sind bei Älteren etwas stärker ausgeprägt, bei den Jüngeren sticht die besondere Verbundenheit mit Ostdeutschland und Europa heraus. Einwohner mit formal hoher Bildung sehen sich überdurchschnittlich stark mit Europa und Deutschland verbunden, während Menschen mit formal niedriger Bildung eine überdurchschnittliche Verbundenheit zu Ostdeutschland und Sachsen-Anhalt bekunden. Auch eine Anhängerschaft zur CDU steigert die Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt beträchtlich, während die Anhänger der AfD eine besonders hohe Verbundenheit zu Ostdeutschland und eine extrem geringe zu Europa zeigen.

Die Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der persönlichen Zukunftsaussichten hat sich seit 2023 wieder etwas verbessert, ohne sich allerdings positiv auf die Beurteilung der Lage und Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt auszuwirken. Vielmehr driftet die Wahrnehmung der persönlichen Wirtschaftslage (60 Prozent gut oder sehr gut) und der Einschätzung der Wirtschaftslage Sachsen-Anhalts (17 Prozent gut oder sehr gut) auseinander. Ähnlich verhält es sich bei der Zukunftsbewertung. Die Einschätzung der Wirtschaftslage des Landes wird auch durch soziale Vergleiche geprägt, die nicht immer günstig ausfallen: So glauben 48 Prozent der Sachsen-Anhalter, nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard in Deutschland zu erhalten. Vermutlich richtet sich dabei der Blick nach Westdeutschland, wie die Zahl von 61 Prozent zeigt, die sich als Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse sehen. Dabei erklären Einkommensunterschiede kaum die Einschätzung der Wirtschaftslage oder der Zukunftsaussichten Sachsen-Anhalts.

Zentrale globale und gesellschaftliche Entwicklungen werden vom Gros der Bevölkerung wahrgenommen und es wird teils eine deutliche Veränderungsbereitschaft signalisiert. Hinsichtlich der geopolitischen Entwicklungen zeigt sich eine weit verbreitete Angst, in Zukunft nicht mehr in Frieden leben zu können (86 Prozent). Der anthropogene Klimawandel wird als solcher verstanden und eine große Mehrheit geht auch davon aus, dass Gegenmaßnahmen mit einer Veränderung der Lebensweise einhergehen (70 Prozent). Allerdings meint auch etwas mehr als ein Drittel der Bürger, dass der Klimawandel mit dem Verhalten der Menschen nichts zu tun hat. Bei der Einschätzung, ob kulturelle Vielfalt reichernd ist, scheiden sich im SAM 2025 die Geister und es stehen sich zwei fast gleich große Gruppen gegenüber. Während sozialstrukturelle Faktoren diese Einschätzungen nur begrenzt beeinflussen, sind politisch-ideologische Orientierungen, gemessen mit einer Links-Rechts-Skala, von deutlicher Prägekraft. Am wenigsten gilt dies für Ängste vor Krieg, am stärksten für die Einstellung zum menschengemachten Klimawandel und die Akzeptanz kultureller Vielfalt.

Mit Blick auf die Veränderungsfähigkeit ist zu beachten, dass immerhin 44 Prozent der Sachsen-Anhalter mit den Veränderungen nicht mehr zureckkommen und sich 40 Prozent persönlich benachteiligt fühlen. Im Umgang mit Ämtern und Behörden fühlen sich 58 Prozent ausgeliefert. Gerade bei der Einschätzung der Benachteiligung findet sich wieder eine gewisse Spannung zwischen der persönlichen Benachteiligung und der Benachteiligung als Mitglied des Kollektivs der Ostdeutschen. Auch hier kommen politisch-ideologische Orientierungen hinzu, die hier für eine gewisse Entkopplung der kollektiven Einschätzung von der persönlichen Lage führen.

Als wichtige Probleme, die in Sachsen-Anhalt zu lösen sind, werden vor allem der Ausbau der (digitalen und Verkehrs-)Infrastruktur sowie Impulse für eine positive Wirtschaftsentwicklung und die finanziell schwierige Lage der öffentlichen und privaten Haushalte genannt. Auch die Qualität des Sozial-, Gesundheits- und Pflegesystems wird als verbesserrungsbedürftig benannt und es wird ein Mehr an Erwerbsmöglichkeiten, auch mit besser bezahlten und qualifizierten Tätigkeiten, gefordert. Migration und Integration liegen als Problem etwa gleichauf mit der Forderung, das Bildungs-, insbesondere Schulsystem zu verbessern.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass mit der sehr großen Lebenszufriedenheit und sehr positiv ausgeprägten Verbundenheit mit allen Ebenen der politischen Räume eine solide Basis für Sachsen-Anhalts Entwicklung gegeben ist. Aus Sicht der Bevölkerung sind aber auch große Herausforderungen zu meistern, insbesondere in den zentralen Bereichen Wirtschaft, Soziales und Erwerbsarbeit. Die Veränderungsbereitschaft ist etwa mit Blick auf Klimaschutzmaßnahmen durchaus gegeben, die Veränderungsfähigkeit ist bei relevanten Teilen der Bevölkerung indes begrenzt.



3 Die politische Kultur in Sachsen-Anhalt 2025

Angesichts der eingangs beschriebenen gesellschaftlichen Grundkonstellation (vgl. Kapitel 1) erstaunt es nicht, dass Debatten über die Möglichkeit sowie die denkbare Art und Weise des Niedergangs von Demokratien zunehmen. Levitsky und Ziblatt (2018) sehen in ihrem wichtigen Buch „How Democracies Die“ die Demokratie in kleinen Schritten und an den Wahlurnen sterben. Nicht die große Revolution oder Disruption ist ihnen zufolge ursächlich, sondern die – demokratisch legitimierte – Wahl extremistischer und antidemokratischer Parteien und Personen. Anne Applebaum (2020) führt diesen Gedanken weiter aus. Die einfachen Lösungsversprechen der autoritären Kräfte üben ihr zufolge eine Anziehungskraft auf große Teile der Bevölkerung aus, die mit ihrer Zustimmung zu diesen Kräften demokratischen Prinzipien den Rücken kehren. Diese Überlegungen machen deutlich: Für den Erhalt der Demokratie sind deren breite politische Unterstützung und damit die politische Kultur eines Landes von entscheidender Bedeutung. Das dritte Kapitel des Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 widmet sich Konstrukten und Befunden, die Aufschluss über diese politische Kultur Sachsen-Anhalts geben. Dazu werden eingangs die Begriffe politische Kultur und politische Unterstützung bestimmt, die in der diesbezüglichen Einstellungsforschung verwendet werden. Anschließend werden Ebenen der politischen Unterstützung erläutert, die in der Darstellung der empirischen Befunde wichtig sind. Im darauffolgenden Hauptteil werden die relevanten Befunde beschrieben und analysiert.

3.1 Zu den Begriffen politische Kultur und politische Unterstützung

Als politische Kultur werden die gesammelten Einstellungen der Einwohner eines Landes bzw. eines Bundeslandes zu den Institutionen einer Demokratie und dem System der Demokratie verstanden (Easton 1975; Lipset 1959, 1981; Sontheimer 1990; S. Pickel/G. Pickel 2006, 2020a). Für die Stabilität von demokratischen und sogar von politischen Systemen überhaupt ist die Unterstützung der Mehrheit ihrer Bürger notwendig. Ohne sie können sie nicht längerfristig existieren. Die Frage nach der politischen Kultur bezieht sich somit auf die Grundfeste der Demokratie, nämlich die Verankerung der politischen Struktur auf der Ebene der Bürger. Als sichere Basis für den Erhalt der Demokratie bestimmt der texanische Politikwissenschaftler Larry Diamond (1999) einen Anteil von ca. 70 Prozent der Bürger eines Landes, die das politische System an sich unterstützen.

Das zentrale Konzept der politischen Kulturforschung ist die *politische Unterstützung* (Easton 1979) mit ihren verschiedenen Arten. So wird die grundsätzliche Unterstützung der Demokratie als bestes oder einzig akzeptables politisches System unterschieden von der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit damit, wie das politische System umgesetzt wird. Auch wird zwischen der Unterstützung von Politikern, die eine zentrale Rolle in Institutionen ausfüllen, und der Unterstützung der Institutionen an sich unterschieden. Zudem wird im Anschluss an Easton (1975) eine diffuse bzw. eher allgemeine Unterstützung von einer spezifischen Unterstützung abgehoben. Letztere bezieht sich auf Urteile über

konkrete Ergebnisse politischen Handelns und über Politiker, beispielweise mit Blick auf deren Glaubwürdigkeit. Erstere repräsentierten eine allgemeinere Haltung und ein Vertrauen in die Institutionen und das System der Demokratie. Wie bei Seymour Martin Lipset (1959, 1981) werden politisch-institutionelle Veränderungen als wirkungsvoll für die spezifische Unterstützung angesehen, während sie auf die diffuse Unterstützung erst nach längerer Zeit Auswirkungen besitzen. Wichtig ist es, das Konzept als wertneutral zu verstehen (Easton 1975; Pickel 2015b).

Die angesprochene Entwicklung auf der Strukturebene ist aktuell bedeutsam. So ist Sachsen-Anhalt wie andere ost-, aber auch westdeutsche Bundesländer von einem grundlegenden Strukturwandel betroffen, der durch geopolitische Krisen sowie Spannungen im internationalen Wirtschaftssystem begleitet und verstärkt wird. Diese Entwicklungen lassen einen Einfluss auf die politische Kultur und politische Unterstützung im Land erwarten, die sich umgekehrt auf das politische System auswirken. Ein Transmissionsriemen zwischen politischer Kultur und politischem System sind Wahlen. Hier sind es die Gewinne der zur extremen Rechten zählenden AfD, welche auf eine Verschiebung in der politischen Unterstützung der demokratischen Institutionen und des demokratischen Systems hinweisen.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich für den Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 folgende Fragen: *Wie ist die Einstellung der Einwohner Sachsen-Anhalts zur Demokratie und dem politischen Institutionensystem? Was bedingt diese Einstellungen? Und: Ist die Demokratie in Sachsen-Anhalt in Gefahr?* Mit dem vorliegenden Kapitel wird versucht, konzeptionell und empirisch fundierte Antworten auf diese Fragen zu geben.

3.2 Überblick über die Ebenen und Zusammenhänge der politischen Unterstützung

Die politische Kulturforschung setzt seit ihrer Entstehung auf ein liberales Demokratieverständnis, angelehnt an die amerikanische Demokratie der damaligen Zeit (Almond/Verba 1963). Dabei wird angenommen, dass ein mit dem System korrespondierendes Demokratieverständnis durch die jeweilige Kultur der Gesellschaft, vermittelt über Sozialisation und die langfristigen Erfahrungen der Individuen mit der Politik, geformt wird (Lipset 1981). In jüngerer Zeit wird dieses *Demokratieverständnis* der Bürger nicht mehr als relativ gleichförmig gegeben angenommen, sondern zu einer analytischen Kategorie der empirischen Forschung gemacht (Abb. 3.1). Es wird angenommen, dass das Demokratieverständnis das Umfeld für die politische Unterstützung der Demokratie ausmacht und alle anderen Einstellungen gegenüber politischen Objekten, am meisten jedoch das Legitimitätsempfinden, beeinflusst (Dalton et al. 2007; Pickel 2016). Im Anschluss an David Easton (1965) lassen sich unterschiedliche Objekte ausmachen, denen durch die Bürger politische Unterstützung gewährt werden kann: die Ebenen der *politischen Gemeinschaft*, der *politischen Institutionen* und der *politischen Autoritäten* (Easton 1975).

Die *politische Gemeinschaft* als Objekt von Einstellungen ist seit ihrer Einführung durch Easton (1965: 172f.) zugunsten der Messung der Legitimität der Demokratie vernachlässigt worden, kommt als wichtiges Element der politischen Unterstützung aktuell aber



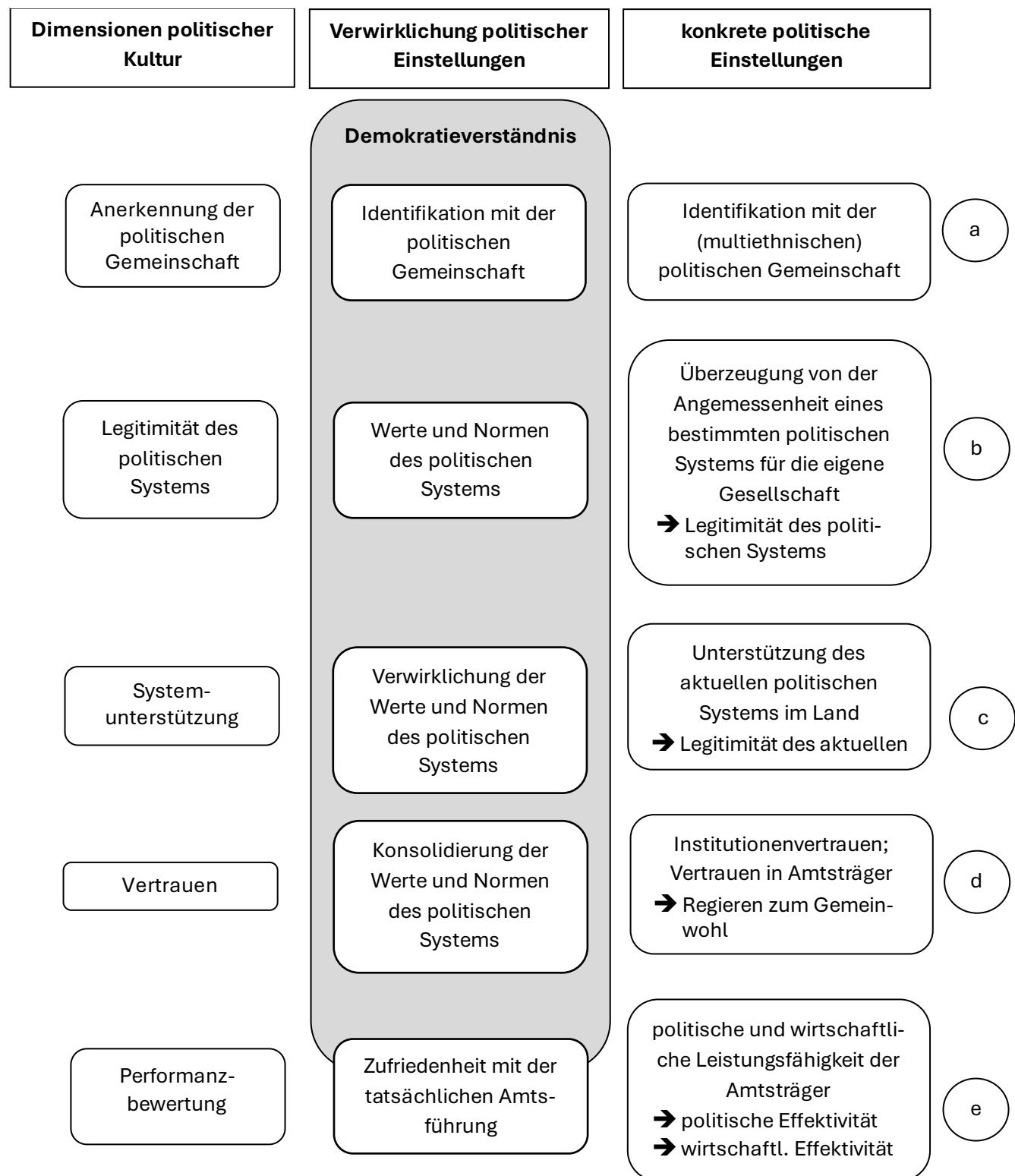
wieder stärker in den Blick (siehe Pickel/Pickel 2024: 181; a in Abb. 3.1). Diese Ebene erfasst die Verbundenheit und Identifikation mit der Grundgesamtheit der Bürger in einer Nation. Auf diese Weise wird sie zu einem Merkmal gesellschaftlichen Zusammenhalts, wenn auch noch Uneinigkeit über die empirische Bestimmung des letzteren besteht. Dies kann auch für andere Einheiten, wie ein Bundesland, geleistet werden, wenn man sich mit diesem verbunden ansieht (siehe Kapitel 1).

Wenn sowohl die politischen Eliten als auch die Einwohner eines Gebiets die Werte und Normen des politischen Systems anerkennen, bilden diese Einstellungen die Grundvoraussetzung dafür, dass sie das politische System als anerkennungswürdig bzw. legitim empfinden und es auch in Krisenzeiten unterstützen. Dieser Bereich bildet die *Legitimität* des politischen Systems ab (Abb. 3.1).

Die Einwohner gleichen ihre Vorstellungen von Demokratie mit der Form der Demokratie ab, wie sie ihnen täglich begegnet, und entscheiden dann darüber, ob sie diese Staatsform grundsätzlich als einer Anerkennung würdig ansehen. Die Bevölkerung nimmt das politische System nur dann als legitim wahr, wenn sie überzeugt davon ist, dass das politische System als solches ihrer Gesellschaft angemessen ist (Lipset 1981; b in Abb. 3.1) und sich die politischen Eliten ebenso wie die Bürger den entsprechenden Werten verpflichtet fühlen. Empfinden die Einwohner das politische System als legitim und ihrer Gesellschaft angemessen, dann möchten sie – so die Erwartung – seine Werte und Normen auch verwirklicht sehen. Allerdings kommt es ihnen dann darauf an, dass das konkrete politische System diese Werte verlässlich umsetzt.

Zudem muss die jeweilige Gestaltung der politischen Ordnung an aktuelle politische und wirtschaftliche Veränderungen angepasst werden. Das politische System als solches bleibt jedoch erhalten und wird unterstützt, wenn es die grundsätzlichen legitimen Werte und Normen nicht verletzt. Langfristige positive Erfahrungen mit dem politischen System beeinflussen diese Form des Legitimitätsgefühls positiv. Zentral für die Messung dieser zwischen Verwirklichung der Werte und aktueller Beurteilung des politischen Systems changierenden Form politischer Unterstützung ist die *Systemunterstützung* im Sinne der Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie (c in Abb. 3.1). Auf einer ähnlichen Ebene liegt das *Vertrauen* in politische Institutionen (d in Abb. 3.1). Es ist Folge des Legitimitätsempfindens gegenüber dem politischen System und von positiven Erfahrungen der Bürger mit dem Handeln der politischen Amtsträger. Dazu müssen die institutionalisierten Regeln den politischen Werten und Normen der Bürger entsprechen. Dieses Vertrauen setzt darauf, dass die politischen Institutionen gemeinwohlorientiert funktionieren, ohne dass sie ständig kontrolliert werden müssen (G. Pickel/S. Pickel 2024: 183). Es ermöglicht umgekehrt den Institutionen, wirksam zu werden und politische Entscheidungen treffen zu dürfen. Wenn die Bürger das politische System, seine Institutionen und Autoritäten unterstützen, dann verlangen sie eine Gegenleistung. Easton (1979) fasst dies in Form eines Kreislaufs von *demand* (Forderungen) und *support* (Unterstützung) zusammen.

Abb. 3.1: Demokratieverständnis, politische Einstellungen und politische Kultur



Quelle: S.Pickel/G. Pickel 2016: 553; S. Pickel/G. Pickel (2024: 182); inklusive der Konzepte von Fuchs (2002: 37) und Norris (2011: 24, 44).

Sie erwarten seitens der Autoritäten eine angemessene ökonomische Versorgung, aber auch eine politische Leistung der Autoritäten im Sinne verbindlicher und gemeinwohlorientierter politischer Entscheidungen und einer gewissen Responsivität für die Wünsche



der Bürger (G. Pickel/S. Pickel 2016: 552 ff.). Somit kommt es zu einer spezifischen *Performancebewertung* der politischen Autoritäten bzw. politisch Verantwortlichen (e in Abb. 3.1). Diese kann in Form des Eindrucks, sich nicht selbst hinreichend in die Politik involvieren zu können (Internal Efficacy), von den politischen Eliten nicht vertreten zu werden (External Efficacy) oder einer als fehlend wahrgenommenen politischen Responsivität wahrgenommen werden.

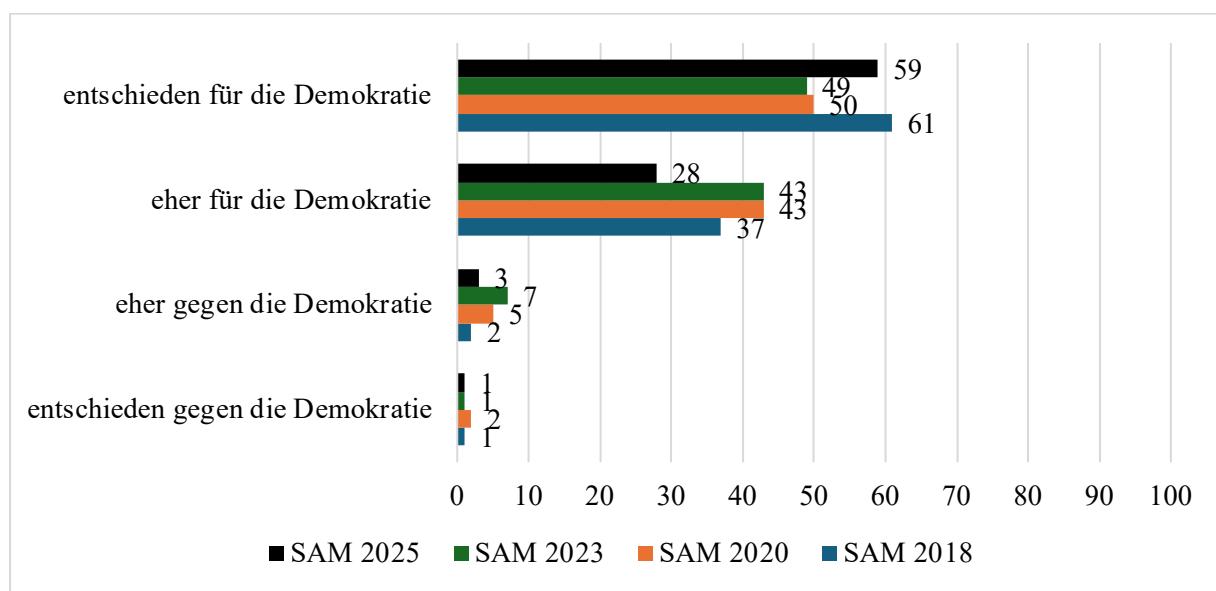
Die verschiedenen Ebenen der politischen Unterstützung beeinflussen sich gegenseitig. Unterstützungsverluste auf der Ebene der Autoritäten untergraben mit Verzögerung das Vertrauen in die politischen Institutionen und die Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie, welche zuletzt die Legitimität der Demokratie insgesamt angreift – wenn sich nicht das Demokratieverständnis in Richtung auf ein autoritäres Verständnis verändert.

3.3 Die politische Kultur Sachsen-Anhalts

Wenden wir uns auf dieser konzeptionellen Basis der politischen Kultur in Sachsen-Anhalt zu, wie sie sich in den Befunden des Sachsen-Anhalt-Monitor (SAM) 2025 abzeichnet. Die allgemeinsten, aber auch zentralste Art der Zustimmung zu einem demokratischen System ist die Anerkennung der Demokratie als beste Staatsidee im Vergleich zu anderen Staatsideen (Ebene 2 in Abb. 3.1). Diese Frage wird im SAM bereits seit längerer Zeit gestellt und kann somit über die Zeit verglichen werden (Holtmann et al. 2020: 94). 2020 und 2023 lagen die Zustimmungswerte bei 92, respektive 93 Prozent. 2025 äußern sich 59 Prozent der Einwohner Sachsen-Anhalts entschieden für die Demokratie als die beste Staatsidee (Abb. 3.2). 28 Prozent sind eher für die Demokratie.

Ein Blick auf die Entwicklung belegt eine hohe Konstanz in dieser für die Demokratie positiven Sicht, nimmt man das entschiedene und überwiegende Bekenntnis zur Demokratie als Staatsidee zusammen. 87 Prozent der Bewohner Sachsen-Anhalts bekennen sich aktuell zu dieser Staatsidee – und damit die überwältigende Mehrheit. Man kann also von einer breiten Verankerung der Demokratie in Sachsen-Anhalt sprechen. Der Wert liegt über den entschiedenen Zustimmungswerten (sehr stark zustimmend) des SAM 2023 und des SAM 2020 (Holtmann et al. 2020: 94). Könnte man für die geringere Entschiedenheit für die Demokratie 2020 noch die Covid-19-Pandemie verantwortlich machen, gilt dies für 2023 nur begrenzt. Die Anerkennung der Legitimität der Demokratie in Sachsen-Anhalt bleibt trotz kleinerer Schwankungen in den SAM 2020 und 2023 hoch und ist 2025 sogar stärker geworden. Die Zustimmung zur Staatsidee liegt auch im (hier nicht gesondert ausgewiesenen) Vergleich zu bundesweiten Daten der Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 (89 Prozent) nur unwesentlich zurück (Decker et al. 2022, 2024). Nimmt man den extrem hohen Wert von 99 Prozent im Deutschlandmonitor aus dem Jahr 2023 als Referenz, wäre das Ergebnis von Sachsen-Anhalt etwas skeptischer einzuordnen (Zentrum für Sozialforschung Halle/Institut für Politikwissenschaft Jena/GESIS-Leibniz-Institut 2024: 98).

Abb. 3.2: Demokratie als beste Staatsidee



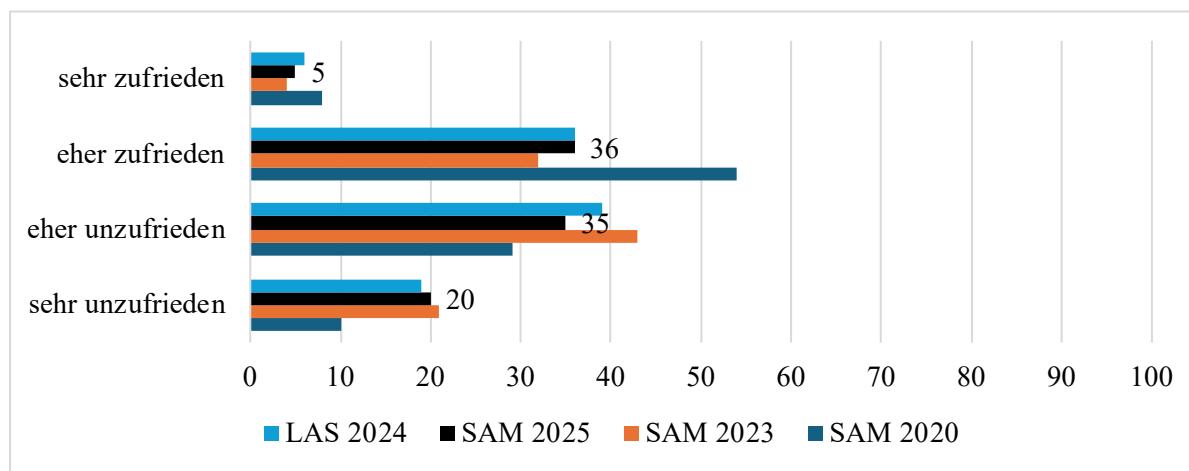
Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2023 und 2025; SAM 2018 und 2020 aus: Holtmann et al. 2020: 94; zustimmende Antworten in Prozent und gerundet; Kategorie „weiss nicht“ aus Vergleichsgründen nicht aufgeführt; durchschnittlich ca. n = 1100.

Vor diesem Hintergrund betrachten wir folgend auch, welche Bedeutung diese Legitimität für die Beurteilung der Demokratie, wie sie gerade existiert, und ob sich vielleicht doch Veränderungen in Richtung Autokratisierung finden lassen. Die Zufriedenheit mit der Demokratie stellt üblicherweise eine Art Mischkonzept zwischen Legitimität und Performanzbewertung dar (Pickel/Pickel 2006; Roller 2010; Westle 1989). Die Frage im SAM 2025, die stärker auf die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Demokratie (Ebene 3) zielt, kommt hingegen nur mehr auf Zufriedenheitswerte von 41 Prozent (sehr und eher zufrieden; Abb. 3.3). Dies bedeutet, dass im Jahr 2025 die Mehrheit (55 Prozent) der Einwohner Sachsen-Anhalts mit der gegenwärtigen Demokratie unzufrieden ist. 4 Prozent können sich nicht entscheiden.

Selbst wenn dieser Wert 2025 leicht höher als 2023 ausfällt, zeigt er doch eine große Beweglichkeit und Abhängigkeit von aktuellen Geschehnissen. Diese Schwankungen bestätigen auch längere Zeitreihen, die SAM-Ergebnisse verwenden (Völkl 2023: 696). Zu dieser Beweglichkeit kommt allerdings der Umstand, dass 2025 in Sachsen-Anhalt die Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie erkennbar unter dem Niveau der Unzufriedenen liegt. Die Ergebnisse 2025 weisen somit in die Richtung einer Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und politischen Effektivität des gegenwärtigen demokratischen Systems und politischer Entscheidungen (Pickel 2015b; Völkl 2023; Tausendpfund 2024). Ob die Ursachen für die steigende Unzufriedenheit Entwicklungen auf der Bundesebene oder der Ebene Sachsen-Anhalts liegen, kann man hier noch nicht bestimmen. Allerdings zeigt ein Vergleich mit den bundesweiten Daten der Leipziger Autoritarismus-Studie fast deckungsgleiche Werte für das Bundesgebiet (Abb. 3.3; Decker et al. 2024). In anderen Worten: Es ist zu vermuten, dass die politische und/oder ökonomische Effektivität des politischen Systems aus Sicht der Bürger Sachsen-Anhalts derzeit ungünstig ausfällt und dass

dies die politische Unterstützung des aktuellen politischen Systems negativ beeinflusst (siehe Kapitel 1).

Abb. 3.3: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland



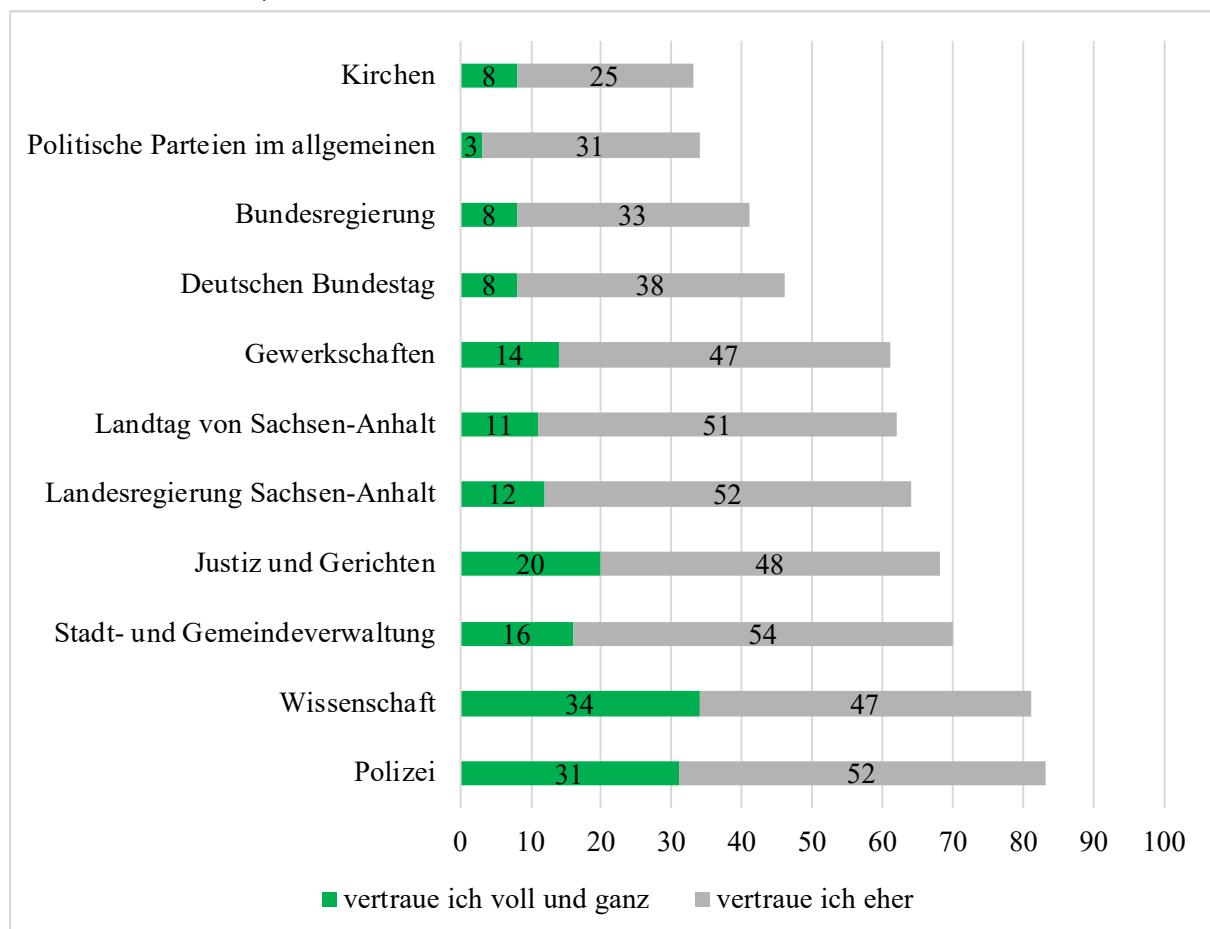
Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 und 2023; Werte 2020 aus Holtmann et al. (2020: 96); zustimmende Werte, Angaben in Prozent und gerundet; Kategorie „weiss nicht“ aus Vergleichsgründen nicht aufgeführt; Frage: Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert; durchschnittlich ca. n = 1100.

Ein Indikator, der für den Zwischenbereich zwischen Legitimität der Demokratie als Idee und der Performanzbeurteilung ebenfalls gut geeignet ist, ist die Evaluation des Vertrauens in politische Institutionen (Ebene 4 in Abb. 3.1). So ist bekannt, dass das Vertrauen in politische Institutionen der Exekutive und der Legislative häufig nicht sehr hoch ausfällt (Fuchs et al. 2002). Umgekehrt ist das Vertrauen in Institutionen, die fern der Tagespolitik oder als ausführende Organe der Exekutive tätig sind oder zur Judikative gehören, üblicherweise deutlich höher (Pickel/Walz 1995; Rohrschneider/Schmidt-Beck 2002).

Dieser Befund zeigt sich auch im SAM 2025. So ist der Spitzenreiter die Institution der Polizei, der 83 Prozent vertrauen, gefolgt von der Wissenschaft mit 81 Prozent (Abb. 3.4). Scheinbar haben die Erfahrungen und wissenschaftsfeindlichen Kampagnen während der Covid-19-Pandemie nur eingeschränkt an der Glaubwürdigkeit der Wissenschaft gezerrt. Gerichte und interessanterweise die den Bürgern aus persönlicher Erfahrung bekannten Stadt- und Gemeindeverwaltungen besitzen mit 68 und 70 Prozent die nächsthöchsten Vertrauenswerte. Die Bürger Sachsen-Anhalts vertrauen den ihnen nahestehenden Institutionen also etwas häufiger als den für sie eher abstrakten politischen Institutionen. Doch immerhin über 30 Prozent der Bevölkerung Sachsen-Anhalts bringen der Justiz und den Gerichten kein Vertrauen entgegen. Damit wird gerade den Institutionen, die das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit als wesentliche Kontrollinstanz des Parlaments und der Regierung umsetzen, von einem knappen Drittel der Bevölkerung in der Praxis nicht vertraut. Die Ergebnisse des SAM 2025 unterscheiden sich nicht wesentlich von früheren Ergebnissen für Sachsen-Anhalt (Holtmann et al. 2020: 80) und weichen auch nicht deutlich von Befunden zu bundesweiten Erhebungen ab (Pickel et al. 2022).

Bereits in früheren SAM erhielten mit der Polizei und dem Bundesverfassungsgericht Institutionen der Exekutive und Judikative das höchste Vertrauen (Holtmann et al. 2020:61).

Abb. 3.4: Vertrauen in politische Institutionen 2025



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; ausgewiesen zustimmende Werte (vertraue voll und ganz, vertraue eher) auf einer Skala mit vier Antwortmöglichkeiten; Angaben in Prozent und gerundet alle Werte n = 1101.

Die Befunde im SAM 2025 entsprechen exakt der bekannten Dimensionsstruktur von Institutionenvertrauen (Abramson/Finifter 1981; Pickel/Walz 1995; Zmerli 2012). Das geringste Vertrauen erhalten in Sachsen-Anhalt mit 33 Prozent die Kirchen, die damit den politischen Parteien mit 34 Prozent den letzten Rang im Ranking abnehmen. Auf einer mittleren Ebene liegen die Gewerkschaften mit 61 Prozent. Betrachten wir die i.e.S. politischen Institutionen, zeigt sich: Gerade einmal 3 Prozent der Befragten vertrauen politischen Parteien voll und ganz. Dieses Ergebnis geht in die Richtung des im Zusammenhang mit der Demokratiezufriedenheit angesprochenen negativen Wertes politischer Effektivität bzw. Performanz. Es reflektiert auch Debatten über eine Parteien- und Politikerverdrossenheit (Arzheimer 2002; Maier 2003; Pickel 2002). Die Landesregierung und der Landtag Sachsen-Anhalts liegen mit ihren Vertrauenswerten deutlich besser als die entsprechenden Institutionen auf der Bundesebene. So findet der Landtag Sachsen-Anhalts bei zwei Dritteln der Bevölkerung Sachsen-Anhalts (62 Prozent) Vertrauen, während dies für den Bundestag in der gleichen Befragtengruppe nur für 47 Prozent gilt. Auch die Landesregierung von Sachsen-Anhalt bekommt mit 64 Prozent deutlich mehr Vertrauen als



die Bundesregierung mit 41 Prozent. Dieses Muster ist ein Ergebnis, welches sich mit den Befunden des Sachsen-Anhalt-Monitors 2020 (Holtmann et al. 2020: 80) deckt.³ Die politischen Institutionen des Bundeslandes Sachsen-Anhalt erfahren also recht konsistent ein höheres Vertrauen als vergleichbare Bundesinstitutionen.

Betrachtet man drei ausgewählte Institutionen nach dem Alter, wird eine klare Strukturgleichheit über alle Alterskohorten erkennbar (Abb. 3.5). In jeder Altersgruppe erhält die Polizei die höchsten Vertrauenswerte vor den Gerichten und dem Landtag Sachsen-Anhalts. Am niedrigsten unter den vier ausgewählten politischen Institutionen schneidet immer der Deutsche Bundestag ab. Zudem werden die höheren Vertrauenswerte der älteren Einwohner Sachsen-Anhalts in alle politischen Institutionen erkennbar. Am geringsten ist in der Regel das Vertrauen in den Alterskohorten der 18 bis 24-Jährigen oder der 25 bis 44-Jährigen. Dies ist ein nicht völlig überraschendes Ergebnis, müssen doch Individuen Vertrauen erst gewinnen. Je älter man wird, desto größer ist die Möglichkeit, dieses Vertrauen durch eigene Erfahrungen aufzubauen. Trotzdem ist der Befund nicht leicht zu interpretieren. Dass viele jüngere Sachsen-Anhalter ein geringeres Institutionenvertrauen aufweisen als die älteren Befragten lässt sich teils auf die noch fehlende Erfahrung zurückführen.

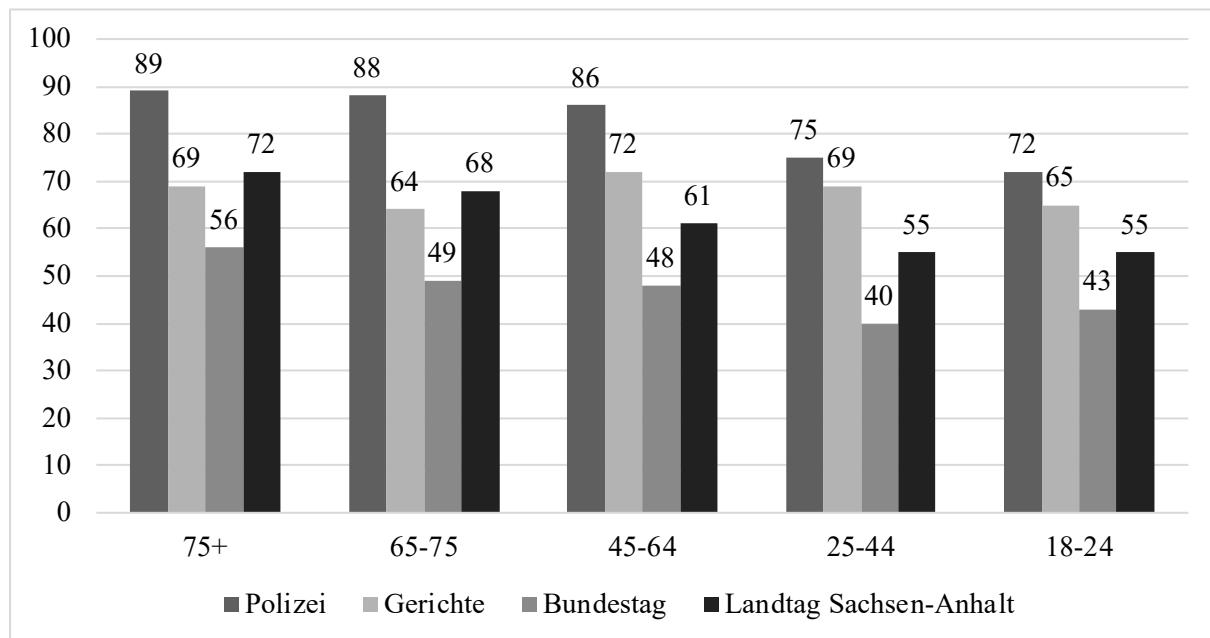
Mit Blick auf die zukünftige Stabilität des Systems der Demokratie ist aber entscheidend, ob sie ein solches Vertrauen ausbilden werden. Dies ist dann bzw. insoweit fraglich, als diese Kohorten nicht-demokratische Alternativen als Regierungsform bevorzugen oder diese als eine Option akzeptieren. Möglich ist aber auch, dass sie dieses Vertrauen künftig erwerben. Wahrscheinlicher wird dies, wenn sie positive Erfahrungen mit diesen Institutionen machen werden, sei es direkt und persönlich, sei es über (digitale) Medien vermittelt. Für ein positiv ausgeprägtes Institutionenvertrauen sind zudem eine positive Haltung zur Legitimität des demokratischen Institutionensystems und zu der Kontrollfunktion der Gerichte wichtig.

Wenden wir uns nun der fünften und letzten Ebene des Fundaments der Demokratie zu (Abb. 3.1), der Performanzbewertung. Diese hat zwei Komponenten, einerseits die Fähigkeit ökonomischen Wohlstand zu schaffen, andererseits die Fähigkeit politisch effektiv zu arbeiten. Die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage hat sich über die Jahre hinweg in seiner Auswirkung auf die Bewertung der aktuellen Demokratie als deutlich verlässlicherer Faktor als die Beurteilung der persönlichen Wirtschaftslage etabliert (Pickel/Pickel 2023). Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt fällt 2025 durchwachsen und deutlich niedriger als die Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage aus. So schätzen zwar nur 26 Prozent der Sachsen-Anhalter die Wirtschaftslage im Bundesland als schlecht oder sehr schlecht ein, gleichzeitig ist dieser Wert höher als

³ Ein Zeitreihenvergleich des Vertrauens in politische Institutionen ist wegen der unterschiedlichen Anzahl der Antwortmöglichkeiten nicht möglich.

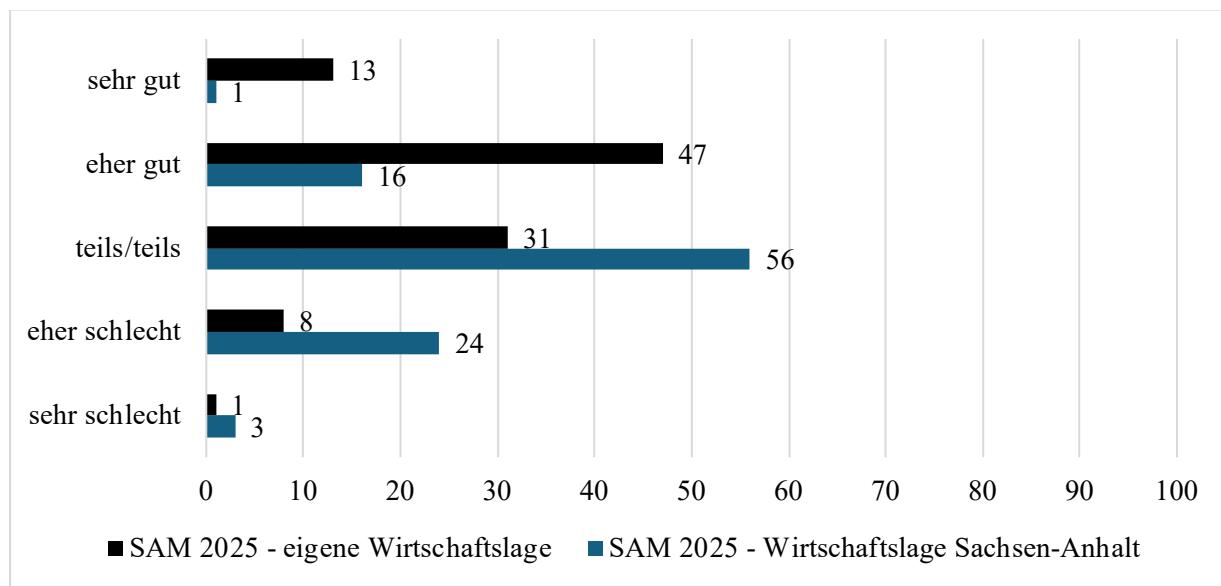
diejenigen 18 Prozent, welche die Wirtschaftslage als gut oder gar sehr gut einschätzen (Abb. 3.6).

Abb. 3.5: Vertrauen in politische Institutionen nach Alter



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; ausgewiesene Werte ‚vertraue voll und ganz‘ und ‚vertraue eher‘; Werte in Prozent und gerundet; n = 1096.

Abb. 3.6: Zufriedenheit mit der eigenen und allgemeinen Wirtschaftslage



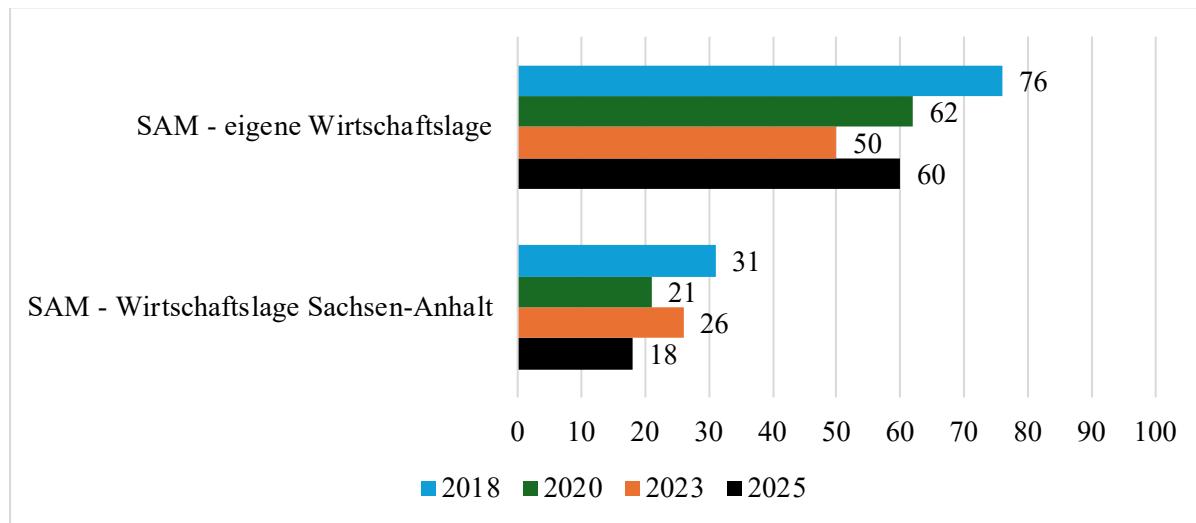
Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Werte in Prozent und gerundet; durchschnittlich n = 1101.

Das Gros der Bevölkerung Sachsen-Anhalts (56 Prozent) trifft hinsichtlich der gegenwärtigen Wirtschaftslage Sachsen-Anhalts keine Entscheidung in eine eindeutig positive oder negative Richtung und sieht sie als ambivalent an. Gerade diese Ambivalenz kann auch als ein Zeichen der Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung interpretiert werden. Gegenüber diesen Werten sind beachtliche 60 Prozent der Bürger Sachsen-Anhalts mit ihrer persönlichen Wirtschaftssituation zufrieden. Immerhin 9 Prozent und damit

knapp jeder zehnte Einwohner Sachsen-Anhalts schätzt die eigene ökonomische Situation als schlecht oder sehr schlecht ein.

Die Beurteilung der ökonomischen Lage erfolgt in Reaktion auf wirtschaftliche Entwicklungen, was in den Variationen im Zeitverlauf deutlich wird (vgl. ausführlich dazu Kapitel 2). Im Vergleich zu 2018 zeigt sich ein Rückgang der Zufriedenheit, seit 2020 sind die Veränderungen aber recht gering. Nach einem kleinen Zwischenhoch im Jahr 2023 ist die Einschätzung der Wirtschaftslage Sachsen-Anhalts 2025 auf einem Tiefpunkt gelandet (Abb. 3.7). Die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage hat sich 2025 hingegen, nach einem Tief im Jahr 2023, wieder auf das Niveau von 2020 erholt. Konsistent ist die überwiegend positive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation gegenüber der zurückhaltenden Beurteilung der Wirtschaftslage in Sachsen-Anhalt. Diese Einschätzungen werden weiter unten in Beziehung gesetzt. Diese Diskrepanz scheint also keineswegs ein kurzfristiges, sondern eher ein grundsätzliches Phänomen einer Diskrepanz der Wahrnehmung individueller und kollektiver Wirtschaftsentwicklungen. Nun kommt es darauf an, ob die persönliche ökonomische Situation oder die Wahrnehmung der Wirtschaftslage des Landes eine Wirkung auf andere Indikatoren der politischen Unterstützung besitzt.

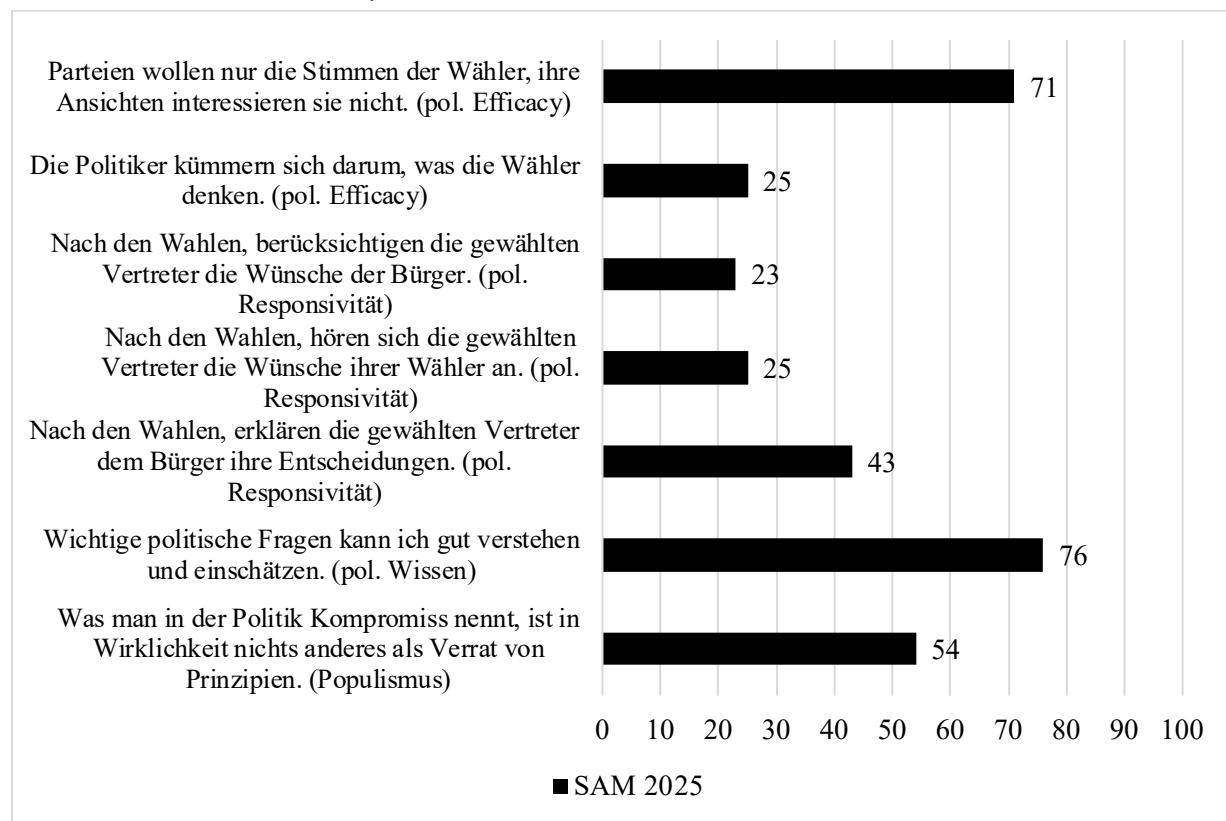
Abb. 3.7: Zufriedenheit mit der eigenen und allgemeinen Wirtschaftslage im Zeitvergleich



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 und 2023; Angaben in Prozent; Werte für 2020; Holtmann et al. 2020: 48; Werte für 2018 aus Holtmann et al. 2018: 35; nur zustimmende Werte (sehr zufrieden und eher zufrieden) und gerundet; durchschnittlich ca. n = 1100.

Bei der politischen Effektivität (Abb. 3.8) fällt die Zufriedenheit im Jahr 2025 im Vergleich mit der wirtschaftlichen Performanz ungünstiger aus. Die ersten beiden Items („Stimmen der Wähler“ und „kümmern sich nicht darum, was Wähler denken“) bilden die *political efficacy* ab, also die Wahrnehmung, dass der Staat oder die Regierenden einen bei politischen Entscheidungen berücksichtigen (Balch 1974).

Abb. 3.8: Zufriedenheit mit der politischen Effektivität und Performanz



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in Prozent und gerundet; angegeben „stimme stark zu“ und „stimme eher zu“ zu; n = 1099-1101.

Diese Wahrnehmung fällt im Sinne der Stabilität des demokratischen Systems schlecht aus. Nur ca. ein Viertel der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt geht davon aus, dass die Politiker sich um die Wünsche der Bürger kümmern. Mit 71 Prozent denken mehr als zwei Drittel, die Politiker wollen allein die Stimmen der Wähler. Der recht geringe Anteil von 25 Prozent Zufriedenheit liegt auch bei dem Fragenkomplex zur *politischen Responsivität* (Esaiasson et al. 2015; Pickel 2018) vor. Wenn es darum geht, zuzuhören oder die Wünsche der Bürger zu berücksichtigen, wird Politikern von drei Vierteln der Sachsen-Anhaltiner ein schlechtes Zeugnis ausgestellt: Mit 43 Prozent attestiert deutlich weniger als die Hälfte der Bevölkerung den Politikern, dass sie politische Entscheidungen erklären. Demnach ist das politische Responsivitätsgefühl der Einwohner Sachsen-Anhalts nicht breit ausgeprägt. Aus Sicht der Bürger ist dies insofern besonders problematisch, als drei Viertel der Befragten davon ausgehen, politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können. Die letzte Frage („Kompromiss“) stellt einen Bezug zum Parteiensystem her. Auch hier fällt das Urteil der Sachsen-Anhaltiner für eine von Aushandlung und Kompromissen geprägte Demokratie nicht günstig aus: Mit 54 Prozent sieht etwas mehr als die Hälfte Kompromisse als Verrat an Prinzipien.

Dies ist vor dem Hintergrund, dass in Deutschland derzeit nur Koalitionen eine Regierungsmehrheit erreichen, ein Befund mit eher negativer Wirkung. Denn die politisch wichtige Fähigkeit zur Kompromissbildung wird nur noch von einer leichten Minderheit der Befragten als Kernkompetenz von Politikern gesehen, von einer leichten Mehrheit als Makel.



Auf dieser Grundlage kann nun geprüft werden, welchen Einfluss die Elemente der politischen Performanzbeurteilung auf die anderen Dimensionen der politischen Unterstützung haben. Dazu nutzen wir das verdichtende statistische Verfahren der bivariaten Korrelationsanalyse. Es zeigt die Beziehungen zwischen den jeweiligen Befunden in einer Maßzahl, dem Korrelationskoeffizienten, auf. Alle Dimensionen politischer Performanzbeurteilung besitzen eine Wirkung auf andere und grundlegende Formen der politischen Unterstützung der Demokratie (Tab. 3.1). Fällt die Performanzbewertung ungünstig aus, dann ist diese Wirkungsbeziehung negativ. Am niedrigsten ist noch die negative Wirkung der wirtschaftlichen Performanz auf die Legitimität der Demokratie. Korrelationswerte zwischen $r=-.09$ bis $r=-.15$ zeigen einen Bezug, aber eben unter allen hier eingesetzten Indikatoren den niedrigsten.

Gleichzeitig ist sie vorhanden und statistisch signifikant. Für die Werte der politischen Performanzwahrnehmung (politische Responsivität, fehlende politische Effektivität) fallen die Werte ($r=-.19$ und $r=-.22$) schon höher aus. Die Haltung dazu, ob man eine Demokratie befürwortet, ändert sich also aufgrund der Beurteilung der politischen Responsivität und der Wirtschaftslage des Landes. Allerdings in unterschiedlicher Stärke. Dieser Befund ist theoriekonform, geht doch Lipset (1981) davon aus, dass die spezifische Unterstützung, welche durch die Performanz abgebildet wird, erst Stück für Stück auf die Vertrauens- und Legitimitätsebene vordringt. Dabei kann sie sich positiv auswirken, wie dies in den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland der Fall war, oder – wie heute – negativ (Pickel et al. 2022).

Am stärksten ist die Auswirkung einer negativen Performanzwahrnehmung auf die aktuellen Repräsentationen der Demokratie, wie das Vertrauen in die Bundesregierung und die Demokratiezufriedenheit ($r=-.36$; $r=-.42$). Die Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie leidet massiv unter einer schlechten Performanzwahrnehmung, unabhängig davon, ob sie wirtschaftlich oder politisch geprägt ist. Auch das Vertrauen in die Landesregierung Sachsen-Anhalt wird von dieser Wahrnehmung einer schlechten Performanz reduziert ($r=-.30$ und $r=-.28$). Ebenfalls geringer und dadurch beeinträchtigt, ist das Vertrauen in die Polizei, welche für die Exekutive steht und somit nicht für legislative Entscheidungen verantwortlich ist. Eine ungünstige Wahrnehmung der Performanz von Politikern und der eigenen Wirtschaftslage wie der Sachsen-Anhalts sind treibende Kräfte für einen weiterreichenden Entzug der politischen Unterstützung der Demokratie. Überwiegend erweist sich dabei die politische Performanzwahrnehmung als einflussreicher als die wirtschaftliche Performaneinschätzung.

Tab. 3.1: Beziehungen zwischen Performanz, Demokratielegitimität und Vertrauen

	Wirtschaftslage Sachsen-Anhalt schlecht	Wirtschaftslage persönlich schlecht	Fehlende politische Responsivität	Fehlende politische Effektivität	Kompromiss Verrat von Prinzipien
Legitimität Demo- kratie	-.09*	-.15**	-.19**	-.22**	-.25**



Demokratiezu- friedenheit	-.33**	-.29**	-.36**	-.42**	-.37**
Vertr. Landesre- gierung	-.30**	-.23**	-.30**	-.28**	-.29**
Sachsen-Anhalt					
Vertrauen Bun- desregierung	-.32**	-.28**	-.45**	-.43**	-.39**
Vertrauen Polizei	-.11**	-.22**	-.19**	-.19**	-.20**

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; n = 1001-1099; **=signifikant bei p<.001; * signifikant bei <.05.

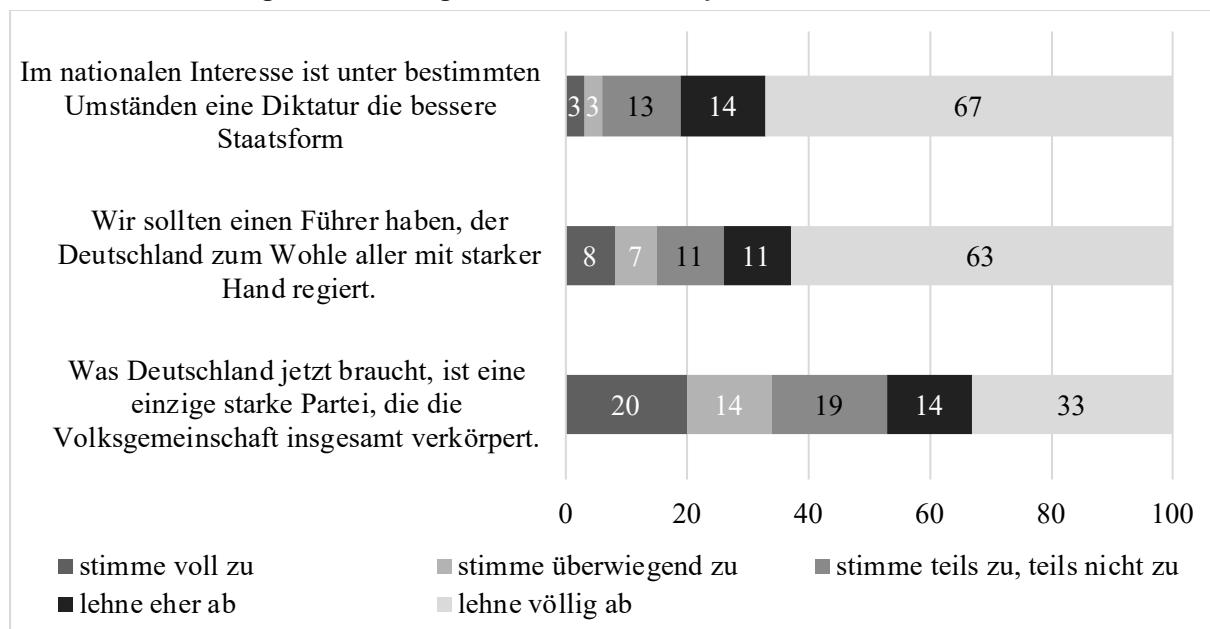
3.4 Die Befürwortung antide mokratischer Systemalternativen und Demokratietypen

Die hohe Zustimmungsrate zur Demokratie und die in Teilen eingeschränkte politische Unterstützung können wie zuvor geschehen erklärt und potenziell auch im Sinne des Systemerhalts verändert werden. Allerdings lassen die Erfolge rechtsautoritärer politischer Parteien Zweifel daran aufkommen, ob die hohe Zustimmungsrate der liberalen Demokratie gilt oder ob sich unterdessen ein anderes Demokratieverständnis beginnt durchzusetzen. Um dieser Vermutung nachzugehen ist es sinnvoll, einen Blick auf das Ausmaß der Befürwortung antide mokratischer Systemalternativen zu werfen. Im Sachsen-Anhalt-Monitor (SAM) 2025 sind drei Indikatoren der Zustimmung zu einer rechtsautoritären Diktatur mit einer fünfstufigen Antwortskala erhoben worden, die Bestandteil der umfangreicheren Skala zur Messung von Rechtsextremismus sind (vgl. Kapitel 5). Die Befunde zu diesen Items werden an dieser Stelle vorgestellt und genutzt, um diese Frage zu verfolgen.

Betrachtet man die Ergebnisse der Befürwortung und Ablehnung antide mokratischer Systemalternativen (Abb. 3.9), kann die hohe Zustimmungsrate zur Idee der Demokratie nicht unhinterfragt bleiben. Zwar wünschen sich nur 6 Prozent der Befragten unter bestimmten Umständen eine Diktatur, immerhin lehnen aber auch 13 Prozent die eindeutig antide mokratische Aussage nicht ab. Damit wird deutlich, dass es einen Anteil von einem Fünftel der Bevölkerung gibt, die sich zwar nicht direkt zu einer antide mokratischen Systemalternative bekennen, ihr im Zweifel aber auch nicht konsequent entgegentreten. Decker et al. (2024: 35) interpretieren dieses Antwortverhalten als eine latente Zustimmung, die das Mobilisierungspotential für eine fundamental antide mokratische Systemalternative erfasst. Das manifeste und latente Potenzial ist mit Blick auf die anderen erfragten antide mokratischen Systemalternativen in jeweils größerem Ausmaß vorhanden. Bereits 15 Prozent wünschen sich offen einen starken Führer, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert, weitere 11 Prozent tun dies latent. Und mit 34 Prozent bevorzugt ein Drittel der Bevölkerung Sachsen-Anhalts explizit ein mit dem System der Demokratie unvereinbares Einparteiensystem. Weitere 19 Prozent tun dies teilweise. Hieran lässt sich beobachten, dass die Unzufriedenheit mit dem Parteiensystem in eine Systemfrage umgewandelt wird und dem demokratischen Systems die Unterstützung entzogen wird. Im

Sinne des Systemerhalts besonders bedenklich ist, dass mit 47 Prozent weniger als die Hälfte der Einwohner Sachsen-Anhalts ein Einparteiensystem überzeugt ablehnt. Auf den ersten Blick mögen diese hohen Werte so verstanden werden, dass die Befragten sich auch in einem Mehrparteiensystem eine starke Partei an der Regierung wünschen. Es mag sein, dass manchen nicht bewusst ist, dass sie mit diesem Statement einem zentralen Merkmal der liberalen Demokratie widersprechen, dennoch entfernen sie sich damit vom Grundverständnis einer solchen Demokratie. Die Zustimmungswerte im SAM 2025 bewegen sich auf dem Niveau anderer Studien (z.B. Decker et al, 2024: 38), in denen allerdings zusätzlich noch der Einschub „die ohne das Parlament regiert“ einbezogen wird.

Abb. 3.9: Befürwortung und Ablehnung antidemokratischer Systemalternativen

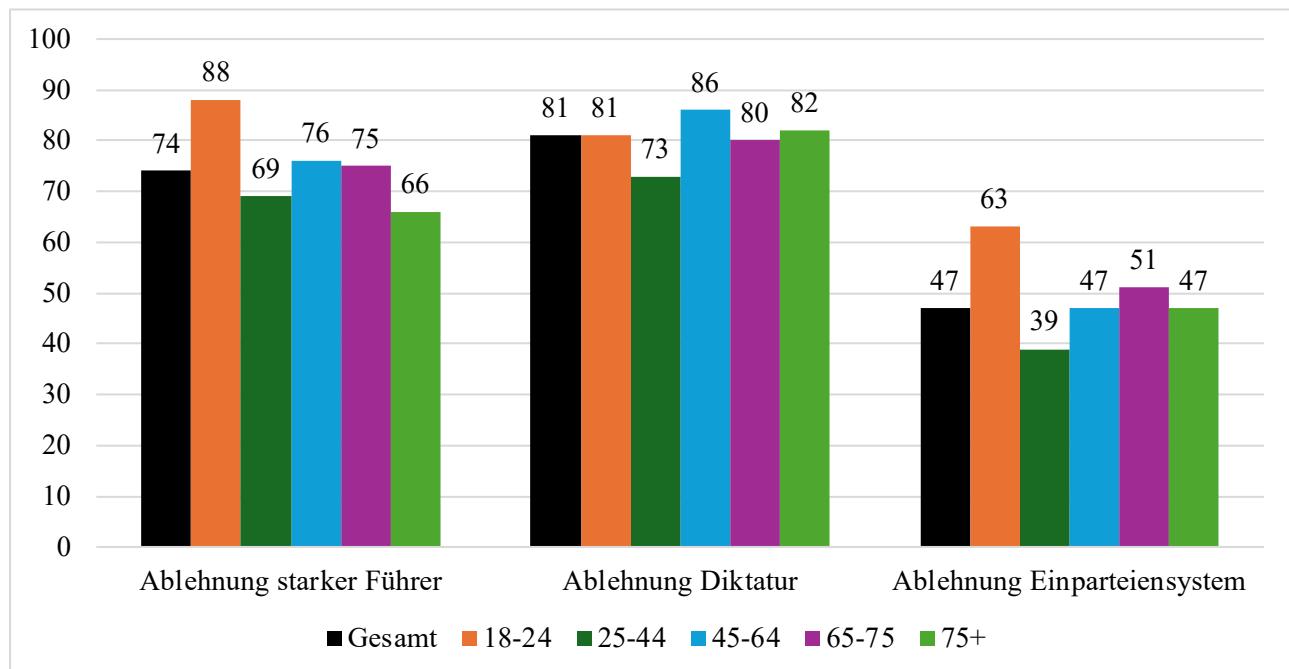


Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Werte in Prozent und gerundet; n = 1010-1029.

Dass die Antworten auf alle drei Fragen zu antidemokratischen Systemalternativen hochgradig untereinander verbunden sind (Pearsons r-Korrelationen von $r=.49$ bis $r=.31$) zeigt, dass alle drei Items zu einem antidemokratischen Einstellungsgefülle beitragen. Diese Ergebnisse deuten in die Richtung eines relevanten Potentials in der Bevölkerung von bis zu 36 Prozent, das faktisch antidemokratische Systemalternativen wünscht bzw. 56 Prozent, welches diese Aussagen nicht ablehnt und für entsprechende Bestrebungen mobilisierbar ist. Dieses Ergebnis relativiert die hohen Zustimmungswerte zur Demokratie. Beachtet man die Ablehnung der antidemokratischen Systemalternativen entlang des Alters, zeigen sich einige Unterschiede, die allerdings statistisch nicht signifikant sind (Abb. 3.10). Die Ablehnung eines starken Führers ist unter den beiden jüngeren Alterskohorten etwas bis deutlich stärker ausgeprägt als in den mittleren und älteren Kohorten. Das Einparteiensystem wird am deutlichsten von den 18- bis 24-Jährigen abgelehnt, in der Ablehnung der Diktatur liegt diese Gruppe gleichauf mit den 45- bis 64-Jährigen, während die 25- bis 44-Jährigen etwas deutlicher ablehnend positioniert sind. Es manifestieren sich zwar generationale Unterschiede mit einer stärkeren Ablehnung antidemokratischer

Systemalternativen in den beiden jüngeren Alterskohorten. Sie fallen aber nicht stark und nicht konsistent aus, können insofern weniger gut zur Erklärung herangezogen werden.

Abb. 3.10: Ablehnung von antidemokratischen Systemalternativen nach Alter

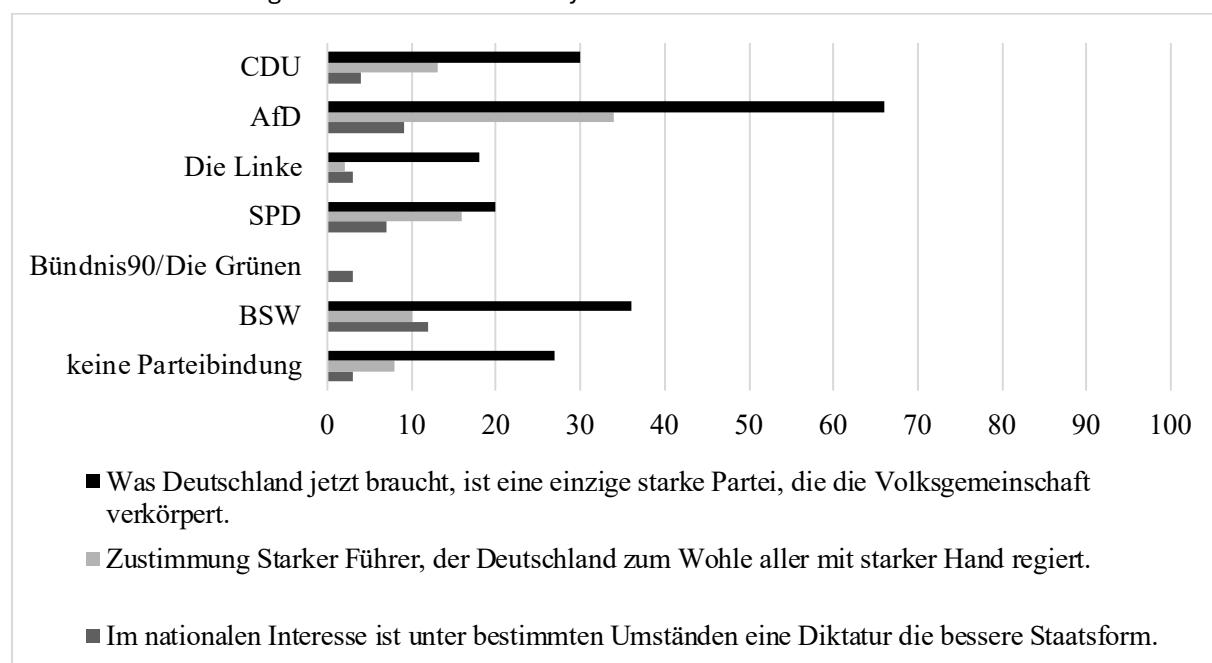


Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Werte in Prozent und gerundet; n = 1010-1031.

Vermutlich sind es daher nicht so sehr sozialdemographische, sondern eher politische Faktoren, die zu einer Befürwortung oder Ablehnung antidemokratischer Systemalternativen führen. Betrachten wir die Zustimmung zu antidemokratischen Systemalternativen nach Verbundenheit mit einer Partei, zeigt sich, dass antidemokratische Einstellungen unter allen Parteianhängerschaften zu finden sind (Abb. 3.11).

Allerdings sind diese Einstellungen keineswegs gleich über die Anhängerschaften der Parteien in Sachsen-Anhalt verteilt. In der AfD-Anhängerschaft finden sich die durchweg höchsten Zustimmungswerte und in der Anhängerschaft von Bündnis 90/Die Grünen die niedrigsten Zustimmungswerte zu den antidemokratischen Systemalternativen. Die Anhänger der AfD wünschen sich mit 66 Prozent sogar mehrheitlich ein Einparteiensystem, vermutlich mit ihrer Partei als die eine herrschende Partei. Das Einparteiensystem findet auch bei jedem dritten Anhänger des BSW Anklang. Die weiteren Parteianhängerschaften bewegen sich zwischen 30 und 18 Prozent Zustimmung zum Einparteiensystem und zwischen 16 und 10 Prozent beim Wunsch nach einem starken Führer. Betrachtet man eher die Ablehnungsquoten, finden sich in der AfD-Anhängerschaft nur 17 Prozent, die ein Einparteiensystem ablehnen. Die Anhänger des BSW zeigen hier mit 40 Prozent die zweitniedrigste Ablehnungsquote. Politisch-ideologische Gründe sind somit bedeutsame Faktoren für die Befürwortung oder Ablehnung antidemokratischer Systemalternativen und führen zu signifikanten Unterschieden zwischen den Parteien was ihre Haltung zu antidemokratischen Systemalternativen angeht.

Abb. 3.11: Zustimmung zu antidemokratischen Systemalternativen nach Parteibundenheit



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Werte in %; Unterschiede signifikant bei $p < .001$; $n = 654-669$.

Für den Erhalt der Demokratie als System ist entscheidend, dass antidemokratische Systemalternativen nicht von größeren Bevölkerungsgruppen in Betracht gezogen werden und dass diese eindeutig abgelehnt werden. Die teilweise Zustimmung und die nicht ganz überzeugte Ablehnung von Systemalternativen sind kein ganz fester Boden, auf dem eine Demokratie beruht. Für die folgende Betrachtung sind zwei Varianten von Demokratietypen gebildet worden. Dies schließt an die Bildung von Demokratietypen, wie z.B. im Demokratiebericht Nordrhein-Westfalen und anderen Ländermonitoren erprobt an.

In der Variante Demokratietypen 1 sind als *solide Demokraten* jene Befragten zusammengefasst, welche die Demokratie als das beste System ansehen und gleichzeitig alle drei Antwortvorgaben antidemokratischer Systemalternativen überzeugt ablehnen (also auch keine teils-teils-Antwort). Als *fragile Demokraten* gelten diejenigen, welche zwar die Demokratie als bestes System ansehen, aber nicht alle drei antidemokratischen Systemalternativen überzeugt ablehnen. Als *Autokraten* firmieren die Personen, die mindestens eine antidemokratische Systemalternative nicht klar ablehnen und zudem die Demokratie nicht als bestes System anerkennen. *Suchende* sind diejenigen, welche sich weder für die Demokratie noch für antidemokratische Systemalternativen aussprechen (Tab. 3.2).

Tab. 3.2: Typisierung der Demokratietypen

Demokratietypen 1			Demokratietypen 2		
Zustimmung Demokratie best. System	Antidemok. Systemalter. Teils-teils	Antidemok. Systemalter. Zustimmung	Zustimmung Demokratie best. System	Antidemok. Systemalter. Teils-teils	Antidemok. Systemalter. Zustimmung

Solide Demokraten	+	-	-	+	+	+	-
Fragile Demokraten	+	+	+	+	-	-	+
Autokraten	-	+	+	-	-	-	+
Suchende	-	-	-	-	-	+	-

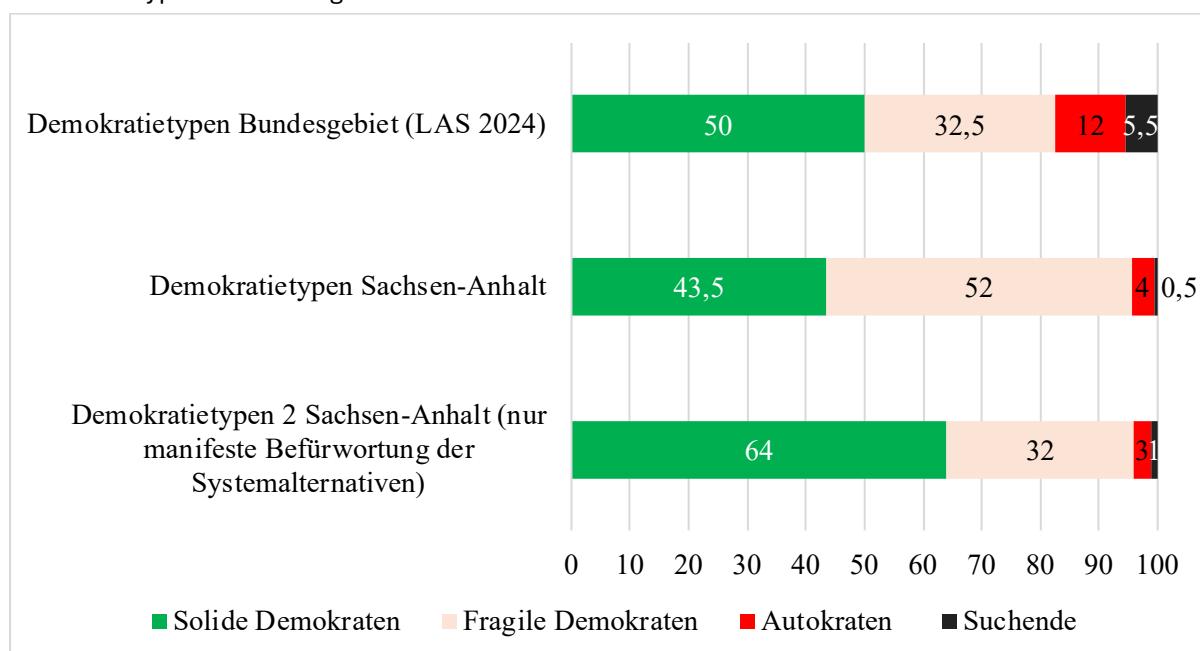
Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Pickel 2024: 186f; + = Zustimmung; - = Ablehnung.

In der Variante Demokratiertypen 2 sind *solide Demokraten* weiter gefasst und umfassen nun auch diejenigen, welche bei den antidemokratischen Systemalternativen teils-teils angeben. Fragile Demokraten stimmen sowohl der Demokratie als bestes System als auch mindestens einer antidemokratischen Systemalternative zu und Autokraten zeichnen sich dadurch aus, dass sie ausschließlich antidemokratischen Systemalternativen zustimmen. *Suchende* sind diejenigen, welche sich weder für die Demokratie noch für antideokratische Systemalternativen aussprechen (Tab. 3.2).

Wir betrachten zunächst die Variante 1. Kombiniert man das latent sowie manifest autokratische Potenzial von mit der Unterstützung der Demokratie, dann unterstützen nicht einmal mehr die Hälfte der Einwohner Sachsen-Anhalts umstandslos die Demokratie, ohne mit antideokratischen Systemalternativen zu liebäugeln (Abb. 3.12). Diese Gruppe sind die überzeugten bzw. *soliden Demokraten*, die keine andere Staatsform wollen und auf welche aus Sicht der Systemerhaltung auch in schwierigen Zeiten weitgehend Verlass ist.

Mit 43,5 Prozent fällt der Wert für Sachsen-Anhalt niedriger aus als in einer analogen Kategorisierung von 2022 bundesweit erhobenen Daten der Leipziger Autoritarismus Studie mit knapp 50 Prozent soliden Demokraten (Öztürk/Pickel 2024: 215).

Abb. 3.12: Typen der Haltung zu Demokratie und Autokratie





Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in %; Grundlage der Typenbildung: Kombination Befürwortung der Demokratie, starker Führer, Einparteiensystem, Diktatur (Berechnung Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 aus Öztürk/Pickel 2024: 216, 230); im Durchschnitt n = 898.

Nur 4 Prozent der Einwohner Sachsen-Anhalts bevorzugen ausschließlich antidemokratische Systemalternativen, wie ein Einparteiensystem, einen starken Führer oder eine Diktatur und können somit als *Autokraten* gefasst werden. Dieser Wert liegt deutlich unter dem Bundesschnitt von 12 Prozent (Öztürk/Pickel 2024: 216). Allerdings gelten auf derselben Basis 52 Prozent der Sachsen-Anhalter als *fragile Demokraten*; sie sehen zwar die Demokratie als bestes System an, interpretieren Demokratie aber nicht ausschließlich im Sinne liberaler Demokratien und finden nicht-demokratische Alternativen ebenfalls akzeptabel. Dies ist ein deutlich höherer Wert als im Bundesgebiet, wo er bei 32,5 Prozent liegt (Öztürk/Pickel 2024: 216). Die Zahl der *Suchenden*, die keinerlei Herrschaftsform zu stimmen, machen den verschwindend geringen Rest von 0,3 Prozent aus. In der Zusammenschau sind diese Befunde durchaus ambivalent mit Blick auf die politische Kultur in Sachsen-Anhalt. Zwar ist die Zahl überzeugter Antidemokraten in Sachsen-Anhalt gering und geringer als im Bundesgebiet, gleichzeitig existiert keine Mehrheit unter den Bürgern, bei denen die liberale Demokratie fest verankert ist und die sie auch verteidigen würden.

Um die mögliche Spannbreite der Typisierung aufzuzeigen, betrachten wir auch die Variante 2. Hier wird ausschließlich die manifeste Zustimmung zu den drei Items (Abb. 3.9) als Basis für die Bestimmung der fragilen Demokraten genutzt. Diejenigen, die diesen Statements teils zustimmen und sie nur teils ablehnen, wandern in die Gruppe der soliden Demokraten. Deren Anteil steigt dann zwar auf 64 Prozent und somit auf mehr als die Hälfte der Bevölkerung an. Aber ein Drittel dieser Gruppe und ca. 20 Prozent der Gesamtheit der Befragten haben mit der teils-teils-Antwort doch auch Unsicherheiten in Bezug auf die Ablehnung antidemokratischer Systemalternativen gezeigt.

Man könnte insgesamt sagen, dass die Variante 1 der Demokratietypen eine sichere Basis der Zustimmung zur liberalen Demokratie abbildet, während die Variante 2 auch nicht ganz sichere Demokratiebefürworter einbezieht. Wir arbeiten folgend mit den Demokratietypen 1 weiter.

Auch bei den Demokratietypen interessiert, welche Faktoren die Zugehörigkeit zu einer Gruppe bedingen können. Von zentraler Bedeutung sind sicherlich die Positionierung auf der Links-Rechts-Skala oder die Parteianhängerschaft. Zudem ist angesichts der Debatten über eine Gefahr der Radikalisierung der Jugendlichen nach der Bundestagswahl 2025 interessant zu betrachten, wie sich die Typen auf verschiedene Alterskohorten verteilen. Auch die formale Bildung dürfte einen Effekt haben. Wir betrachten folgend die Befunde (Abb. 3.13 und 3.14).

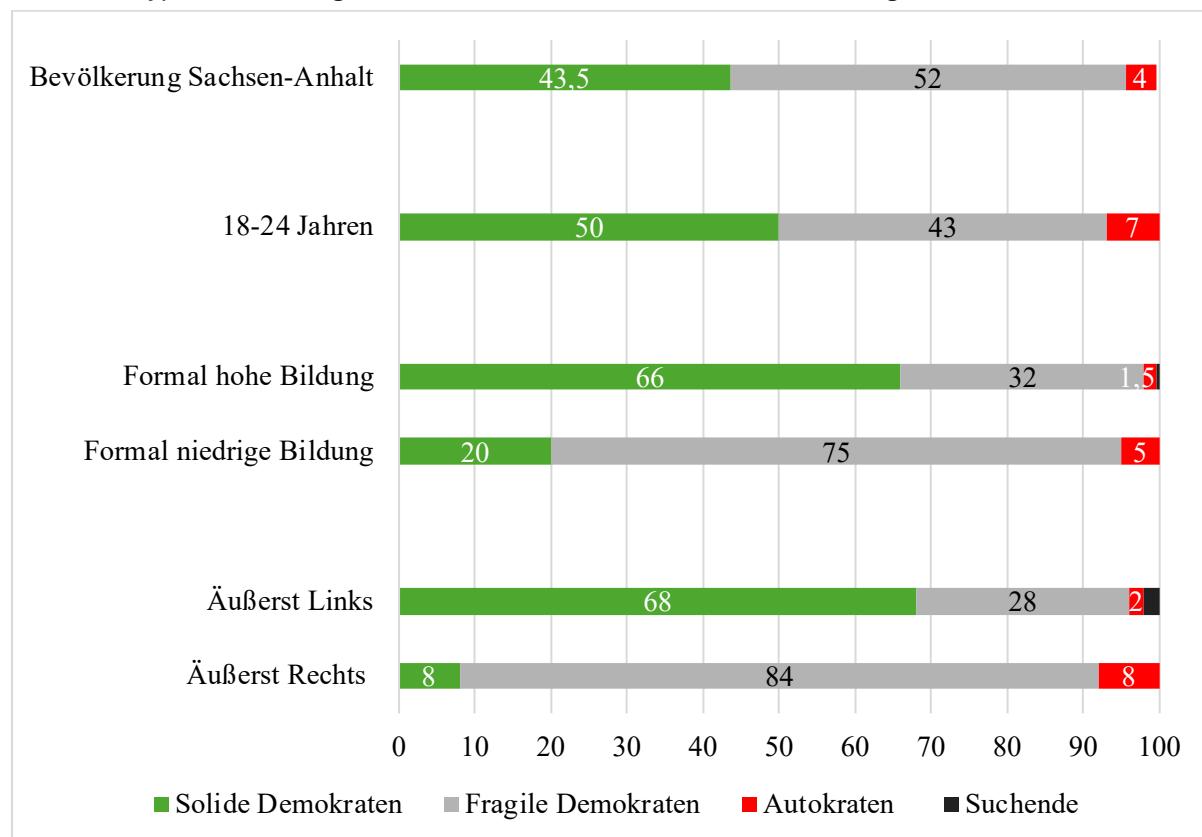
Im SAM 2025 ist eine eher positive Haltung der 18- bis 24-Jährigen zur Demokratie festzustellen (Abb. 3.13). Es finden sich in dieser Altersgruppe überdurchschnittlich viele solide Demokraten und unterdurchschnittlich wenige fragile Demokraten. Eine klare Differenz in der Haltung zur Demokratie ergibt sich entlang der formalen Bildung (Abb. 3.13). Während



unter Sachsen-Anhaltern mit formal hoher Bildung (Abitur, Fachhochschulreife, EOS 12. Klasse) 66 Prozent als solide Demokraten und nur 32 Prozent als fragile Demokraten anzusehen sind, verändert sich dies bei Einwohnern Sachsen-Anhalts mit formal niedriger Bildung (Hauptschulabschluss). In diesem Segment kann mit 20 Prozent nur ein Fünftel als solide Demokraten eingestuft werden, während sich 75 Prozent als fragile Demokraten erweisen. Immerhin noch 5 Prozent wünschen sich ausschließlich eine andere Herrschaftsform als die Demokratie, nämlich eine Autokratie. Die Betrachtung des Zusammenhangs zwischen den Demokratietypen und den politisch-ideologischen Positionierungen an den Rändern der Links-Rechts-Skala birgt Überraschendes und Erwartbares. Erwartbar ist die Fragilität in der Haltung zur Demokratie auf der äußerst rechten Seite des politischen Spektrums.

Gerade einmal 8 Prozent derjenigen in Sachsen-Anhalt, die sich selbst als äußerst rechts einschätzen, können als solide Demokraten bezeichnet werden. Der Anteil der überzeugten Autokraten liegt hier mit 8 Prozent zwar über dem Durchschnitt, macht aber noch nur ein knappes Zehntel dieses Spektrums aus. Stärker ins Gewicht fallen die 84 Prozent dieser Gruppe, die neben der Demokratie auch andere Herrschaftsformen für legitim halten. Ihr Anteil fällt so hoch wie bei keiner anderen Gruppe aus. 72 Prozent nennen neben der Demokratie mindestens zwei Systemalternativen (Führer und Einparteiensystem) als mögliche Systemalternativen. Überraschend ist das gute Abschneiden der äußerst Linken. Folgt man den Befunden, sind mit 68 Prozent die meisten derjenigen, die sich in Sachsen-Anhalt auf der Links-Rechts-Skala entsprechend einordnen, solide Demokraten. Bei den beiden Extremgruppen ist zu berücksichtigen, dass sie jeweils nur durch 50 Personen repräsentiert wurden.

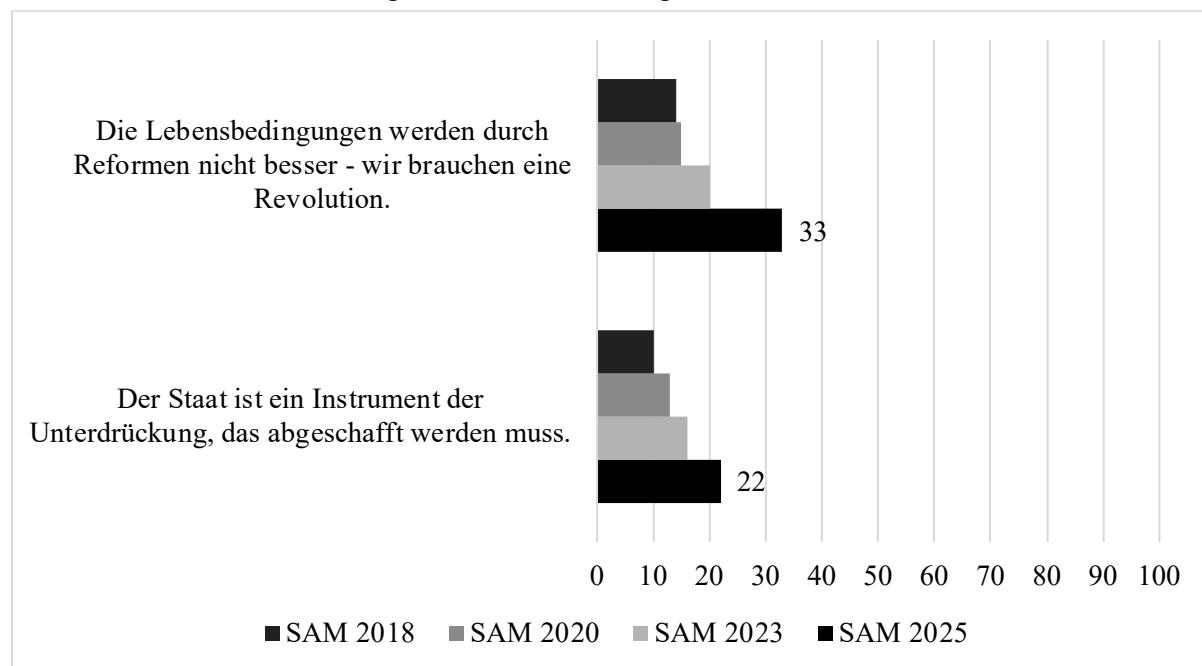
Abb. 3.13: Typen der Haltung zu Demokratie und Autokratie nach Soziodemografie



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in % und gerundet; Grundlage der Typenbildung: Kombination der Befürwortung der Demokratie, starker Führer, Einparteiensystem, Diktatur (nach Öztürk/Pickel 2024: 230); formal hohe Bildung = Abitur, Fachhochschulreife, EOS 12. Klasse; formal niedrige Bildung = Hauptschulabschluss, kein Abschluss, Abschluss polytechnische Oberschule 8. Klasse; äußerst links = Werte 1+2, äußerst rechts Werte 9 + 10 auf der 10-stufigen Links-Rechts-Skala; n = 822-898.

Auch mit Blick auf mögliche Einwände gegen die Konstruktion der Demokratietypen auf der Basis der Befürwortung antidemokratischer Systemalternativen ist der Blick auf eine weitere Variante der Bestimmung der Ablehnung der Demokratie von Interesse. So könnte gegen die Bildung der Demokratietypen eingewendet werden, dass die Indikatoren eine höhere Zustimmung im politisch rechten Spektrum implizieren. Im Sachsen-Anhalt-Monitor wurden in der Vergangenheit auch andere Formen der Ablehnung der Demokratie bzw. der Gegnerschaft zum politischen System erfasst (Holtmann et al. 2020: 131). Sie werden als Konstrukte verstanden, die eine das politische Spektrum übergreifende extremistische Ausrichtung erfassen, da sie eine Feindschaft zum Verfassungsstaat abbilden. Darunter fiel die Ablehnung der Idee der Demokratie, die Befürwortung der Diktatur im Notfall und zwei Items, die eine antistaatliche Haltung mit einer gewissen Offenheit für Linksextremismus bestimmen sollten (ebd.). Die zuletzt genannten Items wurden auch im SAM 2025 erhoben (Abb. 3.14).

Abb. 3.14: Formen der Ablehnung des Staates im Zeitvergleich

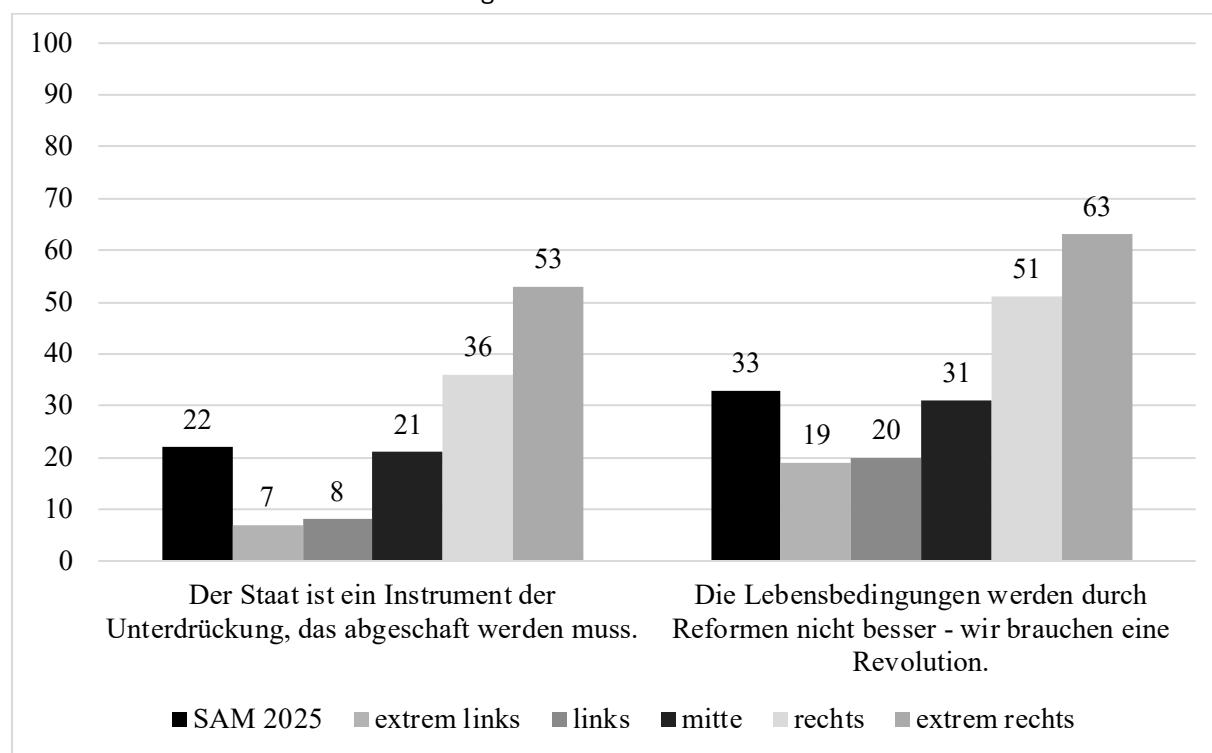


Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 und 2023; Angaben in Prozent und gerundet; nur zustimmende Angaben; Werte für 2018 aus Holtmann et al. 2018: 90; Werte für 2020 aus Holtmann et al. 2020: 132; Kategorie „weiss nicht“ aus Vergleichsgründen nicht aufgeführt; n 2025 = 1098-1099; andere Werte durchschnittlich n = 1100.

Das Ergebnis zeigt seit 2018 einen durchgehend aufsteigenden Trend mit einem deutlichen Höchststand im Jahr 2025 (Abb. 3.14). Immerhin ein Drittel der Einwohner Sachsen-Anhalts fordern mittlerweile eine Revolution und 22 Prozent würden den Staat, den sie als Instrument der Unterdrückung ansehen, abschaffen wollen. Der Trend spiegelt im Sinne des Systemerhalts eine ungünstige Entwicklung, die neben der bereits herausgearbeiteten Bereitschaft, antidemokratische Systemalternativen zu akzeptieren, eine durchaus verbreitete antistaatliche Einstellung umfasst, die mittelfristig Handlung zur Folge haben kann.

Unklar ist bislang allerdings, ob diese antistaatlichen Einstellungen im Sinne des Extremismus-Modells von beiden politischen Rändern gespeist werden. Dazu betrachten wir die Zustimmung zu den beiden Items im Zusammenhang mit der Platzierung entlang der Links-Rechts-Skala (Abb. 3.15). Dabei zeigt sich, dass vor allem die Gruppe der äußerst Rechten weit überdurchschnittlich Fantasien einer Abschaffung des Staates (53 Prozent) und einer Revolution (63 Prozent) nachhängt. Zudem fällt die Zustimmungsrate von der politisch-ideologisch äußerst rechten zur politisch-ideologisch äußerst linken Seite ab. Zwar verschwindet die Zustimmung nicht völlig, ist aber mit 7 Prozent bei der Aussage „Der Staat ist ein Instrument der Unterdrückung, das abgeschafft werden muss“ im Spektrum der äußerst Linken gering ausgeprägt. Dieses Ergebnis geht konform mit den Befunden früherer SAM (Holtmann et al. 2020: 134).

Abb. 3.15: Weitere Formen der Ablehnung der Demokratie nach Links und Rechts



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in Prozent und gerundet, zustimmende Angaben; n = 1098-1099.

Die Sachsen-Anhalter auf der äußerst linken Seite des politisch-ideologischen Spektrums befürworteten beide Items unterdurchschnittlich häufig, während auf der äußerst rechten Seite des politischen Spektrums in beiden Fällen eine weit überdurchschnittliche Zustimmung zu konstatieren ist. Dies spricht zumindest mit Blick auf beide Items gegen ein einfaches Modell der Gleichsetzung beider Extremgruppen. In den Daten des SAM 2025 verhält es sich eindeutig so, dass die Gefahren für die verfassungsmäßige Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt mehrheitlich vonseiten der äußersten Rechten kommen.

Man kann nun die vorangegangene Demokratiertypisierung auch mit diesen beiden Variablen bilden (hier nicht grafisch ausgewiesen). Dann ergibt sich ein insgesamt höherer Prozentsatz an soliden Demokraten (63 Prozent), 34 Prozent fragile Demokraten und 3 Prozent Autokraten. Die Differenz zwischen den äußerst links und äußerst rechts orientierten Bürgern Sachsen-Anhalts wird allerdings auch mit diesen Indikatoren bestätigt. Während der Anteil der soliden Demokraten bei Personen, die sich selbst als äußerst links einstufen, mit 72 Prozent überdurchschnittlich ausfällt und 2 Prozent Autokraten festzu stellen sind, ist die Zahl der soliden Demokraten bei Personen, die politisch-ideologisch äußerst rechts stehen, mit 29 Prozent unterdurchschnittlich ausgeprägt. In der zuletzt genannten Gruppe liegt auch der Anteil der Autokraten mit sieben Prozent über dem sachsen-anhaltischen Durchschnitt.

Im nächsten Schritt prüfen wir über Korrelationsanalysen, wie eng diese beiden Items in Bezug zu anderen Indikatoren für antidemokratische Einstellungen stehen (Tab. 3.3). Es



ergeben sich erwartbar deutliche positive Korrelationen zwischen den Items ‚Revolution‘ und ‚Instrument der Unterdrückung‘ mit den drei Items, die antidemokratische Systemalternativen anzeigen und die für die Bildung der Demokratietypen genutzt wurden. Besonders hoch fallen sie im Falle der Items aus, die den Wunsch nach einem Einparteiensystem und nach einem starken Führer ausdrücken.

Tab. 3.3: Beziehungen zwischen Ablehnung des Staates und Befürwortung von Systemalternativen

	Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht besser - wir brauchen eine Revolution	Der Staat ist ein Instrument der Unterdrückung, das abgeschafft werden muss.
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	.36**	.42**
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	.35**	.42**
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	.33**	.31**
Demokratie als beste Staatsform	-.27**	-.30**
Vertrauen in Landesregierung Sachsen-Anhalt	-.31**	-.31**

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; n = 882-898; **=signifikant bei p<.001; * signifikant bei <.05.

Vor diesem Hintergrund kann nun betrachtet werden, ob im Alltag in Sachsen-Anhalt von einem erhöhten Potenzial von Extremisten ausgegangen werden muss, die ihre Wertvorstellungen mit Gewalt umsetzen würden. Um das politische Gewaltpotenzial in der Bevölkerung zu bestimmen, sind zwei Items aus der Leipziger Autoritarismus-Studie adaptiert worden (Decker et al. 2024). Das Item „In bestimmten Situationen bin ich durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen“ erhebt den Grad der Gewaltbereitschaft, das andere Item „Selber würde ich nie Gewalt anwenden. Aber es ist schon gut, dass es Leute gibt, die mal ihre Fäuste sprechen lassen, wenn es anders nicht mehr weitergeht“ misst, inwieweit man Gewaltausübung der Gruppe, mit der man sich identifiziert, unterstützen würde. Die Befunde sind im Überblick der Tabelle 3.4 zu entnehmen.

Immerhin 9 Prozent und somit ein Zehntel der Sachsen-Anhalter wären voll und ganz oder eher bereit, in bestimmten Situationen Gewalt anzuwenden. Weitere 17 Prozent würden die Gewaltanwendung der eigenen Gruppenmitglieder gutheißen, wenn es notwendig ist. Diese Anteile sind nicht gering, aber noch begrenzt. Interessant ist nun zu sehen, wie sich



die Zustimmungsgrade verändern, wenn man Items zur Messung antidemokratischer Systemalternativen oder des antistaatlichen Extremismus hinzunimmt.

Tab. 3.4: Beziehungen zwischen antidemokratischen Einstellungen und Gewaltakzeptanz

	In bestimmten Situationen bin ich durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.	Selber würde ich nie Gewalt anwenden. Aber es ist schon gut, dass es Leute gibt, die mal ihre Fäuste sprechen lassen wenn es anders nicht mehr weitergeht.
Bevölkerung Sachsen-Anhalt	9 (3)	17 (7)
Revolution statt Reform	18 (8)	36 (15)
Staat Instrument der Unterdrückung	22 (11)	44 (18)
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	17 (5)	40 (17)
Präferenz Einparteiensystem.	12 (6)	30 (12)

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in %: stimme voll und ganz zu, stimme überwiegend zu; Werte in Klammern = stimme voll und ganz zu; n = 882-898.

Unterstützen die Befragten den Gedanken einer Revolution, dann wächst der Anteil der Gewaltbereiten auf 18 Prozent an, beim Wunsch nach der Abschaffung des Staates gar auf 22 Prozent. Auch unter den Anhängern eines starken Führers und des Einparteiensystems finden sich weiter erhöhte Werte der Gewaltbereitschaft von 17 Prozent (persönliche Gewaltanwendung) und 40 Prozent (Gutheißen von Gewalt der Eigengruppe). Den Höchstwert erzielt die Gruppe derjenigen, die den Wunsch nach der Abschaffung des Staates zum Ausdruck bringen. Hier heißen 44 Prozent Gewaltanwendung der Eigengruppe gut.

Antidemokratische und antistaatliche Einstellungen ziehen also nicht unbedingt Gewalttätigkeit nach sich. Nur eine kleine Minderheit würde selbst aktiv Gewalt einsetzen, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Selbst unter denjenigen mit einer extremistischen und systemablehnenden Einstellung bleibt die Gewaltakzeptanz eine, wenn auch größere, Minderheit. Unter den antidemokratisch eingestellten Bürgern Sachsen-Anhalts steigt die Gewaltakzeptanz der Eigengruppe bis fast auf die Hälfte an. Gewalttätigkeit folgt also nicht zwingend aus antidemokratischen Einstellungen, diese Einstellungen begünstigen sie jedoch. Zum größeren Teil handelt es sich zumeist um Wähler und Unterstützer, die Gewalt befürworten, zum kleineren Teil um gewaltbereite Antidemokraten.

3.5 Minderheitsregierung oder parlamentarische Mehrheit?



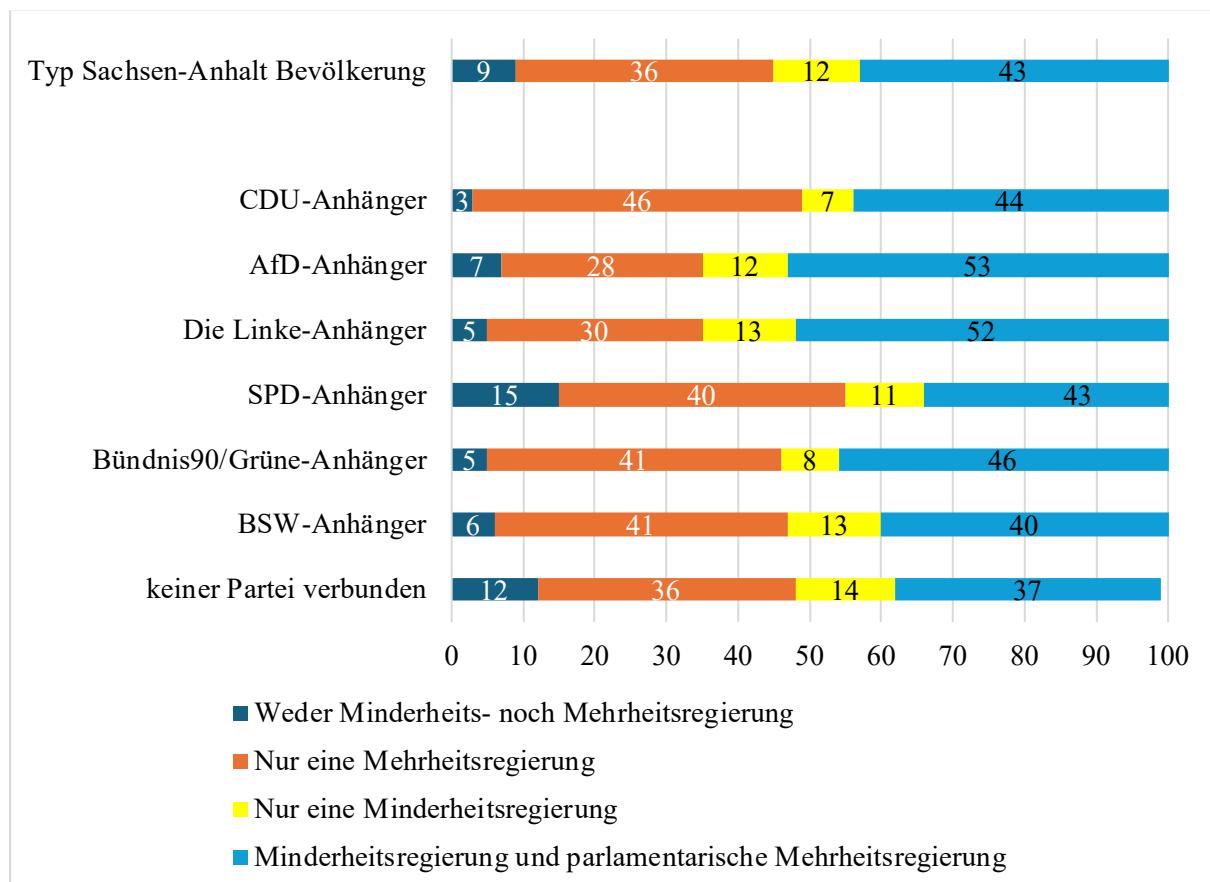
Angesichts der in den vergangenen Jahren zu beobachtenden Diversifizierung der Parteienglandschaft und angesichts der kritischen Haltung gegenüber Kompromissen in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts ist es interessant zu betrachten, inwieweit die Bürger Sachsen-Anhalts ein Jahr vor den Landtagswahlen eine Minderheitsregierung als legitim akzeptieren würden. Diese Frage spielte bereits zu einem früheren Zeitpunkt in Sachsen-Anhalt eine Rolle, als das sogenannte Magdeburger Modell existierte, der durch die PDS unterstützten SPD-Minderheitsregierung von 1994 bis 2002 (Träger/Leunig 2010). Wenig überraschend wurden deswegen schon in früheren SAM Fragen zur Akzeptanz einer Minderheitsregierung gestellt. So bekundeten im SAM 2020 in Reaktion auf die Frage „Für den Fall, dass nach der kommenden Landtagswahl keine Mehrheit für eine Regierung zu stande kommt: Würden Sie die Bildung einer Minderheitsregierung befürworten?“ 58 Prozent der Befragten ihre Akzeptanz einer Minderheitsregierung (Holtmann et al. 2020: 122 f.).

Im SAM 2025 ist eine ähnliche Frage gestellt worden („Es kann auch gerne mal eine Minderheitsregierung geben“), zudem eine Frage zur Bevorzugung einer Mehrheitsregierung („Für eine Regierungsbildung ist mir eine klare parlamentarische Mehrheit, egal ob in Bund oder Land, wichtig“). Die Ergebnisse sind im Überblick der Abbildung 3.16 zu entnehmen.

Das Ergebnis fällt, wenn man nur die Frage nach der Minderheitsregierung betrachtet, sehr ähnlich wie 2020 aus: 55 Prozent der Sachsen-Anhaltiner können sich eine Minderheitsregierung vorstellen. Nimmt man den Wunsch nach einer klaren Parlamentsmehrheit hinzu, differenziert sich das Bild. Immerhin 79 Prozent der Sachsen-Anhaltiner finden eine parlamentarische Mehrheit, egal ob in Bund oder Land, für die Regierungsbildung wichtig. Damit deuten sich erhebliche Überschneidungen im Antwortverhalten der beiden Fragen an. Um diesen gerecht zu werden, kombinieren wir in der Folge beide Items zu einer kleinen Typologie. Als Ergebnis ergeben sich diejenigen, die nur eine Minderheits- oder nur eine Mehrheitsregierung akzeptieren, genauso wie Personen, welche eine Minderheitsregierung akzeptieren, wenn es notwendig ist und keine Mehrheitsregierung möglich ist. Vermutlich ist die Antwort von der Partei, die man im Sinn hat, abhängig. Kombiniert man beide Items, ergibt sich eine vierstufige Skala (Abb. 3.16). Während 9 Prozent weder das eine noch das andere bevorzugen, scheint eine ausschließliche Akzeptanz einer Minderheitsregierung die unbeliebteste Lösung mit 12 Prozent Zustimmung zu sein. Weit häufiger wird diese Option abgelehnt und auf eine parlamentarische Mehrheit bestanden: 36 Prozent der Befragten befürworten ohne Einschränkungen eine Mehrheitsregierung. Immerhin können sich aber auch 43 Prozent der Einwohner Sachsen-Anhalts beides vorstellen und machen ihre Akzeptanz von der jeweiligen politischen Lage abhängig. Anders gesagt: Selbst, wenn eine Minderheitsregierung nicht die Präferenz ist, kann sich dieser Anteil im Notfall eine solche Regierungsbildung vorstellen, auch wenn eine Mehrheitsregierung die bevorzugte Option wäre. Auf dieser Grundlage lässt sich auch betrachten, wie die Anhänger unterschiedlicher Parteien diese Fragen einschätzen und inwieweit sie vom Durchschnitt der Bevölkerung abweichen. Am stärksten allein auf eine

parlamentarische Mehrheitsetzen die Anhänger der CDU: 47 Prozent präferieren eine solche Basis einer Regierung. Zugleich ist hier die Gruppe derer, die sich eine Minderheitsregierung vorstellen können und nicht an einer parlamentarischen Mehrheit hängen, mit 7 Prozent am niedrigsten, bei Bündnis 90/Die Grünen sind es mit 8 Prozent ähnlich wenige.

Abb. 3.16: Minderheitsregierung oder parlamentarische Mehrheit – Typisierung



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Typisierung der Zustimmung zu „Für eine Regierungsbildung ist mir eine klare parlamentarische Mehrheit, egal ob in Bund oder Land, wichtig“ und „Es kann auch gerne mal eine Minderheitsregierung geben“; Angaben in Prozent und gerundet; n = 1098.

Eine stärkere Offenheit für eine Minderheitsregierung findet sich bei Anhängern der Linken (13 Prozent) und der AfD (12 Prozent), wobei sie dort oft mit dem generellen Wunsch nach einer parlamentarischen Mehrheit verbunden ist (52 bzw. 53 Prozent). Die Anhänger der CDU präferieren in fast gleichem Maße eine Mehrheitsregierung ohne Minderheitsoption (46 Prozent) und eine Mehrheitsregierung mit der Option einer Minderheitsregierung im Notfall (44 Prozent). Da auch bei den SPD-Anhängern die Präferenz zur Mehrheitsregierung hoch ist (40 Prozent), dürften hier parlamentarische Erfahrungen und Gewohnheiten der Regierungsbildung mit ihrer Suche nach Mehrheiten einfließen.

Insgesamt bleiben die Einschätzungen vielfältig, wobei deutlich wird, dass die Akzeptanz einer in Deutschland eher ungewohnten Minderheitsregierung als Ergänzungsform zu einer parlamentarischen Mehrheit zwar durchaus vorhanden ist, von den Einwohnern Sachsen-Anhalts aber eher als zweitbeste Lösung angesehen wird. Dies ist womöglich



auch der in der Bevölkerung verankerten Tradition des Erreichens einer parlamentarischen Mehrheit in Deutschland geschuldet, welche unsichere Verhältnisse, wie in der Weimarer Republik, vermeiden möchte.

3.6 Ursachen der Haltung zur Demokratie und der antidemokratischen Einstellungen

Angesichts der bisher dargelegten Befunde stellt sich die Frage, was die Unterstützung der Demokratie einerseits und die Befürwortung antidemokratischer Systemalternativen andererseits verursacht. Um diese Ursachen zu ergründen, könnten bestimmte Faktoren Schritt für Schritt in Kreuztabellen entlang von einzelnen Einflussfaktoren bestimmt werden. Dabei besteht allerdings die Gefahr, Drittvariablen oder Faktoren, die eigentlich hinter den Befunden stehen und diese bedingen, nicht auf die Spur zu kommen. Daher ist eine multivariate statistische Analyse in Form einer linearen Regressionsanalyse besser geeignet. Diese Methode ermittelt die Einflussgrade unterschiedlicher Variablen bzw. Faktoren im Vergleich zu allen anderen Einflussfaktoren (Pickel/Pickel 2018: 169ff.; Schnell et al. 2013: 444 f.). In diesem Modell rücken die wichtigsten Einflussfaktoren sozusagen nach vorne und die durch andere Faktoren bedingten Determinanten nach hinten. Wir wählen als abhängige Variablen die Befürwortung der Idee der Demokratie für die Ebene der Legitimität des demokratischen politischen Systems und die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Demokratie sowie das Vertrauen in den Landtag von Sachsen-Anhalt für eine mittlere Ebene der aktuellen Unterstützung der Demokratie. Als Referenz berechnen wir zudem die Erklärungen für die antidemokratischen Systemalternativen der Befürwortung eines starken Führers und eines Einparteiensystems. Die Befunde sind im Überblick der Tabelle 3.5 zu entnehmen.

Die Berechnungen zeigen eine herausragende Wirkung der Verschwörungsmentalität als Erklärungsfaktor für die Unterstützung antidemokratischer Systemalternativen, aber auch als toxisch für die Unterstützung der Demokratie auf allen Ebenen ($\beta = .21$ und $.25$). Die Bereitschaft, an Verschwörungserzählungen zu glauben, geht damit einher, sich von faktenbasierter politischer Kommunikation abzuwenden und z.B. verborgene Mächte hinter Regierungen wirken zu sehen.⁴

Solch durchgehenden Effekte finden wir bei den anderen Gruppen der Erklärungsfaktoren nicht. Aber sozialpsychologische Skalen, wie die der sozialen Dominanzorientierung, reduzieren die Legitimität der Demokratie und fördern den Wunsch nach einem starken Führer.⁵ Autoritarismus fördert beide antidemokratischen Systemalternativen ebenso wie eine rechte Position auf der politisch-ideologischen Links-Rechts-Skala. Sozialpsychologische Komponenten und die politisch-ideologische Positionierung sind insgesamt die zentralen Bestimmungsfaktoren der politischen Unterstützung der Demokratie in

⁴ Bei einer nicht geringen Gruppengröße. 29% der Einwohner Sachsen-Anhalts weisen eine Verschwörungsmentalität auf.

⁵ Soziale Dominanzorientierung misst, inwieweit Personen ihre Position gegenüber als geringer in der Hierarchie gesehenen Personen als natürlich empfinden in Verbindung mit dem Wunsch nach keiner Veränderung dieser Hierarchie.

Sachsen-Anhalt. Sozialstrukturelle Merkmale treten in der Regel deutlich hinter sie zurück. Auffällig sind die jeweils positiven Effekte der politischen Effektivität (Efficacy) auf Demokratiezufriedenheit, das Vertrauen in den Landtag von Sachsen-Anhalt und die Legitimität der Demokratie

Tab. 3.5: Erklärung der Unterstützung der Demokratie oder antidemokratischer Systemalternativen

	Idee der Demokratie	Demokratie-zufriedenheit	Vertrauen Landtag LSA	Einparteiensystem	Starker Führer
Sozio-strukturelle Faktoren					
Bildungsstand (hoch)				-.11**	-.10**
Bildungsstand (niedrig)	+.09*			+.14**	+.10**
Haushaltsnettoeinkommen				-.11**	-.07*
Stadt–Land (Richtung Dorf)	-.05*				
Geschlecht (weiblich)				-.11**	
Christlich (dichotom)					
Alter in Jahren		-.09*		-.15*	
					+.10**
Einschätzungen der persönlichen Umwelt					
Eigene wirtschaftliche Lage					
Wirtschaftliche Lage des Landes Sachsen-Anhalt (Richtung sehr schlecht)		-.18**		+.17**	
Erhalte nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard		-.13**		-.07*	
Politisches Interesse					
Politische Fragen kann ich gut einschätzen	+.09*		+.06*		
Fehlende Political Efficacy		-.14**		-.07*	
Politische Responsivität	+.08*		+.08*		+.13*
Links-Rechts-Skala (Richtung rechts)					+.14**
					+.20**
	Idee der Demokratie	Demokratie-zufriedenheit	Vertrauen Landtag LSA	Einparteiensystem	Starker Führer
Soziales Vertrauen				-.12**	-.06*
Fühle mich als Ostdeutscher als Bürger zweiter Klasse			-.11**		

Ich fühle mich persönlich benachteiligt	-.11*				.13**
Im Umgang mit Ämtern und Behörden fühle ich mich ausgeliefert		-.08*	-.10*		.07*
Ich habe Angst nicht mehr in Frieden leben zu können			-.08*		
Um Klimawandel stoppen, Lebensweise ändern		+.07*		+.12**	
Sozialpsychologische Erklärungsfaktoren und Vorurteile					
Antifeminismus					.10*
Homosexuellenfeindlichkeit					
Muslimfeindlichkeit			-.09*		.17**
Skala soziale Dominanz	-.16*				.09**
Skala Autoritarismus				+.15**	.09**
Verschwörungsmentalität	-.20**	-.27**	-.15**	+.21**	.25**
Gesamtmodellstatistik R-Quadrat	.16	.44	.30	.44	.34

Quelle: Eigene Berechnung, ausgewiesen beta-Werte der Regression; signifikant * <.05; ** < .001; paarweise; Verfahren schrittweise; nicht signifikante Werte nicht ausgewiesen; n = 768.

Sie zeigen, dass das Gefühl einer fehlenden Wahrnehmung der eigenen Interessen durch die Politik die politische Unterstützung negativ beeinflusst. Hierzu passt auch der Einfluss der politischen Responsivität. Geht man davon aus, dass Politiker auf die Wünsche der Wähler reagieren, dann wirkt sich dies auf alle Ebenen der Unterstützung der Demokratie und politischer Institutionen positiv aus. Deutlich ist zudem der Effekt der Zufriedenheit (oder Unzufriedenheit) mit der wirtschaftlichen Performanz. Hält man die wirtschaftliche Lage des Landes Sachsen-Anhalt für gut, dann wächst auch die Zufriedenheit mit der Demokratie. Umgekehrt reduziert die Wahrnehmung einer ungünstigen wirtschaftlichen Lage des Landes die Zufriedenheit in die Demokratie und auch das Vertrauen in den Landtag Sachsen-Anhalts sowie in alle anderen legislativen Institutionen (hier nicht abgebildet). Die deutlich besser als die Einschätzung der Lage Sachsen-Anhalts ausfallende Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage ist vor diesem Erklärungshintergrund ohne Relevanz. Führt man diese Faktoren zusammen, bestätigt sich in Teilen ein früher bereits diagnostiziertes Muster (Holtmann 2015: 700 f.): Der schlechte Eindruck, den man von Politikern hat, und die Einschätzung, dass es mit der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt bergab geht, aber auch das Gefühl, nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten, beeinträchtigen das Vertrauen in die Landesregierung und die Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie, wirken sich aber auf die allgemeine Anerkennung der Demokratie oder antidemokratische Systemalternativen nur nachgeordnet aus. Gleichzeitig liegt der Wirkungsgrad der Performanz Indikatoren erkennbar unter dem der sozialpsychologischen Indikatoren.



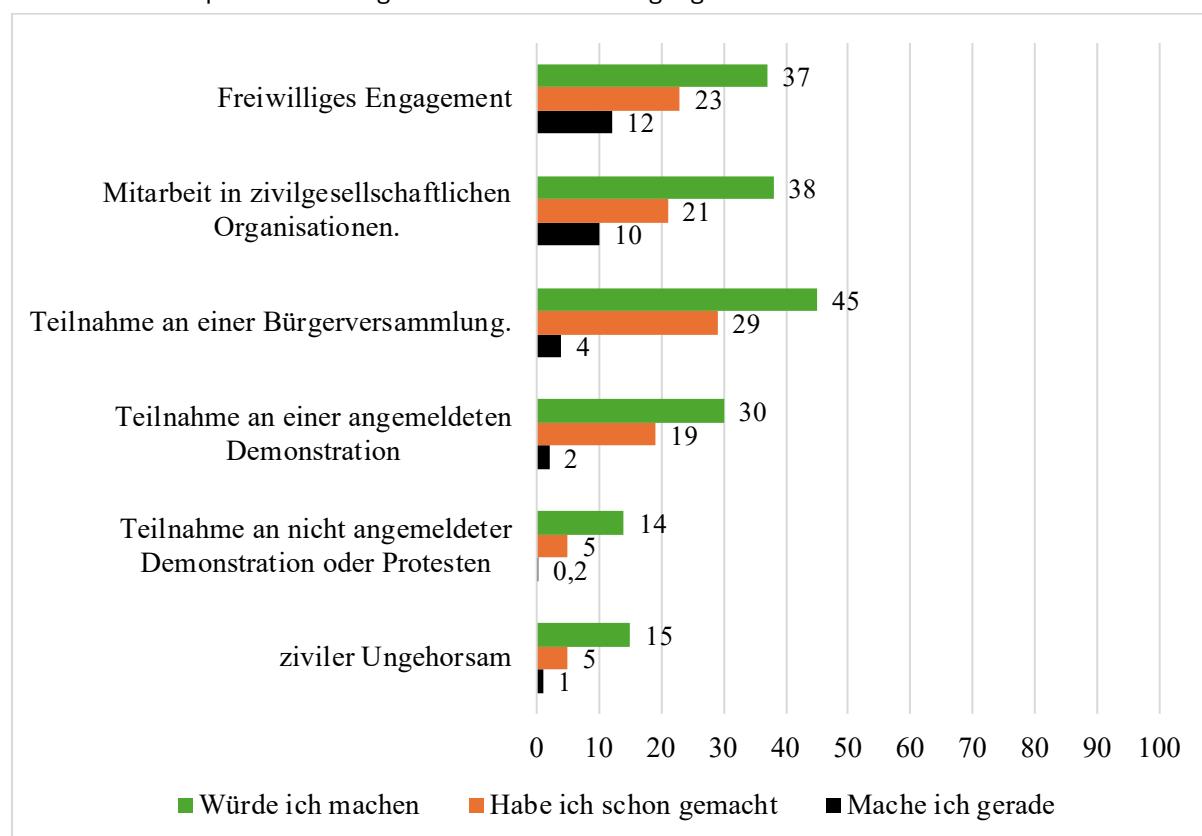
Für den Wunsch nach antide mokratischen Systemalternativen verantwortlich sind ein meist niedrigerer (formaler) Bildungsstand, ein geringeres Haushaltsnettoeinkommen, die sozialpsychologischen Faktoren der Verschwörungsmentalität und des Autoritarismus, eine politisch-ideologisch rechte Orientierung sowie ein geringes Vertrauen in andere Menschen. Es führt also eine Kombination verschiedener Faktoren zur Befürwortung von antide mokratischen Systemalternativen. Vor allem der Glaube an Verschwörungserzählungen erweist sich als Triebkraft antide mokratischer Wünsche. Die schon ermittelte Zahl fragiler Demokraten speist sich somit aus einer resultierenden Öffnung zu eigentlich undemokratischen Demokratieverstellungen, die unterschiedliche Gründe besitzen kann. Zentral sind aber ideologische Aspekte und psychologische Komponenten. Bestimmte Trigger, wie eine starke Muslimfeindlichkeit oder Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt verstärken diese Entwicklung. Auch scheinen die Kenntnisse über das, was Demokratie ist und was es nicht ist, in den vergangenen Jahrzehnten diffundiert zu sein.

3.7 Partizipation und Sozialvertrauen

Es ist nicht allein die politische Kultur oder die politische Unterstützung, die eine Demokratie erhält. Ebenfalls von Bedeutung ist die Beteiligung der Bevölkerung. Sie kann Vertrauen in andere Mitglieder der politischen Gemeinschaft aufbauen und letztlich auch in politische Institutionen (Putnam 1993). Vor diesem Hintergrund betrachten wir, wie es um die politische Beteiligung der Sachsen-Anhalter bestellt ist (Abb. 3.17).

Immerhin 12 Prozent der Befragten bekunden, sich derzeit freiwillig für eine Sache zu engagieren und 10 Prozent sind Mitglied in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Weitere über 20 Prozent bekunden, sich bereits einmal engagiert zu haben und 37 bzw. 38 Prozent könnten sich vorstellen, sich freiwillig zu engagieren oder in einer Organisation mitzuwirken. Dies sind zusammengenommen 72 Prozent bzw. 69 Prozent der Befragten. Dieser Grad der Beteiligung und Mitwirkung am Gemeinwesen geht bei weiteren Aktivitäten deutlich zurück, bleibt aber sichtbar.

Abb. 3.17: Partizipation und zivilgesellschaftliche Beteiligung in Sachsen



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in Prozent und gerundet; n = 871-973.

Immerhin 33 Prozent haben bereits eine Bürgerversammlung besucht, weitere 45 Prozent können sich das für die Zukunft vorstellen. Die legitime Möglichkeit, an einer angemeldeten Demonstration teilzunehmen, haben 19 Prozent bereits genutzt und 2 Prozent tun dies aktuell. In der Betrachtung der weiteren Aktivitäten ist wenig überraschend eine deutliche Reduktion des Anteils derjenigen zu verzeichnen, die angeben, an nicht angemeldeten Demonstrationen teilgenommen zu haben. 2 Prozent tun dies aktuell, 5 Prozent haben dies schon getan und weitere 14 Prozent können sich dies vorstellen. Vergleichbar sind die Werte beim zivilen Ungehorsam: Eine Minderheit von ca. einem Fünftel kann sich in Sachsen-Anhalt vorstellen, solche Formen der politischen Beteiligung zu nutzen bzw. hat dies bereits getan. Insgesamt zeigt sich das Bild einer in ihrer Partizipation zurückhaltenden Bevölkerung, die aber durchaus die Bereitschaft aufweist, sich zu engagieren.

Bei einer separaten Frage wünschen sich 76 Prozent der Sachsen-Anhalter mehr Beteiligung der Einwohner durch Bürgerversammlungen. Insgesamt scheint, ob aus demokratietheoretischen oder aus strategischen Gründen (83 Prozent Zustimmung unter den Anhängern der AfD), die stärkere Beteiligung der Bürger gewünscht, ohne dass diese allerdings spezifiziert ist.

Wie bereits vermerkt sieht Robert Putnam (2000) das Engagement als eine zentrale ‚Schule der Demokratie‘ und einen ‚Kitt der Gesellschaft‘. Dies bezieht sich vor allem auf seine Annahme, dass gesellschaftliches Engagement soziales Vertrauen, also ein allgemeines Vertrauen in die Mitmenschen, steigert. In Sachsen-Anhalt können wir 2025 36

Prozent soziales Vertrauen messen (siehe Kapitel 2). Dieser Zusammenhang ist mittels aneinander gereihter Korrelationsanalysen geprüft worden (Tab. 3.6). Die Befunde bestätigen diese Beziehungen für Sachsen-Anhalt im Jahr 2025.

Tab. 3.6: Vom Engagement zum sozialen Vertrauen und zum Institutionenvertrauen

Mitarbeit in zivilgesellschaftlichen Initiativen	+.21** →	.19** →	Bevorzugung Demokratie als Staatsform
Teilnahme an Bürgerversammlung	+.18** →	-.32** →	Befürwortung Einparteiensystem
Freiwilliges Engagement	+.13** →	Soziales Vertrauen .24** →	Vertrauen in Landesregierung Sachsen Anhalt
Teilnahme angemeldete Demonstration	+.12** →	.22** →	Vertrauen Landtag Sachsen-Anhalt
Ziviler Ungehorsam / Teilnahme nicht angemeldete Demonstration	n.s. →	.29** →	Vertrauen Bundestag

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt Monitor 2025; im Durchschnitt n = 1100; **=signifikant bei p<.001; * signifikant bei <.05.

So wie ein zivilgesellschaftliches Engagement und die Beteiligung an einer angemeldeten Demonstration soziales Vertrauen fördern, so wirkt sich das soziale Vertrauen als förderlich für das Vertrauen in politische Institutionen wie auch die Akzeptanz der Demokratie als beste Staatsform aus. Politische Partizipation in Form der Teilnahme an einer nicht angemeldeten Demonstration oder zivilem Ungehorsam hat keinen signifikanten Einfluss auf das soziale Vertrauen. Bemerkenswert ist der Effekt des sozialen Vertrauens auf die Befürwortung eines Einparteiensystems: Es reduziert die Befürwortung merklich. Derzeit gehen allerdings gerade einmal 36 Prozent der Menschen in Sachsen-Anhalt davon aus, dass man „den meisten Menschen vertrauen kann“, während 64 Prozent denken, dass „man nicht vorsichtig genug sein“ kann. Diese Anteile sind auf lange Sicht nachteilig für die politische Unterstützung der Demokratie und das Vertrauen in Institutionen. Werden die Anteile erhöht bzw. reduziert, etwa durch die Ausweitung der Partizipation, dürfte sich das positiv auf die politische Kultur auswirken.

3.8 Fazit – Demokratieunterstützung mit Unsicherheiten

Im Land Sachsen-Anhalt wünschen sich die meisten Einwohner eine Demokratie. Allerdings ist lediglich die Hälfte der Sachsen-Anhalter als solide und überzeugte Demokraten einzuschätzen. Nicht wenige Einwohner neigen zudem zu einem starken Führer oder sehen ein Einparteiensystem mit dem Grundgedanken der Demokratie als vereinbar an – was demokratietheoretisch nicht möglich ist. Diese fragilen Demokraten sind als unsichere Gruppe anzusehen, wenn es darum gehen würde, die Demokratie zu verteidigen. Die Suche nach Autorität reduziert die Unterstützung in die aktuelle Demokratie und untergräbt das Vertrauen in politische Institutionen der Legislative, während die Judikative und besonders die Exekutive hohes Vertrauen genießen. Die fragilen Demokraten sind in



den sozialen Gruppen Sachsen-Anhalts nicht gleich verteilt. Die größten Anteile sind in den Reihen der Anhänger der AfD, unter Personen mit formal niedrigerer Bildung und auf Seiten der politisch-ideologisch extremen Rechten zu finden. Diese extrem Rechten sind eher bereit, das System zu stürzen und auch Gewalt der eigenen Gruppe zu akzeptieren, wenn nicht zu unterstützen.

Soziales und politisches Engagement können im Kampf gegen eine Diffusion der Demokratie hilfreich sein. Dies zeigen Effekte des sozialen Vertrauens, welche mit dem Engagement ansteigen. Ihnen entgegen steht eine Mentalität, an Verschwörungen (Verschwörungsmentalität) zu glauben und eine bestimmte Hierarchiestruktur (soziale Dominanzorientierung) zu erhalten, in der Muslime und Frauen eine untergeordnete Stellung einnehmen. Bestimmt die politische und die wirtschaftliche Performanz die Beurteilung der aktuellen Demokratie oder Regierung mit am stärksten, sind es eher konzeptionelle Faktoren, welche die Haltung für oder gegen eine Demokratie stützen. Dabei sind es oft weniger die persönlichen Erfahrungen oder die eigene wirtschaftliche Lage, welche der Grund für Unzufriedenheit sind. Allerdings: 60 Prozent der Einwohner Sachsen-Anhalts sind mit ihrer persönlichen Wirtschaftslage zufrieden, aber deutlich weniger mit der Wirtschaftslage Sachsen-Anhalts. Erzählungen und Wahrnehmungen prägen das Leben und auch die Haltung zur Politik und zur Demokratie. Speziell in einem Zeitalter, in dem soziale Medien viele passförmige Informationsquellen anbieten. Insgesamt muss man die Situation in Sachsen-Anhalt als ambivalent ansehen. Neben teils positiven Vertrauenswerten in die politischen Institutionen findet sich eine Diffusion der Haltung zur Demokratie. Viele verstehen unter Demokratie nicht mehr das, was demokratietheoretisch und in der Verfassung gemeint ist, und kombinieren sie mit antidemokratischen Systemalternativen. So hat auch die Bereitschaft zu Revolution und Staatsabschaffung einen Höchststand erreicht. Dies kann sich eingedenk des beachtlichen Verschwörungsglaubens schon mittelfristig als Problem erweisen, wenn es den Demokraten nicht gelingt, diese Entwicklung umzukehren.



4 Rechtsextreme Einstellungen und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Der Beginn des 21. Jahrhunderts war in ökonomischer und politischer Hinsicht von einer zunehmenden Öffnung und Vernetzung im globalen Maßstab geprägt. Diese Entwicklung ging in sozialer Hinsicht mit einer weiteren Pluralisierung der Lebensweisen einher und eröffnete benachteiligten Gruppen ein größeres Maß an Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeiten. Dazu trugen verschiedene Maßnahmen und Strategien bei: Im Unternehmenssektor wurde der bewusste Umgang mit Heterogenität als Teil von Managementaufgaben begriffen und sukzessive implementiert; die europäische Integration ging mit der Freizügigkeit in ihrem Binnenraum einher; die Gewinnung von Fachkräften wurde ebenso wie die Hochschulentwicklung und Spitzenforschung transnationaler gestaltet, und nicht zuletzt begannen auch Verwaltungen, ihre Dienstleistungen stärker auf ihre heterogene Klientel auszurichten. Diese auf Innovation und Modernisierung abzielenden Strategien wurden von Maßnahmen zur Förderung von geschlechterpolitischer Gleichstellung und zum Abbau von Diskriminierung in verschiedenen Sektoren begleitet.

Der daraus resultierende gesamtgesellschaftliche Trend schuf ein Klima, in dem rechtsextreme Einstellungen mittelfristig, zwischen 2002 und 2022, mit Schwankungen abnahmen (Decker et al. 2024: 44 ff.). Auch bestimmte Dimensionen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Antisemitismus, Homophobie, Sexismus) gingen 2002 bis 2011 zurück; andere stagnierten (Islamophobie, Etabliertenvorrechte) oder nahmen zu (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Klassismus) (Institut für Konflikt- und Gewaltforschung 2011: 7ff.; für die anschließende Zeit bis 2018/19 vgl. Zick et al. 2019: 79ff.). Letzteres verweist schon darauf, dass es zwar auch in der vereinten Bundesrepublik in dieser Phase gelang, antidemokratische und antiliberalen Kräfte gesellschaftlich zu marginalisieren, diese verschwanden dadurch jedoch nicht. Seit Beginn der 2000er Jahre wurden auch angesichts dessen Bundes- und Landesprogramme aufgelegt, um eine kritische Auseinandersetzung mit und Gegenwehr gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus anzuregen. Sukzessive wurden weitere demokratiegefährdende Phänomene (bspw. Islamismus) in die Maßnahmen einbezogen. In Sachsen-Anhalt zählen zu den entsprechenden Strategien etwa das 2005 ins Leben gerufene Netzwerk für Demokratie und Toleranz (Landesportal Sachsen-Anhalt 2025b) und die Landesprogramme für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit (zuletzt Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 2022) und gegen Antisemitismus (Staatskanzlei und Ministerium für Kultur 2023).

Betrachtet man die aktuelle Konstellation, lassen sich in der Debatte zwei Motive für die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges identifizieren: die Orientierung an den verfassungsmäßig garantierten Menschenrechten als Selbstzweck und die Befürwortung einer offenen Gesellschaft im Interesse ökonomischer Vernunft. Zuweilen konvergieren beide Motive. In diesem Sinne fördert beispielsweise die vom US-Investor George Soros



gegründete Open Society Foundation weltweit Projekte, die zur Gestaltung einer offenen Gesellschaft im Sinne des Philosophen Karl Popper (2003) beitragen. Im autoritär regierten Ungarn ist Soros als Liberaler und als Jude zu einem Feindbild stilisiert worden (Richardson/ Wodak 2022: 399). Dies sind Symptome einer Agenda, die auch die wirtschaftliche Entwicklung tangiert. Angesichts von Konstellationen wie in Ungarn warnte das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in München (Münch et al. 2024) jüngst vor den empirisch nachweisbaren politischen und ökonomischen Kosten populistischer Regierungen (Dorn et al. 2024: 22 ff.). Und mit Blick auf eine der zentralen Transformationsaufgaben formuliert Joe Kaeser, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Siemens Energy AG und Daimler Truck Holding AG: „Sozial-ökologische Marktwirtschaft braucht Maß und Mitte.“ (2024: 10) Wie es um diese Mitte bestellt ist, lotet das folgende und abschließende Kapitel des Sachsen-Anhalt-Monitor (SAM) 2025 aus.

Dazu blicken wir einleitend kurz auf die Erfolgsgeschichte der Marginalisierung extrem rechter Kräfte sowie einige wesentliche Entwicklungslinien im neonazistischen und neu-rechten Spektrum und gehen vor diesem Hintergrund auf den Sinn der kombinierten Messinstrumente ein. Anschließend werden die konzeptionellen und methodischen Grundlagen dieser Instrumente skizziert. Es folgt die Darstellung von Befunden zur Verbreitung von Autoritarismus, Verschwörungsmentalität und sozialer Dominanzorientierung. Anschließend werden deskriptive und analytische Ergebnisse zur rechtsextremen Einstellung und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bzw. Vorurteilen vorgestellt. Es folgt ein Rückblick auf Entwicklungen der Zustimmung und Ablehnung zu Facetten der rechtsextremen Einstellung und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Das Kapitel schließt mit einem Fazit.

4.1 Von der Marginalisierung der extremen Rechten zur Normalisierung der Neuen Rechten – eine kurze Hinführung zur gegenwärtigen Konstellation

Um die Herausforderungen der Gegenwart und die Bedeutung der folgenden Befunde in diesem Kontext genauer zu konturieren, ist es hilfreich, einen kurzen Blick auf Stationen der im internationalen Vergleich bemerkenswert erfolgreichen „Abdrängung des radikalen Nationalismus in eine Nische der politischen Kultur“ (Botsch 2016: 44) in der deutschen Geschichte zu werfen.

Betrachtet man die Phase zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gründung der beiden deutschen Staaten, kann festgehalten werden, dass die Abkehr vom Nazismus in Ost und West konstitutiv für die angestrebte politische Autonomie war. In der DDR wurde dieses Erbe im Selbstbild des antifaschistischen Staates kodifiziert, dessen Brüche und Widersprüche aus verschiedenen Perspektiven aufgezeigt worden sind (Keßler 1995, Behrends et al. 2003, Wagner 2014). Und für die BRD kann festgehalten werden, dass die äußere Demokratisierung in einer nachholenden Entwicklung durch eine, von der jüngeren Generation getragenen, innere Demokratisierung substantiiert wurde. Die Fortsetzung, Erneuerung und wiederholte Marginalisierung der – in ihrem Selbstverständnis



– ‚nationalen Opposition‘ ist ein integraler Bestandteil dieser westdeutschen Demokratiegeschichte (Botsch 2016). Aus wissenschaftlicher Sicht markiert der Eigenbegriff eine „systemilloyale (...), antidemokratische Fundamentalopposition“ im Unterschied zu „der demokratischen politischen Rechten“ und einem „verfassungskonformen Patriotismus“ (44 f.). In Ostdeutschland vermochten es diese Spektren nicht, sich organisatorisch zu einer ‚nationalen Opposition‘ zu verdichten; zugleich blieben antisemitische, rassistische und neonazistische Ereignisse und Entwicklungen Teil der DDR-Geschichte (60).

Die deutsche Einigung wurde u.a. auch aufgrund der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze möglich, und mit der – spätestens seit den Volkskammerwahlen im März 1990 absehbaren – Vereinigung war die Frage des künftigen politischen Systems geklärt; beides entzog den revisionistischen Positionen der bundesdeutschen ‚nationalen Opposition‘ die Grundlage (Botsch 2016: 60 f.). Diese blieb indes nicht inaktiv. Seit den 1990er Jahren wurden mithilfe westdeutscher Organisationen und Personen neonazistische Strukturen in den ostdeutschen Bundesländern aufgebaut (61 ff.). Sachsen-Anhalt war Teil dieser Entwicklungen und stach darin teils hervor. Zu den markanten Ereignissen zählen der Einzug der DVU in den Magdeburger Landtag 1998 mit 12,9 Prozent, während die FDP und Bündnis 90/Die Grünen an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten (Die Landeswahlleiterin 1998). Die Welle der rechtsextremen Gewalt, der nach Angaben zivilgesellschaftlicher Stellen allein in den 1990er Jahren 100 Menschen zum Opfer fielen (62), wurde nicht nur in den bundesweit und international bekannt gewordenen Pogromen von Rostock-Lichtenhagen manifest. Auch das sogenannte Herrentag-Pogrom von Magdeburg am 12. Mai 1994 gehört zu diesen Spitzen der damals in der Breite entfesselten Gewalt (Petersen 2025). Mit Blick auf die Organisationsmuster im neonazistischen Spektrum wurde Repression mit Reorganisation beantwortet. Infolge der Verbote rechtsextremer Kleinparteien wurden Kameradschaften gebildet und regional sowie international u.a. im bzw. mit dem Rechtsrockmilieu vernetzt (Botsch 2016: 62 f.). Und nachdem rechtsextreme Vereinigungen verboten worden waren, wurden wiederum Parteien wie der sogenannte III. Weg gegründet (65 f.). Die Verbotsverfahren gegen die neonazistische NPD scheiterten zwar u.a. aus formalen Gründen, sie wurde jedoch 2024 auf Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von der Parteienfinanzierung ausgeschlossen und firmiert seit 2023 unter dem Namen Die Heimat (Bundesverfassungsgericht 2024; DPA Europe 2023). Neben den genannten Organisationen (Kameradschaften, III. Weg, NPD/JN, Die Heimat) sind im neonazistischen Spektrum auch völkische Siedler (Röpke/Speit 2021) in Sachsen-Anhalt aktiv (Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt 2018-2024).

Auch mit Blick auf die Entwicklungen im Spektrum der Neuen Rechten (einen profunden Überblick bietet Weiß 2017) ist Sachsen-Anhalt nicht unbedeutend. Anfang der 1990er Jahre scheiterte der Versuch, den demokratischen Konservatismus in Deutschland mit demokratiskeptischen bis -ablehnenden Positionen zu verbinden (Botsch 2016: 63). Die bereits in den 1980er Jahren gegründete *Junge Freiheitssuchte* in den 1990er Jahren einerseits Anschluss im konservativen Bürgertum, entwickelte aber auch Konzepte eines

,revolutionären Konservatismus‘ (ebd.). Aus diesem Spektrum entstand im Jahr 2000 das im Süden Sachsen-Anhalts angesiedelte Institut für Staatspolitik (IfS) und seit 2003 werden in der Zeitschrift *Sezession* Theorie und Praxis der Neuen Rechten konzipiert und debattiert (63 f.).⁶ Etwa seit 2003 kristallisierte sich auch der Aktionszusammenhang der *Identitären*, die sich als europaweite Jugendbewegung inszenierten (Bruns et al. 2014), heraus. Im Zuge ihres Auftretens in Deutschland (Speit 2019) fassten sie auch in Halle Fuß (Heide 2019), in räumlicher Nähe zur Initiative *Ein Prozent*, einem Büro des IfS und des Büros eines AfD-Landtagsabgeordneten (Pleul 2018: 169). Dieser Standort der *Identitären* wurde vom hiesigen Verfassungsschutz im Jahr 2017 als bundesweit bedeutsam eingestuft (ebd.). In der im Jahr 2013 als euroskeptische und nationalpopulistische Partei aus dem Spektrum des demokratischen Konservatismus heraus gegründeten AfD (Friedrich 2015) verschoben sich die Gewichte zwischen den verschiedenen Strömungen zuungunsten der Wirtschaftsliberalen und in Richtung auf völkisch unternetzte Vorstellungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft (Botsch 2016: 67 f., Kellershohn 2019). Ein entscheidender Schub in diesem Prozess setzte um und nach 2015 ein, als die Aufnahme von Geflüchteten vor allem aus dem bürgerkriegsgeschüttelten Syrien in Deutschland anstand. Im Jahr 2016 gewann der sachsen-anhaltische Landesverband „mit einem ausgesprochen völkisch geprägten Wahlprogramm und Wahlkampf“ (Botsch 2016: 68) 24,3 Prozent und wurde zweitstärkste Kraft (Landtag von Sachsen-Anhalt 2016). Dieser Erfolg basiert auf einer in den vorherigen beiden Dekaden etablierten „unzivilen Gesellschaft“, einer „Gegenkultur gegen den demokratischen Verfassungsstaat und die pluralistische Gesellschaft“ (68). Markante Ereignisse sind die schnelle und breite Mobilisierung der so genannten PEGIDA-Bewegung seit Oktober 2014 (Vorländer et al. 2016) und die prominente Positionierung von Thilo Sarrazins Weltanschauungen im öffentlichen Diskurs seit 2009 (Wagner/Zander 2011). Diese Phase wird in der Forschung als Mainstreaming und Normalisierung neurechter Positionen beschrieben (Mudde 2019). Sie lässt sich für Deutschland empirisch anhand der rapiden Zunahme von Akteuren und Themen im öffentlichen Diskurs in den 2010er Jahren nachweisen (Völker/Gonzatti 2024).

Die skizzierte Entwicklung verdeutlicht, dass neonazistische und neurechte Akteure zu unterscheiden sind, wobei Radikalisierungsprozesse im letzteren Spektrum dazu geführt haben, dass die Grenzen undeutlicher werden. Die auch im bundesdeutschen Kontext übliche sozialwissenschaftliche Unterscheidung zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus (Virchow 2016) wird durch solche Entwicklungen unterlaufen. Ange-sichts ähnlicher Verläufe in Europa (Decker et al. 2015) und geografisch weit darüber hinaus wird in der darauf bezogenen Forschung das Konzept *Äußerste Rechte* (Far Right) als Oberbegriff vorgeschlagen (Pirro 2023). Es soll dazu dienen, die Komplexität dieses Spektrums konkret untersuchen zu können und dabei sowohl organisationale (Parteien, Bewegungen, Netzwerke etc.) als auch ideologische und strategisch-taktische Bereiche zu beachten.

⁶ Das Institut für Staatspolitik wurde 2024 offiziell aufgelöst.



Wesentliches Kriterium der Links-Rechts-Unterscheidung ist demnach Gleichheit: Auf der einen Seite die Betrachtung von Ungleichheit als ungerecht und das daraus abgeleitete Streben nach Gleichheit, auf der anderen Seite die Betrachtung realer Ungleichheiten als gerecht und die Orientierung an Bewahrung (103 f.). Innerhalb des politisch rechten Spektrums unterscheidet sich die Moderate von der Äußersten Rechten am jeweiligen Verhältnis zu Menschen- und Bürgerrechten sowie zur Rechtstaatlichkeit (104). Die Moderate Rechte bewegt sich ideologisch und praktisch-politisch auf der Basis liberal-demokratischer Ordnungen; die Äußerste Rechte weicht unterschiedlich deutlich davon ab und umfasst demnach illiberale und antidemokratische Kräfte (104 f.). Beide eint indes ein nativistisches und autoritäres Grundverständnis von Staat und Gesellschaft, das anti-individualistisch und anti-pluralistisch ist (105). Die liberale Ordnung, die auf Minderheitenrechten und Rechtstaatlichkeit beruht, soll durch ein System des ethno-nationalen Mehrheitsprinzips ersetzt werden (ebd.). Damit ist eine entscheidende Verschiebung des liberalen Verständnisses vom Volk als Souverän verbunden: Es wird weniger oder nicht mehr als *demos*, sondern stärker oder vollständig als *ethnos* verstanden. Die damit verbundenen Wir-Ihr-Konstruktionen operieren entlang von ethnischen, sprachlichen, religiösen, kulturellen und politischen Markierungen (105). Die Logik der auf dieser Basis zu organisierenden Ein- und Ausgrenzungen geht mit Autoritarismus (ebd.) und Sozialer Dominanzorientierung einher. Im ideologisch und strategisch bedeutsamen Feld des Kampfes gegen den sogenannten *Großen Austausch*, also die Vorstellung, dunkle Mächte orchestrierten Migration, um die vorgeblich homogenen Völker zu zerstören, verbinden sich demografisch-reproduktive, geschlechtsbezogene, rassistische und verschwörungsideo-logische Aspekte (Goetz 2020, Kellershohn 2024, Stumpf/Römer 2019). Und schließlich sind in den USA, aber auch in Deutschland und Sachsen-Anhalt im Fahrwasser der neonazistischen und anti-demokratischen Äußersten Rechten Gruppierungen wie u.a. Q-Anon (Rothschild 2022) aktiv, die Verschwörungsdenken verbreiten. Diese Fantasien und Projektionen sind insbesondere im Kontext der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie breiter aufgegriffen und transportiert worden (Dittrich et al. 2020).

Vor diesem Hintergrund lässt sich die folgende Darstellung von Befunden, die mithilfe der Einstellungsuntersuchung erhoben und ausgewertet wurden, einordnen. Die Erhebung und Präsentation von deskriptiven Befunden zu Autoritarismus, Sozialer Dominanzorientierung und Verschwörungsdenken deckt einen der beschriebenen Bereiche von tieferen Schichten von Ideologien der Äußersten Rechten ab. Zudem werden diese Variablen in den folgenden Abschnitten als erklärende Faktoren genutzt. Die Erhebung der rechtsextremen Einstellungen erlaubt es, das Zustimmungspotenzial zu neonazistischen Ideologien in einer gewissen Breite über das skizzierte Spektrum der Mitglieder bzw. Aktivisten hinaus abzuschätzen. Das Instrument ist verschiedentlich dahingehend kritisiert worden, dass es neuere Entwicklungen in der Neuen Rechten und insbesondere gruppenbezogene Vorurteile nicht hinreichend berücksichtige (Holtmann et al. 2018: 100). Insofern dies auch aus unserer Sicht zutreffend ist, können wichtige Facetten der

Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie Vorurteile auch im SAM 2025 mithilfe dieses Instruments abgebildet werden. Allerdings enthält auch die Skala zur Messung rechtsextremer Einstellungen zwei Dimensionen, die als Brückenideologien in diesem Sinne fungieren. Zudem dürfte die Skizze verdeutlicht haben, dass die nativistische Grundausrichtung sowie illiberale bzw. antidemokratische Stoßrichtungen der Äußersten Rechten wiederum besser mit diesem Instrument erfasst werden können. Ihre Kombination ist aus diesem Grunde sinnvoll. Die Grundlagen beider Sets an Messinstrumenten werden folgend vorgestellt.

4.2 Konzeptionelle und methodische Grundlagen der Erhebung

Die Studienreihen der Leipziger und Bielefelder Forschungsgruppen sind im bundesdeutschen Kontext insofern besonders, als sie mit umfassenden, konzeptionell fundierten und empirisch abgesicherten Skalen arbeiten. Beide haben die menschenrechtliche Norm zur Grundlage, die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland kodifiziert ist: die Anerkennung der Würde des Menschen. Die rechtsextreme Einstellung und die Dimensionen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bzw. von Vorurteilen laufen dieser Verfassungsnorm zuwider. Jenseits dessen setzen beide Herangehensweisen konzeptionell verschiedene Schwerpunkte und gehen auch methodisch unterschiedlich vor. Deshalb werden die weiteren konzeptionellen und methodischen Grundlagen folgend getrennt skizziert.

Rechtsextreme Einstellungen: Definition und Operationalisierung

Die sozialwissenschaftliche Forschung zu dem Gegenstandsbereich, der mit dem Begriff Rechtsextremismus verbunden wird, ist vielfältig und erwartbar auch heterogen (Virchow et al. 2016). Dies gilt sowohl mit Blick auf die Verwendung des Begriffs Rechtsextremismus, der unterschiedlich bestimmt wird und an dessen Stelle auch andere Begriffe bevorzugt werden (Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus, Faschismus etc.) (Virchow 2016). Es setzt sich fort mit Blick auf die Theorien, die zur Rekonstruktion oder Erklärung von Teilbereichen des Gesamtphänomens herangezogen werden (Rippl/Seipel 2024). Schließlich gilt dies auch für die wissenschaftlichen Methoden, mit deren Hilfe empirisch geforscht wird.

Für unseren Zweck ist wichtig, sich näher mit dem Bereich der quantitativ-statistischen Einstellungsforschung zu befassen. Allein in diesem Teilbereich wurde in den 1990er Jahren mit recht unterschiedlichen Konzepten und Methoden bzw. Techniken geforscht, weshalb die empirischen Befunde kaum vergleichbar waren. Anfang der 2000er Jahre fand vor diesem Hintergrund eine Konferenz statt, in deren Rahmen sich führende Einstellungsforcher auf die sogenannte Konsensdefinition einigten (Kiess 2024: 5 ff.). Sie liegt auch dem SAM 2025 zugrunde. In die folgende Wiedergabe sind Ziffern eingefügt, um die Bestandteile anschließend erläutern zu können:

„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen 0. Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der



1. Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, 2. chauvinistischen Einstellungen und einer 3. Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch 4. antisemitische, 5. fremdenfeindliche und 6. sozialdarwinistische Einstellungen.“ (Decker/Brähler 2006: 20)

Als Kern des rechtsextremen Einstellungsmusters wird also die fundamentale Ablehnung des Kerns der Menschenrechte, nämlich die Anerkennung der Gleichheit aller Menschen, verstanden (0.). Auf dieser Grundlage werden jeweils drei Dimensionen rechtsextremer Ideologie bestimmt, die dem politischen (1.-3.) und dem sozialen Bereich (4.-6.) zugeordnet sind.

Mit dem gefundenen Konsens sind die grundlegenden begrifflichen und theoretischen Debatten nicht beendet. Aber mit der auch im SAM 2025 genutzten Definition sind zwei Annahmen leitend für die Erhebung und Analyse der Daten: Erstens, dass – wenigstens im bundesdeutschen Kontext – der Bezug zu neonazistischen Ideologien aufrechtzuerhalten ist (Kiess 2024: 7) und zweitens, dass Autoritarismus kein Bestandteil der rechtsextremen Einstellung ist, sondern eine Variable, die diese potenziell erklären kann (Dilling et al. 2023).

Auf der Basis dieser Definition werden seitdem und auch weiterhin verschiedene Operationalisierungen vorgenommen. Der Fragebogen der Leipziger Form enthält die sechs Dimensionen: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Sozialdarwinismus; jede Dimension umfasst drei Items (Fragebogen Leipziger Form, Langfassung: Heller et al. 2020a). Der SAM 2025 nutzt eine Kurzform dieses Fragebogens (Tab. 5.1).

Eine eigenständige empirische Überprüfung der Validität und Reliabilität der Skala ist nicht notwendig. Die Skala ist mehrfach überprüft worden und es wurde gezeigt, dass die Dimensionen hinreichend voneinander unterscheidbar sind, aber auch insoweit miteinander zusammenhängen, dass sie ein ihnen zugrundeliegendes Konstrukt messen (Decker et al. 2013: 206 ff, Heller et al. 2020a; zur Reflexion der Methodik: Heller et al. 2024).

Zur Operationalisierung gehört schließlich auch die Bestimmung der Antwortskala. Wie in der Leipziger Autoritarismus-Studie wird im SAM 2025 eine fünfstufige Likert-Skala verwendet. In Reaktion auf das jeweilige Item bzw. Statement stehen den Befragten somit fünf Antwortkategorien zur Verfügung, denen numerische Werte zugeordnet werden: lehne voll und ganz ab (1), lehne überwiegend ab (2), lehne teils ab und stimme teils zu (3), stimme überwiegend zu (4), stimme voll und ganz zu (5). Der Logik dieser Skala folgend liegt eine im Sinne des jeweiligen Statements rechtsextreme Einstellungsfacetten bei (1) nicht vor, ab (2) bis (5) liegt sie in zunehmendem Ausmaß vor. Daher werden (4) und (5) als manifeste Zustimmung interpretiert und (3) als latente Zustimmung (Decker et al. 2024: 35). Wir folgen dieser konzeptionell und messtheoretisch begründeten Konvention.

In der folgenden Darstellung werden die Befunde zu den insgesamt 14 der 18 Items der verwendeten Kurzskala für alle Antwortkategorien berichtet. Im weiteren Verlauf werden



die Verbreitung und Verteilung der geschlossen rechtsextremen Einstellung sowie der kohärent rechtsextremen Einstellung auf der Ebene der Dimensionen über verschiedene sozialstrukturelle Gruppen betrachtet. Dazu ist die Bestimmung eines Kriteriums notwendig, mit dessen Hilfe entschieden wird, ab wann in einem konkreten Fall eine kohärente geschlossen rechtsextreme Einstellung vorliegt. Für jede einzelne Dimension wurde ein Cut-off-Wert von durchschnittlich 4 – „stimme überwiegend zu“ – festgelegt (Mittelwert über alle Items der jeweiligen Dimension; fünfstufige Likert-Skala von 1 – „stimme überhaupt nicht zu“ – bis 5 – „stimme voll und ganz zu“). Für die Gesamtskala, die aus 14 Items besteht, wurde ein Cut-off-Wert von 3,5 herangezogen. Dieser Wert entspricht einem durchschnittlichen Antwortverhalten zwischen „teils/teils“ und „stimme überwiegend zu“. Die Festlegung dieser Cut-off-Werte erfolgte in Anlehnung an die Leipziger Autoritarismus-Studie (Decker et al. 2024).

Zur Darstellung der Befunde ist erläuternd hinzuzufügen, dass empirische Überprüfungen der Rechtsextremismus-Skala gezeigt haben, dass die Dimensionen Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus sich einem Faktor zuordnen lassen, der als Ethnozentrismus gefasst wird; die weiteren vier Dimensionen lassen sich demnach als Neo-NS-Ideologie fassen (Kiess 2024: 7). Wir folgen vor diesem Hintergrund der seit 2020 entsprechend weiterentwickelten Darstellungsweise der LAS (Decker et al. 2020: 37 ff.).

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Konzeptionelle und methodische Grundlagen

Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) wird ebenfalls seit Beginn der 2000er Jahre genutzt, um den Zustand der bundesdeutschen Gesellschaft – gemessen an der Anerkennung der Würde des Menschen – zu beschreiben (zuerst: Heitmeyer 2002, zuletzt Zick et al. 2025). Im Unterschied zum Konzept der rechtsextremen Einstellungen sind die Einstellungsobjekte hier ausschließlich als soziale Gruppen konzipiert. Das zugrundeliegende Konstrukt GMF umfasst Vorurteile gegenüber verschiedenen sozialen Gruppen, daher die Bezeichnung als Menschenfeindlichkeit im Unterschied zu einem interindividuellen Verhältnis (Heitmeyer 2002: 19). Dass es sich bei den Elementen um Ausdrucksformen eines Syndroms handelt, ist empirisch geprüft worden (22 ff.). Inhaltlich verbunden sind die Elemente des Syndroms durch die zentrale *Ideologie der Ungleichwertigkeit* (18 f.; Zick et al. 2011). Sie drückt sich in verschiedenen gruppenbezogenen Vorurteilen aus, die als Elemente der GMF bezeichnet werden und meist aus zwei Items bestehen. Zu Beginn wurden sechs Elemente konzipiert, geprüft und gemessen (Heitmeyer 2002), im Jahr 2018/19 waren es dreizehn (Zick et al. 2019). Damit wird deutlich, dass das Konzept dynamisch ist und durch die Hinzunahme neuer Elemente entweder konzeptuelle Lücken geschlossen wurden oder auf Veränderungen vorurteilsförmiger Phänomene in der Gesellschaft reagiert wurde; umgekehrt wurden Elemente bisweilen aus konzeptuellen und/oder empirischen Gründen nicht fortgeschrieben (Mokros/Zick 2023: 153 f.).



Ähnlich wie beim Konzept der rechtsextremen Einstellung ist im Zuge der empirischen Überprüfung auch das Konzept GMF neu systematisiert worden. Seit 2023 werden die Elemente vier Dimensionen zugeordnet: Antisemitismus, Rassismus, Klassismus und Hetero-/Sexismus. Im SAM 2025 konnten nicht alle Dimensionen umfassend erhoben werden. Der Antisemitismus ist indes als aktueller Schwerpunkt ausführlich erhoben worden (Kapitel 5). Facetten des Rassismus sind einerseits als Ethnozentrismus-Dimension der rechtsextremen Einstellung berücksichtigt worden. Ergänzend werden in diesem Zusammenhang GMF-Elemente untersucht, die die Markierung und Abwertung verschiedener sozialer Gruppen erheben, die entlang von ethnischen und/ oder religiösen Kriterien als Andere dargestellt werden (Vorurteile gegenüber Muslimen, Sinti und Roma, Schwarzen und Asiaten). Auf der Dimension Klassismus werden Vorurteile gegenüber zwei Gruppen untersucht, deren sozialer Status sie besonders vulnerabel macht: Langzeitarbeitslose und Obdachlose. Schließlich wird die Dimension Hetero-/Sexismus mit Blick auf vorurteilsförmige Einstellungen gegenüber Frauen, Homosexuellen und Trans*personen untersucht. Jeder dieser Bereiche ließe sich in begrifflich-theoretische Perspektiven einbetten, was an dieser Stelle nicht ausgeführt werden kann. (Exemplarisch haben wir dies für den Schwerpunkt Antisemitismus in der gebotenen Ausführlichkeit getan). Wir verweisen an dieser Stelle stattdessen auf unsere entsprechenden Ausführungen an anderer Stelle zu Rassismus (Reimer-Gordinskaya et al. 2024), Klassismus (Reimer-Gordinskaya/Tzschesche 2023; Pickel et al. 2021) und geschlechtsbezogenen Vorurteilen (Pickel/Niendorf 2024).

Seit Beginn der Erhebung von GMF-Elementen hat die Bielefelder Forschungsgruppe eine vierstufige Antwortskala verwendet, ab 2018/19 wird sowohl eine vier- als auch eine fünfstufige Skala verwendet (Berghahn/Faulbaum 2019). Die vierstufige Skala gibt mit ihrer Logik eine klare Tendenz entweder für oder gegen das jeweilige Statement vor, gilt aber als weniger präzise und schränkt die Nutzung der nutzbaren Rechenverfahren ein (44 f.). Zudem sind die Befunde zur Verbreitung der jeweiligen Einstellungen bzw. Vorurteile nicht direkt mit Befunden zur Verbreitung von Einstellungen bzw. Vorurteilen auf fünfstufigen Antwortskalen vergleichbar, können aber auf der Basis aufwendiger Berechnungen in Beziehung gesetzt werden (46 f.). Für unsere Zwecke ist wichtig festzuhalten, dass die vierstufigen Skalen auch beibehalten werden, um langfristige Verläufe abbilden zu können.

4.3 Autoritarismus, Verschwörungsmentalität und Soziale Dominanzorientierung – Konzepte und Verbreitung

Bevor wir in die Darstellung der Befunde zur rechtsextremen Einstellung und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bzw. Vorurteilen einsteigen, berichten und betrachten wir die Verbreitung von Phänomenen, die später zusätzlich als erklärende Variablen herangezogen werden.



Das Konzept des Autoritarismus geht auf Forschungen am Frankfurter Institut für Sozialforschung (IfS) zurück, die in den 1930er Jahren in Frankfurt bzw. in den 1940er Jahren im US-amerikanischen Exil durchgeführt wurden. Dort trafen Theodor W. Adorno u.a., die stark begrifflich-theoretisch orientiert waren, auf die im Vergleich zu Europa schon stärker quantitativ-statistisch orientierte Soziologie. Im Rahmen der sehr umfassend angelegten *Studies in Prejudice* (Horkheimer/Flowerman 1950) entstand die Teilstudie *The Authoritarian Personality*. Die Gruppe hatte sich zum Ziel gesetzt, mit qualitativen und quantitativen Methoden zu eruieren, wie groß das faschistische Potenzial in den USA, ihrem Exilland, war. Sie ging davon aus, „daß die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überzeugungen eines Individuums häufig ein umfassendes und kohärentes, gleichsam durch eine ‚Mentalität‘ oder einen ‚Charakter‘ zusammengehaltenes Denkmuster bilden, und dass dieses Denkmuster Ausdruck verborgener Züge des individuellen Charakterstruktur ist“ (Adorno et al. 2013 [1950], 1). Zu den neun Aspekten des Syndroms, das diesen Charakter mit seinen Variationen ausmacht, zählten sie auch die drei Aspekte, die in der heutigen quantitativ-statistischen Forschung meist operationalisiert werden: Konventionalismus, autoritäre Unterordnung und autoritäre Aggression (Rippl et al. 2000: 17). Begrifflich-theoretisch eingebettet ist das Konstrukt in psychoanalytische Auffassungen der Subjektkonstitution in Verbindung mit kritisch-theoretischen Annahmen über gesellschaftliche Dynamiken, die bestimmte Subjektformen hervorbringen (Decker/Schwandt 2018). Besonders wichtig war zur damaligen Zeit die Annahme, dass bestimmte Erziehungsstile und Sozialisationspraktiken in patriarchal geprägten Familien des Mittelstandes Aggressionen verursachen, die unterdrückt, verschoben und agiert werden (Rippl et al. 2000: 15f.). Die Geltung des Konzept wird angesichts des gesellschaftlichen Wandels diskutiert (Reuband 1995). Wichtig ist, dass es hier als sowohl psychologisch als auch soziologisch fundiertes Konzept verstanden wird; das autoritäre Syndrom beschreibt eine Subjektivitätsform, die unter (sich wandelnden) Bedingungen autoritärer Dynamiken entsteht und diese stützt (Frindte 2025).

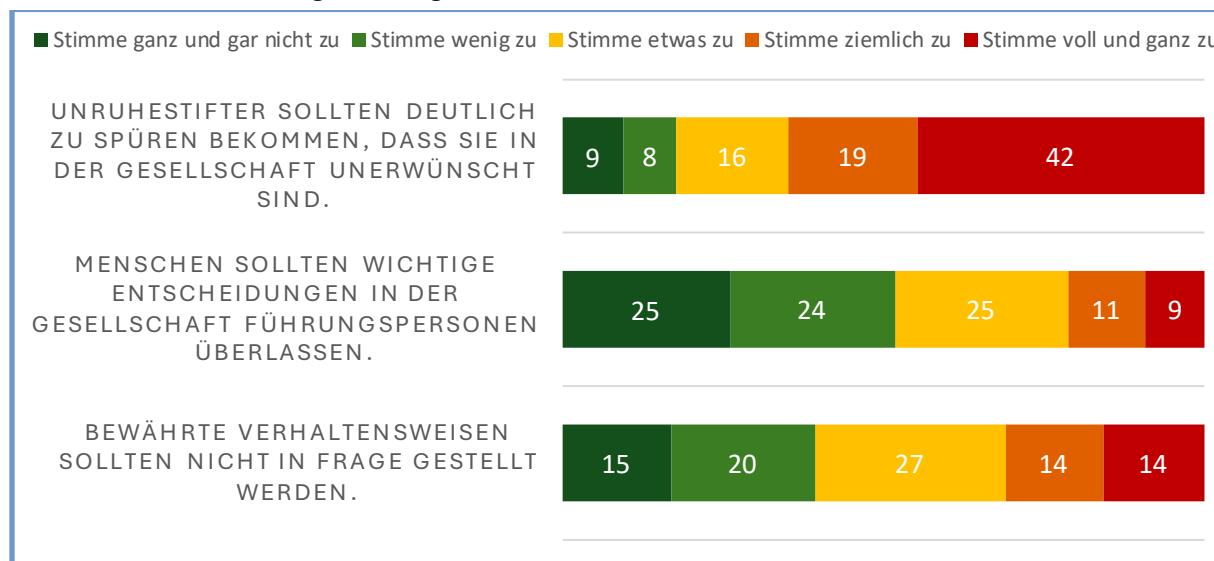
In der empirischen Forschung wird Autoritarismus meist, wie erwähnt, im Anschluss an Altemeyer (1988) mithilfe von drei Facetten gemessen. Sie werden in der Leipziger Autoritarismus-Studie (LAS) seit 2018 auf der Basis des Fragebogens von Beierlein et al. (2014) mit der *Kurzskala Autoritarismus* (KSA-3) erhoben. Im SAM 2025 kommen drei der neun Items zum Einsatz (Decker et al. 2022: 77 ff.). So werden die Aspekte der autoritären Aggression („Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind“), der autoritären Unterordnung („Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen“) und des Konventionalismus („Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden.“) jeweils mit einem Item operationalisiert (Heller et al. 2020b).

Im Jahr 2025 ist in Sachsen-Anhalt vor allem die Zustimmung dazu weit verbreitet, dass es „Unruhestifter“ gibt, die sozial ausgegrenzt bzw. sanktioniert werden sollten: 42 Prozent stimmen hier voll und ganz zu, weitere 19 Prozent stimmen ziemlich zu; auf der anderen



Seite stimmen 9 Prozent ganz und gar nicht zu, weitere 8 Prozent stimmen wenig zu. Zwischen den 61 Prozent zustimmenden und den 17 Prozent ablehnenden Gruppen liegen jene 16 Prozent, die etwas zustimmen (Abb. 4.1). Das Gesamtpotenzial liegt hier bei 77 Prozent. Wie vor dem Hintergrund der benannten Trends zur autoritären Rebellion zu erwarten ist, fällt das Potenzial der autoritären Unterordnung deutlich geringer aus: Nur 9 Prozent meinen voll und ganz, dass wichtige Entscheidungen Führungspersönlichkeiten überlassen bleiben sollten, weitere 11 Prozent stimmen dem ziemlich zu. Demgegenüber meinen 25 Prozent dies ganz und gar nicht und weitere 24 Prozent stimmen dem nur wenig zu. Zusammen machen sie knapp 50 Prozent der Befragten und deutlich mehr als die 20 Prozent aus, die deutlich zustimmen. 25 Prozent stimmen etwas zu und bringen das Gesamtpotenzial der autoritären Unterordnung mit insgesamt 45 Prozent in die Nähe derjenigen, die (fast) keine entsprechende Tendenz zeigen. Die Verbreitung des Konventionalismus liegt im Mittelfeld: Jeweils 14 Prozent stimmen voll und ganz oder ziemlich zu, dass bewährte Verhaltensweisen nicht in Frage gestellt werden sollten; sie bilden mit 28 Prozent eine etwas kleinere Gruppe als die 35 Prozent Befragten, die dem ganz und gar nicht oder nur wenig zustimmen. Allerdings stimmen 27 Prozent etwas zu und heben das Gesamtpotenzial in dieser Hinsicht auf eine deutliche Mehrheit von 55 Prozent.

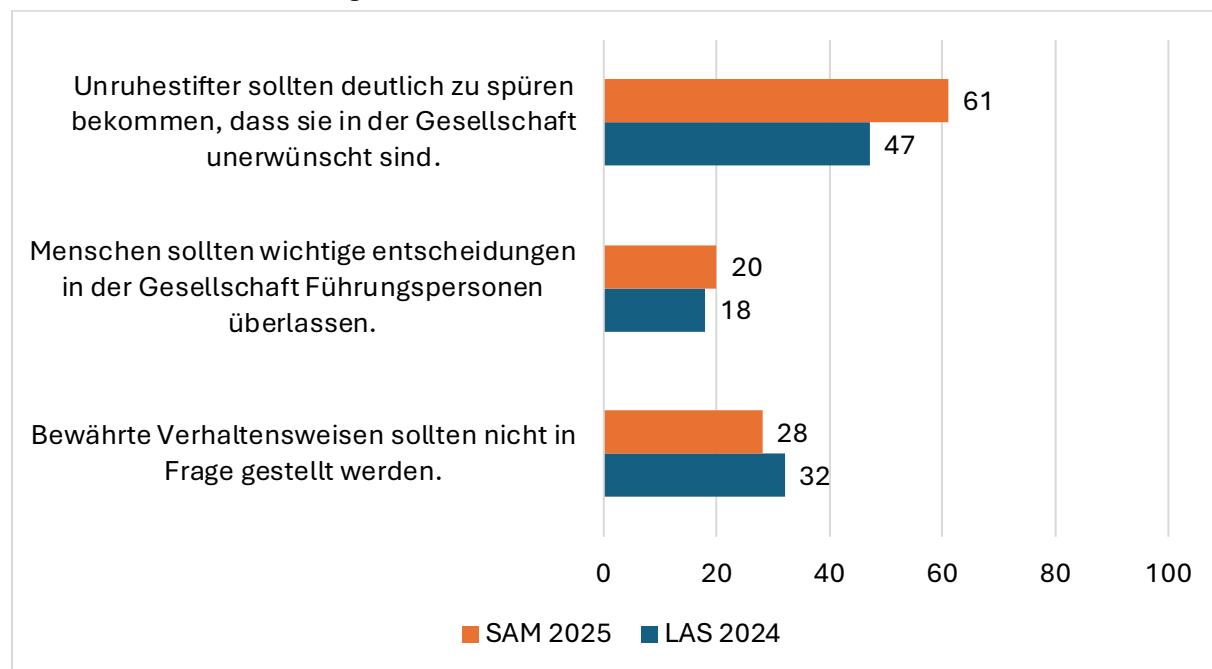
Abb. 4.1: Antwortverteilung zu Aussagen des Autoritarismus



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in % und gerundet; Abweichungen zu 100 % „keine Angabe“/rundungsbedingt; n=1101.

Im Vergleich zu der Messung in der LAS (Decker et al. 2024: 81), in der die Veränderung der drei Dimensionen mit je drei Items dargestellt werden, können wir nur auf je ein Item pro Dimension zurückgreifen (Abb. 4.2). Stellen wir die Befunde zu diesen Items im SAM 2025 und der LAS 2024 gegenüber, wird deutlich, dass sich die Ausprägungen in zwei Fällen auf einem ähnlichen Niveau bewegen. Allein die autoritäre Unterwerfung, repräsentiert durch den Indikator „Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind“, schlägt erkennbar stärker als im Bundesgebiet aus.

Abb. 4.2: Autoritarismus - Vergleich zwischen SAM 2025 und LAS 2024



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 und Leipziger Autoritarismus-Studie 2024, Angaben in % und gerundet; ausgewiesen nur zustimmende Werte.

In historischer Perspektive sind Verschwörungs-ideologien ein Produkt der Moderne und eng mit Antisemitismus (und dessen Vorläufern) verwoben bzw. werden gar als dessen Kern betrachtet (Diner 2016). In aktuellen Debatten werden Verschwörungs-ideologien von Fake News, also der absichtlichen Verbreitung von Falschinformationen, und echten Verschwörungen, die etwa (teils erfolgreich) versucht haben, Umstürze herbeizuführen, abgegrenzt. Definiert sind Verschwörungs-ideologien⁷ als „Erklärungsversuche von Herrschaftssystemen und politisch-geschichtlichen Geschehnissen aus der bis ins Einzelne gemeinsam geplanten Steuerung durch Personen oder Gruppen, die als solche nicht auftreten, sondern sich geheim und unkontrolliert abstimmen“ (Lautmann 2024: 1357). Die dem entsprechende individuelle Haltung wird als Verschwörungsglauben bezeichnet (Imhoff 2023: 13), der mehr oder weniger stark ausgeprägt sein kann und im Fall einer starken Ausprägung als Verschwörungsmentalität bezeichnet wird (ebd.). Dieses Konstrukt wurde im SAM 2025 mithilfe von drei Items gemessen, die u.a. bereits in der LAS (zuletzt Decker et al. 2022: 80-81; Decker et al. 2024: 82-83) seit einigen Jahren zum Einsatz gekommen sind: Zunächst geht es um die grundlegende Behauptung, dass Verschwörungen existieren („Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“); sodann wird der Kern des Ideologischen formuliert, nämlich eine vollständige Kontrolle wichtiger Entscheidungen durch Verschwörungen („Politiker und

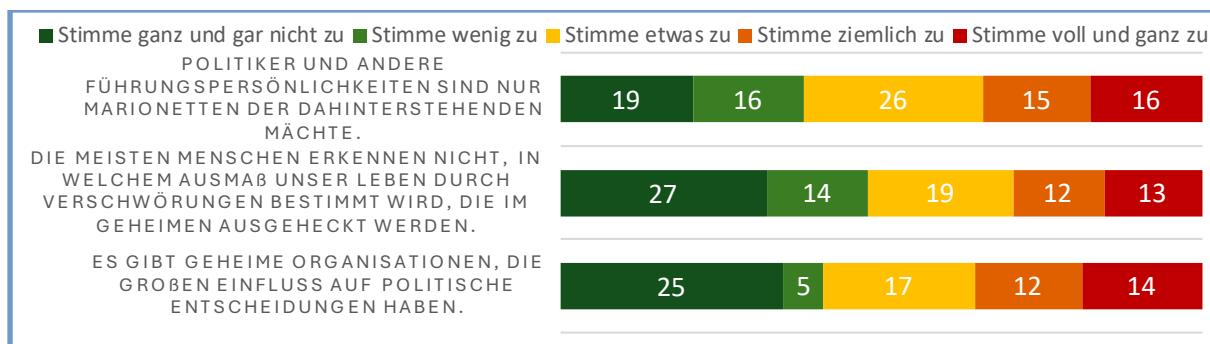
⁷ Wir verwenden die Bezeichnung Verschwörungs-ideologien, auch wenn in den herangezogenen Definitionen und Debatten häufig von Verschwörungstheorien die Rede ist. Zwar könnte man mit der Bezeichnung ‚Theorien‘ auch subjektive und somit nicht unbedingt zutreffende Theorien verstehen. Dennoch beinhaltet Theorie als Begriff im wissenschaftlichen Sinne als entscheidendes Kriterium die Falsifizierbarkeit oder mindestens die empirische Überprüfbarkeit. Das hier gemeinte Phänomen zeichnet sich indes durch Kritikimmunisierung aus.



andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte‘); schließlich kommt als weitere Facette hinzu, mit einer entsprechenden Sichtweise im Unterschied zur breiten Masse einen privilegierten Zugang zum Begreifen geschichtlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen und Ereignisse zu besitzen (‘Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im geheimen ausgeheckt werden‘). Die verwendeten Items sind empirisch geprüft worden (Imhof/Bruder 2014).

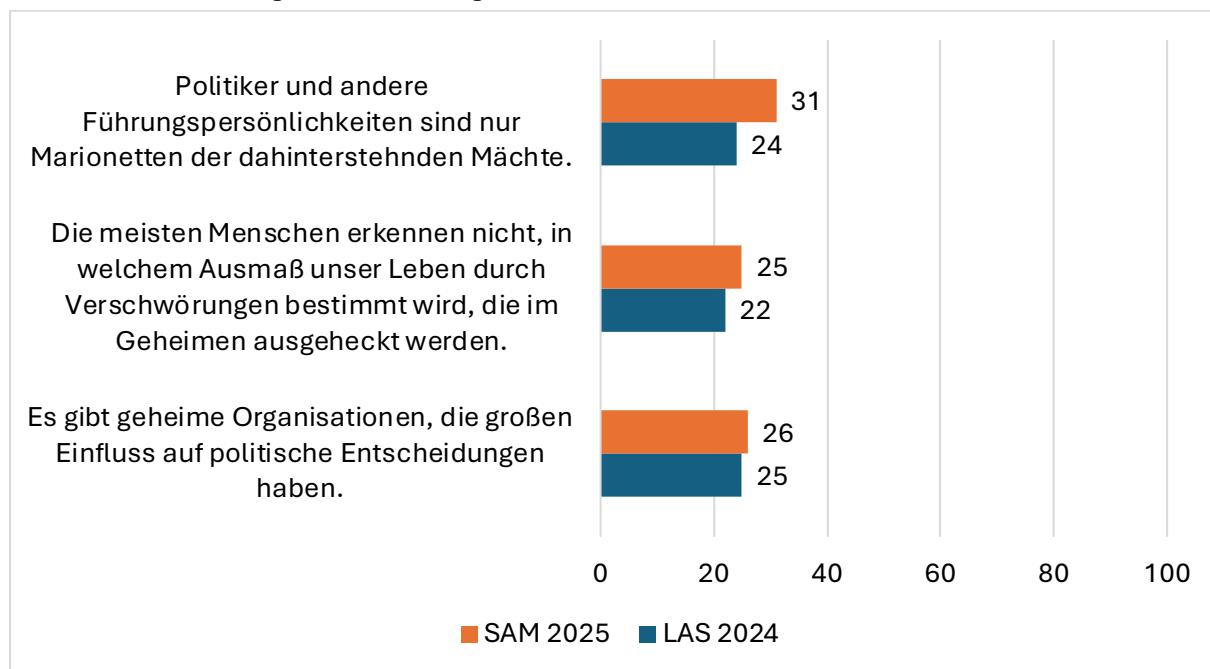
Interessant ist, dass der (sehr) feste Glauben an die Existenz von Verschwörungen etwas geringer ausfällt als die Vorstellung, Politiker seien nur Marionetten der hinter ihnen stehenden Mächte. 26 Prozent meinen, es gebe Verschwörungen, davon stimmen 14 Prozent dem Statement voll und ganz und 12 Prozent ziemlich zu; weitere 17 Prozent stimmen etwas zu (Abb. 4.3). Dass die Politik im Großen und Ganzen nicht von Politikern gestaltet, sondern geheimen Mächten gesteuert wird, glauben 16 Prozent voll und ganz und 15 Prozent ziemlich; ein recht großer Teil von 26 Prozent stimmt dem etwas zu. Diesem Gesamtpotenzial von 43 (geheime Organisationen) bzw. 57 Prozent (Marionetten) steht jeweils eine kleinere Gruppe gegenüber, die diese Vorstellungen zurückweist. 30 Prozent stimmen der Annahme, geheime Organisationen übten einen großen Einfluss auf politische Entscheidungen aus, überhaupt nicht (25 Prozent) oder wenig (5 Prozent) zu. Im Falle der Sicht, Politiker seien bloße Marionetten sind es mit 35 Prozent etwas mehr, darunter 19 Prozent, die dies voll und ganz zurückweisen, und 16 Prozent, die wenig zustimmen. Diese Werte liegen etwa im Bereich der bundesweiten Erhebung (Abb. 4.4).

Abb. 4.3: Antwortverteilung zu Aussagen der Verschwörungsmentalität



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in % und gerundet; Abweichungen zu 100 % ‘keine Angabe‘/rundungsbedingt; n=1101.

Abb. 4.4: Verschwörungsmentalität - Vergleich SAM 2025 und LAS 2024



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 und Leipziger Autoritarismus-Studie 2024, Angaben in % und gerundet; ausgewiesen nur zustimmende Werte; Werte aus LAS mit abweichender Erhebungsform von 7 Antwortvorgaben; dort Zustimmung ist 5, 6, 7.

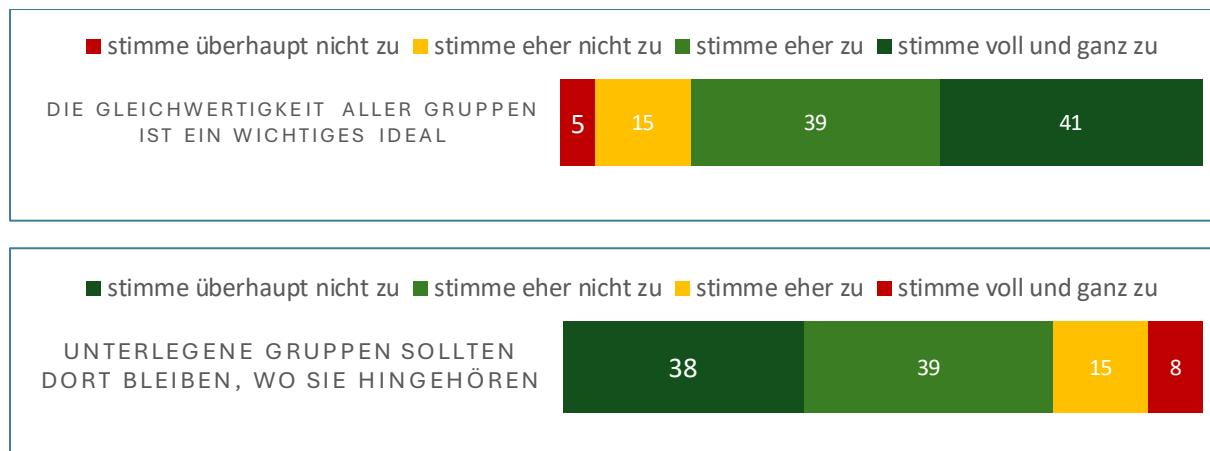
Schließlich betrachten wir, wie weit verbreitet die Zustimmung und Ablehnung zur Sozialen Dominanzorientierung ausfällt. Dieses Konzept geht auf die Theorie Sozialer Dominanz von Jim Sidanius und Felicia Pratto (1999) zurück. Sie soll die Entstehung und Aufrechterhaltung von sozialer Ungleichheit erklären, die die Ordnung moderner Gesellschaften prägt (Küpper/Zick 2005: 31). So werden den Gesellschaftsmitgliedern dominante und untergeordnete Statuspositionen entlang sozialer Kategorien (Ethnie, Geschlecht etc.) zugewiesen; je nachdem verfügen sie über größere oder geringere Ressourcen (33). Im Zentrum steht die Annahme, dass solche Hierarchien durch Praktiken der Diskriminierung hergestellt werden, die ihrerseits durch Mythen bzw. Ideologien legitimiert sind; die Soziale Dominanzorientierung entscheidet darüber, inwieweit die Individuen diese Mythen bzw. Ideologien übernehmen (32). Das Konstrukt misst demnach, ähnlich dem Autoritarismus, einen Aspekt der menschlichen Persönlichkeit, der tiefer liegt als konkrete Einstellungen zu konkreten Objekten. Es eignet sich daher ebenso wie der Autoritarismus dazu, rechtsextreme Einstellungen und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu erklären (Heyder 2005). Für das Konstrukt liegen verschiedene Operationalisierungen vor. In Anlehnung an die von Heyder (2005: 65) bzw. ähnlich von Zick et al. (2011: 87) genutzte Variante wurde hier das Item ‚Unterlegene Gruppen sollten dort bleiben, wo sie hingehören‘ einbezogen. Zudem wurde in Anlehnung an die Kurzskala Soziale Dominanzorientierung (KSDO-3) von Aichholzer (2019) ein umgekehrt gepoltes Item aufgenommen: ‚Die Gleichwertigkeit aller Gruppen ist ein wichtiges Ideal‘ (Six et al. 2001).

Daran gemessen kann die Verbreitung der Sozialen Dominanzorientierung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2025 wie folgt als recht gering eingeschätzt werden (Abb. 4.5). Denn es



stimmen dem umgekehrt gepolten Statement 41 Prozent voll und ganz und weitere 39 Prozent eher zu. Dieser großen Mehrheit von 80 Prozent der Befragten stehen 20 Prozent gegenüber, die die Gleichwertigkeit aller Gruppen überhaupt nicht (5 Prozent) oder eher nicht (15 Prozent) als ein Ideal ansehen. Konsistent damit meinen nur 23 Prozent, dass unterlegene Gruppen dortbleiben sollten, wo sie hingehören, darunter 8 Prozent voll und ganz und 15 Prozent eher. 38 Prozent stimmen dem Statement überhaupt nicht zu und 39 Prozent eher nicht; beide Gruppen machen mit 77 Prozent auch hier einen Anteil von fast 80 Prozent aus. Zu beachten ist, dass die Antwortskala in diesem Fall vierstufig ist.

Abb. 4.5: Antwortverteilung zu Aussagen der Soziale Dominanzorientierung



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in % und gerundet; Abweichungen zu 100 % „keine Angabe“/rundungsbedingt; n=1101.

4.4 Rechtsextreme Einstellungen: Überblick, Verbreitung und Verteilung der Dimensionen

In diesem Abschnitt betrachten wir die Befunde zur rechtsextremen Einstellung im SAM 2025. Der Tabelle 4.1 ist die Verteilung über alle Antwortkategorien für jedes der 14 Items auf den sechs Dimensionen zu entnehmen.



Tab. 4.1: Antwortverteilung zu Facetten der rechtsextremen Einstellung SAM 2025

		lehne völlig ab	lehne überwie-gend ab	stimme zu/teils nicht	Stimme teils	stimme überwie-gend zu	stimme voll zu
Neo-NS-Ideologie							
Diktaturbefürwortung	Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	66,7	14,1	13,4	2,7	3	
	Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	32,6	13,8	19,1	14,2	20,3	
	Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	63,1	10,7	11,5	6,7	8	
Antisemitismus	Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	55,7	16,1	13,5	6,8	7,8	
	Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblichen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	61,1	16,6	11,4	4,2	6,7	
	Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	65	13,8	12,7	3,8	4,7	
Sozialdarwinismus	Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	62,4	7,9	16	7,3	6,4	
	Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	46,4	19,6	22	6	6,1	
NS-Verharmlosung	Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	61,6	14,3	15,1	3,4	5,6	
	Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	64,3	13,7	12,6	3,6	5,8	
Ethnozentrismus							
Chauvinismus	Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	20,4	12	27,2	18,5	21,9	
	Was unser Land braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	19,9	11,9	27,4	18,8	21,9	
Ausländerfeindlichkeit	Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	11,1	10,8	40,4	17,1	20,7	
	Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	29,6	18,2	26,2	11,7	14,4	

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; n=1101.



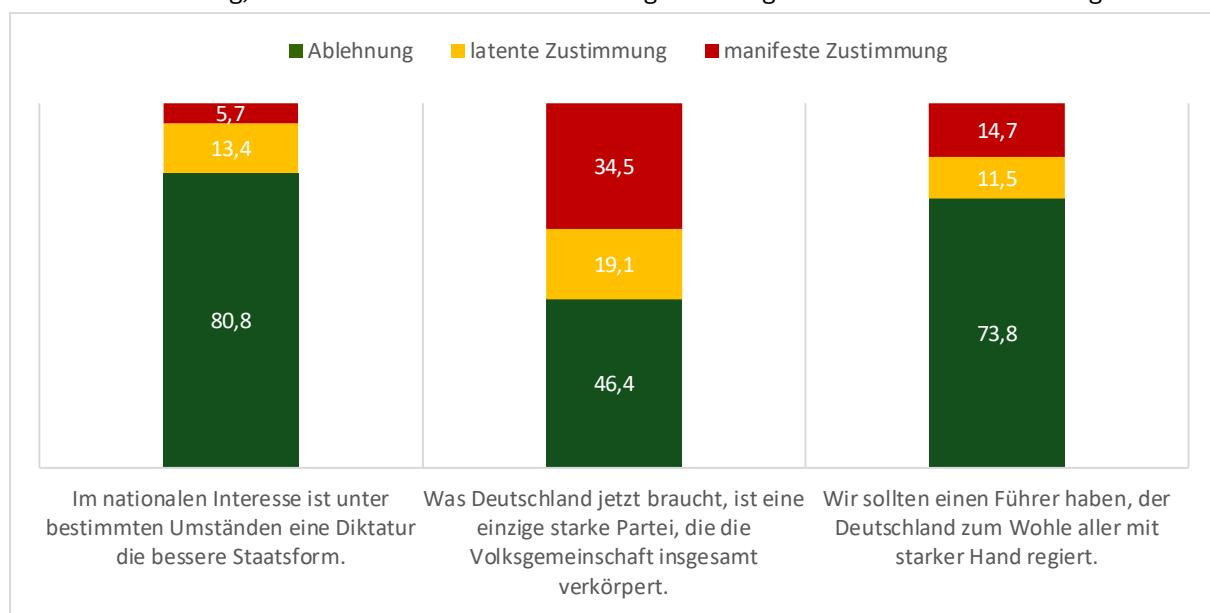
Neo-NS-Ideologien im Detail: Manifeste und latente Zustimmung und Ablehnung

Im Anschluss an die eingangs erwähnte, empirisch fundierte Dimensionalisierung der rechtsextremen Einstellung betrachten wir zunächst die vier Dimensionen, die die Neo-NS-Ideologien konstituieren: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Dabei folgen wir der in Kapitel 1 begründeten Betrachtungs- und Darstellungsweise, die neben den manifest und latent zustimmenden auch die ablehnenden Antworten einbezieht. Auf diese Weise wird das Kräfteverhältnis zwischen in diesem Sinne demokratiegefährdenden und demokratiefördernden Potenzialen deutlicher.

Die Dimension „Befürwortung einer rechtsextremen Diktatur“ umfasst in der verwendeten Leipziger Form drei Items, die auch alle im SAM 2025 erhoben wurden, um diese Variable im Zusammenhang mit der politischen Kultur (Kapitel 2) auf einer noch valideren und reliableren Basis erfassen zu können.

Die drei Items beinhalten drei zentrale Schlüsselbegriffe völkischer Ideologie, die die nazistische Herrschaft begründeten: Diktatur im nationalen Interesse, Volksgemeinschaft und Führer (Decker et al. 2022: 40); die Statements verbinden diese Begriffe mit einer jeweils positiv konnotierten Vorstellung politischer Herrschaft (Abb. 5.4). Mit Blick auf die Gegenwart geben Zustimmung und Ablehnung Auskunft darüber, inwieweit entsprechende Ideologien und Herrschaftsformen Akzeptanz finden oder auf Ablehnung stoßen. Weil die manifeste Zustimmung in Bezug auf diese Dimension bereits in Kapitel 2 angesprochen wurde, gehen wir auf sie nur kurz ein und fokussieren stärker auf das Gesamt-potenzial aus manifester und latenter Zustimmung im Verhältnis zur Ablehnung dieser Herrschaftsformen (Abb. 4.6).

Abb. 4.6: Ablehnung, manifeste und latente Zustimmung zu Aussagen der Diktaturbefürwortung



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in %; die Verteilung basiert auf validen Antworten; „keine Antwort“/„weiß nicht“ ausgeschlossen; n = 1010–1029.



Im Überblick wird deutlich, dass die mit den Schlüsselbegriffen angezeigten rechtsautoritären Herrschaftsformen auf unterschiedliche Ausmaße an manifest und latenter Zustimmung und Ablehnung stoßen. Am geringsten ausgeprägt ist die manifeste Zustimmung mit rund 5,7 Prozent für ‚eine Diktatur im nationalen Interesse‘; allerdings kommt hier ein latentes Potenzial von 13,4 Prozent hinzu, sodass insgesamt mit knapp 20 Prozent immerhin ein Fünftel der Bevölkerung Sachsen-Anhalts einer solchen Herrschaftsform nicht oder nicht ganz abgeneigt ist. Dem steht jedoch eine überwältigende Mehrheit von 80,8 Prozent gegenüber, die diese Ideologie und Herrschaftsform ablehnen. Etwas geringer, aber mit 73,8 Prozent lehnen fast drei Viertel der Bevölkerung auch das Führerprinzip ab. Allerdings liegt hier die manifeste Zustimmung mit 14,7 Prozent deutlich höher als bei der Diktaturakzeptanz; hinzu kommen 11,5 Prozent, die latent zustimmen. Insgesamt ist hier ein etwas größeres Potenzial, einem Viertel der Bevölkerung, vorhanden. Am weitesten verbreitet ist mit 34,5 Prozent die Zustimmung zur ‚Herrschaft einer Partei, die die Volksgemeinschaft verkörpert‘. Das entspricht einem Drittel der Bevölkerung. Mit 19,1 Prozent stimmt ein weiteres Fünftel latent zu. Bei dieser Facette einer rechtsautoritären Diktatur ist die Gruppe derjenigen, die dies ablehnen, in der Minderheit: Mit 46,4 Prozent ist es etwas weniger als die Hälfte der Bevölkerung, die eine solche illiberale und nativistisch untersetzte Herrschaftsform ablehnt.

Die Befunde zur Dimension bzw. den drei Facetten des Antisemitismus als Bestandteil der rechtsextremen Einstellung werden in Kapitel 4 dargestellt und bleiben an dieser Stelle ausgespart. Vorausgreifend kann festgehalten werden, dass die mit den drei Statements gemessene tradierte Form des Antisemitismus die am wenigsten verbreitete und demnach vermutlich härteste Ausdrucksform ist. Das Verhältnis von manifesten und latenter Zustimmung und Ablehnung fällt hier durchgängig zugunsten der Ablehnung aus.

Die Verbreitung der Facetten des Sozialdarwinismus ist der Abbildung 4.7 zu entnehmen. Im SAM 2025 sind zwei Items dieser Dimension erhoben worden. Eines drückt in generalisierter Form die grundlegende Ideologie der Ungleichwertigkeit aus und findet bei 13,7 Prozent manifest und 16 Prozent latent Zustimmung. Diesem Potenzial von knapp 30 Prozent der Bevölkerung steht eine deutliche Mehrheit von 70,3 Prozent gegenüber, die diese Vorstellung ablehnt. Die Anteile steigen bzw. sinken ein wenig, wenn die prinzipielle Ungleichwertigkeitsvorstellung als Regulativ für das gesellschaftliche Zusammenleben fungiert. Dass sich ‚wie in der Natur, immer der Stärkere durchsetzen soll‘ finden 12,1 Prozent manifest und 22 Prozent latent. Diesem Anteil von mit 34,1 Prozent knapp einem Drittel der Bevölkerung steht ebenfalls eine deutliche Mehrheit von 66 Prozent, also zwei Dritteln, gegenüber, die diese Vorstellung ablehnen.

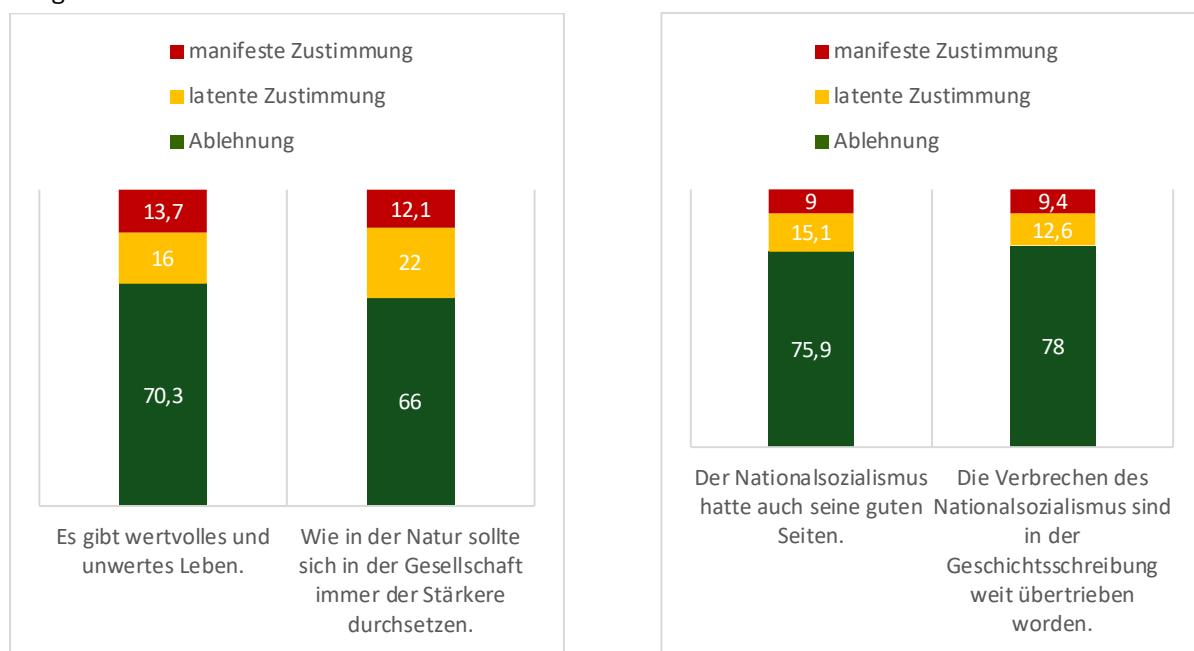
Die Größe und das Verhältnis der zustimmenden und ablehnenden Potenziale mit Blick auf die Verharmlosung des Nationalsozialismus sind ebenfalls der Abbildung 4.7 zu entnehmen. Hier liegt das Ausmaß der manifesten Zustimmung bei 9 bzw. 9,4 Prozent, also etwa einem Zehntel der Bevölkerung, die meinen, ‚der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten‘ bzw. ‚die Verbrechen des Nationalsozialismus‘ seien ‚in der

Geschichtsschreibung weit übertrieben worden'. Immerhin 15,1 bzw. 12,6 Prozent stimmen latent zu. Das Gesamtpotenzial der manifest und latent Zustimmenden beläuft sich auf 24,1 bzw. 22 Prozent und somit auf ein knappes Viertel bzw. gutes Fünftel der Bevölkerung. In beiden Fällen weist eine deutliche Mehrheit von 75,9 bzw. 78 Prozent eine solche Verharmlosung des Nationalsozialismus zurück. Das entspricht (mehr als) drei Vierteln der Bevölkerung Sachsen-Anhalts.

Ethnozentrismus im Detail: Manifeste und latente Zustimmung und Ablehnung

Zwei der sechs Dimensionen der rechtsextremen Einstellung sind, wie mit Verweis auf entsprechende empirische Überprüfungen erwähnt wurde, dem Ethnozentrismus zuzuordnen: Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit. Der Annahme nach drücken sie die Aufwertung der Eigengruppe (Chauvinismus) und Abwertung der Anderen (Ausländerfeindlichkeit) ab (Decker et al. 2022: 45). Wir betrachten folgend das Ausmaß der manifesten und latenten Zustimmung zu den zwei Items pro Dimension im Verhältnis zur Ablehnung der jeweiligen ideologischen Facetten (Abb. 4.8).

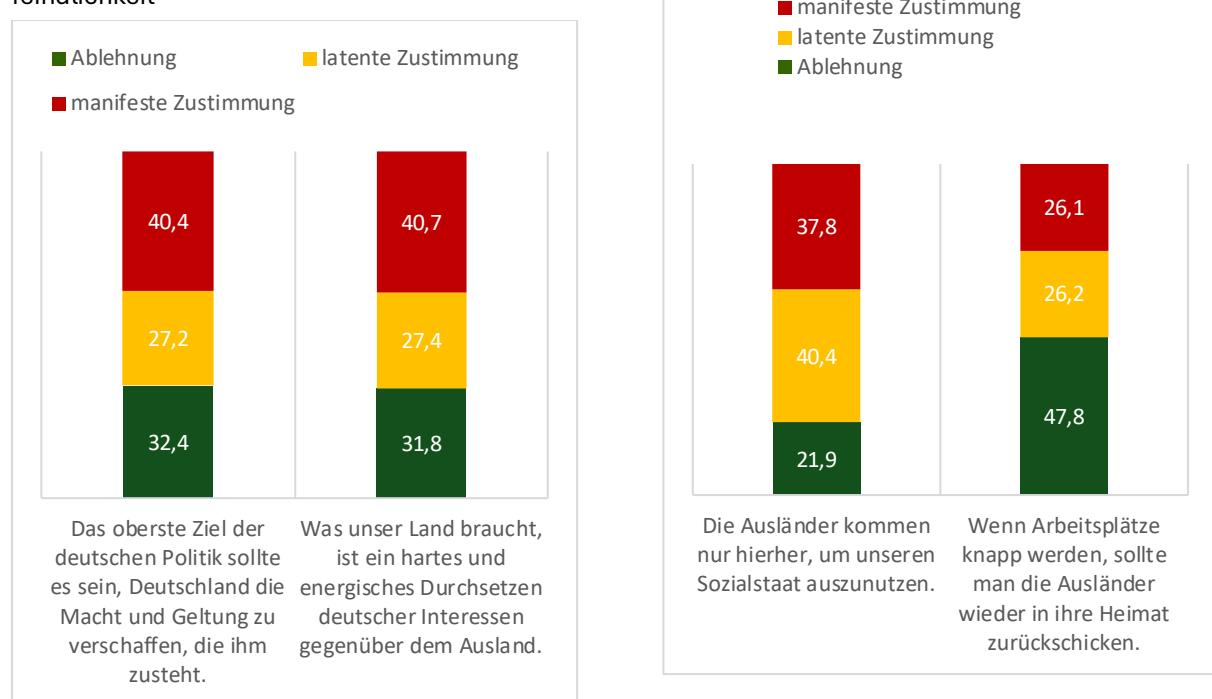
Abb. 4.7: Ablehnung, manifeste und latente Zustimmung zu Aussagen der Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in %; die Verteilung basiert auf validen Antworten; „keine Antwort“/ „weiß nicht“ ausgeschlossen; n = 983–1037.

Beim Chauvinismus, also einer übersteigerten Form der nationalen Identifikation, liegen die manifesten Zustimmungsraten mit 40,4 und 40,7 Prozent praktisch gleichauf und umfassen einen sehr großen Anteil der Bevölkerung. Er meint unzweideutig, dass es der internationalen Arena darum gehen sollte, ‚Deutschland Macht und Geltung zu verschaffen‘, wobei anzunehmen ist, dass damit eine Position von Gewicht verbunden wird. Eindeutig meint dieser Teil der Bevölkerung auch, dass damit weniger ein Suchen nach gemeinsamen Perspektiven oder zumindest nach einem Ausgleich von Interessen verbunden ist, sondern ein konfrontatives Vorgehen, das ‚deutsche Interessen gegenüber dem Ausland‘ durchsetzt – im Zweifel auf Kosten der anderen. Zugleich ist der Anteil derjenigen, die eine solche Logik internationaler Politik ablehnen, mit 32,4 bzw. 31,8 Prozent geringer. Nimmt man die ebenfalls praktisch gleichen Anteile von 27,2 und 27,4 Prozent hinzu, die latent zustimmen, wird deutlich: In Bezug auf die Verbreitung des Chauvinismus kehren sich die Mehrheits-/Minderheitsverhältnisse um. Während ein knappes Drittel für eine bündnis- und konsensorientierte Außenpolitik einsteht, sind zwei Drittel der Bevölkerung latent oder manifest mental auf einen Konfrontationskurs eingeschworen.

Abb. 4.8: Ablehnung, manifeste und latente Zustimmung zu Aussagen der Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in %; die Verteilung basiert auf validen Antworten; „keine Antwort“/ „weiß nicht“ ausgeschlossen; n = 1009–1056.

Blicken wir auf die Facetten der Dimension Ausländerfeindlichkeit (Abb. 4.8), verschärft sich das Bild einerseits, andererseits fällt es weniger ungünstig aus. Die manifeste Zustimmung zur Unterstellung, ‚Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen‘, fällt zwar leicht geringer aus als bei den Facetten des Chauvinismus, aber die latente Zustimmung ist mit 40,4 Prozent deutlich weiterverbreitet. Dementsprechend ist es hier mit 21,9 Prozent nur eine klare Minderheit von einem Fünftel der Bevölkerung, die diese Variante der Ethnisierung sozialer Konflikte ablehnt. Dieser Anteil steigt indes auf etwas weniger als die Hälfte, wenn es um die Frage der Handlungskonsequenzen geht: 47,8 Prozent der Bevölkerung lehnen es ab, ‚Ausländer wieder in ihre Heimat zu schicken, wenn Arbeitsplätze knapp werden‘. Allerdings sind auch hier die manifest und latent Zustimmenden mit jeweils praktisch identischen 26,1 und 26,2 Prozent in einer leichten Mehrheit.

Verbreitung der kohärent und geschlossen rechtsextremen Einstellung

Im nächsten Schritt interessiert, wie verbreitet die rechtsextreme Einstellung pro Dimension und über alle Dimensionen hinweg ist. Dazu wird, wie in Kapitel 1 erwähnt wurde, ein Cut-Off-Wert bestimmt. Im Fall der Dimensionen mit drei Items (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur und Antisemitismus) und der Dimensionen mit zwei Items (Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit) liegt er jeweils bei einem Wert, der größer als oder gleich 4 ist. Damit ist ein recht hartes Kriterium festgelegt worden, insofern eine Person jeweils beide oder alle drei Items mindestens mit ‚stimme überwiegend zu‘ beantwortet haben muss. Für die im SAM 2025 eingesetzte gesamte Skala mit sechs Dimensionen und insgesamt 14 Items ist der Cut-Off auf einen Wert festgelegt, der größer als oder gleich 3,5 ist. Er liegt damit etwas niedriger als auf den einzelnen Dimensionen, bezieht aber eine größere Anzahl von Statements ein, die im Durchschnitt stärker als mit teils/teils beantwortet worden sein müssen. Insofern ist auch dieser Wert ein hartes Kriterium. In Bezug auf die Dimensionen sprechen wir, am Beispiel der Dimension Sozialdarwinismus, von einer kohärent sozialdarwinistischen Einstellung, in Bezug auf die gesamte Skala von einer geschlossen rechtsextremen Einstellung. Deren Verbreitung in Sachsen-Anhalt kann nun betrachtet werden. Dabei setzen wir die ermittelten Grade der Verbreitung ins Verhältnis zu Daten für Ostdeutschland und für Deutschland insgesamt (Tab. 4.2).

Die geschlossen rechtsextreme Einstellung liegt im Jahr 2025 in Sachsen-Anhalt bei einem Anteil von 8,6 Prozent der Bevölkerung vor. Sie ist somit zwar nur bei einer deutlichen Minderheit von etwas weniger als einem Zehntel vorhanden. Allerdings fällt dieses Niveau im Vergleich zu den zuletzt in der Leipziger Autoritarismus-Studie erhobenen Werten für Ostdeutschland und Deutschland insgesamt hoch aus.



Tab. 4.2: Verbreitung der kohärent und geschlossen rechtsextremen Einstellung

	LSA	Ost-D	D
Geschlossene rechtsextreme Einstellung**	8,6	4	4,1
Neo-NS-Ideologie			
Kohärente Diktaturbefürwortung	5,3	2,7	2,8
Kohärenter Antisemitismus	6,6	2,4	3,9
Kohärenter Sozialdarwinismus*	8,4	1,2	4,3
Kohärente Verharmlosung des Nationalsozialismus*	6,0	0,9	2,6
Ethnozentrismus			
Kohärenter Chauvinismus*	33,9	15,3	14,9
Kohärente Ausländerfeindlichkeit*	24,4	34,9	20,1

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 und Leipziger-Autoritarismus-Studie (2022 und 2024 zusammengefasst); prozentualer Anteil der Befragten über dem Cut-off-Wert (je Dimension $M \geq 4$, Gesamtskala $M \geq 3,5$); * verkürzte Skala mit 2 anstatt 3 Items; ** verkürzte Skala mit 14 anstatt 18 Items.

Die Verbreitung der kohärenten Einstellung im Sinne der einzelnen Dimensionen der Rechtsextremismus-Skala ist, wie zu erwarten, im Bereich der Neo-NS-Ideologien begrenzt. Mit 5,3 Prozent fällt sie am geringsten bei der kohärenten Diktaturbefürwortung aus, am höchsten beim kohärenten Sozialdarwinismus mit 8,4 Prozent. Vom Verbreitungsgrad dazwischen liegen die kohärente Verharmlosung des Nationalsozialismus mit 6 Prozent und der kohärente Antisemitismus mit 6,6 Prozent. Alle Werte liegen demnach teils deutlich unter einem Zehntel der Bevölkerung. Im Bereich des Ethnozentrismus sind die kohärenten Einstellungen hingegen bei großen Teilen der Bevölkerung festzustellen: Mit 33,9 Prozent ist es ein Drittel, das kohärenten Chauvinismus und mit 24,4 Prozent ein Viertel, das kohärente Ausländerfeindlichkeit zeigt. Im Vergleich dieser Verbreitungsgrade pro Dimension mit den Befunden für Ostdeutschland und Deutschland zeigt sich ein nicht ganz einheitliches Bild. Das Ausmaß der kohärenten Ausländerfeindlichkeit liegt über dem bundesdeutschen, aber unter dem ostdeutschen Niveau. Die Verbreitung aller anderen Dimensionen liegt unterschiedlich deutlich über dem ostdeutschen und gesamtdeutschen Niveau. Teils ist der Wert in Sachsen-Anhalt 2025 doppelt so hoch wie in Ostdeutschland im Jahr 2024 (Diktaturbefürwortung, Chauvinismus), teils knapp (Antisemitismus) oder mehr als dreimal so hoch (Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus).

Verteilung der rechtsextremen Einstellung über soziale Gruppen

Folgend betrachten wir den Zusammenhang zwischen der kohärent und geschlossen rechtsextremen Einstellung nach Selbsteinordnung in einer zehnstufigen Links-Rechts-Skala. Dabei interessiert zum einen, inwieweit die Unterschiede zwischen den Anteilen in den Spektren äußerst links, links, Mitte, rechts und äußerst rechts statistisch signifikant

sind. Zum anderen ist interessant zu betrachten, inwieweit die konzeptionelle Bestimmung der Ideologie als rechtsextrem mit der Selbsteinordnung der Befragten übereinstimmt.

Das Muster der Verteilung über die politischen Spektren fällt im Einklang mit den konzeptionellen Annahmen aus (Tab. 4.3). So ist die geschlossen rechtsextreme Einstellung bei Personen, die sich als äußerst links oder links verstehen, praktisch nicht vorhanden und in der Mitte nur bei einem geringen Anteil von 4,1 Prozent vorzufinden. Mit der Selbstzuordnung zum rechten Spektrum wächst dieser Anteil mit 24,7 Prozent auf ein Viertel. Und bei den Personen, die sich als äußerst rechts verstehen, ist die geschlossen rechtsextreme Einstellung bei über der Hälfte, nämlich 56,7 Prozent, vorhanden.

Erwartbar bewegen sich die Anteile der Dimensionen der Neo-NS-Ideologie auf einem geringeren Niveau als die des Ethnozentrismus. Am Muster ändert dies überwiegend nichts: Im äußerst linken und linken Spektrum sind die kohärenten Einstellungen praktisch nicht vorhanden, in der Mitte liegen sie mit Ausnahme des Sozialdarwinismus unter 5 Prozent. Im rechten Spektrum sind kohärent rechtsextreme Einstellungen bei einem merklichen Anteil von zwischen rund 10 Prozent (Verharmlosung des Nationalsozialismus, Sozialdarwinismus) verbreitet, die kohärente Diktaturbefürwortung ist weiterverbreitet (13,3 Prozent). Mit 21,4 Prozent zeigt ein schon beachtlicher Anteil von einem Fünftel dieses Spektrums eine kohärent antisemitische Einstellung. Im äußerst rechten Spektrum steigt dieser Anteil mit 26,5 Prozent auf ein Viertel. Noch höher sind die Werte für die kohärent sozialdarwinistische Einstellung (39 Prozent) und die kohärente Verharmlosung des Nationalsozialismus (44 Prozent). Diese Werte sind dreimal so hoch wie bei denjenigen, die sich als rechts einordnen. Bei deutlich mehr als einem Drittel und bei einem Anteil, der sich der Hälfte nähert, geht ein Selbstverständnis als äußerst rechts demnach mit einer kohärent antiegalitären und positiven Bezugnahme auf den Nazismus einher. Bei den Dimensionen des Ethnozentrismus macht dieser Anteil drei Viertel des äußerst rechten Spektrums aus. Die Vorstellung, dass deutsche Außenpolitik in konfrontativer Weise der Gewinnung von Macht auf Kosten anderer Staaten dienen sollte, ist demnach wesentlicher Bestandteil einer äußerst rechten Identität. Ebenso gehören die Ethnisierung sozialer Konflikte und die Forderung danach, Menschen, die als Ausländer kategorisiert werden, des Landes zu verweisen, für eine große Mehrheit zu ihrer politisch äußerst rechten Identität. Im rechten Spektrum ist dies jeweils bei etwas mehr oder weniger als der Hälfte so, also kein eindeutig überwiegendes Merkmal einer rechten Identität. In der Mitte sind Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit in kohärenter Form zwar bei einem knappen Drittel (32,3 Prozent) bzw. Fünftel (21,4 Prozent) vorhanden, diese Anteile sind aber eine deutliche Minderheit. Nach links (12,6 bzw. 8,4 Prozent) und äußerst links (12,7 bzw. 10,6 Prozent) sinkt das Niveau ab, ohne dass hier große Binnendifferenzierungen festzustellen sind.



Tab. 4.3: Die kohärent und geschlossen rechtsextreme Einstellung nach Links-Rechts-Selbsteinordnung

	äu- ßerst links	links	Mitte	rechts	äu- ßerst rechts
Geschlossen rechtsextreme Einstellung**	0	0,8	4,1	24,7	56,7
Neo-NS-Ideologie					
Kohärente Diktaturbefürwortung**	0	1,3	3,5	13,3	21,1
Kohärenter Antisemitismus**	2,3	0,8	4,3	21,4	26,5
Kohärenter Sozialdarwinismus**	1,6	2	7,1	11,7	39
Kohärente Verharmlosung des NS**	1,5	0,7	3,8	9,2	44
Ethnozentrismus					
Kohärenter Chauvinismus**	12,7	12,6	32,3	54,4	77,4
Kohärente Ausländerfeindlichkeit**	10,6	8,4	21,4	41,2	74,2

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Prozentualer Anteil der Befragten über dem Cut-off-Wert (je Dimension $M \geq 4$, Gesamtskala $M \geq 3,5$); politische Selbstverortung auf einer Skala von 0 = äußerst links bis 10 = äußerst rechts, zusammengefasst zu fünf Gruppen: 0–1 = äußerst links, 2–3 = links, 4–6 = Mitte, 7–8 = rechts, 9–10 = äußerst rechts; Parsons Chi-Quadrat-Test, ** signifikant bei $p < 0,001$; $n = 590\text{--}999$.

Vor diesem Hintergrund können wir folgend betrachten, wie sich die Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Skala bzw. der politischen Identität im Zusammenhang mit der Verbundenheit mit den Parteien darstellt.

Im Überblick lässt sich feststellen, dass kohärente Formen der Neo-NS-Ideologie bei den Anhängern von CDU, Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen kaum eine bzw. im letzteren Fall gar keine Bedeutung haben (Tab. 4.4). Ausnahmen sind die 6,9 Prozent kohärent chauvinistisch eingestellter CDU-Anhänger, 5,3 Prozent kohärent antisemitisch eingestellter Anhänger bei der Partei Die Linke und jeweils 5,9 Prozent kohärenter Diktaturbefürwortung bei SPD- und FDP-Anhängern. Anders sieht das Muster bei den BSW-Anhängern aus. Hier liegen die Anteile kohärenter Einstellungen im Sinne der Neo-NS-Ideologien fast durchgängig auf einem merklichen Niveau (6,8 Prozent Antisemitismus, 7,8 Prozent Sozialdarwinismus, 6,3 Prozent NS-Verharmlosung). Die Diktaturbefürwortung findet sich in dieser Gruppe jedoch kaum. Die Anteile kohärenter Ideologien des Ethnozentrismus sind wie zu erwarten in diesem Parteispektrum insgesamt größer, nur bei Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen kaum oder nicht vorhanden. Kohärente Ausländerfeindlichkeit ist bei Anhängern der FDP und der Partei Die Linke mit 6,7 bzw. 7,5 Prozent sowie der SPD mit 11,3 Prozent bei weniger als oder bei etwa einem Zehntel vorhanden und bei CDU-Anhängern mit 16,2 Prozent etwas weiter verbreitet. Die Anteile des kohärenten Chauvinismus liegen höher und sind hier bei Anhängern der Partei Die Linke mit 13,6 Prozent bei etwas mehr als einem Zehntel, bei FDP- und SPD-Anhängern mit 20 bzw. 22,2 Prozent bei immerhin einem Fünftel vorhanden. Bei CDU- und BSW-Anhängern ist

der kohärente Chauvinismus mit 32,8 bzw. 35,1 Prozent etwas höher und etwa gleich stark ausgeprägt. Die Anhänger der AfD heben sich sowohl im Bereich der Neo-NS-Ideologien als auch des Ethnozentrismus deutlich von allen anderen Parteien ab. Deutlich mehr als ein Zehntel dieser Gruppe zeigt Diktaturbefürwortung (14,5 Prozent) und Antisemitismus (15,3 Prozent) in kohärenter Form, beim Sozialdarwinismus und der NS-Verharmlosung ist es mit 21 bzw. 20 Prozent etwa ein Fünftel. Besonders prägend für diese Anhängerschaft sind kohärenter Chauvinismus und kohärente Ausländerfeindlichkeit. Sie sind mit 61,4 und 57,1 Prozent bei deutlich mehr als der Hälfte vorhanden. Entsprechend fallen am Ende die Anteile derjenigen mit einer geschlossen rechtsextremen Einstellung unter den Partei-Anhängern aus. Bei Anhängern der Partei Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP sind sie gar nicht, bei CDU-Anhängern in einem sehr gerin- gen Maße (4,4 Prozent) vorhanden. Beim BSW stellen sie mit 10,5 Prozent immerhin ein Zehntel der Anhängerschaft und bei der AfD liegt ihr Anteil mit 29,7 Prozent zwischen ei- nem Viertel und einem Drittel.

Im Vergleich der Altersgruppen zeigen sich Unterschiede, die zum Teil statistisch signifi- kant sind (Tab. 4.5). Dies gilt zum einen für die geschlossen rechtsextreme Einstellung. Die liegt in den Altersgruppen der 31 bis 60-Jährigen und der ab 61-Jährigen unter 10 Prozent, erreicht bei den 16 bis 30-Jährigen indes ein durchaus relevantes Niveau von 16 Prozent. Allerdings ist diese Gruppe auch hier in einer deutlichen Minderheit. Mit Blick auf die kohärenten rechtsextremen Einstellungen differenziert sich das Bild.

Tab. 4.4: Die kohärent und geschlossen rechtsextreme Einstellung nach Parteibindung

	CDU	AfD	Die Linke	SPD	Grüne	FDP	BSW	Keine Partei	Sons- tige
Geschl. rechtsextreme Einstellung**	4,4	29,7	0	0	0	0	10,5	5,2	0
Neo-NS-Ideologie									
Diktaturbefürwortung**	3,9	14,5	1,2	5,9	0	5,9	1,8	0,9	25
Antisemitismus**	1	15,3	5,3	1,4	0	0	6,8	8	0
Sozialdarwinismus**	6,9	21	1,1	6	0	0	7,8	5,1	11,8
NS-Verharmlosung**	0,7	20	0	0	0	0	6,3	3,4	12,5
Ethnozentrismus									
Chauvinismus**	32,8	61,4	13,6	22,2	0	20	35,1	26,7	43,8
Ausländerfeindlichkeit**	16,2	57,1	7,5	11,6	2,6	6,7	22,4	17,3	35,7

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Prozentualer Anteil der Befragten über dem Cut-off-Wert (je Dimension $M \geq 4$, Gesamtskala $M \geq 3,5$); Angaben in %; Pearson's Chi-Quadrat-Test; ** signifikant bei $p < .001$; die Heatmap visualisiert niedrige Werte in Grün, mittlere Werte in Gelb/Orange und hohe Werte in Rot, $n = 591-999$.



Zum einen fallen die Niveaus erwartbar unterschiedlich aus, zum anderen fallen die verschiedenen großen Anteile statistisch teils nicht ins Gewicht. Alters- und generationsübergreifend gleich sind die kohärente Diktaturbefürwortung auf einem geringen Niveau von um die 5 Prozent und der kohärente Sozialdarwinismus auf einem Niveau von bis zu etwa 10 Prozent. Die kohärente Ausländerfeindlichkeit liegt mit um die 25 Prozent in allen Altersgruppen bei etwa einem Viertel vor. Signifikante Unterschiede fallen teils bei den Jüngeren, teils bei den mittleren und älteren Gruppen höher aus. So ist mit 11,1 Prozent etwa ein Zehntel der 16 bis 30-Jährigen kohärent antisemitisch eingestellt, aber nur ein sehr geringer Anteil von 3,9 Prozent der 31- bis 60-Jährigen. Etwas mehr, aber signifikant weniger als 10 Prozent, sind es bei den ab 61-Jährigen mit 8,5 Prozent. Auch die kohärente Verharmlosung des Nationalsozialismus liegt mit 11,5 Prozent bei einem signifikantgrößeren und durchaus relevanten Anteil der Jüngeren vor. Im Unterschied zum Antisemitismus fällt der Anteil hier mit 3,8 Prozent bei den ab 61-Jährigen am geringsten aus und liegt in der Gruppe der 31- bis 60-Jährigen mit 6,4 Prozent im Mittelfeld. Beim kohärenten Chauvinismus ist eine kontinuierliche Zunahme über die Altersgruppen zu konstatieren. Beginnend mit 21,9 Prozent bei den 16- bis 30-Jährigen, einem schon hohen Niveau von etwa einem Fünftel, wächst der Anteil bei den 31- bis 60-Jährigen auf 35 Prozent, also ein gutes Drittel. Bei den ab 61-Jährigen nimmt dieser Anteil nochmals leicht auf 37,3 Prozent zu.

Abschließend betrachten wir die Verbreitung der geschlossen und kohärent rechtsextremen Einstellung nach formaler Bildung. Hier zeigen sich durchgängig statistisch signifikante Unterschiede.

Tab. 4.5: Geschlossen und kohärent rechtsextreme Einstellungen nach Alter

Skala	16 bis 30	31 bis 60	ab 61
Geschlossen rechtsextreme Einstellung**	16	6	8,6
Neo-NS-Ideologie			
Kohärente Diktaturbefürwortung	5,5	5,4	5,2
Kohärenter Antisemitismus*	11,1	2,9	8,5
Kohärenter Sozialdarwinismus	11,6	8,2	7,7
Kohärente Verharmlosung des NS*	11,5	6,4	3,8
Ethnozentrismus			
Kohärenter Chauvinismus*	21,9	35	37,2
Kohärente Ausländerfeindlichkeit	23,4	27,6	21,7

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Prozentualer Anteil der Befragten über dem Cut-off-Wert (je Dimension $M \geq 4$, Gesamtskala $M \geq 3,5$); Angaben in %; Pearson's Chi-Quadrat-Test; * signifikant bei $p < 0,05$; ** signifikant bei $p < 0,001$, $n = 591-999$.

Die geschlossen rechtsextreme Einstellung ist in der Gruppe derjenigen mit einer formal niedrigen Bildung sehr stark ausgeprägt: Mit 27,2 Prozent ist es ein Viertel, die über alle gemessenen Facetten der rechtsextremen Einstellung im Durchschnitt mindestens überwiegend zustimmen (Tab. 4.7). Der Anteil sinkt in der Gruppe der Personen mit formal mittlerer Bildung deutlich ab auf 8,2 Prozent, also unter ein Zehntel. Bei Personen mit formal hoher Bildung ist die geschlossene rechtsextreme Einstellung mit 1,7 Prozent kaum vorhanden. An dem Muster ändert sich mit Blick auf die kohärenten Einstellungen pro Dimension nichts, nur das jeweilige Niveau ändert sich erwartungsgemäß. Im Bereich der Neo-NS-Ideologien bleibt das Niveau in der Gruppe derjenigen mit formal hoher Bildung durchgängig auf einem verschwindend geringen Niveau. In der Gruppe derjenigen mit formal mittlerer Bildung nähert sich allein der kohärente Chauvinismus mit 8,8 Prozent einem Niveau von etwa einem Zehntel. Mit 9,1 Prozent ist dies bei den formal Niedriggebildeten der niedrigste Wert: Etwa ein Zehntel zeigt hier eine kohärente Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur. Auf den drei weiteren Dimensionen der Neo-NS-Ideologien liegt der Anteil jeweils bei um die 20 Prozent; Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus sind hier also bei etwa einem Fünftel in kohärenter Form vorhanden. Im Bereich des Ethnozentrismus sind kohärente Formen der Ausländerfeindlichkeit auch bei den formal höher Gebildeten in einem merklichen Umfang von 9,3 Prozent vorhanden. Bei den Personen mit formal mittlerer Bildung erreicht dieser Anteil einen sehr deutlich höheren Wert von 29,1 Prozent; er steigt bei den formal gering Gebildeten noch einmal, hier auf 35,1 Prozent. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei dem kohärenten Chauvinismus. Ausgehend von einem schon hohen Niveau von einem Fünftel (19,8 Prozent) steigt er deutlich auf mehr als ein Drittel (38,9 Prozent) bei den formal mittelhoch Gebildeten und übersteigt bei den formal niedrig Gebildeten die 40-Prozent-Marke (43,4 Prozent).

Tab. 4.6: Geschlossen und kohärent rechtsextreme Einstellung nach formaler Bildung

Skala	niedrige	mittlere	hohe
Geschlossene rechtsextreme Einstellung**	27,2	8,2	1,6
Neo-NS-Ideologie			
Diktaturbefürwortung*	9,1	6,1	1,6
Antisemitismus**	20,8	5	2,5
Sozialdarwinismus**	18,5	8,8	2
Verharmlosung des NS**	19,9	4,7	0,4
Ethnozentrismus			
Chauvinismus**	43,4	38,9	19,8
Ausländerfeindlichkeit**	35,1	29,1	9,3

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Prozentualer Anteil der Befragten über dem Cut-off-Wert (je Dimension $M \geq 4$, Gesamtskala $M \geq 3,5$); Pearson's Chi-Quadrat-Test; * signifikant bei $p < 0,05$; ** signifikant bei $p < 0,001$; $n=584-970$.



Die Berechnungen zu weiteren soziodemografischen Gruppen stellen wir nicht im Detail vor, weil sich meist keine signifikanten Unterschiede zeigen. So unterschieden sich Männer und Frauen auf allen Dimensionen mit einer Ausnahme nicht signifikant voneinander. Lediglich die Verharmlosung des Nationalsozialismus ist signifikant (χ^2 , $p = .018$) häufiger bei Männern (7,9 Prozent) als bei Frauen (4,2 Prozent) vorzufinden. Mit steigendem Einkommen sinkt der Anteil von Personen mit einer geschlossen rechtsextremen Einstellung (χ^2 , $p = .007$) und mit kohärentem Sozialdarwinismus ($p = .014$). Bei den übrigen Dimensionen bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen.

Erklärung der rechtsextremen Einstellung, des Ethnozentrismus und der Neo-NS-Ideologie

Zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen werden seit Langem eine Reihe von Faktoren diskutiert (Eicker 2021). Wir beziehen in die folgende Analyse sowohl sozialdemografische Faktoren (Geschlecht, Alter etc.) als auch Aspekte ein, die auf eine relative Deprivation in sozialer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht verweisen. Schließlich werden auch sozialpsychologische Ansätze herangezogen. Mit der linearen Regressionsanalyse kann ermittelt werden, welche Faktoren im Verhältnis zu anderen welches Gewicht haben. Dabei wird die Analyse jeweils getrennt für die rechtsextreme Einstellung (gesamte Skala), die Neo-NS-Ideologien und den Ethnozentrismus durchgeführt.

Wir betrachten zunächst die rechtsextreme Einstellung (Tab. 4.7). Aus der Gruppe der sozialdemografischen Faktoren haben das Geschlecht und eine formal hohe Bildung einen Einfluss: Eine männliche Geschlechtszugehörigkeit verstärkt die rechtsextreme Einstellung, während eine formal hohe Bildung sie reduziert. Das Einkommen und die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage haben keinen Einfluss. Anders ist dies bei Gefühlen der individuellen und kollektiven Benachteiligung, die wie die politische Responsivität eine reduzierende Wirkung entfalten. Umgekehrt erhöht ein niedriges Institutionenvertrauen die rechtsextreme Einstellung. Am stärksten fällt die Verschwörungsmentalität ins Gewicht, eine geringe soziale Dominanzorientierung reduziert und Autoritarismus erhöht die Ausprägung der rechtsextremen Einstellung. Der Erklärungswert des Modells ist insgesamt hoch.

Tab. 4.7: Regressionsanalyse auf Rechtsextremismus (gesamte Skala)

	Schritt 1	Schritt 2	Schritt 3
Soziodemografische Faktoren			
Geschlecht (männlich)		+.08*	+.06*
Alter (in Jahren)		-.08*	
Bildung (formal hoch)	-.28**	-.18**	-.13**
Äquivalenzeinkommen (hoch)	-.09*		
Religionszugehörigkeit (Ja)		+.07*	
Wahrnehmung der persönlichen Lage			
Eigene wirtschaftliche Lage			
Wirtschaftslage Sachsen-Anhalt (hoch)		-.10**	-.06*
Gerechter Anteil (hoch)		+.09*	+.06*
Ich fühle mich persönlich benachteiligt (niedrig)		-.17**	-.09**
Fühle mich als Ostdeutscher Bürger 2. Klasse (niedrig)		-.11**	-.08**
Komme mit den Veränderungen nicht zurecht (niedrig)		-.09**	
Politische Einstellungen und Vertrauen			
Politische Responsivität (hoch)			-.06*
Institutionen Vertrauen (niedrig)		+.26**	+.14**
Soziales Misstrauen (hoch)		+.15**	+.06*
Kontakt zu Zugewanderten (wenig)		+.08**	+.06*
Sozialpsychologische Faktoren			
Autoritarismus			+.22**
Soziale Dominanzorientierung (niedrig)			-.24**
Verschwörungsmentalität			+.34**
R² (Gesamterklärung)	.10	.36	.59

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; lineare Regressionsanalyse; Verfahren schrittweise und Ersetzen fehlender Werte durch Mittelwerte; ausgewiesen sind standardisierte β -Koeffizienten; nicht signifikante Werte nicht ausgewiesen; * signifikant bei $p < 0,05$, signifikant bei ** $p < 0,001$, $n = 824$.

Die Ergebnisse der Regressionsanalysen zum Ethnozentrismus und den Neo-NS-Ideologien können der Tabelle 4.8. entnommen werden. Für die Neo-NS-Ideologie weist das Modell teils die gleichen Wirkungen aus (u.a. männliche Geschlechtszugehörigkeit, Bildung,



Responsivität und Institutionenvertrauen). Neu hinzukommt, dass eine religiöse Zugehörigkeit die Ausprägung erhöht. Die Verschwörungsideologie ist nochmals bedeutsamer, die soziale Dominanzorientierung und der Autoritarismus bleiben ebenfalls wesentlich.

Tab. 4.8: Regressionsanalysen auf Ethnozentrismus und Neo-NS-Ideologie

	Ethnozentrismus			Neo-NS-Ideologie		
	Schritt 1	Schritt 2	Schritt 3	Schritt 1	Schritt 2	Schritt 3
Soziodemografische Faktoren						
Geschlecht (männlich)					.+09**	+.07*
Alter (in Jahren)		+.07*		-.09**		
Bildung (formal hoch)	-.24**	-.15**	-.11**	-.26**	-.18**	-.12**
Äquivalenzeinkommen (hoch)		+.12**	+.08**	-.12**		
Religionszugehörigkeit (Ja)	-.10**				.+09*	+.07*
Wahrnehmung der persönlichen Lage						
Eigene wirtschaftliche Lage						
Wirtschaftslage Sachsen-Anhalt (hoch)		-.09**	-.06*		-.09**	
Gerechter Anteil (hoch)		+.10**	+.07*		+.07*	
Ich fühle mich persönlich benachteiligt (niedrig)		-.12**	-.09**		-.17**	-.09**
Fühle mich als Ostdeutscher Bürger 2. Klasse (niedrig)		-.15**	-.13**		-.07*	
Komme mit den Veränderungen nicht zurecht (niedrig)					-.09**	
Politische Einstellung und Vertrauen						
Politische Responsivität (hoch)					-.09**	-.10**
Institutionenvertrauen (niedrig)		-.26**	-.17**		+.23**	+.10**
Soziales Misstrauen (hoch)		+.14**	+.07*		+.14**	+.06*
Kontakt zu Zugewanderten (wenig)		+.13**	+.11**			
Sozialpsychologische Faktoren und politische Orientierung						
Autoritarismus			+.27**			+.17**
Soziale Dominanzorientierung (niedrig)			-.20**			-.24**
Verschwörungsmentalität			+.19**			+.38**
R² (Gesamterklärung)	.07	.39	.55	.11	.30	.52

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; lineare Regressionsanalyse; Verfahren schrittweise und Ersetzen fehlender Werte durch Mittelwerte; ausgewiesen sind standardisierte β-Koeffizienten; nicht signifikante Werte nicht ausgewiesen; * signifikant bei p < 0,05, signifikant bei ** p < 0,001, n = 824.

Für den Ethnozentrismus ergeben sich teils ähnliche, aber auch besondere Befunde. Ähnlich ist, dass eine formal hohe Bildung den Ethnozentrismus reduziert. Neu ist im Vergleich zur Gesamtskala und zur Neo-NS-Ideologie, dass das Einkommen einen gewissen Ausschlag gibt. Im Unterschied zur Neo-NS-Ideologie bleiben zudem die meisten Aspekte der Wahrnehmung der eigenen Lage wirksam. Die politische Responsivität hat hier zudem keinen und die Verschwörungsmentalität hat einen geringeren Einfluss, während die soziale Dominanzorientierung wichtig bleibt und der Autoritarismus besonders wichtig wird. Schließlich kommt im Sinne der sozialpsychologischen Kontakthypothese hinzu, dass ein geringer Kontakt zu Zugewanderten den Ethnozentrismus erhöht. Auch diese Modelle haben einen guten Erklärungswert ($R^2 = .55$ bzw. $.52$).

4.5 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Vorurteile: Verbreitung und Ursachen

Im folgenden Abschnitt berichten wir die Befunde zu den erhobenen Elementen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und zu weiteren Vorurteilen. Mit diesen Konstrukten und Items wird der Blick unmittelbar auf die Mitte der Gesellschaft gerichtet und es wird danach gefragt, wie es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt steht, wenn der Maßstab der Anerkennung der Würde des Menschen im Zentrum steht (Zick 2019). Diese Norm kann und soll auch die Intergruppenbeziehungen im Alltag regulieren. In dem Maße, wie soziale Gruppen markiert und abgewertet werden, wird von dieser Norm abgewichen. Wie bereits dargestellt wurde, können wir auf der Basis der Daten des SAM 2025 auf Teilebereiche der GMF-Elemente Klassismus, Rassismus und Hetero-/Sexismus eingehen. (Antisemitismus wird ausführlich in Kapitel 5 betrachtet). In früheren Sachsen-Anhalt-Monitoren wurden manche dieser Items bereits früher erhoben, sodass hier Bezüge hergestellt werden können (Holtmann et al. 2018: 106 ff.; 2020: 140 ff.). Zudem wurden für den SAM 2025 teils Konzepte und Items ergänzt, um die Betrachtung weiter ausdifferenzieren zu können. In einer hier nicht aufgeführten Faktorenanalyse trennen sich die eingesetzten Items in drei Dimensionen (Klassismus, Rassismus und Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt). Zunächst werden die Befunde zur Verbreitung dieser Dimensionen dargestellt, danach geht es um deren Ursachen.

Verbreitung von Klassismus, Rassismus und Ablehnung geschlechtlicher Vielfalt

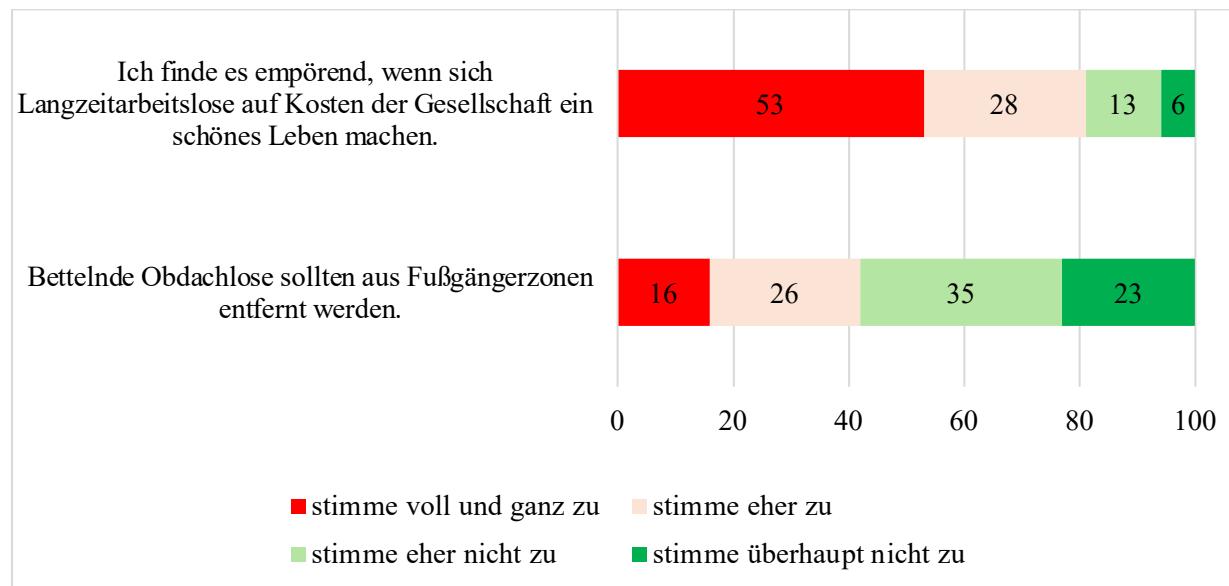
Wir betrachten zunächst die Befunde zum GMF-Element Klassismus (Kemper/Weinbach 2007; Reimer-Gordinskaya/Tzschesche 2023) (Abb. 4.9). Mit diesem Element werden Vorurteile gegenüber Gruppen gemessen, die aufgrund ihrer sozioökonomischen Position bzw. sozialen Lage vulnerabel sind. Die verwendeten Items beinhalten, dass Menschen in prekären Lebenslagen kollektiv markiert und abgewertet werden, indem sie bspw. pauschal als Belastung für die Gesellschaft angesehen werden oder ihre noch weiter reichende Ausgrenzung befürwortet wird. Klassistische Vorurteile sind derzeit in Sachsen-



Anhalt stark ausgeprägt. Immerhin 53 Prozent der Einwohner Sachsen-Anhalts stimmen der Aussage „Ich finde es empörend, wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein schönes Leben machen“ voll und ganz zu. Addiert man die Kategorie stimme eher zu, sind es gar 81 Prozent. Nur 6 Prozent stimmen dem überhaupt nicht und weitere 13 Prozent eher nicht zu. Das Gros unterstellt demnach Langzeitarbeitslosentendenziell, die sozialen Sicherungssystem auf Kosten der Allgemeinheit für sich auszunutzen. Dies ist ein sehr hoher Wert, der möglicherweise durch die gegenwärtigen Debatten über härtere Sanktionen beim Bürgergeld bzw. der Grundsicherung bestärkt werden.

Deutlich geringer fällt die Zahl derjenigen aus, die bettelnde Obdachlose aus den Innenstädten entfernt sehen wollen, selbst wenn dem insgesamt noch 42 Prozent sehr (16 Prozent) oder eher (26 Prozent) zustimmen. Eine Mehrheit von 58 Prozent lehnt ein solches Ansinnen voll und ganz (23 Prozent) oder eher (45 Prozent) ab.

Abb. 4.9: Klassismus in Sachsen-Anhalt



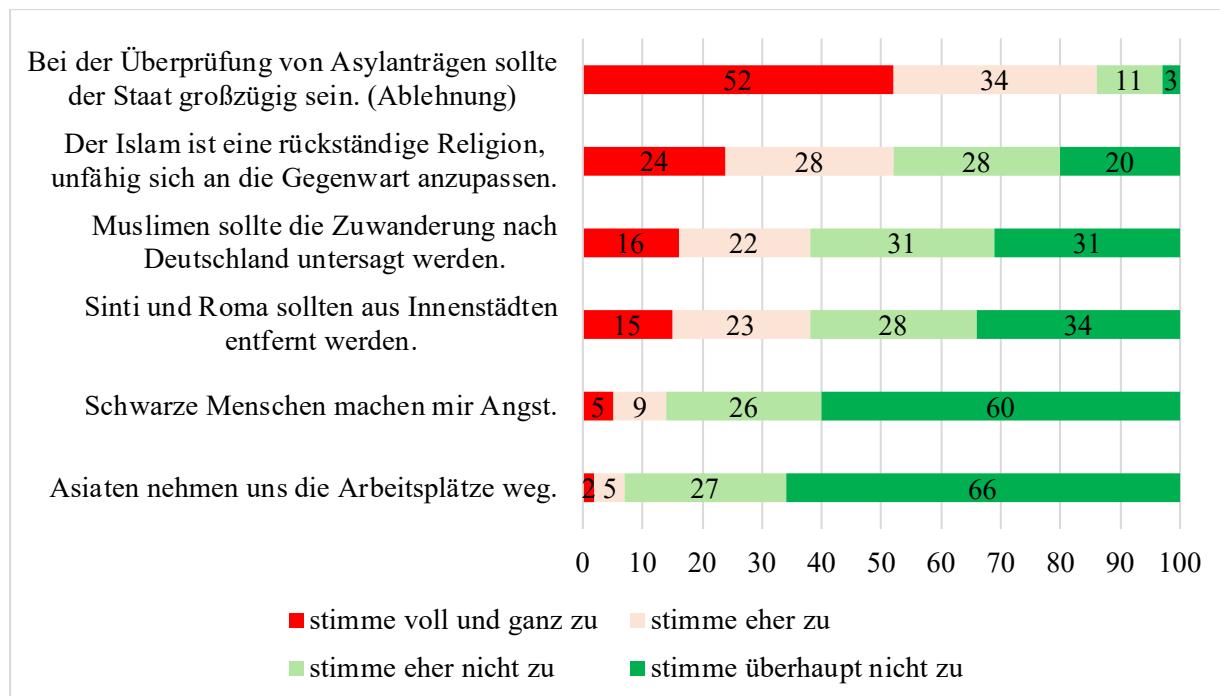
Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Werte in % und gerundet; n = 1092-1101.

Nun wenden wir uns einer Gruppe von Items zu, die der GMF-Dimension Rassismus zugeordnet sind bzw. diese ergänzen. Der Rassismus-Begriff hat in der öffentlichen Debatte eine starke Signalwirkung und wird entsprechend von den einen stark befürwortet, von den anderen deutlich abgelehnt. In der wissenschaftlichen Debatte wird die dahinterliegende Problematik differenziert betrachtet. So ist es einhellige Auffassung, dass die Bedeutung von biologistischen Rasse-Ideologien nach 1945 nachgelassen hat, zugleich aber Formen der Konstruktion, Markierung und Abwertung von Anderen entstanden, die vor allem kulturelle Marker heranziehen (Reimer-Gordinskaya et al. 2024). Auch in der Einstellungsforschung wurde bzw. wird vor diesem Hintergrund teils eher von Fremden- oder Ausländerfeindlichkeit gesprochen. Andere verstehen Rassismus als Oberbegriff, mit dem Ideologien und Praxen bezeichnet werden, die Menschen entlang kultureller oder

ethnischer Unterscheidungen markieren und ablehnen oder diskriminieren (Lavorano 2019: 2; Memmi 1987). Die folgend betrachteten Items drücken Vorurteile in diesem Sinne aus.

Spätestens seit 2015/16 ist die Aufnahme von Geflüchteten in der öffentlichen Debatte präsent und sie wird nicht nur kontrovers, sondern polarisierend verhandelt. Vor diesem Hintergrund ist die Einstellung der Bevölkerung zum Umgang mit dem Grundrecht auf Asyl erhoben worden. 52 Prozent der Befragten in Sachsen-Anhalt lehnen im Jahr 2025 eine großzügige Auslegung bei der Prüfung von Asylanträgen voll und ganz ab. Zum Vergleich: 2020 waren es noch 40 Prozent, die überzeugt eine strengere Handhabung der Prüfung von Asylanträgen befürworteten (Holtmann et al. 2020: 142).⁸ Diese Entwicklung deutet auf Effekte politischer Debatten und medialer Beschäftigung mit dem Thema hin. Versteht man unter Einstellungen eher eine zeitlich überdauernde Haltung zu einem Einstellungsobjekt, würde dies zugleich bedeuten, dass hier eher Meinungen als Einstellungen gemessen wurde.

Abb. 4.10: Vorurteile und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Werte in % und gerundet; n = 1092-1101.

Seit Beginn der 2000er Jahre sind Muslime und ‚der Islam‘ zum Gegenstand anhaltender und konjunkturell verschärfter Debatten gemacht worden. Vor diesem Hintergrund ist im SAM 2025 betrachtet worden, wie die Haltung der Bevölkerung zur Gruppe der Muslime und zum Islam als Religion ausfällt. 52 Prozent der Sachsen-Anhalter sehen den Islam

⁸ Direkte Vergleiche zu früheren Sachsen-Anhalt-Monitoren sind schwierig, weil teilweise nur die äußersten Kategorien der Zustimmung und Ablehnung ausgewiesen wurden.



als rückständige Religion, die unfähig ist sich an die Gegenwart anzupassen, darunter 24 Prozent, die dem Statement voll und ganz zustimmen, und 28 Prozent, die dies eher tun. Etwas weniger, nämlich 38 Prozent, wünschen, dass Muslimen global die Zuwanderung nach Deutschland untersagt wird. 16 Prozent davon tun dies voll und ganz, was um 3 Prozentpunkte unter dem Wert von 2020 liegt (Holtmann et al. 2020: 142). Einen Anteil von 38 Prozent Zustimmung findet auch die Forderung, Sinti und Roma aus den Innenstädten zu entfernen.

Interessant sind auch die Anteile derjenigen, die sich deutlich an Normen der Gleichheit aller Menschen bzw. an der möglichst umfassenden Realisierung von Menschenrechten orientieren. In Bezug auf generalisierte Einstellungen zum Islam als Religion findet sich eine knappe Hälfte von 48 Prozent, die dieser Religion keine tief verankerte Rückständigkeit zuschreibt. Allerdings lehnt eine klare Mehrheit von 62 Prozent es ab, Muslimen die Zuwanderung zu verwehren. Ebenso viele lehnen auch antiziganistische Maßnahmen ab.

Die Vorurteile gegenüber Gruppen, die als Schwarze und Asiaten wahrgenommen werden, fallen im Vergleich deutlich geringer aus. Hier sind es 14 bzw. 9 Prozent, die entsprechende Ressentiments voll und ganz bzw. eher zum Ausdruck bringen. Sehr große Mehrheiten von 86 Prozent bzw. 83 Prozent weisen die jeweiligen Statements voll und ganz bzw. eher zurück. Der Vergleich zwischen den Gruppen bestärkt die Vermutung, dass die gemessenen Verteilungen auch mit Debatten-Konjunkturen zusammenhängen. Um das Ausmaß von anti-schwarzen und anti-asiatischen Ressentiments besser einschätzen zu können, müssten umfassendere Messinstrumente zum Einsatz kommen.

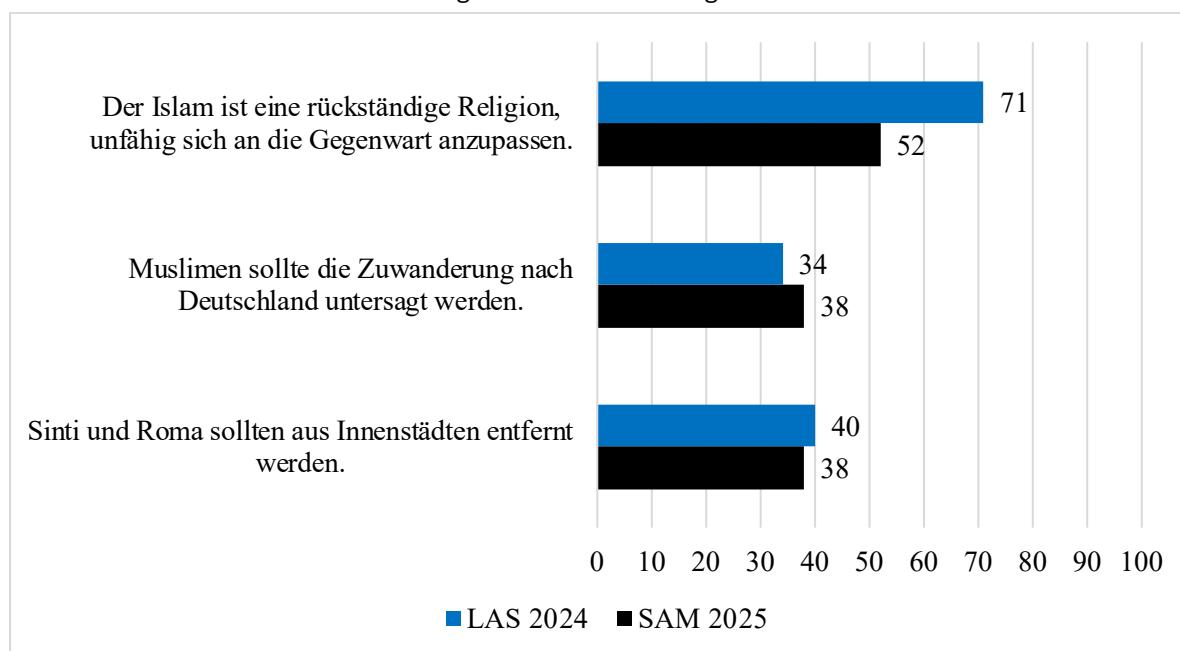
Die Ergebnisse sind eingeschränkt mit der Bundesebene vergleichbar, für mehrere der Indikatoren liegen allerdings keine entsprechenden und in zeitlicher Nähe erhobenen Daten vor. Für die beiden Items, die Islam- und Muslimfeindlichkeit messen, sowie für das Item, das Antiziganismus erfasst, können wir allerdings einen Vergleich vornehmen (Abb. 4.8). Die Einstellungen gegenüber Muslimen sowie Sinti und Roma sind in Sachsen-Anhalt und im Bundesgebiet faktisch deckungsgleich. Demgegenüber weist die negative Einschätzung des Islam in Sachsen-Anhalt zwar für sich genommen eine hohe, aber im Vergleich zum Bund eine relativ geringere Zustimmungsrate auf.⁹ In Bezug auf diese Facetten rassistischer Ressentiments weicht Sachsen-Anhalt also nur an einer Stelle – und da positiv – vom Bundesgebiet ab.

Bis hierher wurden Befunde zu den GMF-Elementen bzw., im Sinne der von uns durchgeführten Faktorenanalyse, zu den Dimensionen Klassismus und Rassismus betrachtet. Als dritte Dimension hatte sich in der Faktorenanalyse die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt abgehoben. Sie beinhaltet vier Items. Eine Aussage

⁹ Dabei ist zu berücksichtigen, dass beide Studien nicht in gleicher Weise erhoben wurden. Während der Sachsen-Anhalt-Monitor als gemischte CATI-CAWI-Studie realisiert wurde, erfolgte die Befragung bei der Leipziger Autoritarismus-Studie mit einem persönlichen Zugang und Selbstausfülleroption.

operationalisiert *Sexismus* insofern, als sie von Frauen die Einhaltung eines traditionellen Rollenverständnisses einfordert; ein weiteres Statement wertet Bemühungen, sexualisierte Gewalt im persönlichen Umfeld oder öffentlichen Raum zu thematisieren, als Übertreibung ab und ist insofern ein Ausdruck von *Antifeminismus*.

Abb. 4.11: : Antimuslimische und antiziganistische Einstellungen in Land und Bund



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; zustimmende Werte in % und gerundet; n = 1094-1101; LAS = Leipziger Autoritarismus-Studie 2024; n = 2500-2522.

Mit Antifeminismus bezeichnen wir hier eine politisch ausgerichtete Gegnerschaft gegenüber feministischen Emanzipationsbestrebungen (Kalkstein et al. 2022: 247, 2024).

Das Ausmaß der Akzeptanz bzw. Ablehnung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen wird mit einem Item erhoben, das eine affektiv negativ besetzte Reaktion auf den Ausdruck von Zuneigung durch einen Kuss ausdrückt (*Homosexuellenfeindlichkeit*). Schließlich wird die Akzeptanz bzw. Ablehnung von Geschlechtsidentitäten jenseits der Rollen von Mann und Frau mit einem Item erfragt (u.a. *Trans*feindlichkeit*).

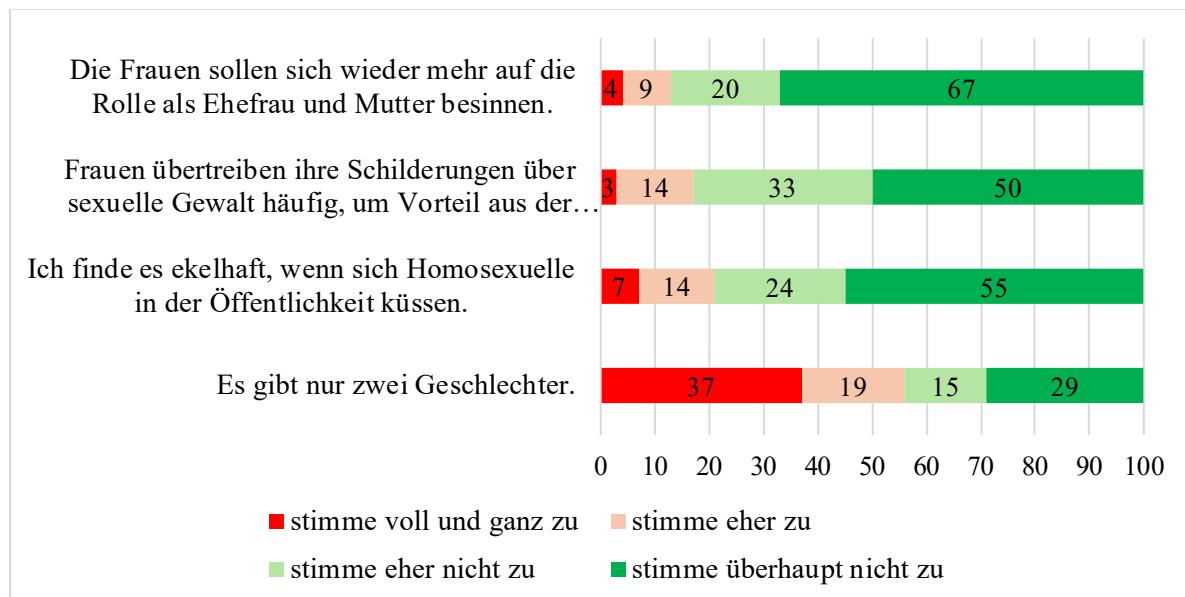
Die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fällt durchgehend eher moderat aus und die Akzeptanz überwiegt entsprechend und meist deutlich (Abb. 4.12). Eine Ausnahme ist die mit 56 Prozent überwiegende Befürwortung der Ansicht, es gebe nur zwei Geschlechter; allerdings geht auch ein großer Teil von 44 Prozent von der Existenz einer größeren Bandbreite von Geschlechtsidentitäten aus.

Immerhin 21 Prozent finden es ekelhaft, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen, aber eine absolute Mehrheit von 55 Prozent stimmt überhaupt nicht zu und weitere 24 Prozent stimmen eher nicht zu. Mit 50 bzw. 23 Prozent weist eine noch etwas größere Mehrheit von 83 Prozent die Ansicht zurück, Frauen würden in der Schilderung



sexualisierter Gewalt übertreiben. Entsprechend stimmen dem nur 17 Prozent stark oder eher zu. Besonders unpopulär ist die Retraditionalisierung von Geschlechterrollen: Geraade einmal 13 Prozent sprechen sich für ein traditionelles Familienmodell als Norm aus, eine deutliche Mehrheit von 67 Prozent lehnt dies voll und ganz und weitere 20 Prozent lehnen dies überwiegend ab.

Abb. 4.12: Akzeptanz und Ablehnung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt



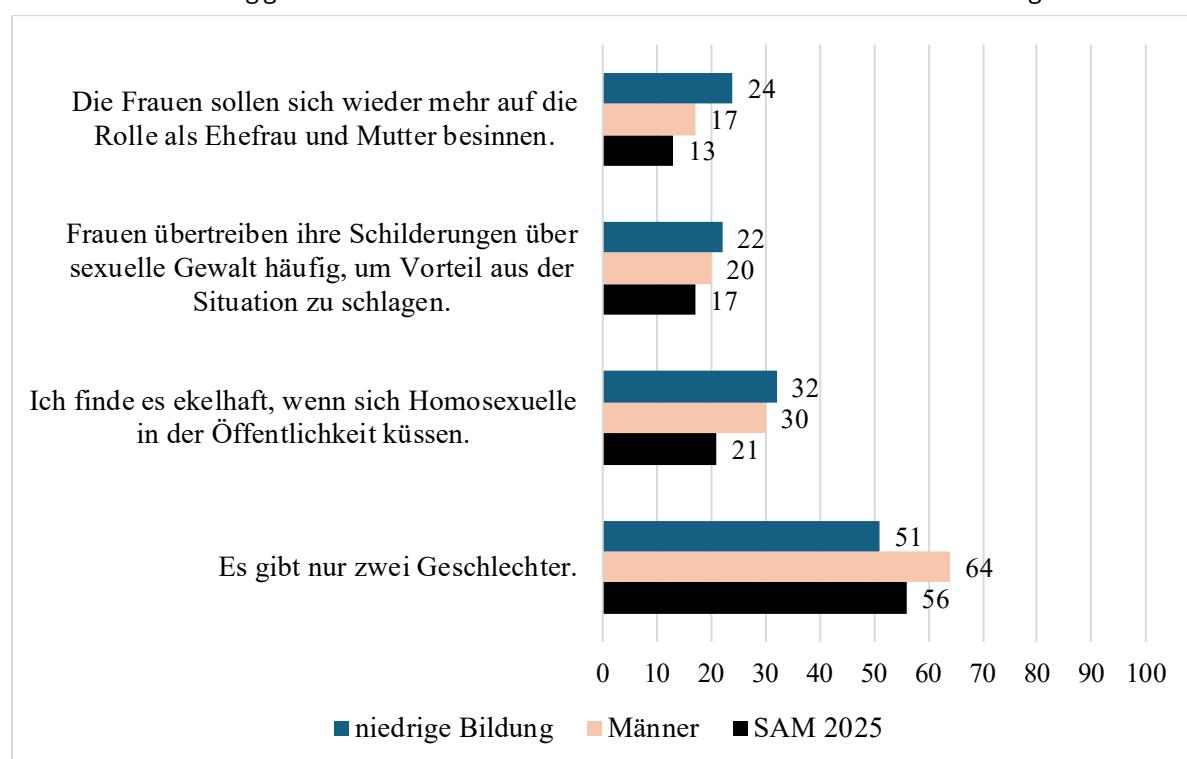
Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in % und gerundet; n= 1092–1101.

Dabei ist die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt bei Männern in der Regel stärker ausgeprägt (Kalkstein et al. 2022). Dies gilt auch für Sachsen-Anhalt, auch wenn die Unterschiede weniger stark ausfallen als vielleicht erwartet. Auch bei einer formal niedrigen Bildung steigt die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt etwas an.

Für zwei Items aus dem Bereich der Akzeptanz bzw. Ablehnung geschlechtlicher und sexueller Vielfaltsind Vergleiche mit Befunden aus früheren Sachsen-Anhalt-Monitoren partiell möglich (Abb. 4.10).¹⁰ Dabei zeigt sich im Vergleich von 2018, 2020 und 2025 eine relative Konstanz des niedrigen Zustimmungs-Niveaus, hier gemessen an der starken Zustimmung zu den Items, die *Homosexuellenfeindlichkeit* und *Sexismus* messen. (Ein Überblick über alle Verläufe, die auf der Grundlage von Tabellenbändern abbildbar sind, folgt weiter unten.)

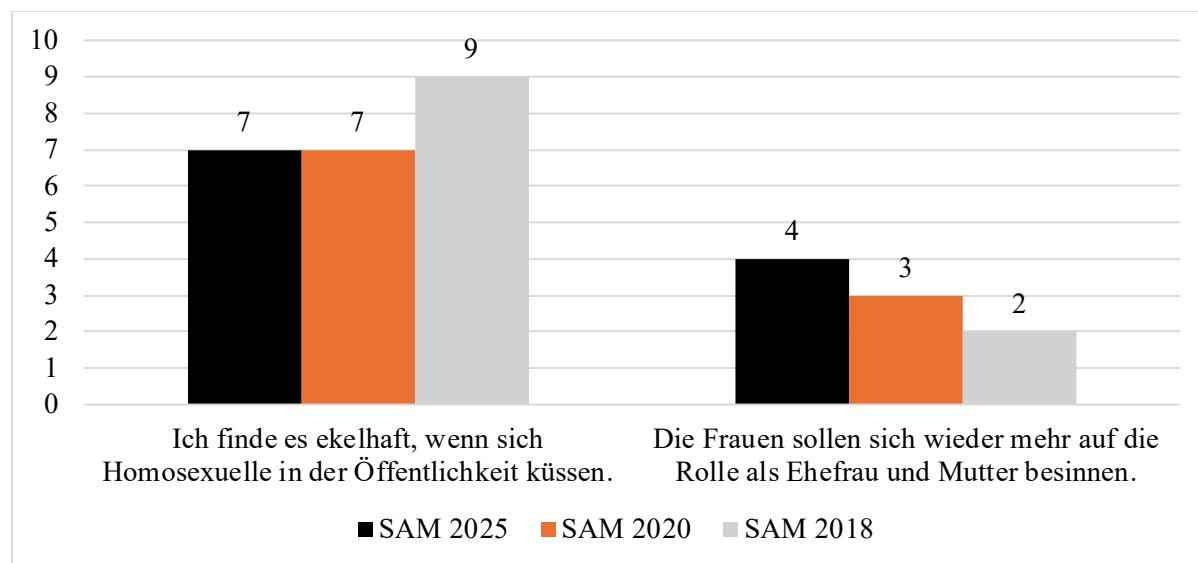
¹⁰ Die Erhebung im Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 erfolgte mit vier, in früheren Monitoren mit fünf Antwortvorgaben. Da es für die sehr starke Zustimmung nicht ganz so ausschlaggebend ist, ob eine vier- oder fünfstufige Antwortskala genutzt wird, ist ein Vergleich mit etwas Vorsicht möglich.

Abb. 4.13: Ablehnung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt nach Geschlecht und Bildung



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in Prozent und gerundet; n = 1092–1101.

Abb. 4.14: Entwicklung der Einstellungen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Sachsen-Anhalt (stimme sehr zu)



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Werte für SAM 2018 und 2020 aus Holtmann et al. (2020: 142); Darstellung in Prozent und gerundet; Erhebung mit Antwortskala mit fünf Antwortkategorien; SAM 2025 mit vier Antwortkategorien; ausgewiesen nur stark zustimmende Werte der höchsten Kategorie; n = 1092–1101.



Ursachen von Klassismus, Rassismus und Ablehnung geschlechtlicher Vielfalt

In den Untersuchungen der Bielefelder Forschungsgruppe sind die GMF-Elemente sowohl konzeptionell als auch empirisch Teil eines Syndroms. Die empirische Prüfung der im SAM 2025 verwendeten Items mittels einer hier nicht ausgewiesenen Faktorenanalyse ergibt, dass sie nicht in derselben Weise zu einer übergeordneten Skala verbunden werden können, auch wenn die Aussagen sich nahestehen. Es lassen sich sehr deutlich die drei eingangs benannten und zuvor vorgestellten Dimensionen unterscheiden: *Klassistische Einstellungen* (Langzeitarbeitslose machen sich ein schönes Leben, Bettelnde Obdachlose sollten aus Innenstädten entfernt werden), *rassistische Einstellungen* (Islamfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Ablehnung Schwarzer Menschen und von Asiaten) sowie zu Einstellungen, die die *Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt* abbilden. Die diesen drei Dimensionen zugehörigen Items wurden zu drei Likert-Skalen aufsummiert.

Diese Skalen sind im Weiteren Grundlage bzw. Objekt der Analyse von Ursachen. Dabei beziehen wir zum einen auf sozialstrukturelle Faktoren (Alter, formale Bildung, Einkommen, Geschlecht etc.) als mögliche Variablen ein, und zum anderen Items, die die relative Deprivation in ökonomischer, politischer und sozialer Hinsicht abbilden. Schließlich werden auch die ausführlich vorgestellten sozialpsychologischen Konstrukte Autoritarismus, Verschwörungsmentalität und Soziale Dominanzorientierung als Variablen genutzt. Alle Faktoren werden als potenzielle Erklärungen für Vorurteile gegenüber sozialen Gruppen genutzt. Uns interessiert das relative Gewicht, dass diese unterschiedlichen Faktoren jeweils haben. Dazu wurden jeweils lineare Regressionsanalysen durchgeführt, deren Ergebnisse folgend dargestellt werden (Tab. 4.9).

Für *klassistische Einstellungen* erweist sich wenig überraschend der Wunsch, dass alle an ihrer zugewiesenen Position in der Gesellschaft bleiben, als ein starker Prädiktor. Neben dieser Sozialen Dominanzorientierung sind Autoritarismus und ein etwas höheres Lebensalter ebenfalls Faktoren von Gewicht. Hervorzuheben ist auch, dass eine politisch rechte Orientierung klassistische Einstellungen wahrscheinlicher macht. Dagegen mäßigen die Wahrnehmung einer persönlich guten Wirtschaftslage und das eigene zivilgesellschaftliche Engagement klassistische Einstellungen. Umgekehrt erhöhen eine formal niedrige Bildung und das Gefühl, nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten, die Zustimmung zu Klassismus.

Tab. 4.8: Erklärung von Vorurteilen je Dimension

	Klassistische Einstellungen	Rassistische Einstellungen	Ablehnung se- xuelle und ge- schlechtliche Vielfalt
Sozialdemografische Faktoren			
Bildungsstand (formal hoch)			
Bildungsstand (formal niedrig)	+.10**	+.11**	+.05*
Haushaltsnettoeinkommen			
Stadt-Land (Richtung Dorf)			
Geschlecht (weiblich)			-.24**
Christlich (dichotom)			+.06*
Alter in Jahren	+.11**		+.15**
Wahrnehmung der persönlichen Lage			
Eigene wirtschaftliche Lage (Richtung sehr gut)		-.17**	
Wirtschaftliche Lage des Landes Sach- sen-Anhalt (Richtung sehr gut)			
Erhalte nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard	+.08*		+.07*
Politisches Interesse			
Politische Responsivität (Skala)			
Soziales Engagement	-.12**	-.06*	
Soziales Vertrauen		-.08*	
Ich fühle mich persönlich benachteiligt		+.18**	
Sozialpsychologische Faktoren und politische Orientierung			
Ich habe Kontakt zu zugewanderten Menschen:		-.15**	
Links-Rechts-Skala (Richtung rechts)	+.12**	+.19**	+.18**
Skala soziale Dominanz	+.15**	+.29**	+.21**
Skala Autoritarismus	+.20**	+.17**	+.05*
Verschwörungsmentalität	+.06*	+.12**	+.21**
Gesamtmodellstatistik R-Quadrat	.19	.41	.29

Quelle: Eigene Berechnung, ausgewiesen beta-Werte der Regression; paarweise; Verfahren schrittweise und Ersetzen fehlender Werte durch Mittelwerte; nicht signifikante Werte nicht ausgewiesen; * signifikant bei $p < 0,05$; ** signifikant bei $p < 0,001$; n=1092.



Rassistische Überzeugungen werden durch eine Position auf der rechten Seite der politisch-ideologischen Links-Rechts-Skala, eine formal niedrige Bildung, geringes Sozialvertrauen und weniger ausgeprägtes zivilgesellschaftliches Engagement begünstigt. Besonders deutlich wirkt wieder der Wunsch danach, dass soziale Hierarchien erhalten bleiben und Menschen, die man als andere sieht, in der sozialen Hierarchie untergeordnet bleiben sollen (Soziale Dominanzorientierung). Autoritäre Überzeugungen gehen in dieselbe Wirkungsrichtung. Unterstützt werden diese starken Faktoren vom Glauben an Verschwörungserzählungen und dem Gefühl, persönlich benachteiligt zu sein. Dass Kontakt mit zugewanderten Menschen die rassistischen Einstellungen reduziert, entspricht der sozialpsychologischen Kontakthypothese (Pettigrew 1998). Dieses Modell weist zudem mit einem hohen R-Quadrat die stärkste Erklärungskraft aller drei Modelle auf.

Die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt unterscheidet sich an zwei Stellen von den bisherigen Erklärungsmustern. Zum einen tritt zum ersten Mal das Geschlecht als Faktor in den Fokus: Frauen stehen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt deutlich offener gegenüber als Männer. Dies entspricht bisherigen Forschungsergebnissen und drückt einen Unterschied im Blick auf Geschlechterordnungen aus (Pohl 2005; Kalkstein et al. 2022). Zweitens scheint sich eine christliche Prägung eher ungünstig auf die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt auszuwirken, auch ein höheres Alter trägt zu einer Ablehnung dieser Vielfalt bei. Letzteres weist auf generationsbedingte Unterschiede hin. Auch in Bezug auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt greift die Soziale Dominanzorientierung und der Autoritarismus als Faktoren, diesmal allerdings auch verstärkt die Verschwörungsmentalität. Politisch-ideologisch sind es wiederum eher diejenigen, die rechts auf der Links-Rechts-Skala stehen, welche sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ablehnen.

Die in diesem Abschnitt betrachteten Einstellungen sind für den Zustand und die Entwicklung der Demokratie von Bedeutung, wie die Korrelationsanalysen zeigen (Tab. 4.10).

So steigern insbesondere rassistische Einstellungen und die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt die Gewaltbereitschaft („Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen“) und die Gewaltakzeptanz („Selber würde ich nie Gewalt anwenden. Aber es ist schon gut, dass es Leute gibt, die mal Ihre Fäuste sprechen lassen, wenn es anders nicht mehr geht.“).¹¹ Wichtiger noch ist, dass alle betrachteten Einstellungen die Befürwortung der Demokratie als Staatsidee reduzieren. Dabei liegt die entsprechende Wirkung des Klassismus in allen Bereichen etwas niedriger als beim Rassismus und bei der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Insgesamt wird deutlich, dass gruppenbezogene

¹¹ Eine Gewaltbereitschaft findet sich bei 9 Prozent und eine Gewaltakzeptanz bei 17 Prozent der Bürger Sachsen-Anhalts.

Vorurteile sich negativ auf ein gewaltfreies Miteinander und die Befürwortung der Demokratie in Sachsen-Anhalt auswirken.

Tab. 4.9: Gruppenbezogene Vorurteile und Einstellungen zu Gewalt und Demokratie

	Klassistische Einstellungen	Rassistische Ein- stellungen	Ablehnung sexu- elle und ge- schlechtliche Vielfalt
Gewaltbereitschaft	n.s.	+.19**	+.20**
Gewaltakzeptanz	+.10**	+.25**	+.20**
Befürwortung Demokratie	-.06*	-.26**	-.18**

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; ausgewiesen r-Werte der Pearsons Produkt-Moment-Korrelation; ** signifikant bei $p < 0,001$; n=1083-1092.

4.6 Facetten der rechtsextremen Einstellung und von gruppenbezogenen Vorurteilen im Verlauf

In den bisherigen SAM sind Facetten der rechtsextremen Einstellung und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bereits in den Blick genommen worden (im Überblick: Holtmann et al. 2018: 97 ff.); zuletzt wurden noch einige Facetten des GMF-Syndroms untersucht (Holtmann et al. 2020: 139ff.). Auf dieser Grundlage kann die Entwicklung dieser Einstellungen in Teilbereichen betrachtet werden (Tab. 4.11 und 4.12).

Aus dem Bereich des Ethnozentrismus ist ein Item der Dimension Ausländerfeindlichkeit in früheren SAM erhoben worden („Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die hier lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“). Auf der Basis der Angaben in den Tabellenbänden (2012-2018) kann die Entwicklung der manifesten und latenten Zustimmung sowie der Ablehnung wie folgt beschrieben werden: Zwischen 2012 und 2018 nahm der Anteil derjenigen, die diese Forderung ablehnen, von 59 (2012) auf 63 Prozent (2014 u. 2018) zu und sinkt aktuell auf unter 50 Prozent ab. Die manifeste Zustimmung steigt von 14 Prozent (2012 u. 2014) über 17,4 Prozent auf aktuell 26,1 Prozent. Der Anteil der latenten Zustimmung sinkt zwar von 23 (2012) über 21 (2014) auf 19 Prozent (2025). Zusammen mit dem gestiegenen manifesten Anteil verschiebt sich das Gewicht aber zugunsten des ausländerfeindlichen Gesamtpotenzials von etwas mehr als 50 Prozent im Jahr 2025.

Aus dem Bereich der Neo-NS-Ideologien sind je zwei Items der Dimensionen Sozialdarwinismus („Es gibt wertvolles und unwertes Leben“; „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“) und Verharmlosung des Nationalsozialismus erhoben worden („Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben“; „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“). Hier lässt sich die Veränderung der manifesten und latenten Zustimmung sowie der



Ablehnung auf der Basis der Angaben in den Tabellenbänden (2012-2018) wie folgt beschreiben.

Die Entwicklung von Einstellungsfacetten der Dimension Sozialdarwinismus lässt sich auf der Basis von Tabellenbänden für zwei Items nachzeichnen. Hier zeichnet sich ab, dass die Vorstellung, es gebe wertvolles und unwertes Leben, auf zunehmende Ablehnung stößt: Im Umfang wächst sie von 59 (2012) und 61 Prozent (2014) auf 65,7 Prozent im Jahr 2018 und aktuell auf 70,3 Prozent. Die Anteile der latenten und manifesten Zustimmung haben sich im Zeitverlauf deutlich verschoben: Der Anteil der manifesten Zustimmung steigt zunächst von 14 auf 20 Prozent, sinkt anschließend auf 15,9 und zuletzt auf 13,7 Prozent. Die latente Zustimmung hingegen nimmt zunächst von 23 auf 15 und 8,9 Prozent ab, steigt aktuell jedoch wieder auf 16 Prozent an. Das Verhältnis zwischen Ablehnung und latenter Zustimmung entwickelt sich dabei zunehmend zugunsten der ablehnenden Gruppe: 2012 liegt es bei 59 zu 37 Prozent, 2014 bei 61 zu 35 Prozent, 2018 bei 65,7 zu 24,8 Prozent und aktuell bei 70,3 zu 29,7 Prozent. Während diese harte Facette des Sozialdarwinismus also an Zustimmung verliert, verschieben sich die Gewichte hinsichtlich der Vorstellung, dass sich – wie in der Natur – auch in der Gesellschaft der Stärkere durchsetzen sollte, eher zugunsten der zustimmenden Gruppen.

Die manifeste Zustimmung sinkt zwar zwischen 2014 und 2018 von 13 auf 11,1 Prozent, steigt aktuell aber auf 21,1 Prozent. Auch die latente Zustimmung steigt nach einem Rückgang von 18 (2014) auf 11,8 Prozent (2018) aktuell deutlich auf 22 Prozent. Somit lässt die Ablehnung nach einem Anstieg von 68 (2014) auf 71, Prozent (2018) wieder nach und liegt aktuell bei 66 Prozent.

Dass die Verbrechen des Nationalsozialismus übertrieben worden seien, weisen 2014 71 Prozent der Befragten zurück, 2018 sind es mit 81 nochmals mehr und 2025 ist dieser Anteil nur leicht auf 78 Prozent gesunken. Die manifeste Zustimmung ist zwischen 2014 und 2018 von 12 auf 9 Prozent leicht gesunken und liegt 2025 mit 9,4 auf diesem Niveau. Die latente Zustimmung ist leicht von 14 (2014) auf 9,3 Prozent gesunken (2018) und aktuell auf 12,6 Prozent gestiegen. Das Verhältnis zwischen Ablehnung und dem Gesamtpotenzial aus manifester und latenter Zustimmung bleibt insgesamt ähnlich (71 zu 26 Prozent/2014; 81,8 zu 18,3 Prozent/2018; 78 zu 22/2025) und fällt deutlich zugunsten der ablehnenden Stimmen aus.

Der Anteil derjenigen, die am Nationalsozialismus keine guten Seiten entdecken können, stieg von 68 (2014) auf 77 Prozent (2018) und ist aktuell mit 66 Prozent wieder auf das Ausgangsniveau gesunken. Die manifeste Zustimmung liegt konstant um die 12 Prozent (13 Prozent/2014; 11,1 Prozent/2018; 12,1 Prozent/2025). Die latente Zustimmung sank zunächst von 18 (2014) auf 11,8 Prozent (2018) und liegt aktuell auf einem Höchststand von 22 Prozent. Hier liegt das Verhältnis zwischen ablehnenden und manifest bzw. latent

zustimmenden Befragten aktuell im Mittelfeld (68 zu 37 Prozent/2014; 80,8 zu 19,4 Prozent/2018; 75,9 zu 24,1 Prozent/2025). Dabei fällt der Ausschlag durchgängig zugunsten der ablehnenden Stimmen aus.

Aus der Gruppe der im SAM 2025 erhobenen gruppenbezogenen Vorurteile lassen sich auf der Basis der Angaben in den Tabellenbänden (2018, 2020) vier Items in ihrem Verlauf betrachten (Tab. 4.11). Ein Indikator für Homosexuellenfeindlichkeit zeigt im Vergleich der Jahre 2018 und 2020 einen deutlichen Anstieg: Die manifeste Zustimmung steigt von 19 auf 26 Prozent, die latente Zustimmung von 10,9 auf 16,2 Prozent. Der Anteil der ablehnenden Befragten sinkt hingegen nur leicht – von 70 auf 67,6 Prozent. Im SAM 2025 wurde das Item schließlich mit einer vierstufigen Skala erhoben, die die Befragten zu einer klaren Richtungsentscheidung zwingt. Hier steigt das Potenzial derjenigen, die das Statement ablehnen auf 78,9 Prozent, während der Anteil derjenigen, die in diesem Sinne homophobe Affekte zeigen mit 21,1 Prozent dem manifesten Niveau aus dem Jahr 2018 entspricht und geringer ausfällt als die manifeste Befürwortung im Jahr 2020. Die Werte sind nicht direkt vergleichbar, sprechen aber eher dafür, dass ein Teil der latenten Zustimmung aus den Vorjahren ins ablehnende und somit nicht-vorurteilsförmige Spektrum gewandert ist.

Anders stellt sich dies für das eine Item dar, mit dem Einstellungen zum Asyl gemessen wurde. Hier ist der Anteil der Befragten, die sich für eine großzügige Handhabung von Asylanträgen aussprechen, in den Jahren 2018 und 2020 mit 9,1 bzw. 11,7 Prozent sehr klein. Die Ablehnung dieser Proposition und somit das latente Vorurteilspotenzial stieg leicht von 16 auf 20,3 Prozent, während die völlige Ablehnung und somit der manifeste Vorurteilsanteil von 74,9 auf 68 Prozent sank. Das Verhältnis der Personen ohne und mit manifesten und latenten Vorurteilen liegt in beiden Jahren bei etwa 10 zu 90 Prozent. An diesem Verhältnis ändert sich wenig, wenn auf einer vierstufigen Skala gefragt wird. Hier steigt der Anteil derjenigen, die eine großzügige Handhabung befürworten, etwas auf 14,1 Prozent. Der Anteil derjenigen, die dies ablehnen, sinkt etwas auf 85,7 Prozent. Diese Werte sind nicht direkt vergleichbar, deuten aber auf keinen grundlegenden Wandel im Verhältnis der Einstellungspotenziale.

Anders stellt sich dies wiederum bei dem Item dar, das anti-muslimische Vorurteile misst. Hier blieb das Niveau der nicht-vorurteilsförmigen Antworten etwa gleich (2018: 62,2 Prozent, 2020: 58,8 Prozent), aber sowohl die latent als auch die manifestvorurteilsförmigen Potenziale nahmen von 22,5 auf 26 bzw. 15,4 auf 19,6 Prozent zu. Das Verhältnis zwischen latent und manifest vorurteilsgeprägten sowie nicht-vorurteilsgeprägten Personen verschob sich von rund einem Drittel (37,9 Prozent) zu zwei Dritteln (62,2 Prozent) im Jahr 2018 auf nahezu die Hälfte (45,6 Prozent) zu gut der Hälfte (54,4 Prozent) im Jahr 2020.



Tab. 4.10: Facetten der rechtsextremen Orientierung 2012-2025

	Jahr	stimme über-haupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Wenn Arbeit knapp wird, sollte man die hier lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	2012	34,0	25,0	23,0	5,0	9,0
	2014	37,0	26,0	21,0	7,0	7,0
	2018	41,8	21,7	19,0	9,5	7,9
	2025	29,6	18,2	26,2	11,7	14,4
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	2012	53,0	11,0	17,0	6,0	8,0
	2014	51,0	10,0	15,0	9,0	11,0
	2018	64,7	11,0	8,9	8,9	7,0
	2025	62,4	7,9	16,0	7,3	6,4
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	2014	34,0	34,0	18,0	7,0	6,0
	2018	56,6	20,5	11,8	5,8	5,3
	2025	46,4	19,6	22,0	6,0	6,1
Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben.	2014	49,0	22,0	14,0	5,0	7,0
	2018	66,1	15,7	9,3	5,2	3,8
	2025	64,3	13,7	12,6	3,6	5,8
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	2014	49,0	19,0	17,0	6,0	4,0
	2018	64,6	16,2	10,6	5,0	3,6
	2025	61,6	14,3	15,1	3,4	5,6

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Sachsen-Anhalt-Monitor Tabellenband 2012, 2014, 2018; Angaben in %, Abweichungen zu 100 % aus Tabellenbänden übernommen; die Verteilung basiert auf validen Antworten; „keine Antwort“/ „weiß nicht“ ausgeschlossen; n=983-1079.

Tab. 4.11: Facetten gruppenbezogener Vorurteile 2018-2025

	Jahr	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Es ist ekelhaft wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	2018	56,9	13,1	10,9	10,2	8,8
	2020	48,5	19,1	16,2	19,1	6,9
	2025	55,1	23,8	—	13,6	7,5
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.	2018	52,8	22,1	16,0	5,3	3,8
	2020	40,0	28,0	20,3	7,9	3,8
	2025	51,8	33,9	—	10,8	3,5
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland verboten werden.	2018	42,2	20,0	22,5	7,2	8,2
	2020	37,0	21,8	26,0	9,5	10,1
	2025	20,2	27,8	—	27,9	24,1
Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	2018	79,5	9,4	6,4	2,3	2,4
	2020	58,9	19,1	14,3	4,7	3,0
	2025	66,6	20,3	—	8,5	4,5

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025, Sachsen-Anhalt-Monitor Tabellenband 2018, 2020; Angaben in %; Abweichungen zu 100 % aus Tabellenbänden übernommen; die Verteilung basiert auf validen Antworten; „keine Antwort“/ „weiß nicht“ ausgeschlossen; n=1028-1129.

Mit einer vierstufigen Skala nähern sich die Einstellungspotenziale an: 48 Prozent sprechen sich gegen anti-muslimische Maßnahmen aus, 52 Prozent befürworten sie. Dies deutet eher auf eine Zunahme anti-muslimischer Ressentiments hin.

Betrachtet man das Item, mit dem über einen längeren Zeitraum eine Facette sexistischer Einstellungen erhoben wurde, zeigt sich ein leicht veränderter Verlauf. Die Aussage, Frauen sollten sich wieder stärker auf ihre Rolle als Ehefrau und Mutter konzentrieren, wird 2018 von einer deutlichen Mehrheit von 88,9 Prozent abgelehnt. Nur 4,7 Prozent stimmen voll und ganz, weitere 6,4 Prozent eher zu. Im Jahr 2020 hat sich der Anteil der manifesten (7,7 Prozent) und latenten Zustimmung (14,3 Prozent) insgesamt von 11,1 auf 22 Prozent verdoppelt. Der Anteil der völlig oder eher ablehnenden Stimmen sinkt damit



um gut zehn Prozentpunkte auf 78 Prozent. Bei der Erhebung mit einer vierstufigen Skala steigt schließlich der Anteil beider Gruppen an: 86,9 Prozent lehnen ab, 13 Prozent stimmen zu.

4.7 Fazit

Die Mitte der Gesellschaft ist in Zeiten wichtiger gesellschaftlicher Transformationsaufgaben entscheidend. Darauf wurde eingangs aus der Perspektive ökonomischer Vernunft und der Orientierung an Menschenrechten hingewiesen. Vor diesem Hintergrund wurde einerseits gefragt, wie weit Ideologien der äußersten Rechten in diese Mitte hinein diffundieren bzw. umgekehrt als Brücken in das äußerst rechte Spektrum hinein verstanden werden können. Zum anderen ist angesichts der grundlegendsten verfassungsrechtlichen Norm – der Würde des Menschen – danach gefragt worden, inwieweit Ideologien der Ungleichwertigkeit in Bezug auf verschiedene soziale Gruppen Zustimmung finden oder auf Ablehnung treffen.

Die rechtsextreme Einstellung ist auch in geschlossener Form über das aktivistische Milieu verbreitet (Bundesministerium des Innern 2024), mit unter 10 Prozent aber begrenzt. Der Anteil von 8,6 Prozent liegt jedoch höher als in bundesweiten Befragungen zuletzt für Ostdeutschland bzw. Deutschland ermittelt wurde: Die Daten der Leipziger Autoritarismus-Studie zeigten ein Ausmaß von 4 Prozent, die aktuelle Mitte-Studie einen Umfang von 3 Prozent für Deutschland und 4,9 Prozent für Ostdeutschland. Der Unterschied zwischen Ost und West ist zwar nicht signifikant, zeigt sich mit 6 Prozent jedoch deutlicher, wenn die soziale Prägung berücksichtigt wird (Zick et al. 2025: 92). Die Neo-NS-Ideologien werden von sehr großen Mehrheiten der Bevölkerung zurückgewiesen und sind zugleich, zieht man neben der manifesten auch die latente Zustimmung hinzu, bei 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung vorhanden. Sie diffundieren demnach über das extrem rechte Spektrum hinaus. Eine Brückenfunktion zwischen großen Teilen der Bevölkerung und der rechtsextremen Einstellung haben teilweise die Befürwortung antidemokratischer Systemalternativen, der Chauvinismus und die Ausländerfeindlichkeit. In Bezug auf eine Einparteiherrschaft sind weniger als 50 Prozent ablehnend, ein Drittel stimmt manifest, ein Fünftel latent zu. Die Vorstellung, es müsse ein aggressives Durchsetzen nationaler Interessen gegen anderen statt einer Suche nach Interessenausgleich geben, findet auch keine Mehrheit von ablehnenden Stimmen; hier ist ein Viertel manifest und ein Drittel latent dafür. Auch bei der Ausländerfeindlichkeit werden massiv in Grundrechte eingreifende Maßnahmen wie die Ausweisung von Ausländern bei Arbeitsplatzknappheit nur von einer knappen Minderheit zurückgewiesen, jeweils ein Viertel stimmt manifest und latent zu. Diese Einstellungspotenziale entstehen in der gesellschaftlichen Mitte. Als Brückenideologien ermöglichen sie es extrem rechten Akteuren potenziell, in dieser Mitte Fuß zu fassen. Geschlossen rechtsextreme und kohärent rechtsextreme Einstellungen finden sich in höherem Maße im politisch äußerst rechten Spektrum bzw. auf der äußerst rechten Seite des

Parteienspektrums. Tiefere Ursachen rechtsextremer Orientierungen sind Autoritarismus, Verschwörungsmentalität und soziale Dominanzorientierung.

Im Bereich der Anerkennung der Menschenwürde bzw. der Abwertung von sozialen Gruppen, die Benachteiligungen erfahren, ergibt sich ein gemischtes Bild. Im Anschluss an die Brückenideologie der Ausländerfeindlichkeit ist wenig erstaunlich, dass soziale Gruppen, die entlang von Religion, Herkunft etc. als Andere markiert werden, in größeren Teilen der Bevölkerung auf Ablehnung treffen und abgewertet werden. Ein Drittel möchte Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagen, diese Forderung nach religiöser Diskriminierung wird aber auch von einer Mehrheit von zwei Dritteln zurückgewiesen. Etwas über die Hälfte hält allerdings den Islam pauschal für rückständig, eine knappe Hälfte sieht dies nicht so. Der besonders vulnerablen Gruppe der Langzeitarbeitslosen wird mit Argwohn begegnet; eine große Mehrheit bringt sie in einen Zusammenhang mit der Vorstellung, sich auf Kosten der Gesellschaft ein schönes Leben zu machen. Umgekehrtweisen besonders im Bereich der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt deutliche Mehrheiten sexistische und homophobe Statements zurück, und nur kleine Anteile zeigen entsprechende gruppenbezogene Vorurteile.

Mit Blick auf die Ursachen sind es vor allem sozialpsychologische und politisch-ideologische Faktoren, die die befürwortende Haltungen zu Klassismus, Rassismus und die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt bestimmen. Es sind erlernte bzw. in der Sozialisation verinnerlichte Überzeugungssysteme, die diese Ablehnung und Abwertung speisen. Soziales Vertrauen und zivilgesellschaftliches Engagement erweisen sich als Gegenkräfte, während sozialstrukturelle Faktoren wie auch andere politische oder soziale Haltungen – mit Ausnahme der Bildung – nur begrenzt wirksam werden. Vorurteile sind in Sachsen-Anhalt also nicht nur präsent, sondern auch mit übergreifenden Formen der sozialen Hierarchisierung (soziale Dominanzorientierung, Autoritarismus) wie politischer Ideologie verbunden. Zudem reduzieren sie die Unterstützung der Demokratie und zumindest Rassismus und die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern Gewaltbereitschaft und -akzeptanz.



5 Antisemitismus in Sachsen-Anhalt

Die Auseinandersetzung mit gegenwärtigem Antisemitismus ist in Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren ausgeweitet worden. So verabschiedete die Landesregierung im Jahr 2020 das *Landesprogramm für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus*, 2021 nahm die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus* (RIAS) das zivilgesellschaftliche Monitoring von Antisemitismus auf und Ende 2022 wurde der *Ansprechpartner für jüdisches Leben und die Bekämpfung von Antisemitismus* berufen.

Diese Maßnahmen waren auch Reaktionen auf das rechtsextreme Attentat am 9. Oktober 2019 in Halle, das der an Yom Kippur versammelten jüdischen Gemeinde galt (Dischereit 2021) und sich tödlich auf der Straße und nahe einem nahegelegenen Dönerimbiss auswirkte (Brinkmann et al. 2022; Becker et al. 2025). Das zivilgesellschaftliche Monitoring macht das Ausmaß deutlich, in dem sich Antisemitismus auch unterhalb extremer antisemitischer Gewalt im Alltag geltend macht (RIAS Sachsen-Anhalt 2024, 2025) und für Juden:Jüdinnen zur ‚alltagsprägenden Erfahrung‘ (Poensgen/Steinitz 2019) wird (dazu auch: Reimer-Gordinskaya/Tzschiesche 2021). Dabei steigen die ursächlichen antisemitischen Ressentiments aus den Tiefen der postnazistischen und postsozialistischen Gesellschaft auf. So hat Philip Graf (2025) jüngst exemplarisch gezeigt, welchen Resonanzboden das seit Gründung der DDR bis heute weitgehend ‚ausgeschlagene Erbe‘ der jüdischen Geschichte für die Mobilisierung antisemitischer Ressentiments in Teilen einer sachsen-anhaltischen Stadtgesellschaft hinterlässt. Hier wurde die Kritik am Verkauf zentral gelegener Immobilien im Jahr 2018/19 von einem „Geraune“ darum begleitet, „dass die Investoren Juden seien, denen ihr Engagement zu untersagen sei“ (Graf 2025: 188). Nicht zuletzt ist ein anderes, affektiv aufgeladenes Erbe seit den 2010er Jahren wieder verstärkt zum Gegenstand öffentlicher Debatten geworden: Schmähplastiken, die auch an vier sachsen-anhaltischen Kirchen vorzufinden sind (Bielig et al. 2020). Raphael Hoffmann (2025) hat am Beispiel medialer Berichterstattung nachvollziehbar gemacht, „dass für die Zeit bis zum Ende des Jahres 2016 kaum von einem proaktiven und flächen-deckenden Umgang mit diesem plastischen Erbe des Antijudaismus und Antisemitismus in Sachsen-Anhalt gesprochen werden kann.“ (Hoffmann 2025: 64) In den vergangenen beiden Jahren kam es schließlich infolge des Angriffs mit ‚genozidaler Botschaft‘ (Diner 2023), die die Hamas und ihre Verbündeten am 7. Oktober 2023 in Israel durchführten, auch in Sachsen-Anhalt zu einem rapiden Anstieg (Brandes 2025) und anhaltend hohen Niveau antisemitischer Äußerungen und Vorfälle (RIAS 2024, 2025). Für einen Teil kann RIAS (2024) den politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Täter feststellen; diese kommen aus rechtsextremen und verschwörungs-ideologischen Milieus sowie aus im linken Spektrum verorteten Gruppen des antiisraelischen Aktivismus (RIAS 2025: 38 f., 41 ff.).

Diese Schlaglichter verdeutlichen: Antisemitismus ist auch in Sachsen-Anhalt ein aktuelles Phänomen mit tieferen Ursachen und längerer oder kürzerer Vorgeschichte. Er mündet teils in extremer Gewalt und wird im Alltag in Handlungen unterhalb dieses Schweregrades spürbar. Antisemitische Ressentiments sind nicht nur an den Rändern, sondern in der Mitte der Gesellschaft, in unterschiedlichen sozialen und politischen Milieus, virulent. In Wort und Tat richtet er sich gegen Juden und zugleich gegen die demokratisch verfasste Republik.

Vor diesem Hintergrund ist die Betrachtung antisemitischer Ressentiments ein Schwerpunktthema im Sachsen-Anhalt-Monitor (SAM) 2025. Das folgende Kapitel reiht sich in die skizzierten Bemühungen ein, die Virulenz antisemitischer Ressentiments in Sachsen-Anhalt genauer zu beschreiben und zu analysieren, um Maßnahmen zu ihrer Eindämmung weiterentwickeln zu können. Mithilfe der quantitativ-statistischen Forschung werden folgende Fragen verfolgt: Wie verbreitet waren antisemitische Ressentiments in der jüngeren Vergangenheit? Und wie verbreitet sind welche ihrer Ausdrucksformen im Jahr 2025 in der Bevölkerung insgesamt sowie in verschiedenen Milieus? Schließlich gehen wir auch auf Ursachen antisemitischer Ressentiments ein.

Der erste Teil des Kapitels macht konzeptionelle und methodische Grundlagen zu antisemitischen Ressentiments und deren Messung transparent. Er leitet in die im zweiten Teil folgende Reanalyse von Befunden aus früheren Erhebungen antisemitischer Einstellungen ein. Im dritten Teil werden ebenfalls auf dieser Grundlage die Befunde des Sachsen-Anhalt Monitors 2025 dargestellt und eingeordnet.

5.1 Konzeptionelle und methodische Grundlagen

Das Wort Antisemitismus hat seine eigene Geschichte. Der Terminus entstand als Ableitung einer Selbstbezeichnung der Antisemiten im 19. Jahrhundert (Zimmermann 1987). Begriffe und Theorien des Antisemitismus versuchen hingegen, das mit ihm verbundene Phänomen der Judenfeindschaft kritisch zu fassen. Dabei liegt eine der Herausforderungen darin, das Verhältnis von Kontinuität und Wandel des Antisemitismus und antisemitischer Ressentiments zu bestimmen. Auf der Basis begrifflicher und theoretischer Perspektiven können schließlich Definitionen des Antisemitismus entwickelt, für die empirische Forschung operationalisiert und die erhobenen Daten regelgeleitet interpretiert werden. Auf jeder dieser Ebenen – Begriffe, Theorien, Definitionen, Operationalisierungen und Interpretationen – gibt es verschiedene bis konträre Auffassungen. Wir erläutern vor diesem Hintergrund die konzeptionellen und methodischen Grundlagen unserer Herangehensweise.



5.2.1 Antisemitismus-Begriffe und Ausdrucksweisen des Ressentiments

In begrifflicher Hinsicht wird Antisemitismus vor allem im anglo-amerikanischen Raum vielfach als eine Variante des Rassismus verstanden (vgl. für die USA etwa: Judaken 2018, für Großbritannien etwa: Cohen 2017). In der kontinentaleuropäischen und insbesondere der deutschsprachigen Forschung wird Antisemitismus hingegen als eigenständiges Phänomen begriffen. Dafür sprechen aus unserer Sicht zum einen die lange Geschichte des christlichen Antijudaismus in Europa, aus dem der moderne Antisemitismus hervorging, zum anderen der nazistische Antisemitismus, dessen Praxis im ‚Verbrechen ohne Namen‘ (Friedländer et al. 2022), dem später sogenannten Holocaust, mündete. Schließlich unterscheiden sich die Konstruktionen und sozialpsychologischen Dynamiken des Rassismus und Antisemitismus: „Juden:Jüdinnen wird eine Position der Stärke“ zugeschrieben, „sie erscheinen als machtvoll, während rassistisch codierte Fremdbilder sich eher durch Zuschreibungen von Machtlosigkeit, Wildheit oder Unzivilisiertheit auszeichnen.“ (Arnold/Astner 2024: 81) Psychoanalytisch gesprochen wird dementsprechend Antisemitismus „eher von ‚Über-Ich-Projektionen genährt“, während Rassismus stärker von „Es-Projektionen‘ bestimmt“ (Rommelspacher 2009: 26) ist.

Die lange Geschichte der Judenfeindschaft bringt es schließlich mit sich, dass diese von Kontinuität und Wandel geprägt ist, wobei die historisch entstandenen Ausdrucksweisen fortgeschrieben werden und sich mit jüngeren Ausdrucksformen verbinden bzw. diese überlagern (Botsch 2014). In der quantitativ-statistischen Forschung werden, wie auch in der qualitativen Forschung, daher bestimmte Ausdrucksformen des Antisemitismus unterschieden: tradierter Antisemitismus, der im Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 den christlichen Antijudaismus und modernen Antisemitismus umfasst, sowie sekundärer und israelbezogener Antisemitismus. Für die später dargestellte Definition und Operationalisierung sind auf begrifflich-theoretischer Ebene bestimmte Überlegungen grundlegend, die nun vorab skizziert werden.

Tradierter Antisemitismus: christlicher Antijudaismus und moderner Antisemitismus

Der christliche Antijudaismus prägt die europäischen Kulturen nachhaltig (Schäfer 2022). Er konstruiert Juden entlang religiöser Differenz und verschärft diese Differenz zum Gegensatz und zur hierarchischen Unterordnung; im Kontext jeweils spezifischer sozialer und politischer Entwicklungen werden Juden in den christlichen Mehrheits- und Dominanzgesellschaften geduldet, verfolgt oder vertrieben (Heil 2016). Im Verlaufe dieser Geschichte werden Juden:Jüdinnen als Gottesmörder, Hostienfrevler, Kindesmörder und Brunnenvergifter konstruiert. Eine besondere Bedeutung im Übergang zur Moderne kommt der Reformation und dem Wirken des (nicht nur in Sachsen-Anhalt traditionell geehrten) Martin Luther zu (Heil 2016). Er prägte eine nicht mehr nur theologisch, sondern politisch und ökonomisch begründete Judenfeindschaft (Brumlik 2020: 33), „[sprach]

dem Kult der Juden alle Daseinsberechtigung ab[] und [zeichnete] die Juden geradezu als parasitäre Eindringlinge“ (Heil 2016) sowie hassenswerte Feinde (Nirenberg 2017: 271), die zu vertreiben seien (Brumlik 2020: 35). Im Übergang zur Moderne wird die Judenfeindschaft verändert und tradiert. Letzteres betont der Begriff des ‚Erlösungsantisemitismus‘ (Friedländer 1999). Die Kontinuität im Neuen organisieren erstens die Säkularisierung des Antijudaismus, wie etwa am Beispiel Bruno Bauers gezeigt wurde (Quante 2021, Brumlik 2021, Fiedler 2021); zweitens die Adaption antijudaistischer Tropen, wie die Rückführung von Pandemien – die mittelalterliche Pest und die kürzlich aufgetretene Covid-Pandemie – auf finstere ‚jüdische‘ Machenschaften; und drittens die Konservierung solcher Tropen, ablesbar etwa daran, dass der Vorwurf des Gottesmords sich im Christentum lange gehalten hat und teils noch hält (Nirenberg 2017).

Das Neue des modernen Antisemitismus beinhalten und betonen folgende Begriffe.

Dan Diners (2016) Bestimmung des Antisemitismus als „Verschwörung“ hebt auf ökonomische, politische und soziale Prozesse in der Moderne als Konstellation ab, in der diese Ideologie entsteht. Kennzeichnend ist das „Motiv, das die Weltläufe auf vorgeblich im Verborgenen waltende jüdische Machenschaften zurückführt. Dabei handelt es sich um einen Vorgang projektiver Reduktion unverstandener gesellschaftlicher Komplexität in der Moderne.“ (ebd.) Die Unterstellung einer „Verschwörung tritt gemeinhin dort auf, wo traditionell organisierte soziale Verbände von einer als unerträglich empfundenen, beschleunigenden gesellschaftlichen Entwicklung mitgerissen werden.“ (ebd.) Allerdings bleibt die Tradition des Antijudaismus wirksam: Die Ideologie des Antisemitismus erlaubt es, „[d]ie dabei auftretenden Unbilden“ mit einer „Deutung“ zu versehen, wobei „aus mythischen wie religiösen Arsenalen geschöpfte[] Bilder[] und Metaphern vormodernen Ursprungs“ aufgegriffen werden (ebd.).

Bei Klaus Holz (2010) ist es die Konstruktion von Nation(en) im Zuge der Etablierung der modernen Nationalstaaten, in deren Kontext der moderne Antisemitismus als genuin ‚nationaler‘ entsteht. Vier Elemente kennzeichnen dessen Semantik: 1. Die Verbindung zwischen antijüdischen Zuschreibungen mit Konstruktionen der Eigengruppe („Wir/Juden“); 2. Juden werden nicht lediglich als ein anderes Volk konstruiert, sondern allen Völkern entgegengestellt („Figur des Dritten“); 3. der Gegensatz zwischen Völkern und Juden wird so ausbuchstabiert, dass letztere als zersetzende Kraft einer ursprünglichen und positiv konnotierten Entität erscheinen (Gemeinschaft versus Gesellschaft); 4. Ausarbeitung zu einer Weltanschauung, die in der Alltagskommunikation nicht ganz so kohärent ist, in der die Elemente aber aufzufinden sind. Im Anschluss an Thomas Haury (2002) sind drei formale Strukturmerkmale für den modernen Antisemitismus kennzeichnend: 1. Die „Personifizierung gesellschaftlicher Prozesse mit daraus resultierender Verschwörungstheorie“; 2. die „Konstruktion identitärer Kollektive“ und 3. ein „Manichäismus, der die Welt strikt in Gut und Böse teilt und den Feind zum existentiell bedrohlichen, wesentlich Bösen



stilisiert, dessen Vernichtung das Heil der Welt bedeutet.“ (159) Die inhaltlichen und formalen Elemente können als Grundstruktur einer Semantik des modernen Antisemitismus verstanden werden.

Nicht im engeren Sinne antisemitisch und dennoch mit ihm zusammenhängend ist die Konstruktion von Juden als (zu) partikular und/oder (zu) universell im Zuge der Aufklärung. In beiden Fällen gelten Juden als nicht zugehörig. Natan Sznaider (2024) hat jüngst rekonstruiert, wie Juden sich seit der Aufklärung bis in die jüngste Gegenwart stets aufs Neue in diese Lage versetzt sehen.

Sekundärer Antisemitismus: postnazistische Spezifika und Dynamiken

Der nazistische Antisemitismus mag von Beginn an ‚eliminatorische‘ (Goldhagen 1996) Züge getragen haben. Aber als Praxis, die im Holocaust als Zivilisationsbruch (Diner 1988, 2007) mündete, war er Resultat einer sukzessiven Radikalisierung (Pohl 2022). Mit der Niederringung des Nazismus durch die Alliierten ist der tradierte Antisemitismus nicht vorüber. Aber es ist eine neue gesellschaftliche Grundkonstellation entstanden, in der er sich wandelt und an die er sich anpasst. Während „öffentlicher geäußerter Antisemitismus (...) unproblematisch war und in einigen Milieus zum guten Ton“ sowie „zur offiziellen Politik“ gehörte, wird er im postnationalsozialistischen Deutschland „zum Fall für Strafverfolgungsbehörden und zum Gegenstand empörter Ablehnung in der politischen Öffentlichkeit“ (Weyand 2017: 45). Das hat Konsequenzen für die Konstitution antisemitischer Subjektivität. Bernd Marin spricht diesbezüglich vom „Antisemitismus ohne Antisemiten“ (1979). Damit sind die Subjekte des Antisemitismus nicht verschwunden, aber fortan gilt: „So wenig sich Antisemiten in der Öffentlichkeit selbst als Antisemiten bezeichnen, so ehrabschneidend ist die Fremdbeschreibung als Antisemit.“ (Weyand 2017: 45)

Dan Diner (2019) hebt stärker auf die Auswirkungen der Konstellation nach 1945 auf die Konsistenz der Ideologie des Antisemitismus ab: „Mit dem Holocaust ist der klassische, vom Bekenntnis wider die Juden getragene Antisemitismus zerstöben. Moralisches zerborsten, vermag er sich nicht begriffsnahe zu verdichten“ (459). Aus der „Zerfallsmasse“ der vormaligen kohärenten Ideologie sind „Partikel des Ressentiments“ hervorgegangen, die „sich wie Mehltau unterschiedlicher Konsistenz über die jeweils inkriminierten, mit den Juden in Verbindung gebrachten Phänomene“ (460) legen. Diese haben „vielleicht keinen antisemitische[n], sondern eher einen *antisemitisierende[n]* Charakter“; das macht es schwierig, ihn festzustellen, während diese Partikel des Ressentiments „allgegenwärtig.“ (ebd.) sind.

Klaus Holz und Thomas Haury (2021) stellen mit ihrem Begriff des ‚postnazistischen Antisemitismus‘ wiederum eher auf eine neue inhaltliche Dynamik in der Konstellation nach 1945 ab: „Jeder Antisemitismus steht nun mehr angesichts von Auschwitz vor einem neuartigen Legitimationsproblem“, nämlich zu „erklären, warum weiterhin ‚die Juden‘ der

Taten ‚gegen uns‘ zu beschuldigen sind.“ (85) Neu ist dabei nicht, dass „[d]ie Verfolger [...] sich als verfolgte Unschuld“ (86) darstellen, sondern dass dieser Dynamik nach 1945 eine „zentrale Stellung in der Fortsetzung des Antisemitismus“ (ebd.) zukommt. Die damit zentrale Täter-Opfer-Umkehr kann „am Status der Opfer, (...) der Täter und der Tat selbst ansetzen“ (87). Die Opfer können auf verschiedene Weise zu Tätern, Antisemiten und insbesondere die Deutschen zu Opfern gemacht und die Tat geleugnet, relativiert oder mit anderen Taten gleichgesetzt werden (ebd.).

In der empirischen Sozialforschung sind Wandlungen des Antisemitismus in Westdeutschland nach 1945 schließlich mit Blick auf die (veränderte) Art und Weise ihrer Kommunikation diskutiert worden. Zwei Konzepte sind hier bedeutsam. Zum einen wurde, so die Annahme, die Äußerung von Antisemitismus in eine „Kommunikationslatenz“ (Bergmann/Erb 1986, 1991) sinken, womit ein sozialer, kein psychischer Vorgang (wie Verdrängung oder Schuldabwehr) gemeint ist. Vielmehr führen demnach u.a. moralische Tabus und Strafbewehrung dazu, dass Antisemitismus nur in bestimmten, eher privaten Kontexten, nicht aber öffentlich, geäußert wird. In der Öffentlichkeit wird Antisemitismus hingegen chiffriert, indirekt geäußert („Umwegkommunikation“).

Zu den sozial-psychologischen Dynamiken lässt sich mit Dan Diner (2019) festhalten, dass eine Tabuisierung Reaktanz hervorruft, die sich gegen Juden wendet: Die „Tabuisierung wird nicht gern gelitten; sie lastet auf einer sich frei dünkenden Urteilskraft (...). Eine solche Beschwerde wiederum wird den Juden zugeschrieben, als verfügten sie über die richtige Erinnerung und legten sie anderen unerbitten auf. Dagegen regt sich Widerstand.“ (459) Im Kontext der (west)deutschen Nachkriegsgesellschaft entstand das Konzept des sekundären Antisemitismus (Adorno 1971: 108). Die antisemitische Schmierwelle von 1959 wurde Jugendlichen zugeschrieben und es stand die Frage im Raum, ob bzw. wie die intergenerationale Tradierung bei gleichzeitigem Wandel ihrer Motivation psychologisch zu verstehen ist (Schönbach 1961). Ein wichtiger Gedanke war, dass, wenn diese zweite Generation ein positives Bild der Eltern aufrechterhalten will, sie deren Antisemitismus rechtfertigen muss und daher reproduziert (Holz 2024: 31). Kiess et al. (2020) betonen den Bezug des Konzepts zu psychoanalytischen und kritisch-theoretischen Perspektiven. Der Begriff bezeichnet demnach „ein psychisches Phänomen der Erinnerungs- und Schuldabwehr, mit dem die Folgegeneration das Wissen um die Verbrechen der Eltern handhabe“, indem „eine Projektion ihrer Schuld auf die Opfergruppe“ (220) stattfindet. Hinweise darauf, dass diese Dynamik auch in folgende Generationen tradiert wird, geben Studien, die intergenerationale familiale Dialoge über den Nazismus untersuchen (Rosenthal 1999, Moré 2013). Inwieweit es (noch) um Schuldabwehr oder (schon) „um die emotionale Bewältigung der (öffentliche durchgesetzten) Anerkennung des Holocausts“ (Holz 2024: 35) geht, ist Gegenstand aktueller Diskussionen.

Israelbezogener Antisemitismus: Entwicklungslinien, Milieus und Debatten



Zu Beginn des 21. Jahrhunderts begann eine bis heute andauernde internationale Debatte um Wandel und Kontinuität des (Neuen) Antisemitismus (Rabinovici et al. 2004, 2019). Sie dreht sich auch um den israelbezogenen Antisemitismus. Was dessen Qualität angeht, teilen wir die Einschätzung, dass „Antisemitismus gegen Israel“ (Holz/Haury 2021) kein neues Phänomen ist. Er hat Vorläufer im antisemitischen Antizionismus des 19. und frühen 20. Jahrhundert und äußert sich postnazistisch auch in diesem Gewand. Zudem war bzw. ist er in verschiedenen politischen und sozialen Milieus vorzufinden: im äußerst rechten sowie im staatssozialistischen und radikal linken Lager, bei christlichen Gruppen und im arabisch-muslimischen Raum (Holz/Haury 2021).

Dass der jüdisch-demokratische Staat „eine der bedeutendsten Projektionsflächen für Antisemitismus“ (Haury 2024: 43) ist, wird weitgehend geteilt. Besonders plausibel ist dies für die postnazistische Konstellation: Erstens können die Tat u.a. durch falsche Gleichsetzungen relativiert und die Opfer als Täter konstruiert werden; damit kann, zweitens, Schuldabwehr verbunden sein; drittens können Bezeichnungen von jüdisch-israelischen Personen, Gruppen und Institutionen zu Chiffren werden, mit denen Antisemitismus indirekt ausgedrückt wird (Umwegkommunikation); viertens kann „[l]atenter Sinn [...] in neuer semantischer Gestalt viel eher manifest kommuniziert werden denn in seiner(...) als nationalsozialistisch oder rassistisch stigmatisierten Ausgestaltung.“ (Holz/Haury 2021: 96).

Übereinstimmung herrscht auch darüber, dass zwischen (nicht-antisemitischer) Kritik an israelischer Politik und (antisemitischem) Anti-Israelismus (Schwarz-Friesel/Reinharz 2013: 194ff.) zu unterscheiden ist. Strittig bleibt, wie der Unterschied zu bestimmen ist. Für Thomas Haury (2024: 42 f.) „ist nicht die Radikalität der Ablehnung oder Richtigkeit der Argumente“ entscheidend, „sondern ob diese Antisemitismus reproduzieren.“ Nur: Die einen verstehen als Antisemitismus, wenn Israel dämonisiert, delegitimiert und mit doppelten Standards beurteilt wird (sog. 3-D-Test nach Scharansky 2004, IHRA 2016). Die anderen sehen darin Indikatoren für eine antisemitische Konstruktion, die aber nicht *per se* vorliegt, sondern kontextabhängig zu erhärten ist (JDA 2021). Dabei liegt auch dieser Definition zufolge Antisemitismus eindeutig vor, wenn „eine sichere Existenz von Juden:Jüdinnen in Israel bestritten wird“ oder wenn „Juden:Jüdinnen für das Verhalten Israels verantwortlich gemacht werden.“ (Ullrich 2024:76) Für Brian Klug (2003) handelt es sich um israelbezogenen Antisemitismus, wenn Israel analog zu dem Prozess, Juden zu ‚Juden‘ zu machen, als ‚collective Jew‘ konstruiert wird. Und eine solche Konstruktion liegt dann vor, wenn „die klassischen Stereotype ‚des Juden‘ explizit oder implizit auf den Staat projiziert“ (125) werden. Klug versteht auf der Grundlage dieser Bestimmung von israelbezogenem Antisemitismus einige Varianten des Antizionismus als nicht antisemitisch. Auch Shulamit Volkov (2000 [1984/85]) geht von der Differenz zwischen Antisemitismus und Antizionismus aus, fordert aber dazu auf, beide auf mögliche „kausale“,

instrumentelle[] oder funktionale[] Verbindungen“ (77) zu untersuchen. Sie argumentiert, dass Antizionismus in der Linken funktional dem Antisemitismus der Rechten im Kaiserreich und in der Weimarer Republik gleicht; er fungiert ihr zufolge als ‚kultureller‘ Code (83 ff.). Und dass in diesem Antizionismus „der Antisemitismus enthalten“ ist „wie das Gewitter in der Wolke“ (Améry 2024 [1969]: 42), ist für die DDR-Propaganda (Haury 2002) und bestimmte Weltanschauungen und Praxen der westdeutschen radikalen Linken (Kraushaar 2005) nachgewiesen worden. Schließlich wird jüngst diskutiert, ob sich Antisemitismus in postkolonialem Gewand zeigt. Adam Kirsch (2025) demonstriert für den US-amerikanischen Kontext, wie wissenschaftliche Forschung und Theorie zu einer Variante des Kolonialismus, dem Siedlerkolonialismus (Elkins/Pedersen 2005), in bestimmten aktivistisch-akademischen Milieus zu einer Ideologie gerinnt. Diese trägt essenzialistische, personalisierende und manichäische Züge und läuft praktisch auf die Auflösung Israels und Legitimation antijüdischer Gewalt hinaus. Andere Topoi, die mit einem potenziell ‚postkolonialen‘ Antisemitismus in Zusammenhang gebracht werden, sind die falsche Gleichsetzung des Genozids an den Juden und kolonialen Genoziden sowie die unzutreffende Behauptung einer oktroyierten Erinnerungskultur (Friedländer et al. 2022). Beides eignet sich für eine postnazistische Kommunikation antisemitischer Ressentiments.

Wir werden in der Erläuterung zur Operationalisierung des tradierten, sekundären und israelbezogenen Antisemitismus und in der Darstellung der entsprechenden Befunde auf diese begrifflichen Bestimmungen zurückkommen.

5.2.2 Methodische Grundlagen

Die Skizze der begrifflich-theoretischen Grundlagen dürfte verdeutlicht haben, dass und warum sich Antisemitismus als komplexes Phänomen eindeutigen Definitionen und Operationalisierungen entzieht. Diese sind für die empirische Forschung gleichwohl notwendig. Das Spannungsverhältnis zwischen Unmöglichkeit und Notwendigkeit muss im Blick auf die folgende Definition und Operationalisierung bewusst gehalten werden.

Definition des Antisemitismus

Eine in verschiedenen Hinsichten treffende und für die empirische Forschung nutzbare Definition hat unseres Erachtens Helen Fein (1987) entwickelt. Wir fügen in die Wiedergabe Ziffern ein, auf die sich die folgende Einordnung bezieht:

„I propose to define antisemitism (1) as a persisting latent structure of hostile beliefs toward Jews as a collectivity (2) manifested in individuals as attitudes, and in culture as myth, ideology, folklore, and imagery, and in actions - social or legal discrimination, political mobilization



against the Jews, and collective or state violence (3) - which results in and/or is designed to distance, displace, or destroy Jews as Jews. (4) (Herein, it is assumed that Jews are people who are socially labeled as Jews as well as people who identify themselves as Jews, regardless of the basis of ascription).“ (Fein 1987: 67)

(1) Mit der Formulierung ‚latente Struktur‘ wird auf eine Kontinuität im historischen Wandel verwiesen, die wir in der begrifflich-theoretischen Skizze mit Blick auf tradierten, sekundären und israelbezogenen Antisemitismus angesprochen haben (s.o.). Sie stellt auch eine Verbindung zu empirischen Zusammenhängen zwischen diesen Dimensionen her, die sich in Faktoren- und Korrelationsanalysen zeigen (s.u.).

(2) Es werden drei Bereiche – Einstellungen, Kultur und Handlungen - hervorgehoben, in denen sich diese latente Struktur auf unterschiedliche Weise manifestiert. Damit werden auch Möglichkeiten und Grenzen der Einstellungsforschung zu Antisemitismus benannt. Diese kann relevante Erkenntnisse zu *einem* dieser Bereiche liefern, die im wechselseitigen Zusammenhang mit den anderen beiden Bereichen stehen. So kann die Verbreitung von Einstellungen als Hinweis auf eine jeweils vorherrschende Kultur verstanden werden, deren eigenständige Untersuchung aber nicht ersetzen. Ähnliches gilt für Einstellungen und Handlungen. Die Beschreibung von Antisemitismus im Alltag Sachsen-Anhalts (RIAS 2025) bezieht sich auf Handlungen, deren Verhältnis zu den dargestellten Einstellungsbefunden zu klären wäre.

(3) Die negativen Auswirkungen, die Antisemitismus auf Juden: Jüdinnen hat, werden in der Definition mit Blick auf verschiedene Schweregrade hervorgehoben. Zudem wird hierbei betont, dass diese Wirkungen hervorzurufen intendiert sein kann, aber nicht muss. In unserer multi-methodischen Beschreibung und Analyse von Antisemitismus im Berlin-Monitor rekonstruieren wir im qualitativ-subjektwissenschaftlichen Studienteil, wie Juden:Jüdinnen Antisemitismus erfahren (Reimer-Gordinskaya/Tzschiesche 2021) und wie sich dies ins Verhältnis zu den Befunden zu antisemitischen Ressentiments setzen lässt (Pickel et al. 2022). Dies zu tun liegt jenseits der Möglichkeiten dieses Sachsen-Anhalt-Monitors.

(4) Die Definition setzt nicht voraus, wer als Jude zu gelten hat. Sowohl die selbstbestimmte Erklärung der Zugehörigkeit als auch die fremdbestimmte Zuschreibung ist in ihrem Sinne hinreichend. Dem entsprechen die Operationalisierungen der verwendeten Skala.

Schließlich setzt die Definition nicht voraus, welche Ausdrucksformen des Antisemitismus in der quantitativ-statistischen Einstellungsforschung zu berücksichtigen sind. Sie erlaubt es somit, spezifische Skalen zu entwickeln und zu nutzen.

Zur verwendeten Skala des Antisemitismus

In der Befragung des SAM 2025 kamen, zu großen Teilen aufbauend auf bestehenden Erhebungen (Decker et al. 2024), zwölf Items zum Einsatz, die mit fünf Antwortkategorien (stimme stark zu, stimme zu, stimme teils-teils zu, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu) erfasst wurden (Tab. 5.1). Deren konzeptionelle Einbettung und empirische Verankerung wird folgend beschrieben.

Tab. 5.1: Messindikatoren für antisemitische Ressentiments

Tradierter Antisemitismus
Die Juden tragen bleibende Schuld am Tod Jesu.
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit übeln Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.
Die Juden und Jüdinnen haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.
Sekundärer Antisemitismus bzw. Schuldabwehrantisemitismus
Reparationsforderungen an Deutschland nutzen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten.
Die Deutschen sollten einen Schlussstrich unter die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und den Verbrechen an den Juden ziehen.
Israelbezogener Antisemitismus
Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg.
Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbrechen Israels wiegen am schwersten.
Die Gründung Israels war eine schlechte Idee.
„Postkolonialer“ Antisemitismus
Der Nahostkonflikt ist im Grunde ein Konflikt zwischen weißem Kolonialismus und unterdrückten Minderheiten.
„Postkolonialer“ Antisemitismus und antisemitischer Antizionismus?
Israel ist ein Apartheidstaat.
Ohne Israel würde Frieden in Nahost herrschen.

Zum tradierten Antisemitismus wird für den Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 der christliche Antijudaismus mit dem modernen Antisemitismus zusammengefasst. Das Item des Antijudaismus hebt auf ein neutestamentliches, also frühes und zentrales Motiv der christlichen Judenfeindschaft ab, nämlich die Zuschreibung des Gottesmords (Nirenberg 2017: 271). Diese Form des Antisemitismus wird bislang (zu) wenig erforscht; eine aktuelle Studie weist (mit einer vierstufigen Skala) Zustimmungswerte von etwa 12 Prozent sowie eine enge Beziehung zu den üblicherweise als tradiert Antisemitismus untersuchten drei weiteren Items aus (Pickel et al. 2025). Das erste dieser drei Items hebt auf das zentrale



Motiv der Verschwörung (Diner 2016), also der Zuschreibung jüdischer Macht, ab; das zweite Item schreibt Juden eine besondere Hinterhältigkeit in der Verfolgung ihrer Interessen zu. Das dritte Item nimmt Bezug auf Wir-Ihr-Konstruktionen (Holz 2010), wobei die darin vollzogene Ab- und Ausgrenzung von Juden aus der eigenen Gemeinschaft auf deren angebliche Eigenschaften zurückgeführt wird.

Der sekundäre Antisemitismus wird mit zwei Items untersucht, die auf die postnazistisch zentrale Täter-Opfer-Umkehr (Holz/Haury 2021: 85 ff.) abheben. Das erste Item aktualisiert mit dem Wort Reparationsforderungen eine bis in die Gegenwart reichende Folge der Enteignung und des Raubs von jüdischem Eigentum (Graf 2025: 184 ff.). Es unterstellt, dass mit der juristischen Durchsetzung von Ansprüchen auf Reparation nicht dem begangenen Unrecht begegnet wird, sondern dass dies lediglich ein Mittel zur Bereicherung für Personen darstellt, die mittels antisemitischer Chiffren als ‚Juden‘ konstruiert werden. Das zweite Item nimmt die explizite Forderung nach einem ‚Schlussstrich‘ als Ausdruck der tradierten Schuldabwehr auf, also eine spezifisch deutsche Dynamik des postnazistischen Antisemitismus.

Der israelbezogene Antisemitismus wird mit drei Items in den Blick genommen. Sie können zunächst als Ausdruck der drei Indikatoren für Antisemitismus nach Sharansky (2004) - Dämonisierung, doppelte Standards und Delegitimierung – verstanden werden. Sie genügen aber auch weitergehenden begrifflich-theoretischen Bestimmungen von Antisemitismus. So bringt das erste Statement die Anwendung der Täter-Opfer-Umkehr (Holz/Haury 2021: 85 ff.) auf den jüdisch-demokratischen Staat zum Ausdruck: Eine nicht näher, sondern pauschal benannte ‚Politik Israels‘ wird mit den nazistischen Verbrechen an den Juden, also Ausgrenzung, Vertreibung, Zwangsarbeit und Vernichtung, gleichgesetzt. Das zweite Statement konstruiert den jüdisch-demokratischen Staat so wie der nationale Antisemitismus ‚die Juden‘ (Holz 2010: 542 f.). Galten letztere nicht als ein Volk neben anderen, sondern als Gegenvolk aller Völker, wird Israel zum Gegenstaat aller Nationen/Staaten. Das dritte Statement stellt die unter bestimmten historischen Bedingungen erfolgte Staatsgründung Israels hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit und Legitimität in Frage und eignet sich daher als Mittel der antisemitischen Umwegkommunikation (Haury 2024: 43). Der Semantik nach ist es insofern ambivalent, als mit ihm auch eine nicht-antisemitische Problematisierung der Staatsgründung zum Ausdruck gebracht werden könnte. Empirisch lässt sich das Item indes als Element des israelbezogenen Antisemitismus ausweisen (s.u.).

Mit drei weiteren Items kann auf die aktuell diskutierte Frage eingegangen werden, ob sich jüngst eine weitere Ausdrucksform des Antisemitismus ausgebildet hat; sie werden in der empirischen Forschung bislang versuchsweise als ‚postkolonialer Antisemitismus‘ und ‚antisemitischer Antizionismus‘ gefasst (Decker et al. 2024: 62). Dabei gehen wir davon aus, dass nicht der Postkolonialismus als solcher antisemitisch ist (Brumlik 2021), seine

‘Untiefen’ (Gerber 2021) ihn aber, wie zuvor den Antizionismus (Haury 2002), dazu geeignet machen, Antisemitismus zu transportieren.

Ob die konzeptionelle Anlage der Dimensionen der Antisemitismus-Skala auch empirisch trägt, wird folgend geprüft. Dazu wurde eine Faktorenanalyse (Tab. 5.2) durchgeführt, deren Ergebnisse nun dargestellt werden.

Tab. 5.2: Ergebnisse der Faktorenanalyse antisemitischer Statements

Dimension	1	2	3	4
Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg.	,915			
Israel ist ein Apartheidstaat.	,684			
Die Gründung Israels war eine schlechte Idee.	,636			
Ohne Israel würde Frieden in Nahost herrschen.	,586			
Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbrechen Israels wiegen am schwersten.	,564			
Die Juden und Jüdinnen haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	-,862			
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	-,776			
Die Juden tragen bleibende Schuld am Tod Jesu.	-,746			
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	-,695			
Die Deutschen sollten einen Schlussstrich unter die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und den Verbrechen an den Juden ziehen.	,843			
Reparationsforderungen an Deutschland nutzen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten.	,804			
Der Nahostkonflikt ist im Grunde ein Konflikt zwischen weißem Kolonialismus und unterdrückten Minderheiten.	,825			

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse. Rotationsmethode: Oblimin mit Kaiser-Normalisierung; ausgewiesen: Werte der Mustermatrix; n=1007.

Die konzipierten Dimensionen sind in sich weitgehend konsistent. Mit den konzeptionellen Annahmen konvergiert, dass die als tradiert, sekundär und israelbezogenen konzipierten Items jeweils auf einem Faktor laden. Dabei ordnet sich das antijudaistische Item „Die Juden tragen bleibende Schuld am Tod Jesu“ empirisch der Dimension des tradierten Antisemitismus zu. Dies spricht für eine stärkere Kontinuität zwischen christlichen Antijudaismus und modernem Antisemitismus. Auch der als ‚postkolonial‘ konzipierte Antisemitismus lädt auf einem Faktor, allerdings nur für ein Item („Der Nahostkonflikt ist im Grunde ein Konflikt zwischen weißem Kolonialismus und unterdrückten Minderheiten.“). Das in diesem Sinne angedachte zweite Item („Israel ist ein Apartheidstaat“) lädt ebenso wie das als ‚antisemitischer Antizionismus‘ angelegte Item („Ohne Israel würde Frieden in



Nahost herrschen‘) auf demselben Faktor wie die Items, die als israelbezogener Antisemitismus konzipiert sind. Auch wenn diese beiden Items semantisch aus ‚postkolonialen‘ und antizionistischen Diskursen hergeleitet werden können, erweisen sie sich empirisch als Bestandteil der israelbezogenen Ausdrucksform von Antisemitismus. Die Faktorenanalyse zeigt auch, dass die Dimensionen des Antisemitismus konvergierend mit den konzeptionellen Vorannahmen hinreichend verschieden sind. Sie lassen sich nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch voneinander trennen.

Im Zuge der empirischen Prüfung der Skala interessiert auch, inwieweit die Dimensionen miteinander verbunden sind, also bei aller Verschiedenheit auch alle eine gemeinsame Hintergrundvariable haben. Dazu wurden Korrelationen zwischen den Dimensionen berechnet (Tab. 5.3). Für den tradierten Antisemitismus wurden die drei ‚klassischen‘ Items genutzt und der Antijudaismus mit einem Item aus konzeptionellen Gründen abgetrennt. Der sekundäre Antisemitismus umfasst zwei, der israelbezogene fünf und der postkoloniale Antisemitismus ein Item.

Tab. 5.3: Korrelationen der Dimensionen antisemitischer Ressentiments

	Sekundärer AS	Israelbezogener AS	Postkolonialer AS	Antijudaismus
Tradierter AS	+.39**	+.59**	+.34**	+.63**
Sekundärer AS		+.47**	+.22**	+.30**
Israelbezogener AS			+.37**	+.57**
Postkolonialer AS				-.12*

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Pearsons r-Produkt-Moment- Korrelationen; * signifikant bei $p < .05$; ** signifikant bei $p < 0,001$; n=659-935.

Die folgend wiedergegebene Berechnung der Korrelationen zwischen den Dimensionen zeigt, dass die gemessenen Dimensionen, ebenfalls konvergierend mit den konzeptionellen Annahmen, miteinander verbunden sind. Sie alle sagen also etwas über Antisemitismus aus. Eine interessante Ausnahme bildet der negative Zusammenhang zwischen ‚postkoloniale‘ Antisemitismus und Antijudaismus. Dies deutet auf eine deutliche Unterscheidung bei den Trägergruppen hin, die später noch genauer thematisiert wird.

Die stärksten Binnenbeziehungen bestehen zwischen Antijudaismus und tradiertem (+.63**) sowie israelbezogenem (.57**) Antisemitismus. Sehr eng ist der Zusammenhang auch zwischen tradiertem und israelbezogenem (+.59**) sowie sekundärem und israelbezogenem (.47**) Antisemitismus. Markant ist die Beziehung auch zwischen dem tradierten und sekundären (.39**) und postkoloniale (.34**) Antisemitismus. Die empirischen Befunde zeigen, dass die Konzipierung der israelbezogenen und ‚postkoloniale‘ Statements als Ausdruck von Antisemitismus im Unterschied zu nicht-antisemitischer Kritik an israelischer Politik auch empirisch trägt.

Messkonventionen und Interpretation der Befunde

Die empirische Untersuchung von Antisemitismus steht vor zwei weiteren Herausforderungen. Zum einen könnten die konstruierten Items dem ‚Zerfall‘ der kohärenten Ideologie des modernen Antisemitismus in ‚Partikel‘ nicht hinreichend gerecht werden und das antisemitisierende Potenzial (Diner 2019: 259f.) unterschätzen. Zum anderen ist die Äußerung antisemitischer Ressentiments mit Tabus belegt. Inwieweit antisemitisch eingestellte Personen ihre Einstellung nicht oder nicht im tatsächlichen Ausmaß kommunizieren, weil das Tabu für sie in der Interviewsituation präsent ist, wird seit langem und nicht einhellig diskutiert. Wolfgang Bergmann und Rainer Erb (1991) gingen empirisch gestützt davon aus, dass dieses Ausmaß in Umfragen als relativ gering einzuschätzen ist. Zurückhaltender und ebenfalls empirisch gestützt äußert sich Heiko Beyer (2024). In diesem Zusammenhang wird auch der Anteil der Befragten diskutiert, die von der Möglichkeit Gebrauch machen, eine Frage nicht zu beantworten. Dieses Verhalten kann sowohl darauf hindeuten, dass die Befragten mit einer Frage bzw. einem Statement nichts anzufangen wissen oder unsicher sind, als auch darauf, zu vermeiden eine antisemitische Einstellung zum Ausdruck zu bringen. Im SAM 2025 spielt dies eine Rolle und wir kommen darauf zurück.

Vor diesem Hintergrund interpretieren wir die Antworten im Rahmen der verwendeten Likert-Skala wie folgt. Die Skala gibt den Befragten fünf Antwortkategorien vor. Wie in Kapitel 1 bereits erläutert wurde, ist die Skala unipolar ausgerichtet. Demnach ist die zu messende Einstellung auf Stufe 1 („lehne voll und ganz ab“) nicht und ab Stufe 2 in zunehmendem Ausmaß vorhanden. Die dem SAM 2025 zugrundeliegende Messkonvention zählt indes die Stufen 1 und 2 zu den im jeweiligen Sinne nicht-antisemitischen Einstellungen und versucht so zu vermeiden, das antisemitische Potenzial zu über- und das nicht-antisemitische Potenzial zu unterschätzen. Die Stufe 3 (teils, teils) wird als Ausdruck einer latent antisemitischen Einstellung interpretiert; dies entspricht der Logik der Likert-Skala und trägt dem Umstand Rechnung, dass eher antisemitisierende Äußerungen erwartbar sind und dass antisemitische Statements auch in einer Interviewsituation teils nicht offen bzw. eindeutig geäußert werden. Die Stufen 4 und 5 werden im Einklang mit der Logik der Skala als Ausdruck einer manifest antisemitischen Einstellung interpretiert.

5.3 Antisemitismus in Sachsen-Anhalt: Relektüre bisheriger Sachsen-Anhalt Monitore

Die Verbreitung und die Entwicklung antisemitischer Einstellungen in Sachsen-Anhalt lassen sich auf der Basis der bisherigen Landes-Monitore (Holtmann et al. 2007-2020) mit gewissen Einschränkungen beschreiben. Es folgt an dieser Stelle eine Relektüre auf der Basis von Angaben in den Tabellenbänden, die Werte zu allen Antwortkategorien



enthalten. Die Berichte der bisherigen SAM beschränken sich auf die Darstellung der voll und ganz zustimmenden und ablehnenden Antworten. Wir haben zuvor begründet, warum dies aus unserer Sicht zu einer Unterschätzung des antisemitischen und des nicht-antisemitischen Einstellungspotenzials in Sachsen-Anhalt führt. Dies soll folgend anhand der quantitativen Befunde konkretisiert und es soll dabei gezeigt werden, wie das jeweilige Einstellungspotenzial in Sachsen-Anhalt im Rückblick adäquater einzuschätzen ist.

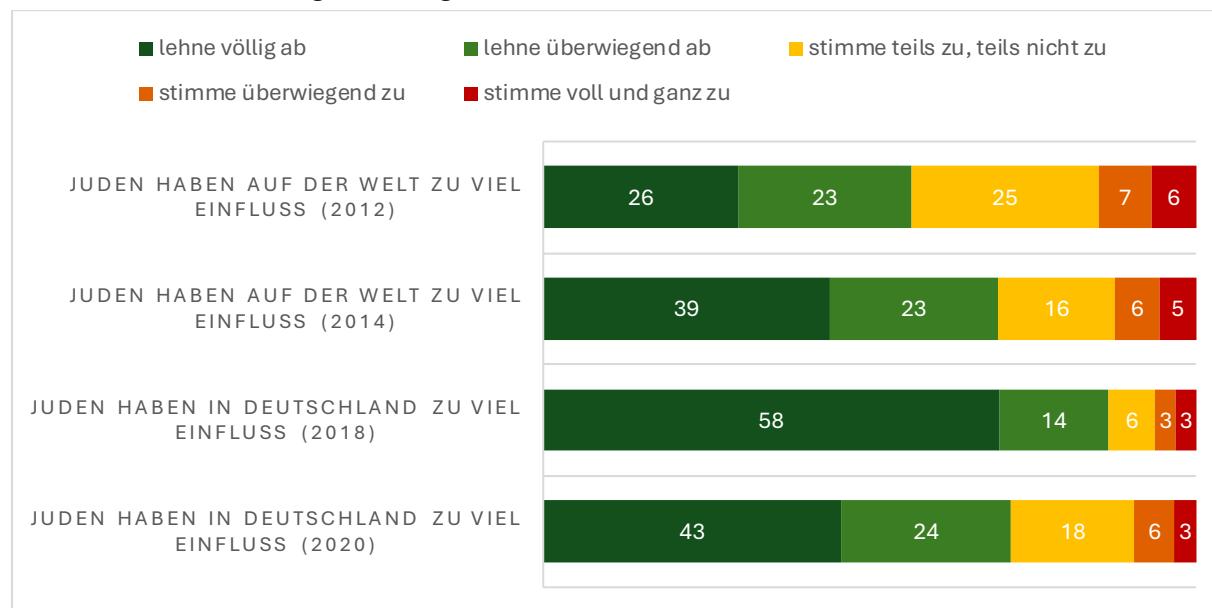
5.3.1 Tradierter Antisemitismus: Zuschreibung jüdischer Macht

Der tradierte Antisemitismus ist im SAM seit 2007 mit einem Item erhoben worden, das auf den angeblichen Einfluss von ‚Juden‘ abhebt. Für die Jahre 2007, 2009 und 2023 stehen zum Zeitpunkt der Verschriftlichung dieses Kapitels keine Tabellenbände zur Verfügung. Für die Einschätzung der mittelfristigen Verbreitung und Entwicklung werden daher die Jahre 2012, 2014, 2018 und 2020 herangezogen. Dabei unterscheidet sich die Semantik des Items, das 2012 und 2014 verwendet wurde, von dem, das 2018 und 2020 genutzt wurde.

Wir betrachten zunächst die Verteilung der Antworten über die fünf Antwortkategorien in den Jahren 2012 bis 2020 (Abb. 5.1).

Die manifest antisemitische Einstellung liegt beim tradierten Antisemitismus in den Jahren zwischen 2012 bis 2020 nicht allein bei jenen 3 bis 6 Prozent vor, die der Aussage ‚voll und ganz‘ zustimmen, sondern auch bei jenen 3 bis 7 Prozent, die ihr ‚überwiegend‘ zustimmen. Demnach ist das tradierte antisemitische Ressentiment in diesem Zeitraum bei 6 bis 13 Prozent der Befragten in manifester Form vorhanden. Hinzu kommen diejenigen, die die Aussage teils ablehnen und ihr teils zustimmen. Das Ausmaß dieser latent antisemitischen Einstellung liegt bei zwischen 6 und 25 Prozent. Summiert beläuft sich das Potenzial des tradierten antisemitischen Ressentiments im betrachteten Zeitraum auf mindestens 12 (2018) und maximal 38 Prozent (2012). Auch das nicht-antisemitische Gesamtpotenzial ist als größer einzuschätzen, als der Anteil derjenigen, die das Statement ‚voll und ganz‘ ablehnen. Dieser Anteil liegt im gesamten Zeitraum mit 26, 29 und 45 Prozent bei überwiegend deutlich unter 50 Prozent der Befragten, lediglich im Jahr 2018 deutlich darüber. Hinzu kommen die überwiegenden Ablehnungen von zwischen 14 und 24 Prozent. Die nicht-antisemitischen Einstellungen summieren sich im betrachteten Zeitraum insgesamt auf mindestens 49 (2012) und maximal 72 Prozent (2018).

Abb. 5.1: Antwortverteilung zur Aussage „Juden haben... zu viel Einfluss“ 2012 - 2020



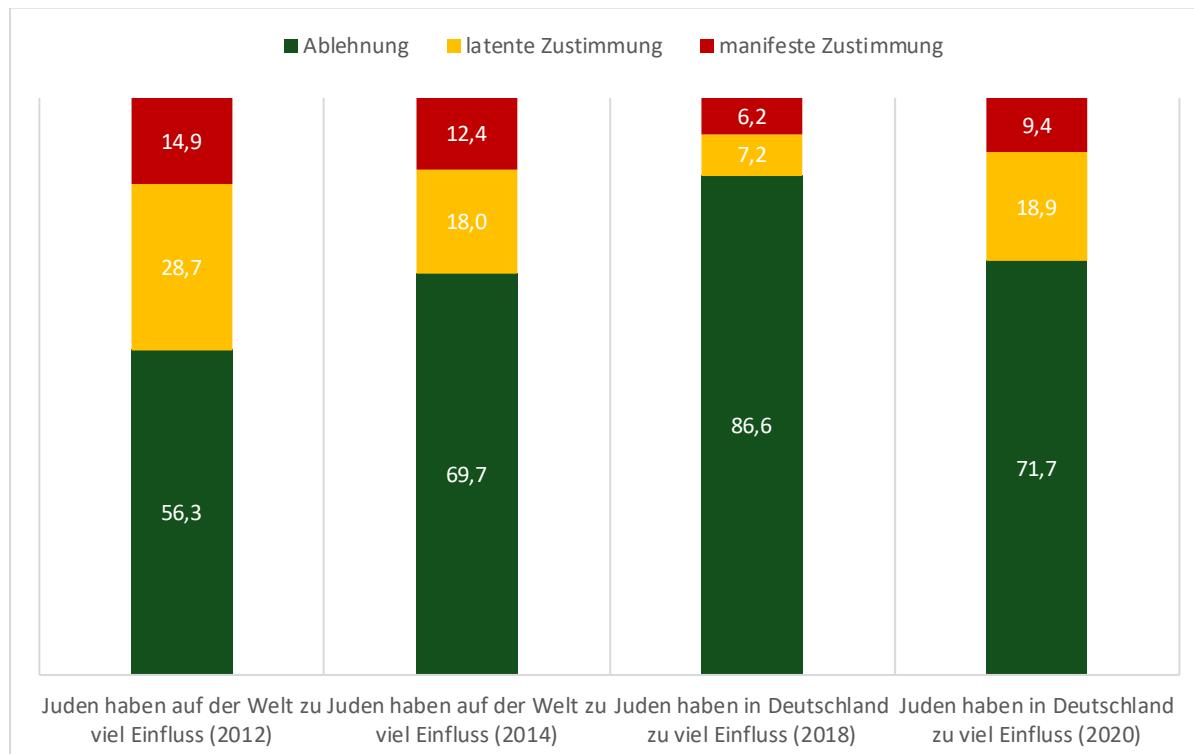
Quelle: Sachsen-Anhalt-Monitor Tabellenband 2012, 2014, 2018, 2020; Angaben in % und gerundet; „keine Antwort“/ „weiß nicht“ nicht dargestellt.

Folgend betrachten wir die validen Werte für die manifest und latent antisemitische sowie die nicht-antisemitische Einstellung mit Blick auf die Bevölkerung Sachsen-Anhalts. Dabei ergibt sich das folgende Bild des Verhältnisses der jeweiligen Potenziale in ihrer Entwicklung (Abb. 5.2).

Das Gesamtpotenzial derjenigen, die tradierten Antisemitismus ablehnen, wuchs zwischen 2012 und 2018 von mehr als der Hälfte (56,3 und 69,7 Prozent) auf deutlich mehr als 80 Prozent der Bevölkerung und sank zuletzt auf mehr als zwei Drittel (71,7 Prozent) ab. Deutlich gesunken ist zwischen 2012 und 2018 auch das latente Potenzial von mehr als jeder vierten (28,7 Prozent) auf etwa jede fünfte (18 Prozent) und schließlich weniger als jede zehnte Person (7,2 Prozent). Zuletzt ist dieser Anteil wieder auf ein knappes Fünftel der Bevölkerung (18,9 Prozent) gestiegen. Der Anteil der manifest tradiert antisematisch Eingestellten an der Bevölkerung sank zwischen 2012 und 2018 von mehr (14,9 und 12,4 Prozent) auf weniger (6,2 Prozent) als jede zehnte Person und stieg zuletzt wieder auf etwa ein Zehntel der Bevölkerung (9,4 Prozent). Das Gesamtpotenzial der tradierten Ausdrucksform des Antisemitismus sank im betrachteten Zeitraum von annähernd jeder zweiten (43,6 Prozent) auf etwa jede siebte Person (13,3 Prozent). Die jüngsten verfügbaren Werte aus dem Jahr 2020 liegen im Mittelfeld. Demnach liegen tradiert antisemitische Einstellungen bei mehr als einem Viertel (28,3 Prozent) vor. Zugleich gehörte eine deutliche Mehrheit von mehr als zwei Dritteln (71,7 Prozent) der Bevölkerung zu dem Gesamtpotenzial, das diesen Antisemitismus ablehnt. Es ist anzumerken, dass das Ausmaß der manifest und latent antisemitischen Einstellung höher und das der nicht-antisemitischen

Einstellung geringer ausfällt, wenn nach dem angeblichen Einfluss von ‚Juden‘ *in der Welt* und nicht *in Deutschland* gefragt wird.

Abb. 5.2: Ablehnung, latente und manifeste Zustimmung zur Aussage „Juden haben... zu viel Einfluss“ 2012 - 2020



Quelle: Sachsen-Anhalt-Monitor Tabellenband 2012, 2014, 2018, 2020; Angaben in %; Verteilung der validen Antworten, „keine Antwort“/ „weiß nicht“ ausgeschlossen.

Die zum Kernbestand des modernen Antisemitismus gehörende Vorstellung von ‚Juden‘ als einer *global* waltenden Macht war demnach vergleichsweise weiter verbreitet und wurde weniger abgelehnt. Wir kommen in der Auswertung der aktuellen Daten aus dem Jahr 2025 darauf zurück.

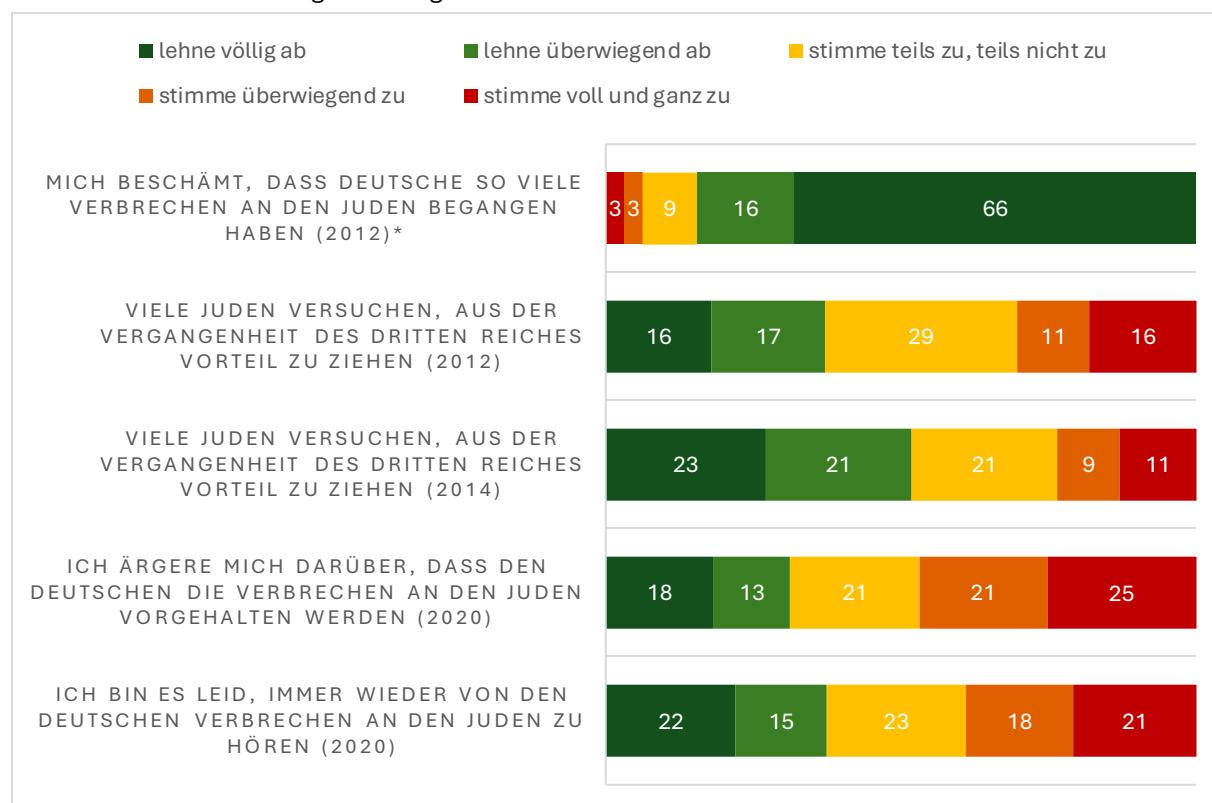
5.3.2 Sekundärer Antisemitismus: Scham und Schuldabwehr

Der sekundäre Antisemitismus ist im SAM in den Jahren 2007 bis 2023 regelmäßig und über diesen Zeitraum hinweg mit einer größeren Bandbreite an Items untersucht worden: 2007, 2009, 2012 mit zwei, 2014 mit einem, 2018 mit vier und 2020 und 2023 mit je drei Items. In die Relektüre können die Jahre 2012, 2014, 2018 und 2020 einbezogen werden. Für die anderen Jahre liegen zum Zeitpunkt der Verschriftlichung keine Tabellenbände vor.

Mit Blick auf die bereits diskutierten Dynamiken des sekundären Antisemitismus (Täter-Opfer-Umkehr, Schuldabwehr) ist als Ausgangspunkt die Kombination der zwei Items im Jahr 2012 aufschlussreich (Abb. 5.3). Das erste Statement ist umgekehrt gepolt und fragt nach dem persönlichen Empfinden von Scham über ‚die von Deutschen begangenen

Verbrechen an den Juden‘. Hier antworten 82 Prozent, dass sie dem überwiegend oder voll und ganz zustimmen. Für 66 Prozent gilt dieses Empfinden uneingeschränkt, für weitere 16 Prozent überwiegend. Für 6 Prozent gilt dies überwiegend oder gar nicht und für weitere 9 Prozent teils nicht.

Abb. 5.3: Antwortverteilung zu Aussagen des Sekundären Antisemitismus 2012-2020



Quelle: Sachsen-Anhalt Monitor Tabellenband 2012, 2014, 2020; Angaben in % und gerundet; „keine Antwort“/ „weiß nicht“ nicht dargestellt; *Die Aussage „Mich beschämt...“ ist umgekehrt gepolt; grün markiert sind Antworten, die auf eine nicht-antisemitische Einstellung verweisen, gelb, orange und rot sind Antworten markiert, die auf eine latent oder manifest antisemitische Einstellung verweisen.

Auf den ersten Blick könnte dieser Befund als verbreitete Anerkennung der von Deutschen initiierten und umgesetzten Ausgrenzung, Arisierung, Zwangsarbeit und Massenvernichtung verstanden werden. Der Anteil der Generation der Täter und Mitläufer, die Scham im Sinne einer affektiven Reaktion auf eigene Schuld empfinden könnten, ist im Jahr 2012 allerdings bereits relativ gering. Die hohe Zustimmungsrate könnte daher als Hinweis auf die meist in qualitativen Studien aufgezeigte transgenerationale Tradierung von Scham und Schuld (Rosenthal 1999, Moré 2023) verstanden werden. Dieses Empfinden anerkennt zwar die Verbrechen, immunisiert aber nicht gegen Antisemitismus. Vielmehr scheint es mit Variationen der Täter-Opfer-Umkehr einherzugehen. Darauf deutet zum einen, dass im selben Jahr 27 Prozent manifest und 29 Prozent latent Juden nicht etwa zu billigen, sich für ihre Rechte auf Restitution oder Entschädigung einzusetzen; vielmehr unterstellen 11 Prozent überwiegend und 16 Prozent ihnen voll und ganz, ‚Vorteile aus der



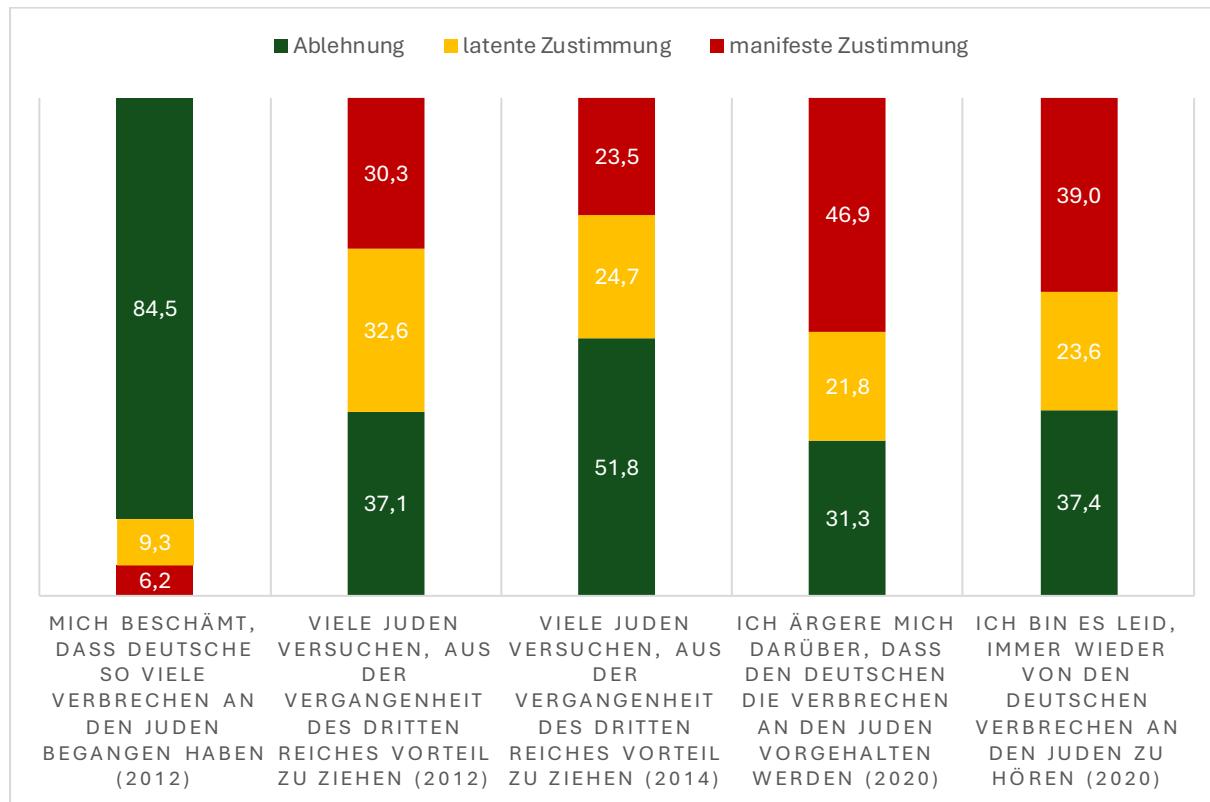
Vergangenheit des Dritten Reichs zu ziehen‘. 2014 sind diese Werte auf einen immer noch hohen Sockel von 20 Prozent manifest und 21 Prozent latent gesunken. Zum anderen ist, wie die Werte für 2020 zeigen, die Thematisierung von Verbrechen affektiv negativ besetzt: 46 Prozent empfinden es so, als ob ‚den Deutschen die Verbrechen an den Juden vorgehalten‘ würden und ‚ärgern‘ sich voll und ganz (25 Prozent) bzw. überwiegend (21 Prozent) darüber. Bei weiteren 21 Prozent liegen solche Affekte teils vor. Die Befunde deuten auf die Virulenz einer spezifisch deutschen Dynamik des postnazistischen Antisemitismus: die auch intergenerational tradierte Kombination aus Scham- und Schuldempfinden und Abwehr der Auseinandersetzung mit deutschen Verbrechen (Kiess et al. 2020: 220). Die implizite Anerkennung der Verbrechen geht auch damit einher, ihre geschichtlichen und gegenwärtigen Folgen ausblenden zu wollen. Darauf deuten die 39 Prozent, die voll und ganz (21 Prozent) bzw. überwiegend (18 Prozent) zustimmen ‚es leid zu sein‘ von ‚den deutschen Verbrechen zu hören‘, weitere 23 Prozent tun dies teils. Umgekehrt gibt es auch jeweils einen Anteil von Antworten, die darauf hindeuten, dass das Empfinden von Scham und Schuld angesichts ‚deutscher Verbrechen an Juden‘ *nicht* mit sekundärem Antisemitismus einhergeht. Darauf könnten jene 16 Prozent hinweisen, die im Jahr 2012 die Unterstellung, Juden würden ‚Vorteile aus der Vergangenheit des Dritten Reichs‘ ziehen voll und ganz ablehnen. Weitere 17 Prozent tun dies überwiegend. 2014 steigen diese Werte leicht. 2020 geben 18 Prozent zu verstehen, dass sie keinerlei Ärger angesichts von - den Deutschen angeblich ‚vorgehaltenen‘ - Verbrechen verspüren, 13 Prozent tun dies überwiegend. Schließlich gilt im Jahr 2020 für 22 Prozent gar nicht bzw. 15 Prozent überwiegend nicht, es ‚leid zu sein‘ von ‚deutschen Verbrechen an den Juden zu hören‘.

Zur Entwicklung lassen sich auch mit Einschränkungen auf der Basis dieser und weiterer Items keine verlässlichen Aussagen machen. Erwartungsgemäß ist dieser postnazistische Antisemitismus allerdings weiter verbreitet als der tradierte (s.o.) und israelbezogene (s.u.). An sich lässt sich diese Differenz schon im Vergleich der Anteile derjenigen, die voll und ganz zustimmen oder ablehnen, ablesen. Zieht man die anderen Antwortkategorien in die Betrachtung ein, ergibt sich indes ein klareres Gesamtbild der antisemitischen und nicht-antisemitischen Potenziale mit Blick auf die Bevölkerung Sachsen-Anhalts (Abb. 5.4). Allein die manifest antisemitische Einstellung liegt beim Schuldabwehrantisemitismus im betrachteten Zeitraum bei Werten zwischen 23,5 und 46,9 Prozent, ist also bei mehr als einem Fünftel bis zu nahezu der Hälfte der Bevölkerung vorhanden. In latenter Form liegt er bei zwischen 21,8 und 32,6 Prozent vor, also bei einem Fünftel bis zu einem Drittel der Bevölkerung.

Das Gesamtpotenzial beläuft sich in dieser Zeit demnach auf Werte zwischen 48,2 (2012) und 68,7 (2020) Prozent. Das entspricht einem Anteil von der Hälfte bis zu zwei Dritteln der Bevölkerung. Der sekundäre bzw. Schuldabwehrantisemitismus ist die einzige Ausdrucksform, bei der diejenigen, die völlig oder überwiegend ablehnend antworten, über

die betrachtete Zeit summiert, meist und mit Anteilen zwischen 31,3 (2020) bzw. 37,4 (2020) und 37,1 Prozent deutlich in der Minderheit sind.

Abb. 5.4: Ablehnung, latente und manifeste Zustimmung zu Aussagen des Sekundären Antisemitismus 2012-2020



Quelle: Sachsen-Anhalt-Monitor Tabellenband 2012, 2014, 2020; die Verteilung basiert ausschließlich auf validen Antworten; „keine Antwort“ / „weiß nicht“ ausgeschlossen; *Die Aussage „Mich beschämt...“ ist umgekehrt gepolt; grün markiert sind Antworten, die auf eine nicht antisemitische Einstellung verweisen, orange und rot sind Antworten markiert, die auf eine latent und manifest antisemitische Einstellung verweisen.

Nur 2014 überwog der Anteil der in diesem Sinne nicht antisemitisch Eingestellten mit 51,8 Prozent an der Bevölkerung den der latent und manifest sekundär antisemitisch Eingestellten leicht.

5.3.3 Israelbezogener Antisemitismus im Vergleich und als Umwegkommunikation

Der israelbezogene Antisemitismus wurde im SAM im Jahr 2020 erstmals und auch 2023 mit zwei Items erhoben. Sie heben darauf ab, dass ‚die israelische Politik‘ bzw. ‚die Politik, die Israel macht‘, pauschalisierend gefasst und negativ bewertet wird, was eine negative emotionale Haltung zu ‚Juden‘ insgesamt nach sich ziehen kann. Dabei wird einmal danach gefragt, ob die Befragten einen solchen Zusammenhang *für sich selbstbejahen* oder verneinen; einmal werden sie gefragt, ob sie Verständnis dafür äußern, wenn ein

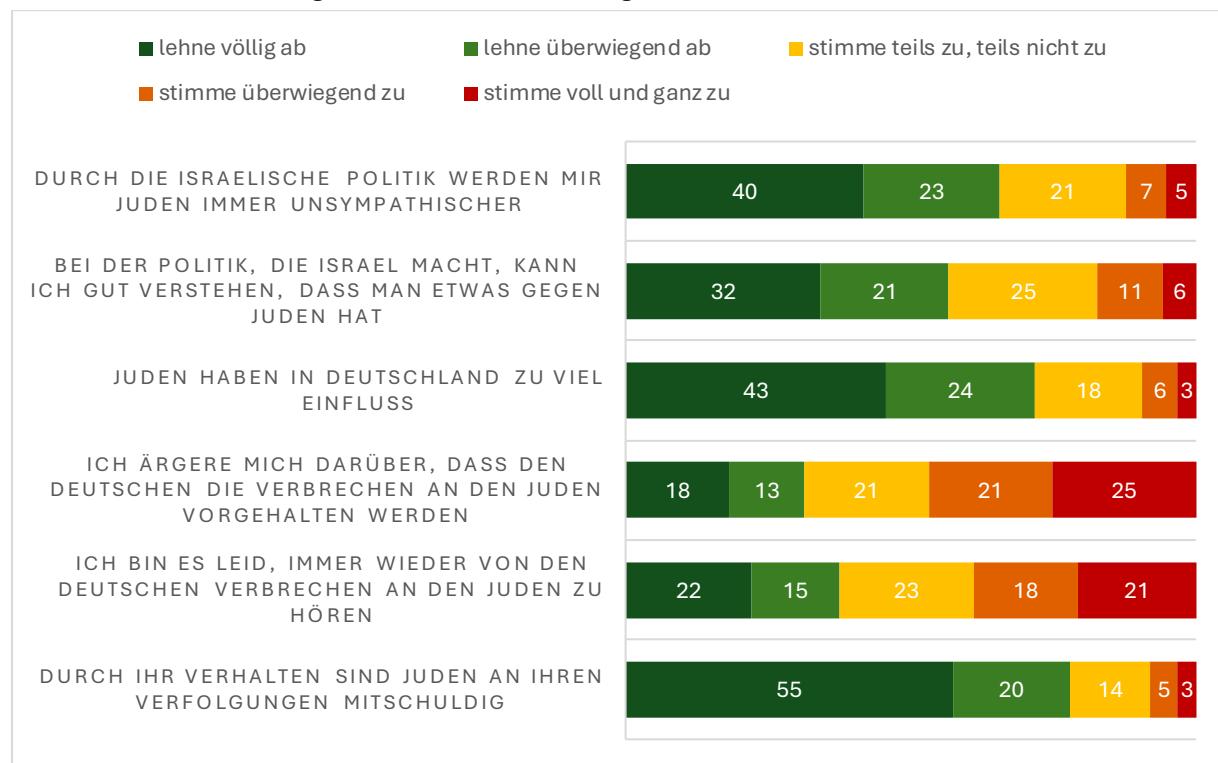


generalisiertes ‚man‘ einen solchen Zusammenhang herstellt. Hier liegt zum Zeitpunkt der Verschriftlichung ein Tabellenband für 2020 vor. Wir stellen den israelbezogenen Antisemitismus abschließend im Zusammenhang mit den anderen Ausdrucksformen – sekundärem und tradiertem Antisemitismus – aus diesem Jahr vor.

Erwartungskonform liegen die Zustimmungsraten zum israelbezogenen Antisemitismus im Vergleich zum tradierten und sekundären im ‚Mittelfeld‘. Dies war bereits an den in den letzten Jahren berichteten Randwerten – voll und ganz ablehnende und zustimmende Antworten – abzulesen und entspricht anderen Erhebungen (Kiess et al. 2022; Decker et al. 2024). Bleibt der Blick auf diese Ränder begrenzt, wird das Ausmaß der israelbezogen antisemitischen und nicht antisemitischen Einstellungen allerdings wiederum unterschätzt. Dies zeigt der Blick auf die Verteilung der Befunde zu den antisemitischen Statements über die fünf Antwortkategorien (Abb. 5.5).

Rund 12 Prozent der Befragten bejahen im Jahr 2020 für sich persönlich voll und ganz (5 Prozent) bzw. überwiegend (7 Prozent), dass eine pauschalisierend-negative Wahrnehmung israelischer Politik ihre Haltung zu ‚Juden‘ negativ beeinflusst. Etwas mehr, nämlich 17 Prozent, äußern volles (6 Prozent) oder überwiegendes (11 Prozent) Verständnis dafür, wenn ‚man‘ einen solchen Zusammenhang herstellt. Diejenigen, die in diesem Sinne teilweise zustimmen, summieren sich auf 21 (persönlich) bzw. 25 („man“) Prozent. Die voll und ganz ablehnenden Antworten liegen bei 40 (persönlich) und 32 Prozent, hinzu kommen jene 23 bzw. 24 Prozent („man“), die das Statement überwiegend ablehnen. Dabei fällt die Diskrepanz zu der Antwortverteilung zu dem Statement, das eine Mitschuld von Juden an ihrer Verfolgung unterstellt, auf. Explizit stimmen dem mit 3 und 5 Prozent nur sehr wenige voll und ganz bzw. überwiegend zu. Immerhin 14 Prozent stimmen teils zu, aber ein sehr großer Anteil von 55 Prozent lehnt diese Unterstellung voll und ganz ab und weitere 20 Prozent tun dies überwiegend. Diese Diskrepanz verdeutlicht, dass die israelbezogenen Statements u.a. als Mittel der Umwegkommunikation antisemitischer Ressentiments genutzt werden. Die Befunde zu den weiteren antisemitischen Statements wurden bereits berichtet.

Abb. 5.5: Antwortverteilung zu antisemitischen Aussagen SAM 2020

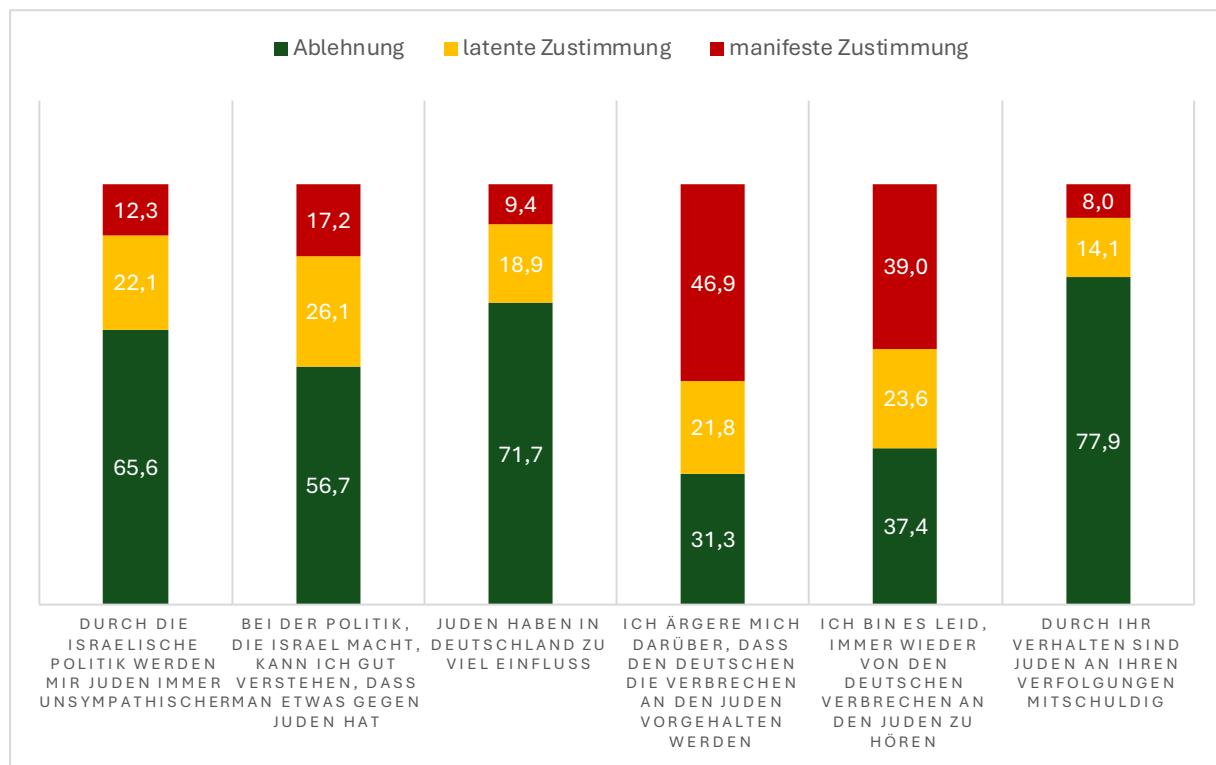


Quelle: Sachsen-Anhalt-Monitor Tabellenband 2020; Angaben in % und gerundet; „keine Antwort“/ „weiß nicht“ nicht dargestellt.

Wir wenden uns nun abschließend auf der Basis der validen Antworten der Frage zu, wie die Gesamtpotenziale der Ablehnung sowie der latenten und manifesten Zustimmung zu israelbezogenem Antisemitismus im Vergleich zu den anderen Ausdrucksformen im Jahr 2020 einzuschätzen sind (Abb. 5.6).

Bezogen auf die Bevölkerung Sachsen-Anhalts ist im Vergleich der verschiedenen Ausdrucksformen ein deutliches Muster erkennbar: Der israelbezogene Antisemitismus findet manifest mehr Zustimmung als der tradierte und weniger als der sekundäre. Er liegt manifest bei mehr als jeder zehnten (12,3 Prozent) bzw. sechsten (17,2 Prozent) Person vor. In latenter Form liegt er teils bei einem Fünftel (22,1 Prozent) vor (persönlich), ähnlich dem tradierten und sekundären, teils liegt er mit einem Viertel (26,1 Prozent) („man“) der Bevölkerung über den Werten für die anderen beiden Ausdrucksformen. Deutliche Unterschiede lassen sich auch beim Anteil derjenigen erkennen, die Antisemitismus ablehnen. Beim israelbezogenen Antisemitismus sind es deutlich mehr als die Hälfte (56,7 Prozent) bzw. fast zwei Drittel (65,6 Prozent), aber diese Mehrheit ist nicht so groß wie beim tradierten Antisemitismus (71,7 Prozent). Den Schuldwehrantisemitismus lehnt lediglich eine Minderheit von einem knappen (31,3 Prozent) bzw. guten Drittel (37,4 Prozent) ab, während sehr große Anteile sekundär antisemitische Ressentiments in manifester (39 bzw. 46,9 Prozent) Form zeigen, ein weiteres Fünftel (21,8 bzw. 23,6 Prozent) latent.

Abb. 5.6: Ablehnung, latente und manifeste Zustimmung zu antisemitischen Aussagen SAM 2020



Quelle: Sachsen-Anhalt-Monitor Tabellenband 2020; Angaben in % und auf der Basis der validen Antworten; „keine Antwort“/ „weiß nicht“ ausgeschlossen.

5.3.4 Zwischenfazit: Rückblick aufs Verhältnis der antisemitischen und nicht-antisemitischen Einstellungen in Sachsen-Anhalt

Die Gesamtpotenziale der antisemitischen und nicht antisemitischen Einstellung sind in Sachsen-Anhalt jeweils größer, als der Blick auf die Ränder derjenigen, die voll und ganz zustimmen oder ablehnen, verrät. Dabei sank das Ausmaß tradiert antisemitischer Einstellungen zwischen 2012 und 2018 und stieg dann wieder an; umgekehrt stieg das nicht-antisemitische Potenzial an und fiel dann ab.

Orientiert man sich an den Werten aus 2020, die im Mittelfeld der in diesem Zeitraum gemessenen Werte liegen, gilt: Ein knappes Zehntel der Bevölkerung zeigt eine manifeste und knapp 20 Prozent eine latente tradiert antisemitische Einstellung. Diesem tradiert antisemitischen Gesamtpotenzial von etwas weniger als einem Drittel der Bevölkerung steht eine Mehrheit von deutlich mehr als zwei Dritteln mit einer diesbezüglich nicht-antisemitischen Einstellung gegenüber.

Weiter verbreitet ist der israelbezogene Antisemitismus. Er liegt manifest im Jahr 2020 bei mehr als jeder zehnten bzw. sechsten Person in Sachsen-Anhalt vor, latent bei mehr als einem Fünftel bzw. einem Viertel der Bevölkerung. Das diesbezügliche antisemitische Gesamtpotenzial entspricht mit 34,4 bzw. 43,3 Prozent einem Drittel bzw. noch deutlich weniger als der Hälfte der Bevölkerung. Eine Mehrheit von deutlich mehr als der Hälfte

bzw. knapp zwei Dritteln der Bevölkerung Sachsen-Anhalts war diesbezüglich nicht antisemitisch eingestellt.

Am weitesten verbreitet war der sekundäre bzw. Schuldabwehrantisemitismus. Deutlich mehr als ein Drittel bzw. nicht viel weniger als die Hälfte zeigte im Jahr 2020 eine manifeste sekundär-antisemitische Einstellung. Mehr als ein Fünftel tat dies in latenter Form. Diesem Gesamtpotenzial von rund zwei Dritteln der Bevölkerung stand eine Minderheit von einem Drittel mit einer diesbezüglich nicht antisemitischen Einstellung gegenüber. Die diesbezüglich nicht antisemitisch Eingestellten stellten im betrachteten Zeitraum zwischen 2012 und 2020 lediglich einmal, im Jahr 2014, etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung.

Es lässt sich im Rückblick auf die bisherigen Befunde zu antisemitischen und nicht-antisemitischen Einstellungen in Sachsen-Anhalt mit Blick auf die jeweiligen Gesamtpotenziale festhalten: Selbst der tradierte Antisemitismus, der am stärksten ‚zerfallen‘ und mit einem deutlichen Tabu belegt sein dürfte, war mit einem knappen Drittel bei keinem kleinen Teil der Bevölkerung virulent; zugleich wird er am stabilsten von mehr als der Hälfte und bis zu weit mehr als zwei Dritteln abgelehnt. Beim israelbezogenen Antisemitismus fällt dieses Verhältnis nicht ganz so deutlich, aber zugunsten einer diesbezüglich nicht antisemitischen Mehrheit von etwa einem Drittel zu zwei Dritteln bzw. deutlich weniger und deutlich mehr als der Hälfte der Bevölkerung aus. Beim sekundären Antisemitismus kehrt sich dieses Verhältnis tendenziell um; die Dynamik des Schuldabwehrantisemitismus ist im betrachteten Zeitraum bei bis zu zwei Dritteln der Bevölkerung virulent gewesen, während das diesbezüglich nicht-antisemitisch eingestellte Gesamtpotenzial lediglich in einem Jahr etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellte.

Auf der Basis dieser Relektüre der bisherigen SAM-Befunden zu antisemitischen und nicht-antisemitischen Einstellungen in Sachsen-Anhalt kann folgend u.a. betrachtet werden, wie sich dieses Verhältnis aktuell, im Jahr 2025, darstellt.

5.4 Antisemitismus in Sachsen-Anhalt im Jahr 2025

Im Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 wurde Antisemitismus umfassender als zuvor erhoben. Der tradierte Antisemitismus wurde mit drei, der sekundäre Antisemitismus mit zwei und der israelbezogene Antisemitismus mit drei Items untersucht. Hinzu kamen Items, mit denen antijudaistische, postkoloniale und antizionistische Ausdrucksformen näher betrachtet werden sollten. Empirisch haben sich, wie die eingangs des Kapitels vorgestellte Faktorenanalyse zeigt, vier Dimensionen erhärtet (tradierter, sekundärer, israelbezogener und ‚postkolonialer‘ Antisemitismus). Auf dieser Grundlage ist nicht nur eine umfassendere, sondern auch eine differenziertere Kartierung antisemitischer Ressentiments in Sachsen-Anhalt möglich. Eine besondere Dringlichkeit der vertieften Befassung mit Antisemitismus ergibt sich aktuell daraus, dass dieser sich infolge des Angriffs der



terroristischen Hamas und Verbündeter vom 7. Oktober 2023 bundesweit (RIAS Bundesverband 2025, Gruber et al. 2023) und global (ADL 2025) in einem erheblich gesteigerten Ausmaß zeigt. Für die jüdischen Gemeinschaften bedeutet dies eine große Belastung und ernste Bedrohung (Zentralrat der Juden in Deutschland 2024). Wir gehen zunächst auf die Verbreitung antisemitischer Ressentiments ein, stellen anschließend ihre Verteilung in verschiedenen Gruppen dar und betrachten mögliche Ursachen.

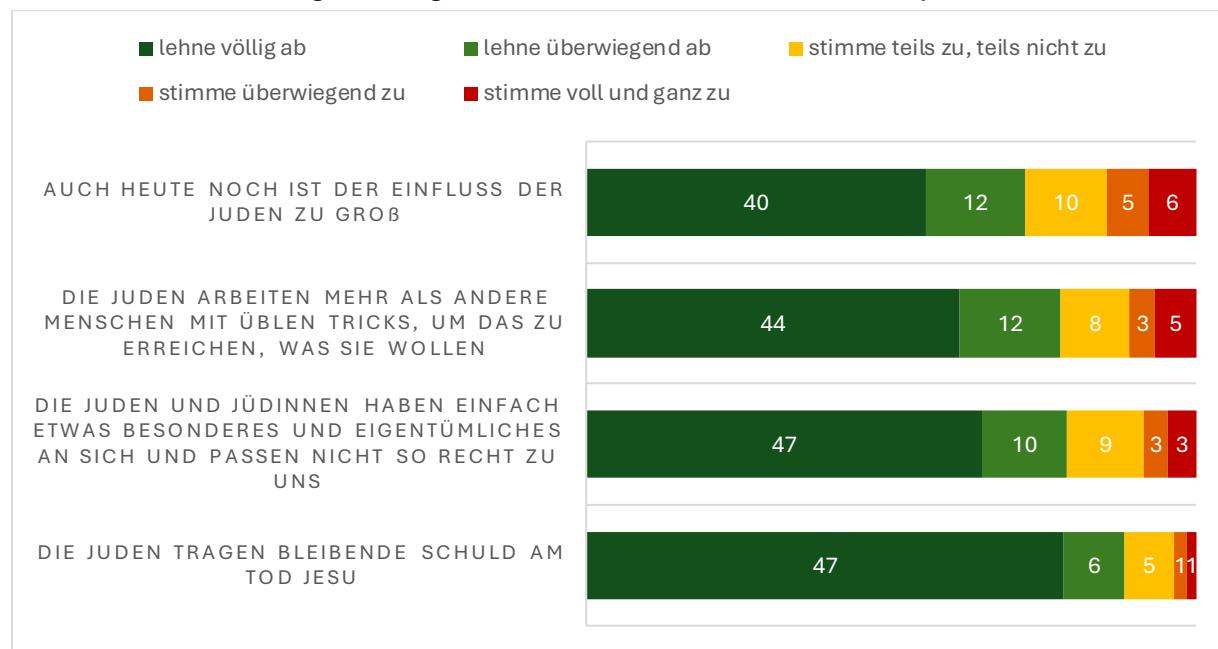
5.4.1 Verbreitung antisemitischer Ressentiments in Sachsen-Anhalt 2025

In den folgenden Abschnitten berichten wir die Verbreitung antisemitischer Ressentiments zunächst entlang der konzeptionell und empirisch fundierten Dimensionen der verwendeten Antisemitismus-Skala. Abschließend berichten wir die Befunde zu den als ‚postkolonialer‘ Antisemitismus sowie antisemitischer Antizionismus konzipierten Items, die sich empirisch als weitere Facetten des israelbezogenen Antisemitismus erwiesen haben.

Tradierter Antisemitismus: Beachtliche Zustimmung, deutlich mehrheitliche Ablehnung

Der tradierte Antisemitismus ist mit drei Items erhoben worden, die auf wesentliche Facetten des modernen Antisemitismus abheben (Abb. 5.7). Die Vorstellung und Zuschreibung, ‚auch heute‘ sei ‚der Einfluss der Juden zu groß‘, nimmt Bezug darauf, dass die unverstandene Komplexität der Moderne auf das Wirken einer kleinen, machtvollen Gruppe – ‚Juden‘ – zurückgeführt wird. Voll und ganz stimmen dem 6 Prozent zu, 5 Prozent überwiegend. In manifester Form liegt diese Einstellung demnach bei 11 Prozent der Befragten vor. Hinzu kommen jene 10 Prozent, die teils (nicht) zustimmen und demnach eine diesbezüglich latent antisemitische Einstellung zeigen. Dass ‚Juden‘ angeblich ‚mehr als andere Menschen mit übeln Tricks arbeiten, um das zu erreichen, was sie wollen‘, unterstellt ihnen kollektiv eine besondere Hinterhältigkeit in der Verfolgung von Interessen. Dieses Motiv zeigt sich etwa umgangssprachlich in der abwertenden Verwendung von Wörtern, die im Jiddischen eine neutrale Bedeutung haben (mauscheln, schachern) (Steinke 2020: 28 f). 5 Prozent der Befragten stimmen diesem Statement voll und ganz und 3 Prozent überwiegend zu. Demnach liegt bei 8 Prozent der Befragten eine diesbezüglich manifest antisemitische Einstellung vor. In latenter Form bringen sie jene 8 Prozent zum Ausdruck, die teils (nicht) zustimmen. Das Statement, ‚Juden‘ hätten ‚einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns‘, hebt auf eine Markierung von Differenz ab. Dabei wird das ‚Wir‘ durch den Gegensatz zu ‚Juden‘ zugeschriebenen Eigenschaften konstituiert. Ihm stimmen 3 Prozent voll und ganz zu, weitere 3 Prozent überwiegend. Eine manifest antisemitische Einstellung zeigen demnach 6 Prozent der Befragten. In latenter Form liegt sie bei den 9 Prozent vor, die teils (nicht) zustimmen.

Abb. 5.7: Antwortverteilung zu Aussagen des tradierten Antisemitismus und Antijudaismus



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt Monitor 2025; Angaben in % und gerundet; „keine Antwort“/ „weiß nicht“ nicht dargestellt; n = 1101.

Mit dem Item, das ‚Judens‘ eine ‚bleibende Schuld am Tod Jesu‘ zuschreibt, wird ein vor-modernes und in der Moderne tradiertes Motiv des christlichen Antijudaismus aufgenommen. Ihm stimmen 1 Prozent voll und ganz und 1 Prozent überwiegend zu. Somit liegt bei nur 2 Prozent eine in diesem Sinne manifest antisemitische Einstellung vor. Weitere 5 Prozent stimmen teils (nicht) zu und zeigen demnach eine diesbezüglich latent antisemiti-sche Einstellung. In den Erläuterungen zu den Grundlagen dieses Kapitels haben wir be-reits darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit, auf ein Statement nicht mit einer der fünf Antwortmöglichkeiten zu reagieren, unterschiedlich interpretiert wird. In der Stichprobe des SAM 2025 fällt auf, dass ein recht großer Anteil der Befragten im Zusammenhang mit Statements der Antisemitismus-Skala mit ‚weiß nicht‘ geantwortet hat oder ‚keine Ant-wort‘ gegeben hat.

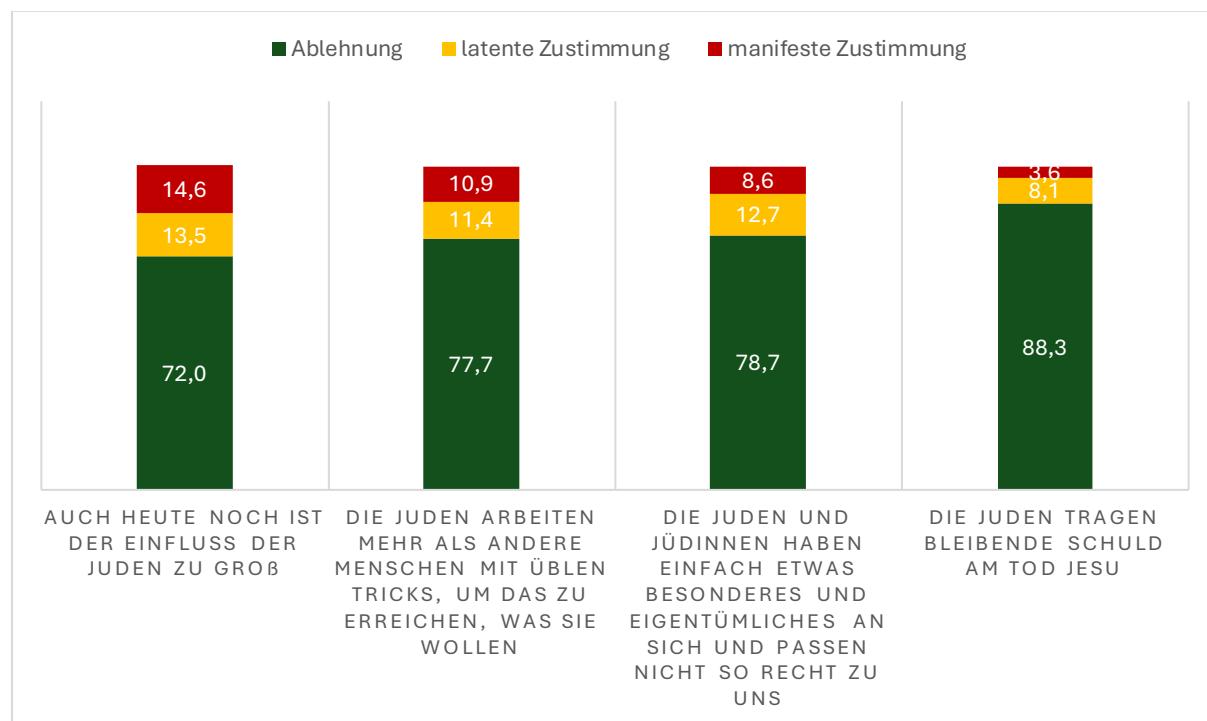
Das für diese (Abb. 5.8) und die weiteren Dimensionen dieser Skala jeweils dargestellte Potenzial der antisemitischen und nicht-antisemitischen Einstellungen beruht jeweils auf den validen Werten. Ob dabei das eine oder andere Potenzial über- oder unterschätzt wird, lässt sich hier nicht eindeutig klären. Denn wie bereits erläutert wurde, sehen die einen in den nicht validen Antworten einen Indikator dafür, dass eine eigentlich antisemiti-sche Einstellung aus Gründen der Konformität mit sozialen Normen nicht geäußert wird; die anderen verstehen das entsprechende Verhalten als Ausdruck von Unsicherheit (Bergmann/Erb 1991, Beyer 2024).

Das Gesamtpotenzial des tradierten Antisemitismus aus manifester und latenter Einstel-lung beläuft sich auf 28,1 Prozent (,Einfluss‘), 22,3 Prozent (,Tricks‘) und 21,3 Prozent



(‘Eigentümliches’). Bezogen auf die Bevölkerung entspricht dies einem Anteil von mehr als einem Fünftel bis zu mehr als einem Viertel. Das Gesamtpotenzial des tradierten christlichen Antijudaismus liegt mit 11,7 Prozent bei etwas mehr als jeder zehnten Person vor. Zugleich wird der tradierte Antisemitismus von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt voll und ganz abgelehnt. Dies gilt mit Blick auf die Machtprojektion (‘Einfluss’) für 55,8 Prozent, die Zuschreibung von Hinterhältigkeit (‘Tricks’) für 61,1 Prozent und die Differenzkonstruktion (‘Eigentümliches’) für 64,9 Prozent. Hinzu kommen jene, die die jeweiligen Statements überwiegend ablehnen. Insgesamt beläuft sich das Potenzial derjenigen mit nicht-antisemitischer Einstellung auf 72 (‘Einfluss’), 77,7 (‘Tricks’) und 78,7 (‘Eigentümliches’) Prozent. Dies entspricht einem Anteil von um die drei Viertel der Bevölkerung. Beim Antijudaismus liegt dieser Anteil nochmals höher: 78,4 Prozent lehnen das darauf bezogene Statement voll und ganz ab, weitere 9,9 Prozent überwiegend.

Abb. 5.8: Ablehnung, latente und manifeste Zustimmung zu Aussagen des tradierten Antisemitismus und Antijudaismus



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in %; die Verteilung basiert auf validen Antworten; „keine Antwort“/ „weiß nicht“ ausgeschlossen; n = 656-804.

Das Gesamtpotenzial der nicht-antisemitischen Einstellung liegt demnach beim Antijudaismus bei fast 90 Prozent der Bevölkerung.

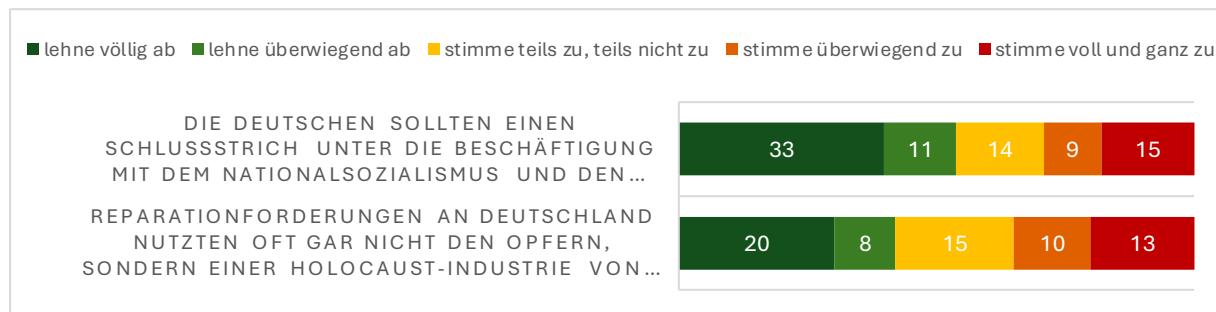
Das auf die Bevölkerung bezogene Verhältnis von (manifest und latent) antisemitischen und nicht antisemitischen Einstellungen fällt beim tradierten Antisemitismus demnach zugunsten einer sehr deutlichen bis überdeutlichen Mehrheit der letzteren aus.

Sekundärer Antisemitismus: Große Zustimmung, keine durchgängig mehrheitliche Ablehnung

Der sekundäre Antisemitismus ist mit zwei Items erhoben worden, die auf verschiedene Facetten der postnazistischen Täter-Opfer-Umkehr bzw. der spezifisch deutschen Schuldabwehr-Dynamik abheben.

Wir betrachten zunächst die Verteilung über die fünf Antwortkategorien unter den Befragten (Abb. 5.9). Zum einen kam ein Statement mit der Forderung zum Einsatz, dass ‚Die Deutschen einen Schlussstrich unter die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und den Verbrechen an den Juden ziehen sollten‘. Damit wird die handlungsbezogene Komponente der Schuldabwehr fokussiert, die in den bislang im SAM genutzten Items nur implizit war, wie in der Relektüre der bisherigen Befunde zum sekundären Antisemitismus in Sachsen-Anhalt gezeigt wurde. Das Ausmaß der diesbezüglich manifest antisemitischen Einstellung liegt bei 24 Prozent der Befragten, darunter 15 Prozent, die dem Statement voll und ganz zustimmen, und 10 Prozent, die dies überwiegend tun. Weitere 14 Prozent stimmen teils (nicht) zu und bilden den Anteil derjenigen mit einer latent sekundär antisemitischen Einstellung. Zum anderen wurde ein Item genutzt, das die in früheren SAM eingesetzten Statements der Täter-Opfer-Umkehr mit antisemitischen („Holocaust-Industrie“, „findige Anwälte“) Chiffren zusetzt. Die manifest sekundär antisemitische Einstellung liegt hier bei 23 Prozent der Befragten vor, darunter 13 Prozent, die voll und ganz zustimmen und 10 Prozent, die dies überwiegend tun. Weitere 15 Prozent stimmen teils (nicht) zu und machen den Anteil der diesbezüglich latent antisemitisch Eingestellten aus.

Abb. 5.9: Antwortverteilung zu Aussagen des sekundären Antisemitismus



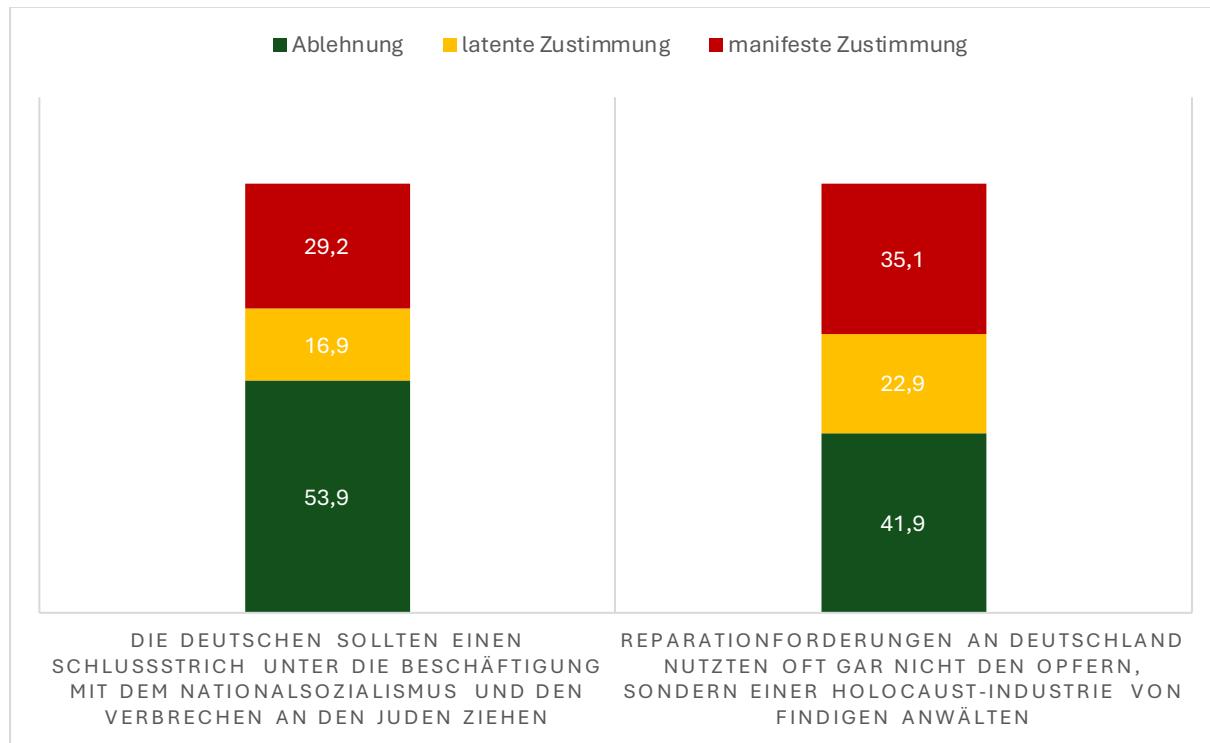
Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in % und gerundet; „keine Antwort“/ „weiß nicht“ nicht dargestellt; n = 1101.

Betrachtet man die Potenziale der manifest und latent sekundär antisemitisch Eingestellten und der in diesem Sinne nicht antisemitisch eingestellten Personen auf der Basis der validen Angaben, ergibt sich folgendes Bild mit Blick auf die Bevölkerung Sachsen-Anhalts (Abb. 5.10). In manifester und latenter Form ist das sekundär antisemitische Ressentiment bei 46,1 Prozent („Schlusstrich“) bzw. 58 Prozent („Holocaust-Industrie“) virulent. Der Anteil derjenigen, die die zum sekundären Antisemitismus gehörenden



Statements voll und ganz bzw. überwiegend ablehnen, liegt bei 39,9 bzw. 14 Prozent (‘Schlussstrich’) und 30,2 bzw. 11,7 Prozent (‘Holocaust-Industrie’). Zusammen machen sie das Potenzial der diesbezüglich nicht antisemitisch Eingestellten von 53,9 bzw. 41,9 Prozent der Bevölkerung aus.

Abb. 5.10: Ablehnung, manifeste und latente Zustimmung zu Aussagen des sekundären Antisemitismus



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in %; die Verteilung basiert auf validen Antworten; „keine Antwort“/ „weiß nicht“ ausgeschlossen; n = 724, 899.

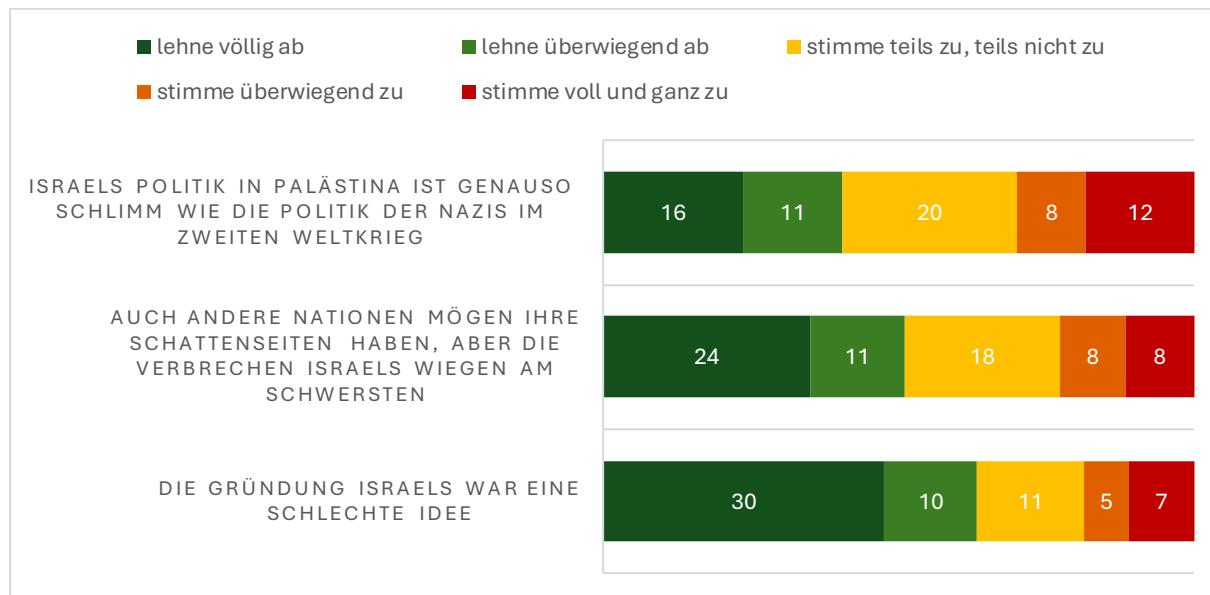
Das Verhältnis zwischen dem Gesamtpotenzial der sekundär-antisemitischen und der in diesem Sinne nicht-antisemitischen Einstellungen liegt bei 46,1 zu 53,9 Prozent (‘Schlussstrich’) und 58 zu 41,9 Prozent (‘Holocaust-Industrie’). Im ersten Fall überwiegt das nicht-antisemitische Gesamtpotenzial leicht, im anderen ist ein antisemitisches Gesamtpotenzial bei mehr als der Hälfte der Bevölkerung zu verzeichnen.

Israelbezogener Antisemitismus: Weitreichende Zustimmung, teils mehrheitliche Ablehnung

Der israelbezogene Antisemitismus ist mit drei Items untersucht worden, die auf verschiedene seiner Facetten abheben. Auch hier betrachten wir zunächst die Verteilung der Antworten über die fünf Kategorien unter den Befragten (Abb. 5.11). Das Statement ‘Israels Politik ist genauso schlimm wie die der Nazis im Zweiten Weltkrieg’ drückt eine Gleichsetzung der nazistischen Verbrechen - Vernichtungskrieg, Zwangsarbeit und Holocaust - mit einer nicht näher bestimmten ‘Politik Israels’ aus. Hier kommt eine auf den jüdisch-demokratischen Staat bezogene Täter-Opfer-Umkehr zum Ausdruck. Eine diesbezüglich

manifest antisemitische Einstellung liegt bei 20 Prozent der Befragten vor, darunter 12 Prozent, die voll und ganz zustimmen, und 8 Prozent, die dies überwiegend tun. Hinzu kommen 20 Prozent, die teils (nicht) zustimmen und demnach eine in diesem Sinne latent antisemitische Einstellung zeigen. 27 Prozent machen den Anteil der Befragten aus, die das Statement voll und ganz (16 Prozent) bzw. überwiegend (11 Prozent) ablehnen.

Abb. 5.11: Antwortverteilungen zu Aussagen des israelbezogenen Antisemitismus



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in % und gerundet; „keine Antwort“/ „weiß nicht“ nicht dargestellt; n = 1101.

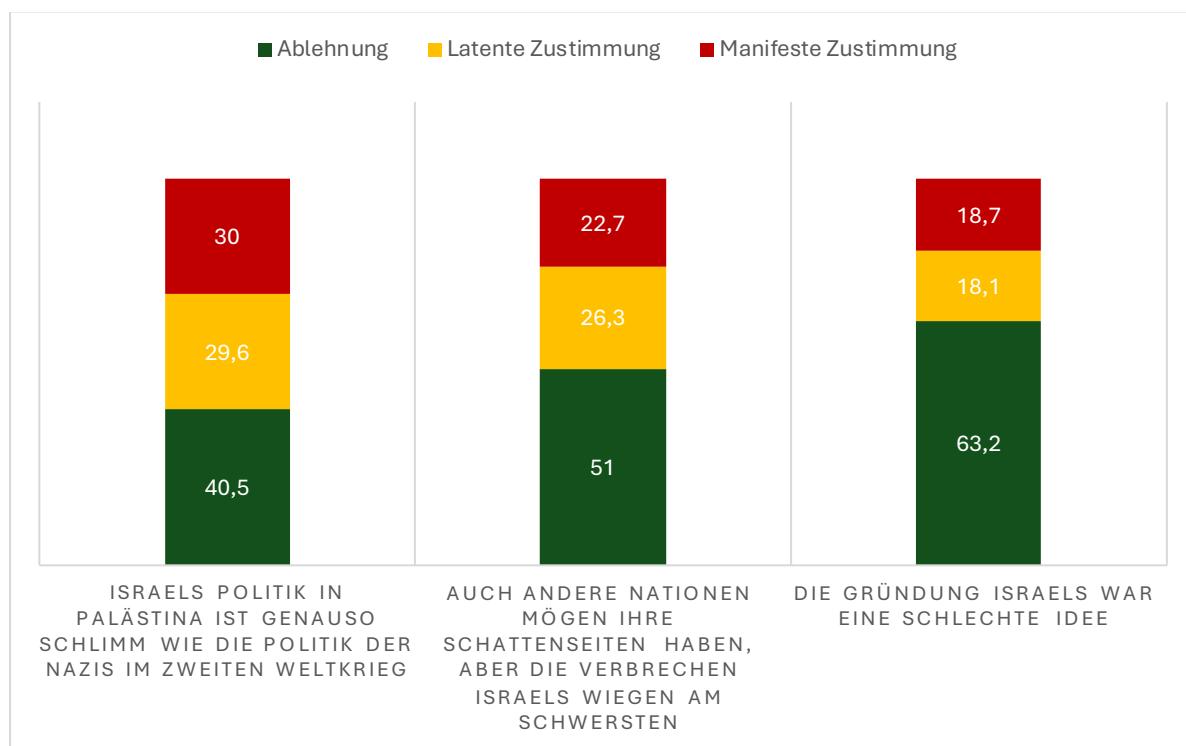
Das Statement ‚Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbrechen Israels wiegen am schwersten‘, beinhaltet in Bezug auf die jüdische Nation in Form des israelischen Staates das, was in Bezug auf Juden als wesentliches Merkmal für den modernen Antisemitismus bestimmt wurde: So wie Juden nicht als eine andere Nation, sondern als Gegenfolk aller Völker konstruiert werden, wird die jüdische Nation/Israel allen anderen Nationen gegenübergestellt. Dieser Konstruktion, die die Figur des Dritten auf Israel überträgt, stimmen 8 Prozent voll und ganz und weitere 8 Prozent überwiegend zu. Sie machen den Anteil von 16 Prozent der Befragten aus, die eine diesbezüglich manifest antisemitische Einstellung zeigen. Hinzu kommen jene 18 Prozent, die teils (nicht) zustimmen und demnach eine latent antisemitische Einstellung zum Ausdruck bringen. 24 Prozent lehnen diese Konstruktion voll und ganz ab, weitere 11 Prozent tun dies überwiegend. Sie bilden das Potenzial der diesbezüglich nicht-antisemitisch Eingesetzten von 35 Prozent der Befragten.

Schließlich wird mit dem Statement ‚Die Gründung Israels war eine schlechte Idee‘ die Existenz des unter bestimmten Bedingungen entstandenen jüdisch-demokratischen Staates in ihrer Sinnhaftigkeit und Legitimität infrage gestellt. 7 Prozent stimmen dem voll und ganz zu, weitere 5 Prozent tun dies überwiegend. Sie bringen eine diesbezüglich

manifest antisemitische Einstellung zum Ausdruck. 11 Prozent der Befragten stimmen teils (nicht) zu und stellen den Anteil derjenigen mit einer potenziell latent antisemitischen Einstellung. Den Anteil der diesbezüglich nicht antisemitisch Eingestellten bilden 40 Prozent, darunter 30 Prozent, die das Statement voll und ganz ablehnen, und 10 Prozent, die dies überwiegend tun.

Betrachtet man die gesamten Potenziale der manifest und latent antisemitischen sowie der nicht antisemitisch Eingestellten auf der Basis der validen Antworten, ergibt sich folgendes Bild mit Blick auf die Bevölkerung (Abb. 5.12).

Abb. 5.12: Ablehnung, manifeste und latente Zustimmung zu Aussagen des israelbezogenen Antisemitismus



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in %; die Verteilung basiert auf validen Antworten; „keine Antwort“ / „weiß nicht“ ausgeschlossen; n = 686–735.

Das Gesamtpotenzial des manifesten und latenten israelbezogenen Antisemitismus liegt mit 59,6 („Israels Politik“) bzw. 49 („Verbrechen Israels“) Prozent bei deutlich mehr bzw. knapp weniger als der Hälfte der Bevölkerung vor. Entsprechend macht der Gesamtanteil der Bevölkerung, die in diesem Sinne keine israelbezogenen Ressentiments hegen, mit 40,1 deutlich weniger bzw. mit 51 Prozent knapp mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Das gesamte Ausmaß der potenziell israelbezogen-antisemitischen Einstellung im Sinne der Delegitimierung des jüdisch-demokratischen Staates („schlechte Idee“) liegt mit 36,8 Prozent bei mehr als einem Drittel der Bevölkerung vor, weniger als zwei Drittel machen das Gesamtpotenzial der diesbezüglich nicht-antisemitischen Einstellung aus.

Antisemitismus in antizionistischem und postkolonialem Gewand?

Abschließend betrachten wir, inwieweit Antisemitismus sich in Semantiken kleidet, die postkolonialen und antizionistischen Diskursen entnommen sind. Zwei Items werden konzeptionell als potenzielle Varianten eines ‚postkolonialen‘ Antisemitismus verstanden: ‚Israel ist ein Apartheidstaat‘ und ‚Der Nahostkonflikt ist im Grunde ein Konflikt zwischen weißem Kolonialismus und unterdrückten Minderheiten‘. Das erste Statement nimmt ein rhetorisches Stilmittel auf, das spätestens seit der UN-Konferenz gegen Rassismus in Durban (Südafrika) im Jahr 2001 als moralisch negativ aufgeladener Kampfbegriff verwendet und systematisch mit Israel in Verbindung gebracht worden ist (Feuerherdt/Markl 2018: 200). Das zweite Statement nimmt als Floskeln Formulierungen auf, die im Kontext der an sich nicht-antisemitischen *Settler Colonialism Studies* (Elkins/Pedersen 2005) Verwendung finden, den Konflikt aber in deren ideologischer Verformung (Kirsch 2025) essentialistisch, personalisierend und manichäisch konstruieren. Das dritte Statement ist konzeptionell dem Antizionismus entlehnt, wie er sich traditionell in diskursiver und praktischer Fundamentalopposition gegen Israel wendet und in Antisemitismus übergeht (Haury 2002, Kraushaar 2005, Brosch et al. 2007: 285ff.). Die Vorstellung, ‚Ohne Israel würde Frieden in Nahost herrschen‘ setzt zum einen fälschlich voraus, dass die Existenz des jüdisch-demokratischen Staates die notwendige und hinreichende Ursache für den Nahostkonflikt ist und legt zum anderen als ‚Lösung‘ nahe, ihn aufzulösen. Das eine trägt manichäische, das andere in diesem Zusammenhang eliminatorische Züge (Decker et al. 2024: 62).

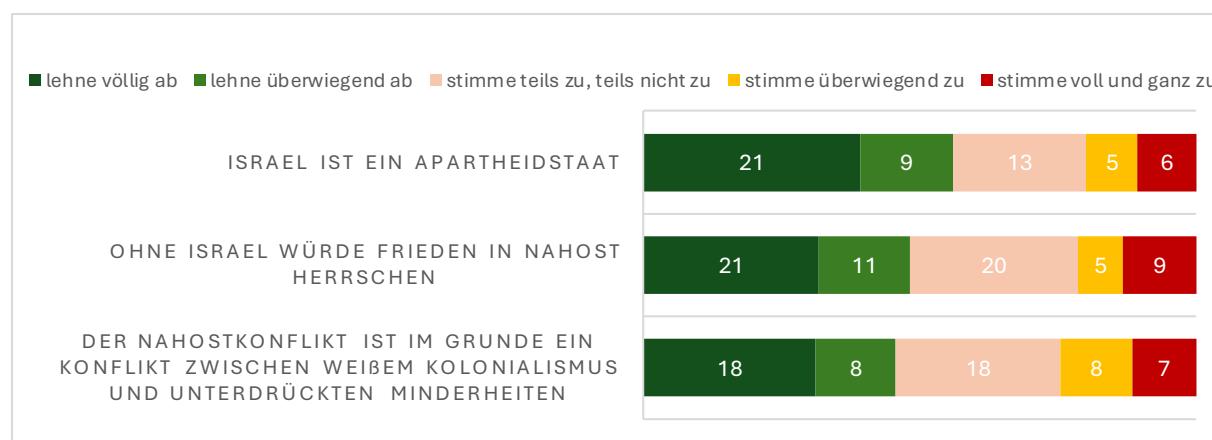
Es kann, etwa mit Blick auf nicht-antisemitische Traditionen des Antizionismus (Holz/Haury 2021: 54 ff u. 58 ff) und empirisch variierende Befunde zum Zusammenhang zwischen Antizionismus und Antisemitismus (Bergmann 2021), argumentiert werden, dass diese Statements nicht per se antisemitisch sind, Antisemitismus aber in diesem Gewand auftreten kann und auftritt (Holz/Haury 2021: 113 ff., Bergmann 2021). Die Analyse der Korrelationen (Tab. 5.3) zwischen diesen drei Items und dem tradierten, sekundären und israelbezogenen Antisemitismus zeigt recht hohe empirische Zusammenhänge zwischen ihnen. Auch insofern können wir die Aussagen als antisemitisch interpretieren. Zudem ergibt die Faktorenanalyse (Tab. 5.2), dass die Items ‚Israel ist ein Apartheidstaat‘ und ‚Ohne Israel würde Frieden in Nahost herrschen‘ keine eigenständige Dimension bilden. Vielmehr laden sie auf denselben Faktor wie die Items, die den israelbezogenen Antisemitismus operationalisieren. Sie können demnach als antizionistische bzw. ‚postkoloniale‘ Variationen dieser Ausdrucksform betrachtet werden. Das Item ‚Der Nahostkonflikt ist im Grunde ein Konflikt zwischen weißem Kolonialismus und unterdrückten Minderheiten‘ lädt hingegen auf einem eigenen Faktor. Insofern kann bei diesem Item, welches semantisch am deutlichsten ideologische Verformungen postkolonialer Theorie widerspiegelt, von einer eigenständigen Dimension des ‚postkolonialen‘



Antisemitismus gesprochen werden. Vor diesem Hintergrund berichten wir folgend über die Verbreitung der Zustimmung und Ablehnung zu diesen Statements.

Betrachtet man die Verteilung der Antworten in den fünf Kategorien, ergeben sich folgende Befunde (Abb. 5.13). Den antizionistisch geprägten Statements stimmen 6 Prozent („Apartheidstaat“) bzw. 9 Prozent („Ohne Israel“) voll und ganz zu, weitere 5 Prozent jeweils überwiegend zu. Sie machen den Anteil der diesbezüglich manifest antisemitisch Eingestellten aus. Weitere 13 („Apartheidstaat“) bzw. 20 Prozent („Ohne Israel“) zeigen mit ihrer teils (nicht) zustimmenden Antwort eine in diesem Sinne latent antisemitische Einstellung. Im einen Fall liegt der Anteil der Befragten, die das Statement voll und ganz bzw. überwiegend ablehnen bei 21 bzw. 9 Prozent („Apartheidstaat“). Im anderen Fall („Ohne Israel“) sind es 21 bzw. 11 Prozent. Den Nahostkonflikt deuten 7 Prozent voll und ganz und weitere 8 Prozent überwiegend im Sinne manifest „postkolonial“-antisemitisch, weitere 18 Prozent tun dies latent („Der Nahostkonflikt“). 18 Prozent der Befragten lehnen es voll und ganz und weitere 8 Prozent überwiegend ab, den Nahostkonflikt in dieser projektiven Weise zu deuten.

Abb. 5.13: Antwortverteilung zu Aussagen des antisemitischen Antizionismus und „postkolonialen“ Antisemitismus

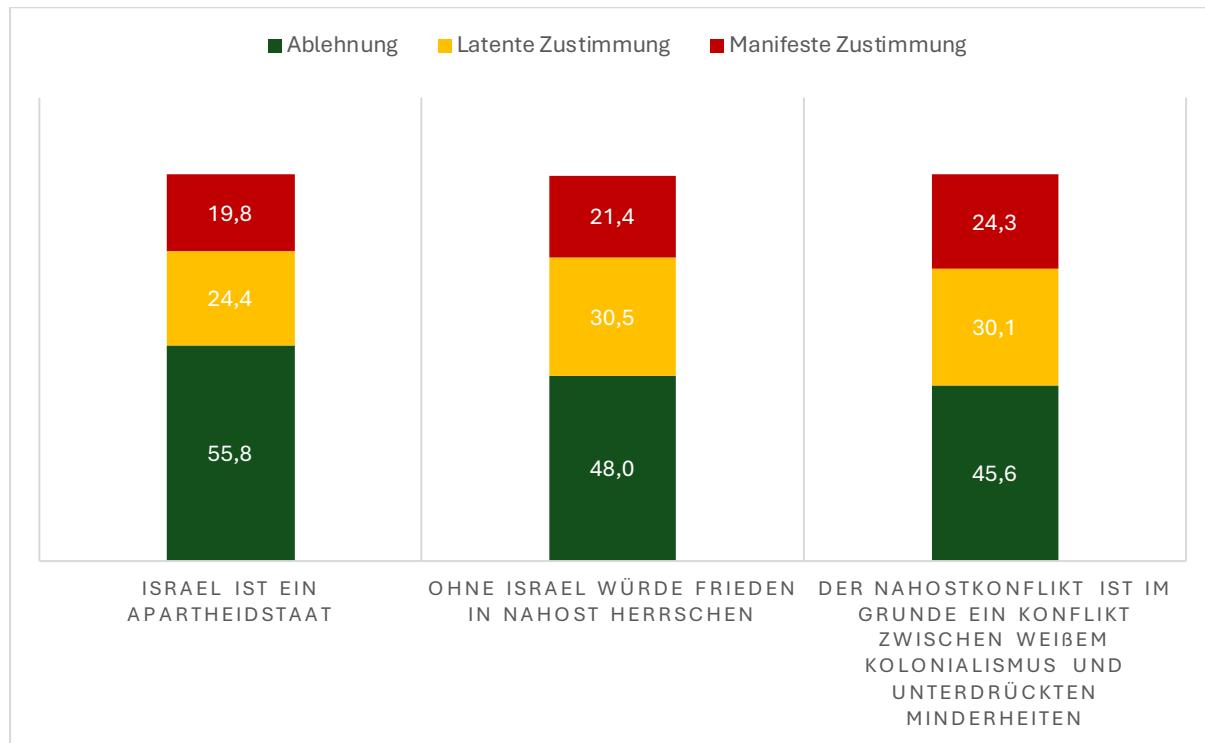


Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in % und gerundet; „keine Antwort“/„weiß nicht“ nicht dargestellt; n = 1101.

Schließlich betrachten wir auch hier die Gesamtpotenziale des manifest und latent antisemitischen Ressentiments sowie das Gesamtpotenzial der nicht antisemitisch Eingestellten auf der Basis der validen Antworten mit Blick auf die Bevölkerung (Abb. 5.14). Das „postkolonial“-antisemitische Ressentiment ist mit 24,3 Prozent bei fast einem Viertel der Bevölkerung manifest und mit 30,1 Prozent bei etwas weniger als einem Drittel latent vorhanden, insgesamt also bei mehr als der Hälfte der Bevölkerung (54,4 Prozent). Bei einem der beiden israelbezogen antisemitischen Statements („Ohne Israel“) liegt das Gesamtpotenzial aus manifest (21,4 Prozent) und latent (30,5 Prozent) zustimmenden Antworten ebenfalls bei mehr als der Hälfte der Bevölkerung (51,9 Prozent). Beim anderen Item ist

es mit 55,8 Prozent hingegen etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung, die es ablehnt („Apartheid“). Zugleich liegt das diesbezüglich antisemitische Gesamtpotenzial bei 44,2 Prozent, darunter etwa ein Fünftel der Bevölkerung (19,8 Prozent) in manifester und ein Viertel (24,5 Prozent) in latenter Form. Damit ist der ‚postkoloniale‘ und der semantisch aus antizionistischen Diskursen gespeiste Antisemitismus kein Randphänomen, sondern ein wichtiger Bestandteil des ‚beweglichen Vorurteils‘ (v. Braun/Ziege 2004).

Abb. 5.14: Ablehnung, manifeste und latente Zustimmung zu Aussagen des antisemitischen Antizionismus und ‚postkolonialen‘ Antisemitismus



Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in %; die Verteilung basiert auf validen Antworten; „keine Antwort“/„weiß nicht“ ausgeschlossen; n = 594–734.

5.4.2 Die Verteilung antisemitischer Ressentiments in sozialen Gruppen

Nach der deskriptiven Darstellung der Verbreitung verschiedener Ausdrucksformen von Antisemitismus wird folgend berichtet, wie sich antisemitische Ressentiments in sozialen Gruppen verteilen. Damit lässt sich der Blick auf möglicherweise besonders relevante Trägergruppen schärfen, wobei soziodemografische Merkmale (Geschlecht, religiöse Bindung, Alter, formaler Bildungsgrad) und politische Selbstverortung bzw. Parteipräferenzen berücksichtigt wurden. Beides mag eine hilfreiche Grundlage für die Weiterentwicklung von Gegenmaßnahmen sein und Orientierung in der kontrovers geführten Debatte über besonders anfällige politische Milieus bieten.



Grundlage der folgenden Darstellung ist die Berechnung des Anteils derjenigen pro Dimension und auf der gesamten Antisemitismus-Skala, die mit Blick auf die zustimmenden Antworten über einem bestimmten Cut-off-Wert liegen. In die ‚Gesamtskala Antisemitismus‘ wurden acht Items, die zu den Dimensionen tradierter, sekundärer und israelbezogener Antisemitismus gehören, einbezogen. Oberhalb dieses Cut-off-Wertes liegen alle, die die acht Items der Gesamtskala mit mindestens ‚stimme überwiegend zu‘ beantwortet haben. Sie bilden den Anteil derjenigen mit einer geschlossen antisemitischen Einstellung. Für die drei Items des tradierten, die zwei des sekundären und die drei des israelbezogenen Antisemitismus wurde ein entsprechender Cut-off-Wert bestimmt. Oberhalb dieses Wertes liegen alle, die die zwei oder drei Items der jeweiligen Dimension mit mindestens ‚stimme überwiegend zu‘ beantwortet haben. Sie bilden die Anteile der jeweils kohärent antisemitischen Einstellung pro Dimension.

Nicht signifikant sind die Unterschiede im Vergleich der sozialen Geschlechtszugehörigkeit; d.h., Männer und Frauen sind gleichermaßen antisemitisch oder nicht antisemitisch eingestellt. Auch der Vergleich von christlich-religiösen und nicht-religiösen Personen ergab keine signifikanten Unterschiede. Dies weist auf eine Tradierung des vormodernen Antijudaismus hin, die diesen einerseits säkularisiert und typisch antijudaistische Tropen („Schuld am Tod Jesu“) über christlich-religiöse Milieus hinausträgt, wie wir sie in der Einführung in die begrifflich-theoretischen Grundlagen dieses Kapitels skizziert haben. Andererseits bleiben solche Tropen innerhalb christlicher Milieus auf bestimmte, dogmatische bzw. fundamentalistische christliche Gruppen beschränkt (Pickel et al. 2025). Für diese Gruppe können aufgrund der begrenzten Fallgröße von Christen (im Sample und in Sachsen-Anhalt) keine Berechnungen angestellt werden. Folgend werden Befunde zu den sozialen Gruppen dargestellt, für die sich statistisch signifikante Unterschiede feststellen ließen.

Antisemitische Ressentiments in verschiedenen Altersgruppen

Um Zusammenhänge zwischen der antisemitischen Einstellung und dem Alter zu prüfen, wurden drei Alterskohorten gebildet: die 16- bis 30-Jährigen, die 31- bis 60-Jährigen und die über 61-Jährigen. So kann die Frage beantwortet werden, wie viele Personen mit geschlossener und kohärent antisemitischer Einstellung es in der jeweiligen Kohorte gibt und ob sich diese Anteile signifikant unterscheiden (Tab. 5.4).

Tab. 5.4: Antisemitische Einstellungen nach Altersgruppen

	von 16 bis 30	von 31 bis 60	ab 61
Tradierter Antisemitismus**	11.1%	2.9%	8.5%

Schuldabwehr-Antisemitismus	29.9%	25.4%	26.3%
Israelbezogener Antisemitismus	18.1%	14.7%	20.5%
Postkolonialer Antisemitismus**	28.0%	18.0%	28.8%
Antijudaismus	2.0%	3.4%	4.8%
Antisemitismus global*	22.2%	10.1%	17.7%

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Cut-off: Mittelwert ≥ 4 bei den 5 Dimensionen, Mittelwert $\geq 3,5$ bei der globalen Skala; Pearsons Chi-Quadrat-Test; ** signifikant bei $p < .01$; * signifikant bei $p < .05$; n=512-768.

Betrachtet man die entsprechenden Befunde für die geschlossen antisemitische Einstellung, zeigen sich signifikante Unterschiede. Ihr Anteil ist bei den Jüngsten (16–31 Jahre) mit 22,2 Prozent am höchsten und liegt bei den Ältesten (61 und älter) mit 17,7 Prozent ein wenig darunter. In der mittleren Kohorte (31–60 Jahre) ist ihr Anteil mit 10,1 Prozent am geringsten.

Betrachtet man die Verteilung der kohärent antisemitischen Einstellung pro Dimension, differenziert sich das Bild. Beim Schuldabwehrantisemitismus liegt das Niveau (wie zu erwarten) am höchsten: 29,9 (jüngste), 25,6 (mittlere) und 26,3 (älteste Kohorte) Prozent zeigen hier eine kohärent antisemitische Einstellung. Die Unterschiede sind nicht signifikant. Dasselbe gilt für den israelbezogenen Antisemitismus, dessen Niveau (wie zu erwarten) das zweithöchste ist. Hier zeigen 18,1 (jüngste), 14,7 (mittlere) und 20,5 (älteste Kohorte) Prozent eine kohärent antisemitische Einstellung. Am wenigsten verbreitet ist (wie zu erwarten) der tradierte Antisemitismus. Hier zeigen in der jüngsten 11,1, in der mittleren 2,9 und in der ältesten Kohorte 8,5 Prozent eine kohärent antisemitische Einstellung. Diese Differenz ist signifikant.

In der Kohorte der zwischen 1995 und 2009 Geborenen sind tradiert-antisemitische Einstellungen also in kohärenter Form vergleichsweise stark vertreten und auch die geschlossen-antisemitische Einstellung am stärksten ausgeprägt. Am wenigsten ausgeprägt ist geschlossener Antisemitismus in der Kohorte der zwischen 1965 und 1994 Geborenen. In der Kohorte der bis 1964 Geborenen ist er wiederum weniger deutlich als in der jüngsten, aber stärker als in der mittleren Kohorte vertreten. Der sekundäre, israelbezogene und ‚postkoloniale‘ Antisemitismus sind hingegen in kohärenter Form eher kohorten- und generationsübergreifend vertreten.

Antisemitische Ressentiments in verschiedenen Bildungsmilieus

Um den Zusammenhang zwischen antisemitischer Einstellung und Bildung zu prüfen, wurden die Befragten in die Gruppe derjenigen mit und ohne Abitur unterteilt. Betrachtet man die Befunde für die Gesamtskala und die Dimensionen der Antisemitismus-Skala, zeigt sich, dass die Unterschiede numerisch beträchtlich und durchgängig statistisch signifikant sind.



Eine geschlossen antisemitische Einstellung liegt mit 19,3 Prozent bei einem knappen Viertel der Personen ohne Abitur, und mit 4,3 Prozent bei einem knappen Fünfundzwanzigstel mit Abitur vor. Wiederum ist es der Schuldabwehrantisemitismus, der mit 16,5 Prozent auch bei etwa jeder sechsten Person mit Abitur in kohärenter Form vorliegt; bei denen ohne Abitur sind es mit 29,7 Prozent fast doppelt so viele. Auch der israelbezogene Antisemitismus liegt bei denen mit Abitur mit 8,8 Prozent bei fast einem Zehntel vor; bei denen ohne Abitur sind es mit 21,1 Prozent mehr als doppelt so viele, die ein gutes Fünftel ausmachen. Der tradierte Antisemitismus liegt in kohärenter Form bei 2,5 Prozent mit und 8,3 Prozent ohne Abitur vor.

Tab. 5.5: Antisemitische Einstellungen nach Bildungsniveau

	Niedrige Bildung	Hohe Bildung
Tradierter Antisemitismus**	20.8 %	2.5 %
Schuldabwehrantisemitismus**	28.8 %	16.5 %
Israelbezogener Antisemitismus**	37.3 %	11.0 %
Postkolonialer Antisemitismus**	36.8 %	15.1 %
Antijudaismus*	0 %	2.2 %
Antisemitismus global**	29.9 %	4.3 %

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Cut-off: Mittelwert ≥ 4 bei den 5 Dimensionen, Mittelwert $\geq 3,5$ bei der globalen Skala; formal niedrige Bildung bis Hauptschlussabschluss, formal hohe Bildung Abitur oder höher; Pearsons Chi-Quadrat-Test; * signifikant bei $p < 0,05$, ** signifikant bei $p < 0,001$, n=472-684.

Es zeigt sich ein deutlich positiver Effekt der formal hohen Bildung. Selbst wenn auch Einwohner Sachsen-Anhalts mit formal hoher Bildung nicht völlig frei von antisemitischen Ressentiments sind, fallen sie in dieser Gruppe vergleichsweise sehr gering aus. Umgekehrt sind kohärente und geschlossen antisemitische Ressentiments besonders in der Gruppe der formal gering Gebildeten vorhanden.

Antisemitische Ressentiments und Parteipräferenz

Die Befragten wurden auch gebeten, ihre mögliche Parteipräferenz anzugeben. Auf dieser Grundlage wird betrachtet, wie groß der Anteil der Personen mit einer geschlossenen und kohärent antisemitischen Einstellung unter den Anhängern der Parteien, die in aktuellen Umfragen über 5 Prozent liegen, ist. Dieses Kriterium ist etwas weicher, weist aber immer noch auf eine weitgehend geschlossene antisemitische Einstellung hin. An den Relationen zwischen den Parteien ändert dies nichts. Die Differenzen der Werte sind statistisch signifikant (Tab. 5.6).

Tab. 5.6: Antisemitische Einstellungen nach Parteibindung

	Die Linke	B' 90/ Grüne	SPD	BSW	FDP	CDU	AfD

Tradierter Antisemitismus**	5,3	0	1,4	6,8	0	1	15,3
Schuldabwehrantisemitismus**	3,2	3	10,7	39,1	28,6	17,8	47,5
Israelbezogener Antisemitismus**	12,7	2,8	16	35,7	11,8	10,6	25,8
Antisemitismus global**	5,6	3	7,1	24,4	0	6,7	31

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; Angaben in %; Cut-offs: Mittelwert ≥ 4 für die 5 Dimensionen, Mittelwert $\geq 3,5$ globale Skala; „keine Parteibindung“/ „sonstige Partei“ nicht dargestellt; Pearsons Chi-Quadrat-Test; ** signifikant bei $p < .001$; die Heatmap visualisiert niedrige Werte in Grün, mittlere Werte in Gelb/Orange und hohe Werte in Rot; n=472-684.

Am größten ist der Anteil von Personen mit einer weitgehend geschlossen antisemitischen Einstellung unter den Anhängern der AfD. Mit 31 Prozent ist es fast ein Drittel. Die zweithöchste Quote sind die 24,4 Prozent oder ein Viertel der Anhänger des BSW. Nicht belegbar ist (auch wegen der geringen Fallzahl) ein Anteil von Anhängern mit weitgehend geschlossen antisemitischer Einstellung bei der FDP. Bei Bündnis 90/Die Grünen fällt dieser Anteil mit 3 Prozent am zweitgeringsten aus. Recht nah beieinander liegen (aufsteigend) die Partei Die Linke mit 5,6, die CDU mit 6,7 und die SPD mit 7,1 Prozent Anhängern mit einer weitgehend geschlossen antisemitischen Einstellung.

Betrachtet man die Befunde zu den Dimensionen, differenziert sich das Bild. Beim tradierten Antisemitismus bleiben die Plätze am oberen und unteren Ende weitgehend gleich: Unter den Anhängern von AfD (15,3 Prozent) und BSW (6,8 Prozent) sind die Werte am höchsten, bei der FDP und hier bei Bündnis 90/Die Grünen ist kein entsprechender Anteil belegbar. Dazwischen liegen (aufsteigend) CDU (1 Prozent), SPD (1,4 Prozent) und Die Linke (5,3 Prozent). Beim sekundären Antisemitismus ändert sich an der Spitze nichts: Mit 47,5 Prozent zeigt fast die Hälfte der AfD-Anhänger eine kohärent sekundär-antisemitische Einstellung, beim BSW liegt dieser Anteil bei 39,1 Prozent. Am unteren Ende bleiben die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen mit einem geringen Anteil von 3 Prozent. Fast ebenso gering ist mit 3,2 Prozent der Anteil der Anhänger der Partei Die Linke. Das Zwischenfeld ändert sich hier also im Vergleich zur Gesamtskala und dem tradierten Antisemitismus: Unter den SPD-Anhängern sind 10 Prozent mit einer weitgehend kohärent sekundär-antisemitischen Einstellung. Bei den CDU-Anhängern sind es 17,8 und bei den FDP-Anhängern 28,6 Prozent.

Beim israelbezogenen Antisemitismus ändert sich das Bild am oberen Ende: Hier ist der größte Anteil von Personen mit kohärent israelbezogen-antisemitischer Einstellung mit 35,7 Prozent unter den BSW-Anhängern zu verzeichnen. An zweiter Stelle folgen die AfD-Anhänger mit einem Anteil von 25,8 Prozent. Am unteren Ende bleiben Bündnis 90/Die Grünen mit 2,8 Prozent Anhängern mit einer kohärent israelbezogen-antisemitischen Einstellung. Dazwischen liegen (aufsteigend) die CDU mit 10,6, die FDP mit 11,8, Die Linke mit 12,2, die SPD 16 Prozent Anhängern, die eine kohärent israelbezogen-antisemitischen Einstellung zeigen.



Insgesamt lässt sich festhalten: Keine Partei ist vollkommen frei von Anhängern mit kohärent antisemitischen Einstellungen. Allerdings liegt ihr Anteil bei Bündnis 90/Die Grünen durchgängig auf einem nicht nachweisbaren Niveau bzw. geringen Niveau. Unter den Anhängern aller anderen Parteien sind teils ähnliche und teils spezifische Ausdrucksformen des Antisemitismus vertreten: Bei der FDP und CDU-Anhängerschaft sind besonders Schuldabwehr- und auch israelbezogener Antisemitismus in kohärenter Form bei mehr als jeder vierten (FDP) bzw. etwas weniger als jeder fünften Person vorhanden. Unter den Anhängern der Partei Die Linke und der SPD zeigt etwa ein Zehntel kohärent-israelbezogenen Antisemitismus, bei der letzteren auch Schuldabwehrantisemitismus in etwa gleichem Ausmaß. Unter den BSW-Anhängern sind Schuldabwehr- und israelbezogener Antisemitismus in kohärenter Form bei mehr als einem Drittel ausgeprägt. Unter den AfD-Anhängern zeigt nahezu die Hälfte sekundären, etwa ein Viertel israelbezogenen und etwa ein Zehntel tradierten Antisemitismus in kohärenter Form.

Israelbezogener und „postkolonialer“ Antisemitismus und politische Orientierung

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts wird unter dem Schlagwort ‚Neuer Antisemitismus‘ auch diskutiert, ob bzw. inwiefern sich Antisemitismus in linken Milieus besonders bemerkbar macht (Rabinovici et al. 2004, 2019). Dabei stand und steht der israelbezogene Antisemitismus im Zentrum der Aufmerksamkeit. Als Vorläufer können der antisemitische Antizionismus in der KPD in den 1920er Jahren (Kistenmacher 2023), den UdSSR, der DDR und westdeutschen radikalen Linken (Haury 2002) gelten. Diese Debatte ist angesichts des Schweigens und der (klammheimlichen oder offenen) Zustimmung zu den von Hamas und ihren Verbündeten geführten Angriffen vom 7. Oktober 2023 (Vukadinovic 2024, Schulz-Marmeling 2024, Illouz 2025) im linken Spektrum mit gutem Grund in den vergangenen Jahren intensiviert worden. Auch in der quantitativ-statistischen Forschung zu Antisemitismus ist diese Frage aufgegriffen worden (Decker et al. 2024:62 ff.).

Historisch gehört allerdings die äußerste Rechte zu den ersten, die Antisemitismus gegen zionistische Bestrebungen formulierten (Holz/Haury 2021: 66 ff.). Postnazistisch war neben der Holocaustleugnung auch Antisemitismus gegen Israel ein Bestandteil rechtsextremster Ideologie und ist es im neonazistischen Spektrum weiterhin (Botsch 2024), auch in Reaktion auf den 7. Oktober 2023 (Schreiter/Rensmann 2025: 165 ff.). Die modernisierte Rechte hat sich ausgehend von der FPÖ zwar ein israel-freundliches Gesicht gegeben, was mit Blick auf die AfD als ‚instrumentelle‘ Positionierung (Gruber 2024: 87 ff.) eingeordnet wird, neben der eine anti-israelische Ausrichtung bestehen bleibt (Schreiter/Rensmann 2025: 157 ff.). Zudem ist empirisch betrachtet bereits deutlich geworden, dass israelbezogener Antisemitismus unter BSW- und AfD-Anhängern besonders deutlich ausgeprägt und auch unter Anhängern von SPD, Die Linke, FDP und CDU merklich vorhanden, also kein Alleinstellungsmerkmal eines Antisemitismus von links ist.

Vor diesem Hintergrund soll die folgende Betrachtung weiter aufklären, in welchen Spektren das konzeptionell und empirisch als ‚postkolonialer‘ Antisemitismus ausgewiesene Item sowie die empirisch als Facetten des israelbezogenen Antisemitismus aufgezeigten Items Zustimmung finden. Grundlage ist hier die Selbstzuordnung auf einer zehnstufigen Skala zwischen ‚links‘ (0) und ‚rechts‘ (10). Die Befragten werden zu fünf Kategorien zusammengefasst: äußerst links (0 und 1), links (2 und 3), Mitte (4, 5 und 6), rechts (7 und 8), äußerst rechts (9 und 10). Auf dieser Grundlage lässt sich die Verteilung nach politischer Orientierung betrachten (Tab. 5.7).

Tab. 5.7: Zustimmung zu Aussagen über Israel und den Nahostkonflikt nach politischer Links-Rechts-Selbststeinordnung

Aussage	äußerst links	links	Mitte	rechts	äußerst rechts
Der Nahostkonflikt ist im Grunde ein Konflikt zwischen weißem Kolonialismus und unterdrückten Minderheiten.**	14,5 %	20,2 %	20,2 %	30,2 %	58,3 %
Ohne Israel würde Frieden in Nahost herrschen.**	15,7 %	14,5 %	18,9 %	30,6 %	51,2 %
Israel ist ein Apartheidstaat.	18,7 %	18,4 %	17,8 %	30,0 %	24,1 %

Quelle: Eigene Berechnung Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; geschlossene antisemitische Ressentiments; politische Selbstverortung auf einer Skala von 0 = äußerst links bis 10 = äußerst rechts, zusammengefasst zu fünf Gruppen: 0–1 = äußerst links, 2–3 = links, 4–6 = Mitte, 7–8 = rechts, 9–10 = äußerst rechts; Pearsons Chi-Quadrat-Test, ** signifikant bei $p < 0,001$; $n = 549–734$.

Beim Statement ‚Der Nahostkonflikt ist im Grunde ein Konflikt zwischen weißem Kolonialismus und unterdrückten Minderheiten‘ zeigt sich ein von links nach rechts nicht ganz kontinuierlich zunehmender Anteil bei den Zustimmungsraten. Diese fällt mit 58,3 Prozent im äußerst rechten Spektrum sehr hoch aus. Die Zustimmung ist auch im äußerst linken Spektrum mit 14,5 Prozent merklich vorhanden, aber deutlich geringer ausgeprägt als links und in der Mitte sowie rechts. Auf den ersten Blick mag es kontraintuitiv wirken, dass mehr als die Hälfte derjenigen, die sich am äußerst rechten Rand des politischen Spektrums verorten, einem Statement zustimmt, das konzeptionell als eine ideologisierte Zurichtung einer dem Selbstverständnis nach kritischen Theorie angelegt wurde (Decker et al. 2024: 62). Tatsächlich zeichnet sich Antisemitismus im Gewand von linken Weltbildern seit Beginn des 20. Jahrhunderts aber dadurch aus, dass er den Konstruktionsprinzipien des nationalen Antisemitismus (Holz 2010) entspricht. Dies gilt etwa für den spätstalinistischen und antiimperialistischen westdeutschen und DDR-„Antizionismus“ (Holz/Haury 2021, 113 ff.). Kirsch (2025) folgend sind ethnisierend-essenzialistische und manichäische Konstruktionen auch für die ideologische Zurichtung postkolonialer Theorie kennzeichnend. Dass das Statement daher nicht nur im äußerst linken und



linken Spektrum, sondern vor allem im äußerst rechten Spektrum auf Zustimmung trifft, lässt sich insofern konzeptionell plausibilisieren – ohne damit die jeweiligen ideologischen Grundlagen als identisch zu behaupten.

Das empirisch als Facette des israelbezogenen Antisemitismus ausgewiesene Statement ‚Ohne Israel würde Frieden in Nahost herrschen‘ findet mit 51,2 Prozent im äußerst rechten Spektrum besonders starke Zustimmung. Dies korrespondiert mit der in der extremen Rechten offen antisemitisch aufgeladenen Israelfeindschaft, in der dem jüdisch-demokratischen Staat „imperialistische[], kolonialistische[], rassistische[] oder zumindest menschenrechtswidrige[] Politik“ (Botsch 2020: 25) unterstellt wird. Die Zustimmungsraten nehmen hier bis zum äußerst linken Spektrum kontinuierlich ab. Diese Unterschiede sind statistisch signifikant.

Die pauschalisierende Zuschreibung, Israel sei ein Apartheidstaat, ist im rechten Spektrum mit 30 Prozent am weitesten, im äußerst rechten Spektrum mit 24,1 Prozent am zweitweitesten verbreitet. Von der Mitte über das linke bis zum äußerst linken Spektrum ist es offenbar weniger weitverbreitet und liegt bei um die 18 Prozent. Diese Werte sind indes statistisch nicht signifikant. In der Betrachtung des ‚postkolonialen‘ und der neueren israelbezogenen Formen des Antisemitismus ist mit Blick auf ihre Verortung demnach ein differenzierender Blick auf die tatsächlichen Gegebenheiten geboten. Sie sind weiter in den rechten Spektren verbreitet, treten aber in allen anderen Spektren ebenfalls in merklichem Umfang auf und eignen sich insofern als Brückenideologie.

5.4.5 Erklärungsmodi antisemitischer Ressentiments in Sachsen-Anhalt 2025

Die Betrachtung derverschiedenen sozialen Gruppen hat bereits gezeigt, dass bestimmte soziodemografische Faktoren förderlich oder hinderlich für das Auftreten antisemitischer Ressentiments sind. Gleichzeitig gibt es noch andere Faktoren, die Auswirkungen auf antisemitische Ressentiments haben. Um diese Faktoren in Relation zueinander betrachten zu können, haben wir ein kausales Analysemodell entworfen und eine Regressionsanalyse durchgeführt. Dies ist ein statistisch bewährtes Verfahren, um Effekte in ihrem jeweiligen Gewicht präzise herauszuarbeiten. Die Analyse führen wir in zwei Schritten durch. Zuerst werden nur soziodemografische Faktoren in die Analyse einbezogen. In einem zweiten Schritt nehmen wir Einschätzungen der eigenen Situation hinzu. In einem dritten Schritt fügen wir sozialpsychologische Konzepte sowie die politische Orientierung in das Modell ein. Der Vorteil dieses Vorgehens liegt darin zu sehen, wie teilweise vorher signifikante und wirksame Variablen durch die Erklärungskraft anderer Konzepte „aufgesaugt“ werden. Letztere haben in diesem Sinne eine größere Erklärungskraft. Wir führen diese Analyse im ersten Schritt für den tradierten und sekundären Antisemitismus durch (Tab. 5.8), anschließend für den israelbezogenen und ‚postkolonialen‘ Antisemitismus (Tab. 5.9).

Nimmt man nur sozialstrukturelle Faktoren in das Modell zur Erklärung von tradiertem und sekundärem Antisemitismus auf, dann bleibt die Erklärungskraft sehr gering. Außer dem bereits bekannten Bildungseffekt erweist sich nur ein höheres Haushaltseinkommen als leicht reduzierend für tradierte antisemitische Ressentiments. Dies gilt fast deckungsgleich für den Schuldabwehrantisemitismus mit einem etwas höheren Effekt der formal hohen Bildung. Interessant ist, dass diese Effekte bei der Hinzuziehung von Einschätzungen der eigenen sozialen, ökonomischen und politischen Situation erhalten bleiben. Neben dem Gefühl einer fehlenden Responsivität von Politikern kommen das Gefühl, sich nicht mehr zurechtzufinden oder persönlich benachteiligt zu sein, als Faktoren für den tradierten Antisemitismus in den Blick. Bei der Erklärung des sekundären Antisemitismus oder Schuldabwehrantisemitismus finden wir die gleichen Erklärungsvariablen, allerdings kommen noch das Gefühl nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten (relative Deprivation) und das soziale Vertrauen hinzu. Während die relative Deprivation antisemitische Ressentiments wahrscheinlicher macht, steht ein allgemeines Vertrauen in andere Menschen (soziales Vertrauen) diesem entgegen. Das soziale Vertrauen wird sogar zum stärksten Erklärungsfaktor, zumindest vor dem Hinzuziehen der sozialpsychologischen und politisch-ideologischen Erklärungsfaktoren.

Der Einbezug sozialpsychologischer Erklärungsfaktoren im dritten Modell verändert das Bild erheblich. Das Gesamterklärungsniveau (R-Quadrat) steigt erkennbar an. Grund ist die starke erklärende Wirkung von autoritären Einstellungen, sozialer Dominanzorientierung und Verschwörungsmentalität. Speziell die starke Bedeutung der Offenheit für Verschwörungserzählungen liefert einen zentralen Befund. Menschen, die an Verschwörungen glauben, zeigen häufiger tradierte und sekundäre antisemitische Ressentiments. Eine rechte politische Ideologie erweist sich als zusätzlicher Faktor für das Auftreten dieser antisemitischen Ressentiments.

Tab. 5.8: Regressionsanalyse auf tradierten und Schuldabwehrantisemitismus

	Tradierter Antisemiti-		Schuldabwehrantisemiti-		
	tismus		mus		
Soziodemografische Faktoren					
Geschlecht (Frau)					
Alter		+.08*	+.09*		
Bildung formal hoch	-.10*	-.09*		-.14**	-.11**
Bildung formal niedrig	+.10**	+.10*	+.06*		
Christliche Religion			-.06*		
Haushaltsnettoeinkommen	-.07*	-.06*	-.05*	-.06*	-.08*
Wahrnehmung der persönlichen Lage					
Persönliche Wirtschaftslage					
Wirtschaftslage Sachsen-Anhalt		-.06*			
Erhalte nicht den gerechten Anteil				.12**	+.08*
Ich fühle mich persönlich benachteiligt	+.15**	+.08*		+.13**	+.07*
Komme mit den Veränderungen nicht zurecht	+.13**	+.08*		+.11**	+.07**
Fehlende politische Responsivität	+.06*	+.09*		+.10**	+.10**
Freiwilliges Engagement					
Soziales Vertrauen		-.08*		-.15**	-.07**
Sozialpsychologische Faktoren und politische Orientierung					
Politische Ideologie (Richtung: rechts)			+.10*		+.12*
Autoritarismus		+.09*			+.12**
Soziale Dominanzorient.			+.15**		+.15**
Verschwörungsmentalität			+.21**		+.31**
Gesamterklärung					
R-Quadrat r=	.03	.08	.18	.03	.17
					.36

Quelle: Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; lineare Regressionsanalyse, Ersatz fehlender Verbindungen durch Mittelwerte mit Faktorwerten der Dimensionen; ausgewiesen standardisierte beta-Werte der Regression; leere Felder = nicht signifikant; * signifikant bei $p < 0,05$, ** signifikant bei $p < 0,001$; n=1028.¹²

¹² Der Ersatz fehlender Werte durch aus dem Durchschnitt der Variablen gesetzter Mittelwerte empfiehlt sich, wenn eine oder mehrere Variablen relativ hohe Ausfallquoten aufweisen. Dies ist hier für das Haushaltseinkommen der Fall. Das Ergebnis wird belastbarer, allerdings sinken gleichzeitig durch die Glättung die beta-Werte etwas ab.

Tab. 5.9: Regressionsanalyse auf israelbezogenen und ‚postkolonialen‘ Antisemitismus

	Israelbezogener Antisemitismus		Postkolonialer Antisemitismus					
Soziodemografische Faktoren								
Geschlecht (Frau)								
Alter								
Bildung formal hoch	-.09*	-.07*						
Bildung formal niedrig			+.15**	+.14**	+.11**			
Haushaltseinkommen	-.13**	-.09*	-.11**					
Wahrnehmung der persönlichen Lage								
Persönliche Wirtschaftslage								
Wirtschaftslage Sachsen-Anhalt								
Erhalte nicht den gerechten Anteil								
Ich fühle mich persönlich benachteiligt	+.11**	+.06*						
Komme mit Veränderungen nicht zurecht	+.09*	+.13**		+.11*	+.08*			
Politische Responsivität	+.07*			+.09*	+.07*			
Soziales Vertrauen								
Sozialpsychologische Faktoren und politische Orientierung								
Politische Ideologie (Richtung: rechts)								
Autoritarismus								
Soziale Dominanzorient.								
Verschwörungsmentalität								
R-Quadrat r=	.03	.05	.11	.02	.04			
(Gesamterklärung)					.09			

Quelle: Sachsen-Anhalt-Monitor 2025; lineare Regressionsanalyse, Ersatz fehlender Verbindungen durch Mittelwerte mit Faktorwerten der Dimensionen; ausgewiesen standardisierte beta-Werte der Regression; leere Felder = nicht signifikant; * signifikant bei $p < 0,05$, ** signifikant bei $p < 0,001$; n=956.



Die signifikanten Erklärungsfaktoren aus Modell 2 werden zwar in der Regel in ihrer Erklärungskraft schwächer, bleiben aber als eigenständige Erklärungen erhalten. So ergibt sich für den tradierten Antisemitismus und den Schuldabwehrantisemitismus eine Mischung aus sozialpsychologischen Faktoren und Gefühlen der relationalen (bekommen nicht den gerechten Anteil) und direkter (fühle mich persönlich benachteiligt) Benachteiligung als stärkste Erklärung. Werfen wir nun einen Blick auf den israelbezogenen und den ‚postkolonialen‘ Antisemitismus (Tab. 5.9).

Das Erklärungsbild ist nicht grundsätzlich anders, allerdings fällt die Gesamterklärungskraft weit schwächer als beim Schuldabwehrantisemitismus oder beim tradierten Antisemitismus aus. Im ersten Zugriff zeigen sich erneut Bildungseffekte, d.h., Sachsen-Anhalter mit formal niedriger Bildung sind offener auch für diese beide Formen des Antisemitismus. Dies mag beim postkolonialen Antisemitismus insofern überraschen, als dieser als aus dem politisch linken Spektrum kommend und in im Kontext der höheren Bildungsinstitutionen diskutiert wird. Aber die Anzahlentsprechend eingestellter Personen mit hoher Bildung scheint zu niedrig zu sein, um im Verhältnis zum ‚postkolonialen‘ Antisemitismus von rechts stärkeres Gewicht zu entfalten. Weitere Faktoren kommen erst bei Einbeziehung von Einschätzungen der eigenen sozialen und politischen Situation hinzu. Erneut ist es das Gefühl persönlich benachteiligt zu sein oder mit den gegenwärtigen Veränderungen nicht mehr zurecht zu kommen, welches israelbezogenen Antisemitismus verstärkt. Hinzu kommt das Gefühl, dass Politiker und Parteien die eigenen Wünsche nicht wahrnehmen und berücksichtigen (politische Responsivität). Auch beim israelbezogenen und beim postkolonialen Antisemitismus ist der Glaube an Verschwörungserzählungen der stärkste Erklärungsfaktor. Autoritäre Orientierungen, aber auch das Gefühl mit den anstehenden Veränderungen nicht zurecht zu kommen, verstärken ebenfalls diese Formen des Antisemitismus. Der Effekt der niedrigen formalen Bildung bleibt dabei auch bei Einbezug dieser Faktoren relevant.

5.7.1 Fazit

Antisemitismus ist ein aktuelles Problem und komplexes Phänomen. Um ihm adäquat zu begegnen sind differenzierte Betrachtungs- und Herangehensweisen notwendig. Wir halten abschließend die wesentlichen Ergebnisse fest.

Interpretiert man die Befunde der bisherigen Sachsen-Anhalt-Monitore im Einklang mit den Standards der Forschung gilt: Die Verbreitung antisemitischer Ressentiments ist in der Bevölkerung größer als bislang in den SAM berichtet wurde; dies gilt zugleich auch für den Anteil derjenigen, die keine antisemitischen Ressentiments zeigen. Im Zeitraum zwischen 2012 und 2020 zeigt mehr als die Hälfte bis zu einer sehr deutlichen Mehrheit von mehr als 80 Prozent keine tradiert-antisemitischen Ressentiments. In manifester Form liegt dieses Potenzial zwischen 10 und 15 Prozent der Bevölkerung, latent zwischen unter

einem Zehntel bis zu einem Viertel der Bevölkerung. Am weitesten verbreitet ist der sekundäre Antisemitismus. Allein manifest sind entsprechende Ressentiments bei mehr als einem Fünftel bis zu knapp der Hälfte der Bevölkerung festzustellen, bei einem weiteren Fünftel bis zu einem Drittel latent. Dementsprechend zeigt hier nur eine knappe Mehrheit oder eine Minderheit von einem Drittel der Bevölkerung keine sekundär-antisemtischen Ressentiments. Der israelbezogene Antisemitismus liegt mit Blick auf seine Verbreitung im Mittelfeld. Im Jahr 2020 waren entsprechende Ressentiments manifest bei einem Zehntel bzw. deutlich mehr als einem Zehntel vorhanden, latent bei einem Fünftel bis Viertel der Bevölkerung. Dementsprechend sind rückblickend keine israelbezogen-antisemtischen Ressentiments bei etwas mehr als die Hälfte und bis zu unter zwei Dritteln der Bevölkerung vorhanden.

Im Jahr 2025 ist der tradierte Antisemitismus umfassender erhoben worden. Entsprechende Ressentiments sind manifest bei etwas weniger oder mehr als 10 Prozent und bis zu 15 Prozent der Bevölkerung vorhanden. Im letzteren Fall liegt dieser Anteil im mittelfristigen Vergleich wieder auf einem der höheren Niveaus. Latent liegt der Anteil durchgängig bei mehr als einem Zehntel. Dementsprechend ist hier eine deutliche Mehrheit von 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung vorhanden, die keine entsprechenden Ressentiments äußert. Beim sekundären Antisemitismus liegt der Anteil manifester Ressentiments bei etwas weniger und etwas mehr als einem Drittel, der latente Anteil bei etwa 15 Prozent und einem Fünftel der Bevölkerung. Dementsprechend liegt der Anteil derjenigen ohne sekundär-antisemtische Ressentiments bei deutlich unter der Hälfte bis zu etwas mehr als der Hälfte der Bevölkerung. Dieses Muster entspricht den im Rückblick rekonstruierten Gesamtpotenzialen. Diesem Muster entspricht auch, dass der israelbezogene Antisemitismus wiederum im Mittelfeld liegt. Manifest sind entsprechende Ressentiments sowohl manifest als auch latent bei um die 20 und bis zu 30 Prozent vorhanden. Die Anteile der Bevölkerung ohne solche Ressentiments machen dementsprechend teils deutlich weniger als die Hälfte, teils die Hälfte und teils deutlich mehr als die Hälfte aus. Das Niveau bei den 2025 herangezogenen Items liegt etwas höher als bei den 2020 genutzten.

Mit Blick auf die aktuell intensiv und kontrovers diskutierte Frage neuerer Formen des israelbezogenen Antisemitismus im Zusammenhang mit politischen Milieus ist zweierlei festzuhalten: Zum einen wurde konzeptionell und empirisch fundiert gezeigt, dass bestimmte Vorstellungen, die aus antizionistischen und ‚postkolonialen‘ Kontexten abgeleitet werden, sich als Variationen des Antisemitismus verstehen lassen. Zum anderen sind sie allerdings nicht auf äußerst linke und linke Milieus beschränkt, sondern insbesondere auch in äußerst rechten Milieus virulent. Auch mit Blick auf die Verteilung der anderen Dimensionen des Antisemitismus in den politischen Milieus gilt es, zu differenzieren. Keine Partei ist frei von Anhängern mit antisemtischen Ressentiments in kohärenter Form, sie verteilen sich je nach Dimension allerdings in unterschiedlichem Ausmaß.



Die jüngeren und die älteren Alterskohorten sind offener für antisemitische Ressentiments als die mittlere Altersgruppe. Markanter ist aber noch der Effekt der Bildung. So reduziert sich mit dem Abitur die Ausprägung des Antisemitismus merklich. Der Bildungseffekt bleibt auch bei Kontrolle anderer Faktoren erhalten.

In einem weiterreichenden Modell wurde untersucht, welche Faktoren 2025 insgesamt ausschlaggebend für antisemitische Ressentiments in Sachsen-Anhalt sind. Das Ergebnis ist eindeutig: Neben den schon genannten Faktoren (Bildung, Gefühl persönlicher Benachteiligung und relativer Deprivation, dem Gefühl fehlender politischer Responsivität) ist es primär die Bereitschaft, an Verschwörungserzählungen zu glauben, welche die Übernahme antisemitischer Ressentiments wahrscheinlicher macht. Zusammen mit autoritären Dispositionen und dem Gefühl, dass andere Gruppen einem nicht den Platz in der sozialen Hierarchie streitig machen sollten (soziale Dominanzorientierung), verursachen sie antisemitische Ressentiments. Hinzu kommen Gefühle der Benachteiligung und der Überforderung in einer komplizierter werdenden Welt. Diese Faktoren weisen darauf hin, dass antisemitische Projektionen mit einer bestimmten Art und Weise der Verarbeitung grundlegender gesellschaftlicher Entwicklungen zusammenhängen.

Literaturverzeichnis

- Abramson, Paul R. und Ada W. Finifter. 1981. „On the meaning of political trust: new evidence from items introduced 1978“. *American Journal of Political Science* 25(2):297–307. <https://doi.org/10.2307/2110854>.
- ADL - Anti-Defamation League. 2025. *J7 Annual Report on Antisemitism 2025*. Anti-Defamation League. <https://www.adl.org/sites/default/files/pdfs/2025-05/j7-annual-report-on-antisemitism-2025.pdf> [30.09.2025].
- Adorno, Theodor W. 1971. *Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W., Else Frenkel-Brunswick, Daniel L. Levinson, und R. Nevitt Sanford. 2013 [1950]. *Die autoritäre Persönlichkeit*, 8. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Aichholzer, Julian. 2019. *Kurzskala Soziale Dominanzorientierung (KSDO-3)*. Mannheim: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.6102/zis269>.
- Alexander, Jeffrey C. 1998. *Real Civil Societies: Dilemmas of Institutionalization*. SAGE Studies in International Sociology. London: SAGE.
- Alexander, Jeffrey C. 2001. „Robust Utopias and Civil Repairs“. *International Sociology* 16(4):579–91. <https://doi.org/10.1177/0268580901016004004>.
- Almond, Gabriel A., und Verba Sidney. 1963. *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations*. Princeton: University Press.
- Altemeyer, Bob. 1988. *Enemies of Freedom: Understanding Right-Wing Authoritarianism*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Améry, Jean. 2024. *Der neue Antisemitismus*. 2. Auflage. Stuttgart: Cotta.
- Applebaum, Anne. 2020. *Twilight of Democracy: The Seductive Lure of Authoritarianism*. First edition. New York: Vintage.
- Applebaum, Anne. 2022. *Die Verlockung des Autoritären. Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist*. München: Pantheon.
- Arant, Regina, Georgi Dragolov, Klaus Boehnke, und Ferdinand Mirbach. 2025. *Das Vielfaltsbarometer 2025. Zum Stand des Zusammenlebens in Deutschland*. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung. <https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2025-09/Vielfaltsbarometer2025-final.pdf> [12.10.2025].
- Arnold, Sina, und Felix Astner. 2024. „Antisemitismus und Rassismus.“ S. 79-85 in *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, herausgegeben von P. Ullrich, S. Arnold, A. Danilina, K. Holz, U. Jensen, I. Seidel und J. Weyand. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Arzheimer, Kai. 2002. *Politikverdrossenheit: Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Balch, George I. 1974. „Multiple indicators in survey research: The concept ,sense of political efficacy“. *Political Methodology* 1(2):1–43.
- Bartsch, Paul D. 2019. „Sachsen-Anhalt – ein an Traditionen reiches und zugleich höchst lebendiges Kulturland“. S. 33–47 in *Sachsen-Anhalt – eine politische Landeskunde*, herausgegeben von R. Stöcker und M. Reichel. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag.



Becker, Reiner, Gamze Damat, Elena Georg, Tobias Johann, und Birgit Milbradt. 2025. *Lessons learnt? Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau. Bewältigung und Aufarbeitung durch Zivilgesellschaft und Politik, Pädagogik und Beratung*. Freiburg: Wochenschau Verlag.

Behrends, Jan C., Thomas Lindenberger, und Patrice G. Poutrus. 2003. „Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zur Einführung“. S. 9–21 in *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, herausgegeben von J. C. Behrends, T. Lindenberger, und P. G. Poutrus. Berlin: Metropol Verlag Berlin.

Beierlein, Constanze, Frank Asbrock, Mathias Kauff, und Peter Schmidt. 2014. *Die Kurzskala Autoritarismus (KSA-3). Ein ökonomisches Messinstrument zur Erfassung dreier Subdimensionen autoritärer Einstellungen*. Mannheim: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. https://www.gesis.org/fileadmin/_migrated/content_uploads/KSA3_WorkingPapers_2014-35.pdf [10.11.2025].

Benedict, Ruth. 1943. *Race, Science and Politics*. Athens: University of Georgia Press.

Berghan, Wilhelm, und Frank Faulbaum. 2019. „Methodik und Design der Mitte-Studie 2018/19.“ S. 41-52 in *Verlorene Mitte-Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, herausgegeben von A. Zick, B. Küpper, und W. Berghan. Bonn: Dietz.

Bergmann, Werner. 2016. „Wilhelm Marrs Judenspiegel“. in *Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte*, 22.09.2016. <https://dx.doi.org/10.23691/jgo:article-107.de.v1>.

Bergmann, Werner. 2021. *Antisemitic and anti-Israel attitudes – how are they linked? A comparative overview of surveys*. Center for Studies of the Holocaust and Religious Minorities. <https://archive.jpr.org.uk/object-3703>.

Bergmann, Werner, und Rainer Erb. 1986. „Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung: theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland.“ in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 38: 223–246.

Bergmann, Werner, und Rainer Erb. 1991. „„Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm“. Kommunikationslatenz und die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus.“ in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43 (3): 502-519.

Bernardt, Florian, Marc Ingo Wolter, Frederik Parton, und Marc Bovenschulte. 2024. *Ökonomische Effekte der Intel-Ansiedlung in Magdeburg. Studie der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH und der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH*. Berlin: VDI/VDE Innovation + Technik GmbH.

Bethke, Mathias. 2019. „Lutherland, Gott unbekannt – (vormals) christliche Großkirchen und Landespolitik in Sachsen-Anhalt.“ S. 48–64 in *Sachsen-Anhalt – eine politische Landeskunde*, herausgegeben von R. Stöcker und M. Reichel. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag.

Beyer, Heiko. 2024. „Einstellungsforschung zum Antisemitismus.“ S. 122-126 in *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, herausgegeben von P. Ullrich, S. Arnold, A. Danilina, K. Holz, U. Jensen, I. Seidel und J. Weyand. Göttingen: Wallstein Verlag.

Bielig, Jörg, Johannes Block, Harald Meller, und Ernst-Joachim Waschke, Hrsg. 2020. *Die „Wittenberger Sau“ Entstehung, Bedeutung und Wirkungsgeschichte des mittelalterlichen Reliefs der sogenannten „Judenau“ an der Stadtkirche Wittenberg*. Halle (Saale): Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt.

Botsch, Gideon. 2014. „Von der Judenfeindschaft zum Antisemitismus. Ein historischer Überblick.“ In *Aus Politik und Zeitgeschichte* 64/28-30, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/187412/von-der-judenfeindschaft-zum-antisemitismus/> [14.10.2025].

Botsch, Gideon. 2016. „Nationale Opposition“ in der demokratischen Gesellschaft“. S. 43–82 in *Handbuch Rechtsextremismus*, herausgegeben von F. Virchow, M. Langebach, und A. Häusler. Wiesbaden: Springer VS.

Botsch, Gideon. 2020. „Rechtsextremismus und „neuer Antisemitismus““. S. 16–29 in *Wissenschaftt Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8*, herausgegeben von Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ). Jena. https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WSD8/Idz_WsD_08_WEB_final.pdf [14.10.2025].

Botsch, Gideon. 2024. „Antisemitismus im Rechtsextremismus. Der gemeinsame Nenner“. S. 12–24 in *Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklungen und aktuelle Ausdrucksformen*, herausgegeben von Bundesverband RIAS. https://www.report-antisemitism.de/documents/24-12-11_BVRIAS_Rechsextremismus_Antisemitismus.pdf [14.10.2025].

Brandes, Charlotte. 2025. „Antisemitismus in Sachsen-Anhalt nach dem 7. Oktober 2023.“ S. 56–60 in *Emanzipatorische Wege aus den Krisen. Analysen, Perspektiven, Organisierung*, herausgegeben von K. Reimer-Gordinskaya und H. Kanter. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag.

Braun, Christina von, und Eva-Maria Ziege, Hrsg. 2004a. „Das ‚bewegliche‘ Vorurteil“: Aspekte des internationalen Antisemitismus. Würzburg: Königshausen & Neumann.

Braun, Christina von, und Eva-Maria Ziege, Hrsg. 2004b. „Die antisemitische Konstruktion des ‚Dritten‘ und die nationale Ordnung der Welt.“ S. 43–61 in „Das ‚bewegliche‘ Vorurteil“: Aspekte des internationalen Antisemitismus, herausgegeben von C. von Braun, und E.M. Ziege. Würzburg: Königshausen & Neumann.

Brettfeld, Katrin, Diego Farren, Jonas Kleinschmittiger, Thomas Richter, und Peter Wetzels. 2023. *Besorgnisse wegen der Folgen des Klimawandels, Akzeptanz von Maßnahmen zum Klimaschutz und Einstellungen zu Regelverletzung und zivilem Ungehorsam als Protestformen. Arbeitspapier*. MOTRA-Spotlight 04/23. Wiesbaden. https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/86042?locale-attribute=de&utm_source=chatgpt.com [20.10.2025].

Brinkmann, Christina, Nils Krüger, und Jakob Schreiter. 2022. *Der Halle-Prozess: Hintergründe und Perspektiven*. Leipzig: Spector Books.

Brosch, Matthias, Elm, Michael, Geißler, Normann, Simbürger, Brigitte E., und Oliver von Wrochen, Hrsg. 2007. *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland*. Berlin: Metropol-Verlag.

Brumlik, Micha. 1992. „Antisemitismus im Frühsozialismus und Anarchismus“. S. 35–42 in *Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933: Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck-Instituts*, herausgegeben von L. Heid und A. Paucker. Tübingen: Mohr Siebeck.

Brunkhorst, Hauke. 2014. „Die falsch gestellte Frage. War Marx Antisemit?“ *Blätter für deutsche und internationale Politik* 59(8):110–118.

Brumlik, Micha. 2020. *Antisemitismus. 100 Seiten*. Ditzingen: Reclam.

Brumlik, Micha. 2021. „Um das Wesen des Judentums. Bruno Bauer und Karl Marx im Vormärz.“ S. 81–96 in *Postsäkulare Politik? Emanzipation, jüdische Erfahrungen und religiöse Gemeinschaften heute*, herausgegeben von C. Schmidt und L. Fiedler. Göttingen: Wallstein.

Bruns, Julian, Kathrin Glösel, und Natascha Strobl. 2014. *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*. Münster: unrast Verlag.

Bundesverfassungsgericht. 2024. *Ausschluss der Partei „Die Heimat“ (vormals NPD) von der staatlichen Parteienfinanzierung – Urteil vom 23. Januar 2024 (2 BvB 1/19)*. Karlsruhe: Bundesverfassungsgericht-Zweiter Senat. https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2024/01/bs20240123_2bvb000119.html?utm_source=chatgpt.com [10.11.2025].

Celik, Kazim, Nabila Essongri, Julia Schuler, und Franka Grella-Schmidt. 2022. „Ausländer bin ich, aber Berliner seit dem ersten Tag‘. Migration, Zugehörigkeit und Anerkennung in Berlin“. S. 87–102 in „Ich hab noch nie auf einer ruhigen Insel gelebt“. *Städtische Konflikträume zwischen Anerkennung, Partizipation und Abwertung*. Springer: zu Klampen.

Claussen, Detlev. 1988. *Vom Judenhaß zum Antisemitismus: Materialien einer verleugneten Geschichte*. Originalausg., 2. Aufl. Sammlung Luchterhand. Darmstadt: Luchterhand.

Cohen, Philip. 2017. „Unter die Haut. Antisemitismus, Rassismus und Antirassismus im Vereinigten Königreich“. S. 157–248 in *Rassismus. Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Texte Kritische Psychologie*, herausgegeben von A. Kalpaka, N. Räthzel, und K. Weber. Hamburg: Argument Verlag.

Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Decker, Frank, Bernd Henningsen, und Kjetil Jakobsen, Hrsg. 2015. *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*. Baden-Baden: Nomos.

Decker, Oliver, und Elmar Brähler. 2006. Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Bonn: Wagemann Medien GmbH.

Decker, Oliver, und Elmar Brähler. 2020. „Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität.“, S. 15-26 in *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*, herausgegeben von O. Decker, und E. Brähler. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, Oliver, Tobias Grave, Katharina Rothe, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, und Elmar Brähler. 2012. „Erziehungserfahrung, politische Einstellung und Autoritarismus - Ergebnisse der ‚Mitte‘-Studien“. S. 267–301 in *Jahrbuch für Pädagogik 2012: Schöne neue Leitbilder*, herausgegeben von S. Kluge und I. Lohmann. Frankfurt am Main: Lang.

Decker, Oliver, Andreas Hinz, Norman Geißler, und Elmar Brähler. 2013. „Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF).“ S. 197-2012 in *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*, herausgegeben von O. Decker, J. Kiess und E. Brähler. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, Oliver, Johannes Kiess, Ayline Heller, und Elmar Brähler, Hrsg. 2022. *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen - alte Reaktionen?* Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, Oliver, Johannes Kiess, Ayline Heller, und Elmar Brähler, Hrsg. 2024. *Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, Oliver, Johannes Kiess, Julia Schuler, Barbara Handke, Gert Pickel, und Elmar Brähler. 2020. „Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf“. S. 27–88 in *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, herausgegeben von O. Decker und E. Brähler. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, Oliver, und Michael Schwandt. 2018. „Kritische Theorie.“ S. 13-29 in *Sozialpsychologie und Sozialtheorie. Band 1: Zugänge*, herausgegeben von O. Decker. Wiesbaden: Springer VS.

Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbüro Sachsen-Anhalt. 2025a. *Pressemitteilung. Teure Tarifflucht: Sachsen-Anhalt entgehen Milliarden Euro pro Jahr.* <https://sachsen-anhalt.dgb.de/presse/++co++7074d8f4-8ef4-11f0-8b34-291030641e85> [20.10.2025].

Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbüro Sachsen-Anhalt. 2024b. *Positionspapier zur Aufstellung eines nationalen Aktionsplans im Rahmen der Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie. Langfassung.* https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Positionen_und_Thesen/2024_05_27_Positionspapier_Aktionsplan_final.pdf [20.10.2025].

Dewey, John, Hrsg. 2004. *Democracy and Education*. New York: Macmillan.

Diamond, Larry. 1999. *Developing Democracy toward Consolidation*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

Die Landeswahlleiterin. 1998. „Land Sachsen-Anhalt“. <https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt98/erg/wkr/lt.00.ergtab.php> [20.10.2025].

Dilling, Martin, Johannes Kiess, und Elmar Brähler. 2023. „Flucht in die Projektion: Zum Zusammenhang von Autoritarismus, Verschwörungsmentalität und rechtsextremer Einstellung“. *ZRex-Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*(3 (2)):169–91. <https://doi.org/10.3224/zrex.v3i2.02>

Diner, Dan, Hrsg. 1988. *Zivilisationsbruch: Denken nach Auschwitz*. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.

Diner, Dan. 2007. *Gegenläufige Gedächtnisse. Über Geltung und Wirkung des Holocaust*. Toldot. Göttlingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Diner, Dan. 2016. „Verschwörung“. in *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur, Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur*, herausgegeben von D. Diner. Brill. https://doi.org/10.1163/2468-2845_ejgk_COM_0972.

Diner, Dan. 2019. „Der Sarkophag zeigt Risse: Über Israel, Palästina und die Frage des ‚neuen‘ Antisemitismus.“ S. 459-484 in *Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte*, herausgegeben von C. Heilbronn, D. Rabinovici und N. Sznaider. Frankfurt am Main und Berlin: Suhrkamp.

Dischereit, Esther. 2021. *Hab keine Angst, erzähl alles! Das Attentat von Halle und die Stimmen der Überlebenden*. Freiburg: Herder Verlag.

Dittrich, Miro, Anne Gradjean, Lukas Jäger, und Jan Rathje. 2020. *QAnon in Deutschland*. de:hate report #01. Amadeu-Antonio-Stiftung. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/11/01-dehate-report-QAnon.pdf> [13.10.2025].

Dorn, Florian, Gstreich, David, und Florian Neumeier. 2024. „Wachsende Armutgefährdung mitverantwortlich für Wahlerfolg rechtsextremer Parteien.“ in *ifo-Schnelldienst 77/3*, S. 16-25. <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2024-03-wohlstand-populismus-muench-etal.pdf> [20.10.2025].

Döring, Nicola. 2023. *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften*. Berlin, Heidelberg: Springer.

DPA Europe. 2023. „Germany’s neo-Nazi NPD party changes its name to ‚Die Heimat‘“. *Anews*. https://www.anews.com.tr/europe/2023/06/03/germanys-neo-nazi-npd-party-changes-its-name-to-die-heimat?utm_source=chatgpt.com [8.11.2025].

Dülken, Bianca, Olha Lushankina, und Anne von Oswald. 2024. *Monitoringbericht zum Stand der Zuwanderungs- und Integrationsprozesse in Sachsen-Anhalt (2017–2023)*. Berlin: Minor Wissenschaft GmbH. https://integrationsportal.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/AGSA/Integrationsbeauftragte/Anlage_zur_KV_Minor_Sachsen-Anhalt_Monitoringbericht_barrierefrei.pdf?utm_source=chatgpt.com [20.10.2025].

Easton, David. 1965. *A System Analysis of Political Life*. Chicago: University of Chicago Press.

Easton, David. 1975. „A Re-Assessment of the Concept of Political Support“. *British Journal of Political Science* 5:435–57.

Easton, David. 1979. *A System Analysis of Political Life. New Edition*. Chicago: University of Chicago Press.

Eicker, Jannis. 2021. „Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und ihre Systematisierung: Eine Untersuchung zum Stand der Theoriebildung in der Rechtsextremismusforschung“. *ZRex-Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*(1 (1)):131–46. <https://doi.org/10.3224/zrex.v1i1.08>

Election.de 2025: https://www.election.de/ltw_wahl_datum.html [20.11.2025]

Elkins, Caroline, und Susan Pedersen, Hrsg. 2005. *Settler Colonialism in the Twentieth Century*. London und New York: Routledge.

Elsässer, Lea. 2018. *Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*. 1. Auflage. Schriften aus dem MPI für Gesellschaftsforschung. Weinheim: Campus Verlag.

Esaiasson, Patrik, Mats Giljam, und Mikael Persson. 2015. „Communicative responsiveness and other central concepts in between-election democracy“. S. 15–33 in *Between-election democracy: The representative relationship after election day*, herausgegeben von P. M. Esaiasson und M. Narud. Colchester: ECPR Press.

Falk, Armin, Mark Fallak, und Lasse Stötzer. 2022. *Klimaskepsis und Ausreden: Wie beurteilen die Deutschen den Klimawandel und die Notwendigkeit, etwas dagegen zu tun?*. No. 037. ECONtribute Policy Brief.

Fein, Helen. 1987. „Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations, and Actions.“ S. 67–85 in *The Persisting Question: Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism*, herausgegeben von H.A. Strauss und W. Bergmann. Berlin und New York: De Gruyter.

Feldman, David, und Marc Volovici. 2023. *Antisemitism, Islamophobia and the Politics of Definition*. Palgrave Critical Studies of Antisemitism and Racism. Cham: Palgrave Macmillan.

Feuerherdt, Alex, und Florian Markl. 2018. *Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert*. Berlin: Henrich und Henrich.

Fiedler, Lutz. 2021. „Sphärentrennung. Gabriel Riessers Kritik an Bruno Bauer und die Verteidigung des Pluralismus.“ S. 97–118 in *Postsäkulare Politik? Emanzipation, jüdische Erfahrungen und religiöse Gemeinschaften heute*, herausgegeben von C. Schmidt und L. Fiedler. Göttingen: Wallstein.

Flick, Uwe. 2020. „Triangulation“. S. 278–289 in *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*, herausgegeben von G. Mey und K. Mruck. Wiesbaden: Springer.

Foroutan, Naika. 2019. *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld: transcript Verlag.

Frenkel, Miriam. 2018. „Dhimmah“. in *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur*, herausgegeben von D. Diner. Brill. https://doi.org/10.1163/2468-2845_ejgk_COM_0174

Friedländer, Saul, Frei, Norbert, Steinbacher, Sybille, und Dan Diner. 2022. *Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust*. München: C.H. Beck.

Friedrich, Sebastian. 2015. *Der Aufstieg der AfD: Neokonservative Mobilmachung in Deutschland*. Berlin: Bertz und Fische.

Frindte, Wolfgang. 2025. „Sind die Konzeptionen des Autoritarismus noch passfähig? – Ein Diskussionsvorschlag anlässlich des 125. Geburtstags von Erich Fromm“. *ZRex-Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* Jg. 5(2/2025):238–54.

Fuchs, Dieter, Oscar W. Gabriel, und Klaus Völk. 2002. „Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung“. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31(4):427–50.

Fukuyama, Francis. 1989. "The end of history?." *The national interest* 16: 3-18.

Fukuyama, Francis. 1992. "Capitalism & democracy: The missing link." *Journal of Democracy* 3(3): 100–110. Gabriel, Oscar W. 1993. „Institutionenvertrauen im vereinigten Deutschland“. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43(3–21). <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/536686/institutionenvertrauen-im-vereinigten-deutschland/> [20.10.2025].

Gerber, Jan, Hrsg. 2021. *Die Untiefen des Postkolonialismus. Hallische Jahrbücher #1*. Berlin: Edition Tiamat.

Goetz, Judith. 2020. „„Der große Austausch“ - Rechtsextreme Reproduktions- und Bevölkerungspolitik am Beispiel der ‚Identitären‘“. *Femina Politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 29 (2):37–49. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i2.04>

Goldhagen, Daniel J. 1996. *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*. 11. Auflage. Berlin: Siedler.

Graf, Philip. 2025. *Ausgeschlagenes Erbe. Die jüdische Geschichte Halberstadts in der DDR. Toldot Band 017*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Gramsci, Antonio. 2021. *Gramsci-Reader. Erziehung und Bildung*. 3. Auflage, herausgegeben von A. Merkens. Hamburg: Argument Verlag.

Gröschner, Annett. 2025. *Schwebende Lasten*. München: C.H. Beck.

Gruber, Julius. 2024. „Die Alternative für Deutschland und Antisemitismus“. S. 60–91 in *Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklungen und aktuelle Ausdrucksformen*, herausgegeben von Bundesverband RIAS. https://www.report-antisemitism.de/documents/24-12-11_BVRIAS_Rechsextremismus_Antisemitismus.pdf [14.10.2025].

Gruber, Julius, Bianca Loy, und Daniel Poensgen. 2023. *Antisemitische Vorfälle nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober: Die Rolle von Gelegenheitsstrukturen für das antisemitische Vorfallgeschehen in Deutschland*. RIAS (Bundesverband). https://report-antisemitism.de/documents/2024-05-17_Working-Paper-01-23_Antisemitische-Vorfaelle-nach-den-Massakern-der-Hamas-am-7-Oktober.pdf [15.10.2025].

Haury, Thomas. 2002. *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburg: Hamburger Edition.



Haury, Thomas. 2024. „Israelbezogener Antisemitismus.“ S. 42–50 in *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, herausgegeben von P. Ullrich, S. Arnold, A. Danilina, K. Holz, U. Jensen, I. Seidel und J. Weyand. Göttingen: Wallstein Verlag.

Hebenstreit, Jörg, Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Reinhard Pollack, Marion Reiser, Matthias Sand, und Pierre Zissel. 2024. *Deutschland-Monitor 2024. Gesellschaftliche und politische Einstellungen. Themen schwerpunkt: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?* Halle (Saale): Zentrum für Sozialforschung.

Heil, Johannes. 2016. „Judenfeindschaft“. in *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur*, herausgegeben von D. Diner. Brill. https://doi.org/10.1163/2468-2845_ejgk_COM_0367

Heitmeyer, Willhelm, Hrsg. 2002. *Deutsche Zustände. Folge 1.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heller, Ayline, Elmar Brähler, und Oliver Decker. 2020a. „Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF)“. S. 151–72 in *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland*, herausgegeben von A. Heller, O. Decker, und E. Brähler. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Heller, Ayline, Oliver Decker, Bjarne Schmalbach, Jörg M. Fegert, Elmar Brähler, und Markus Zenger. 2020b. „Detecting Authoritarianism Efficiently: Psychometric Properties of the Screening Instrument Authoritarianism – Ultra Short (A-US) in a German Representative Sample“. *Frontiers in Psychology* (Volume 11). <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2020.533863>.

Heller, Ayline, Johannes Kiess, Oliver Decker, und Martin Dilling. 2024. „Methodische Überlegungen zur Erhebung rechtsextremer und autoritärer Einstellungen“. S. 207–230 in *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024*, herausgegeben von O. Decker, J. Kiess, A. Heller, und E. Brähler. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Häckermann, Andreas, und Frank Ettrich, „Soziologie in Zeiten der Polykrise.“ *Berliner Journal für Soziologie* 33: 351–355. <https://doi.org/10.1007/s11609-023-00509-w>

Heyder, Aribert. 2005. „Soziale Dominanz und Autoritarismus zur Erklärung ‚Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ im Kontext eines Bildungskonzeptes“. *Zeitschrift für Politische Psychologie* Jg. 13(1+2):53–82.

Hirschman, Albert O. 1991. *The rhetoric of reaction: Perversity, futility, jeopardy*. Harvard: University Press.

Höcker, Charlotte, Gert Pickel, und Oliver Decker. 2020. „Antifeminismus – Das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene“. S. 245–270 in *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus-Studie 2020*, herausgegeben von O. Decker, J. Kiess, A. Heller, und E. Brähler. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Holtemöller, Oliver. 2017. „Aktuelle Trends. Sachsen-Anhalt kann beim Wirtschaftswachstum nicht mit Ostdeutschland mithalten“. *Wirtschaft im Wandel*, (23 (2)). <https://www.iwh-halle.de/publikationen/detail/aktuelle-trends-sachsen-anhalt-kann-beim-wirtschaftswachstum-nicht-mit-ostdeutschland-mithalten> [2.10.2025].

Holtemöller, Oliver, und Axel Lindner. 2019. „Die wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts seit 1990.“ S. 101–112 in *Sachsen-Anhalt - eine politische Landeskunde*, herausgegeben von R. Stöcker und M. Reichel. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag.

Holtmann, Everhard, Ossip Fürnberg, und Tobias Jaeck. 2007. *Sachsen-Anhalt-Monitor 2007. Politische Einstellungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit*. Halle (Saale): Landeszentrale für politische

Bildung Sachsen-Anhalt. https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Sachsen_Anhalt_Monitor_fruhe/Sachsen-Anhalt-Monitor_neu_24.9.07.pdf [2.7.2025].

Holtmann, Everhard, Tobias Jaeck, und Kerstin Völkl. 2009. *Sachsen-Anhalt-Monitor 2009. Werte und politisches Bewusstsein 20 Jahre nach dem Systemumbruch*. Halle (Saale): Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Sachsen_Anhalt_Monitor_fruhe/Sachsen-Anhalt-Monitor_2009.pdf [2.7.2025].

Holtmann, Everhard, Tobias Jaeck, und Kerstin Völkl. 2010. *Sachsen-Anhalt-Monitor 2010. Das Land Sachsen-Anhalt in der Wahrnehmung seiner Bewohner*. Halle (Saale): Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Sachsen_Anhalt_Monitor_fruhe/Sachsen_Anhalt_Monitor_2010_ll.pdf [2.7.2025].

Holtmann, Everhard, Tobias Jaeck, und Kerstin Völkl. 2012. *Sachsen-Anhalt-Monitor 2012. Mitten im Land. Blicke auf das Eigene und das Fremde*. Halle (Saale): Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Sachsen_Anhalt_Monitor_fruhe/SAM_2012_redaktionell_ueberarb.pdf [2.7.2025].

Holtmann, Everhard, Tobias Jaeck, und Kerstin Völkl. 2014. *Sachsen-Anhalt-Monitor 2014. Festigung der Demokratie*. Halle (Saale): Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Dateien2014/PDF/SAM_2014.pdf [2.7.2025].

Holtmann, Everhard. 2015. „Auf dem Weg zur gefestigten Demokratie: Die politische Kultur im Land Sachsen-Anhalt“. S. 235–50 in *Regionale politische Kultur in Deutschland: Fallbeispiele und vergleichende Aspekte*, herausgegeben von N. Werz und M. Koschkar. Wiesbaden: Springer VS.

Holtmann, Everhard, und Tobias Jaeck. 2015. *Sachsen-Anhalt-Monitor 2015. Nichtwahl. Strukturmerkmale, Motivlagen und sozialräumliche Verankerung*. Halle (Saale): Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Dateien_Re-launch_2015/Text/PDF/SAM/SAM_2015_Nichtwahl.pdf [2.7.2025].

Holtmann, Everhard, Tobias Jaeck, und Kerstin Völkl. 2018. *Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt*. Halle (Saale): Zentrum für Sozialforschung e.V. https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Dateien_Re-launch_2015/Text/PDF/SAM/SAM_2018_Druckversion_Onlineausgabe_22052018_.pdf [2.7.2025].

Holtmann, Everhard, Tobias Jaeck, und Kerstin Völkl. 2020. *Sachsen-Anhalt-Monitor 2020. 30 Jahre Bundesland Sachsen-Anhalt. 30 Jahre Deutsche Einheit*. Halle (Saale): Zentrum für Sozialforschung e.V. https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/ALPHA_DATEIEN_ab_25062019/Online-Angebote/Downloads/SAM_2020_Onlinefassung.pdf [2.7.2025].

Holz, Klaus. 2001. *Nationaler Antisemitismus: Wissenssoziologie einer Weltanschauung*. Hamburg: Hamburger Edition.

Holz, Klaus. 2010. *Nationaler Antisemitismus: Wissenssoziologie einer Weltanschauung*. Neuauflage. Hamburg: Hamburger Edition.

Holz, Klaus. 2024. „Sekundärer Antisemitismus.“ S. 31-35 in *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, herausgegeben von P. Ullrich, S. Arnold, A. Danilina, K. Holz, U. Jensen, I. Seidel und J. Weyand. Göttingen: Wallstein Verlag.

Holz, Klaus, und Thomas Haury. 2021. *Antisemitismus gegen Israel*. Hamburg: Hamburger Edition.



- Hoffmann, Raphael. 2025. „Selbst den Bombenangriff auf die Stadt am 16. April 1945 unbeschadet überstanden“ – Antisemitismus in Sachsen-Anhalt im Spiegel des Diskurses um Schmähplastiken 2016“. S. 61–64 in *Emanzipatorische Wege aus den Krisen. Analysen, Perspektiven, Organisierung*, herausgegeben von Katrin Reimer-Gordinskaya und Heike Kanter. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag.
- Horkheimer, Max und Samuel H. Flowerman. 1950. *Studies in Prejudice*. Social Studies Series Publication No. III. New York: The American Jewish Committee.
- Huntington, Samuel. 1991. *The third wave*. Norman: University of Oklahoma Press.
- Huntington, Samuel. 1993. "The clash of civilizations." *Foreign affairs* 72(3): 22-49.
- Illouz, Eva. 2025. *Der 8. Oktober*. Berlin: Suhrkamp.
- Imhoff, Roland, Hrsg. 2023. *Die Psychologie der Verschwörungstheorien. Von dunklen Mächten sonderbar belogen...* Göttingen: Hogrefe.
- Imhoff, Roland, und Martin Bruder. 2014. „Speaking (Un-)Truth to Power: Conspiracy Mentality as A Generalised Political Attitude“. *European Journal of Personality*(28 (1)):25–43.
<https://doi.org/10.1002/per.1930>
- Institut für Konflikt- und Gewaltforschung (IKG). 2012. *IKG 2012 Pressehandout „Deutsche Zustände“*.
https://bagkr.de/wp-content/uploads/2018/07/IKG_2012_Pressehandout_Deutsche-Zust%C3%A4nde.pdf [20.10.2025].
- IPCC. 2023. *Climate change 2023: Synthesis report, summary for policymakers. Contribution of working groups I, II and III to the sixth assessment report of the intergovernmental panel on climate change* [core writing team, H. Lee and J. Romero (eds.)]. IPCC: Genf.
- IHRA – International Holocaust Remembrance Association. 2016. *IHRA non-legally binding working definition of antisemitism*. <https://holocaustremembrance.com/resources/working-definition-antisemitism> [2.10.2025].
- Jenkins, Richard. 2008. *Social Identity*. 3rd Edition. London & New York: Routledge.
- JDA – Jerusalem Declaration on Antisemitism. o.J. <https://jerusalemdeclaration.org/> [2.11.2025].
- Kaeding, Michael, und Stefan Haußner. 2016. *Gut bekannt und unerreicht? Soziodemografisches Profil der Nichtwähler_innen*. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/12701.pdf> [20.10.25].
- Kaeser, Joe. 2024. „Sozialökologische Marktwirtschaft braucht Maß und Mitte.“ in *ifo-Schnelldienst* 77/3: 10-12. <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2024-03-wohlstand-populismus-muench-etal.pdf> [20.10.2025].
- Kalkstein, Fiona E., Gert Pickel, und Johanna Niendorf. 2024. „Antifeminismus und Antisemitismus – eine autoritär motivierte Verbindung?“ S. 161–80 in *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus-Studie 2024*, herausgegeben von O. Decker, J. Kiess, A. Heller, und E. Brähler. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Kalkstein, Fiona E., Gert Pickel, Johanna Niendorf, und Charlotte Höcker. 2022. „Antifeminismus und Geschlechterdemokratie“. S. 245–70 in *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus-Studie 2022*, herausgegeben von O. Decker, J. Kiess, E. Brähler, und A. Heller. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Kelle, Udo. 2022. „Mixed Methods“. S. 163-177 in *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, herausgegeben von N. Bauer und J. Blasius. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Kellershohn, Helmut. 2019. „Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis in einem »Europa der Nationen«. Die Programmatik der AfD seit 2016“. S. 90–112 in *Zwischen Neoliberalismus und völkischem >Antikapitalismus<. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten*, herausgegeben von A. Becker, S. Eberhardz, und H. Kellershohn. München: Unrast Verlag.

Kellershohn, Helmut. 2024. Von „Umvolkung“ zu „Remigration“. <https://www.diss-duisburg.de/2024/01/von-umvolkung-zu-remigration/> [21.10.2025].

Kemper, Andreas, und Heike Weinbach. 2007. *Klassismus. Eine Einführung*. Münster: Unrast Verlag.

Keßler, Mario. 1995. *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967*. Potsdam: Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung.
<http://dx.doi.org/10.14765/zf.dok.1.912>

Kiess, Johannes, Oliver Decker, Ayline Heller, und Elmar Brähler. 2020. „Antisemitismus als antimodernes Ressentiment: Struktur und Verbreitung eines Weltbildes.“ S. 211–248 in *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus-Studie 2020*, herausgegeben von O. Decker und E. Brähler. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Kiess, Johannes. 2024. „Die Verbreitung rechtsextremer Einstellung in Deutschland“. in *Handbuch Rechtsextremismus*, herausgegeben von F. Virchow, A. Hoffstadt, C. Heß, und A. Häusler. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38373-2_35-1

Kirsch, Adam. 2025. *Siedlerkolonialismus. Ideologie, Gewalt und Gerechtigkeit*. Berlin: Edition Diamat.

Kistenmacher, Olaf. 2010. „„Nazis für jüdisches Kapital“ (Rote Fahne 182, 7. September 1932): Antisemitische Stereotype und antifaschistisches Selbstverständnis in der Tageszeitung der KPD während der Endphase der Weimarer Republik, 1928–1933“. S. 143–60 in *Dersich selbst entfremdete und wiedergefundene Marx*, herausgegeben von H. Lethen, F. Schmieder, und B. Löschenkohl. Brill | Fink.
<https://doi.org/10.30965/9783846749036>

Kistenmacher, Olaf. 2023. „Gegen den Zeitgeist des Sozialismus.‘Anarchistische und kommunistische Kritik der Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer Republik. Freiburg und Wien: ca ira.

Klug, Brian. 2003. „The collective Jew: Israel and the new antisemitism.“ in *Patterns of Prejudice* 37(2): 117–138. <https://doi.org/10.1080/0031322032000087973>

Knoll, Michael. 2018. „Anders als gedacht. John Deweys Erziehung zur Demokratie“. In *Zeitschrift für Pädagogik* 64/5: 700–718, <https://doi.org/10.25656/01:22170>.

Kraushaar, Wolfgang. 2005. *Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus*. Hamburg: Hamburger Edition.

Küpper, Beate, und Andreas Zick. 2005. „Status, Dominanz und legitimierende Mythen. Eine kritische Bestandsaufnahme der Theorie der Sozialen Dominanz“. *Zeitschrift für Politische Psychologie* 13(Nr.1+2):31–51.

Landesamt für Statistik. 2025. *Sachsen-Anhalt bleibt gefragt: 11 Jahre Wanderungsplus in Folge. Pressemitteilung Nr. 139/2025*. <https://demografie.sachsen-anhalt.de/aktuelles/news-details/sachsen-anhalt-wanderungsplus> [2.10.2025].

Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Sachsen-Anhalt. 2024. *Wirtschaft in Sachsen-Anhalt 2024. Stagnation hält an – Abwärtsrisiken bleiben*. <https://www.ihk.de/blueprint/servlet/resource/blob/6502090/8498f5d085c27a64871e794e5533acfe/konjunkturbericht-sachsen-anhalt-2024-data.pdf> [2.10.2025].

- LAMSA (Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.), und Susi Möbbeck. 2025. „Landtagswahl 2026: Integrationsbeauftragte und LAMSA rufen Zugewanderte zu politischer Teilhabe auf“. https://ms.sachsen-anhalt.de/aktuelles/news-detail/landtagswahl-2026-integrationsbeauftragte-und-lamsa-rufen-zugewanderte-zu-politischer-teilhabe-auf?utm_source=chatgpt.com [23.10.2025].
- Landesportal Sachsen-Anhalt. 2025a. „Strukturwandel im Chemiepark Leuna“. <https://moderndenken.sachsen-anhalt.de/moderne-denker/strukturwandel-in-leuna> [3.11.2025].
- Landesportal Sachsen-Anhalt. 2025b. „Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt“. <https://lpb.sachsen-anhalt.de/netzwerk-fuer-demokratie-und-toleranz-in-sachsen-anhalt> [3.11.2025].
- Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen. 2023. *2. Demokratiebericht. Politische und demokratische Lebenswelten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung in 2023*. Düsseldorf: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen.
- Landtag von Sachsen-Anhalt. 2016. „Amtliches Endergebnis der Wahl steht nun fest“. <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/2016/amtliches-endergebnis-der-wahl-steht-nun-fest/amtliches-endergebnis-der-wahl-steht-nun-fest> [3.11.2025].
- Landtagswahlen in Deutschland. 2025. https://www.election.de/ltw_wahl_datum.html.
- Lanz, Stefan. 2007. *Berlin aufgemischt: abendländisch, multikulturell, kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Lautmann, Rüdiger. 2024. „Stichwort Verschwörung“. S. 1357 in *Lexikon zur Soziologie*, herausgegeben von T. Benkel, A. D. Bührmann, D. Kimke, R. Lautmann, U. Stäheli, C. Weischer, und H. Wienold. Wiesbaden: Springer VS.
- Lavorano, Stephanie. 2019. *Rassismus*. Ditzingen: Reclam.
- Levitsky, Steven, und Daniel Ziblatt. 2018. *Wie Demokratien sterben und was wir dagegen tun können*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Linz, Juan J. 2000. *Totalitarian and authoritarian regimes*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Linz, Juan J., und Alfred Stepan. 1996. „Toward Consolidated Democracies“. *Journal of Democracy* 7(2):14–33.
- Lipset, Seymour M. 1959. „Some social requisites of democracy: Economic development and political legitimacy“. *American Political Science Review* 53(1):69–105.
- Lipset, Seymour Martin. 1981. *Political Man: The Social Bases of Politics*. Baltimore: Penguin.
- Loeffler, James. 2016. „Musik“. in *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur*, herausgegeben von D. Diner. Brill. https://doi.org/10.1163/2468-2845_ejgk_COM_0569
- Maier, Jürgen. 2003. *Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland: Dimensionen—Determinanten—Konsequenzen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Marin, Bernd. 1979. „Ein historisch neuer ‚Antisemitismus ohne Antisemiten‘? Beobachtungen und Thesen am Beispiel Österreichs nach 1945.“ in *Geschichte und Gesellschaft* 5 (4): 545–569. <http://www.jstor.org/stable/40185145> [4.10.2025].
- Mau, Steffen. 2024. *Ungleich vereint. Warum der Ost anders bleibt*. 4. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen, Thomas Lux, und Linus Westhauser. 2023. *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.

Melter, Claus, Paul Mecheril, und Birgit Rommelspacher, Hrsg. 2009. „Was ist eigentlich Rassismus?“ in *Rassismuskritik. Rassismustheorie und -forschung*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

Memmi, Albert. 1989. *Racism*. Minneapolis: University of Minnesota.

Merkel, Wolfgang. 2016. „Bruchlinien. Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie.“ In *WZB Mitteilungen* 154/2016: 11-14.

Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (2018): *Verfassungsschutzbericht 2018*.

Magdeburg: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt. https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3._Themen/Verfassungsschutz/Referat_44/VSB_2018_Endfassung.pdf [22.11.2025].

Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (2019): *Verfassungsschutzbericht 2019*.

Magdeburg: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt. https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3._Themen/Verfassungsschutz/Referat_44/VSB_ST_2019.pdf [22.11.2025].

Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (2020): *Verfassungsschutzbericht 2020*.

Magdeburg: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt. https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3._Themen/Verfassungsschutz/Referat_44/VSB_2020_neu.pdf [22.11.2025].

Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (2021): *Verfassungsschutzbericht 2021*.

Magdeburg: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt. https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3._Themen/Verfassungsschutz/VSB_ST_2021_Endfassung_01.pdf [22.11.2025].

Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (2022): *Verfassungsschutzbericht 2022*.

Magdeburg: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt. https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3._Themen/Verfassungsschutz/Referat_44/VSB_2022.pdf [22.11.2025].

Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (2023): *Verfassungsschutzbericht 2023*.

Magdeburg: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt. https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3._Themen/Verfassungsschutz/Referat_44/2024-11-26_Broschur_MI_Sachsen-Anhalt_VSB_2023_barrierefrei.pdf [22.11.2025].

Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (2024): *Verfassungsschutzbericht 2024*.

Magdeburg: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt. https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3._Themen/Verfassungsschutz/Referat_44/VSB_2024_Druckfassung.pdf [22.11.2025].

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt. 2022. *Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt*. Magdeburg: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Sachsen-Anhalt.

Mokros, Nico, und Andreas Zick. 2023. „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung.“ S. 149-184 in *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, herausgegeben von A. Zick, B. Küpper, und N. Mokros. Bonn: Dietz.



Mönig, Alina, Marleen Hascher, Benjamin Kerst, Edmund Osterberger, und Matthias Quent. 2024. *Rechts-extremismus in ökologischen Transformationsräumen (RIOET) Auswertung der quantitativen Befragung*. Hochschule Magdeburg-Stendal.

Moré, Angela. 2013. „Die unbewusste Weitergabe von Traumata und Verstrickungen an nachfolgende Generationen.“ in *Journal für Psychologie* 21/2: <https://journal-fuer-psychologie.de/article/view/268> [13.10.2025].

Mudde, Cas. 2019. *The Far Right Today*. Medfort: Polity.

Müller, Jan-Werner. 2016. „Illiberale Demokratie?“ S. 9-18 in *Transit 48 Europäische Revue. Rückkehr der illiberalen Demokratie?* Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik.

Münch, Ursula, Armin Nassehi, Joe Kaeser, Knut Bergmann, Matthias Diermeier, Florian Dorn, David Gstrein, Florian Neumeier, Manuel Funke, Moritz Schularick, Christoph Trebesch, Kerim Peren Arin, Efstathios Polyzos, Marcel Thum, Luisa Dörr, Niklas Potrafke, Felix Rösel, und Tuuli Tähtinen. 2024. Wohlstand in Gefahr? Ursachen und Folgen von Populismus. [info-schnelldienst 77 \(3\)](http://info-schnelldienst.ifo.de/publikationen/2024/aufsatze-zeitschrift/wohlstand-gefahr-ursachen-und-folgen-von-populismus). www.ifo.de/publikationen/2024/aufsatze-zeitschrift/wohlstand-gefahr-ursachen-und-folgen-von-populismus [21.11.2025].

Murav, Harriet. 2016. „Kosmopoliten“. in *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur*, herausgegeben von D. Diner. Brill. https://doi.org/10.1163/2468-2845_ejgk_COM_0423.

Nirenberg, David. 2017. *Antijudaismus. eine andere Geschichte des westlichen Denkens*. München: Beck.

Nord, Marina, David Altman, Fabio Angiolillo, Tiago Fernandes, Ana Good God, und Staffan I. Lindberg. 2025. *Democracy Report 2025: 25 Years of Autocratization – Democracy Trumped?* Gothenburg: V-Dem Institute, University of Gothenburg. https://www.v-dem.net/documents/60/V-dem-dr__2025_lowres.pdf.

Noß, Marianne. 2025. *Konjunkturausblick Sachsen-Anhalt 2025*, herausgegeben von Nord-LB. <https://www.nordlb.de/meine-nordlb/download/research-dokument-13137?cHash=2f6862152e1255c2c5613be21ff3bb72> [3.11.2025].

Öztürk, Cemal und Susanne Pickel. 2024. „Die Gefahr der Co-Radikalisierung: Wie sich Muslimfeindlichkeit und Islamismus in Deutschland wechselseitig verstärken.“ *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 8(2): 197-239.

Ohse, Marc-Dietrich. 2010. „Die Herausbildung oppositioneller Gruppen in der DDR“ S. 83–99 in *Akteure oder Profiteure?*, herausgegeben von D. Pollack und J. Wielgohs. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Papier, Hans-Jürgen. 2025. „Einführung: Die Zukunft der liberalen Demokratie.“ S. 9-16 in *Die Zukunft der liberalen Demokratie: Grundlagen, Pandemie- und Klimapolitik*, herausgegeben von H.J. Papier, U. Münch, und G. Kellermann. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Papier, Hans-Jürgen, Ursula Münch, und Gero Kellermann, Hrsg. 2025. *Die Zukunft der liberalen Demokratie: Grundlagen, Pandemie- und Klimapolitik*. 1. Auflage. Tutzinger Studien zur Politik. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Petersen, Helge. 2025. „Rassistische Gewalt in Sachsen-Anhalt: (Dis-)Kontinuitäten vor und nach der Wende“ S. 68–70 in *Emanzipatorische Wege aus den Krisen. Analysen, Perspektiven, Organisierung, Beiträge für Demokratie* 1. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag.

Pettigrew, Thomas Fraser. 1998. „Intergroup contact theory“. *Annual review of psychology* (49 (1)):65–85. <https://doi.org/10.1146/annurev.psych.49.1.65>.

Pickel, Gert, Oliver Decker, und Katrin Reimer-Gordinskaya. 2021. *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt*. Springer: zu Klampen.

Pickel, Gert. 2002. *Jugend und Politikverdrossenheit: Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?* Opladen: Leske+Budrich.

Pickel, Gert. 2015a. „Gerechtigkeit und Politik in der deutschen Bevölkerung – die Folgen der Wahrnehmung von Gerechtigkeit für die politische Kultur im vereinten Deutschland“. S. 135–72 in *Was ist Gerechtigkeit? Befunde im vereinten Deutschland*, herausgegeben von M. Borchard, T. Schrapel, und B. Vogel. Weimar: Böhlau.

Pickel, Gert. 2015b. „Neue Entwicklungen der politischen Kultur. Politische Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland: Neue Krisenerscheinungen oder doch alles beim Alten?“ S. 153–94 in *Standortbestimmung Deutschlands: Innere Verfasstheit und internationale Verantwortung*, herausgegeben von M. Kneuer. Baden-Baden: Nomos.

Pickel, Gert und Kazim Celik. 2019. „Politische Kultur, demokratische und politische Einstellungen in Berlin“. S. 15–26 in *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität - Fragmentierte Demokratie*. Springer: zu Klampen.

Pickel, Gert, Kazim Celik, Julia Schuler, und Oliver Decker. 2020. „Bedrohungsempfinden als Quelle gruppenbezogener Vorurteile durch Religionen in einer heterogenen Stadtgesellschaft. Analysen des Berlin-monitors“. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 4(1):7–43. <https://doi.org/10.1007/s41682-020-00054-w>.

Pickel, Gert und Johanna Niendorf. 2024. „Transfeindlichkeit und die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin“ S. 90-112 in *Der Berlin-Monitor 2023: Berlin in Zeiten multipler Krisen*. Springer: Zu Klampen.

Pickel, Gert und Susanne Pickel. 2024. „Politische Kulturforschung“. S. 175–99 in *Kursbuch Politikwissenschaft II. Forschungs- und Politikfelder*, herausgegeben von J. Varwick, S. Achour, H.-J. Bieling, S. Schieren, und I. Schildbach. Frankfurt/Main: Wochenschau Verlag/utb.

Pickel, Gert, Pickel, Susanne, und Heinrike Rustenbeck. 2024. „Multiple Krisen in Berlin und ihre Folgen. Einstellungen zum Klimawandel und russischen Angriffskrieg“ S. 113-128 in *Der Berlin-Monitor 2023: Berlin in Zeiten multipler Krisen*. Springer: Zu Klampen!

Pickel, Gert, Reimer-Gordinskaya, Katrin, und Oliver Decker, Hrsg. 2019. *Der Berlin-Monitor 2019: Vernetzte Solidarität, Fragmentierte Demokratie*. Springer: zu Klampen.

Pickel, Gert, Tzschesche, Selana, Reimer-Gordinskaya, Katrin, und Oliver Decker. 2022. Antisemitismus in Berlin. Verbreitung, Erfahrungen, Folgen und Umgangsweisen in der Zivilgesellschaft. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 6: 233–273. <https://doi.org/10.1007/s41682-022-00107-2>

Pickel, Gert und Dieter Walz. 1995. „Politisches Institutionenvertrauen in der Bundesrepublik Deutschland in zeitlicher Perspektive“. *Journal für Sozialforschung* 35(2):145–55.

Pickel, Susanne. 2016. „Konzepte und Verständnisse von Demokratie in Ost- und Westeuropa“. S. 318–42 in *Demokratie jenseits des Westens*, herausgegeben von S. Schubert und A. Weiß. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Pickel, Susanne. 2018. „„Wahlkampfzeit ist Responsivitätszeit“: Die Kluft zwischen Politikern und Bürgern in der repräsentativen Demokratie“. S. 171–95 in *Die Demokratie und ihre Defekte: Analysen und Reformvorschläge*, herausgegeben von T. Mannewitz. Wiesbaden: Springer.

Pickel, Susanne und Gert Pickel. 2006. *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Eine Einführung.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Pickel, Susanne und Gert Pickel. 2018. *Empirische Politikforschung. Einführung in die Methoden der Politikwissenschaft.* Berlin: De Gruyter/Oldenbourg Verlag.

Pickel, Susanne und Gert Pickel. 2020a. „Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall – eine gemeinsame demokratische politische Kultur oder immer noch eine Mauer in den Köpfen?“ in *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30:483–91.

Pickel, Susanne und Gert Pickel. 2020b. „Politische Kultur und gesellschaftliche Integration“. S. 1–18 in *Handbuch Integration*, herausgegeben von G. Pickel, O. Decker, S. Kailitz, A. Röder, und J. Schulze Wessel. Wiesbaden: Springer VS.

Pickel, Susanne und Gert Pickel. 2023. „The wall in the mind – Revisited stable differences in the political cultures of Western and Eastern Germany“. in *German Politics* 32:20–41.

Pickel, Susanne, Gert Pickel, Natalie Gittner, Kazim Celik, und Johannes Kiess. 2022. „Demokratie und politische Kultur“. S. 185–208 in *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Gießen: Psychosozial.

Pinhard, Inga. 2009. *Jane Addams, Pragmatismus und Sozialreform: pädagogische Theorie und Praxis der Progressive Era.* Opladen: B. Budrich.

Pirro, A. L. P. (2023). Far right: The significance of an umbrella concept. *Nations and Nationalism*, 29(1), 101–112. <https://doi.org/10.1111/nana.12860>

Pleul, Clemens. 2018. „Die Identitären“. S. 165–78 in *Jahrbuch Extremismus und Demokratie (E & D)*, herausgegeben von U. Backes, A. Gallus, E. Jesse, und T. Thieme. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Poensgen, Daniel, und Benjamin Steinitz. 2019. „Alltagsprägende Erfahrung.“ S. 13–28 in *Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen*, herausgegeben von S. Salzborn. Baden-Baden: Nomos.

Pohl, Dieter. 2022. *Nationalsozialistische Verbrechen 1939–1945*. 10., völlig neu bearb. Aufl. Handbuch der deutschen Geschichte. Stuttgart: Klett-Cotta.

Pohl, Rolf. 2005. „Sexuelle Identitätskrise. Über Homosexualität, Homophobie und Weiblichkeitssababwehr bei männlichen Jugendlichen“. S. 249–64 in *Männliche Adoleszenz. Sozialisation und Bildungsprozesse zwischen Kindheit und Erwachsensein*, herausgegeben von V. King und K. Flaake. Frankfurt, New York: Campus.

Polyzos, Marcel Thum, Luisa Dörr, Niklas Potrafke, Felix Rössel, und Tuuli Tähtinen. 2024. „Wohlstand in Gefahr? Ursachen und Folgen von Populismus“. in *ifo-Schnelldienst* 77/3: 3–32. <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2024-03-wohlstand-populismus.pdf> [20.10.2025].

Popper, Karl. 1945. *The Open Society and its Enemies: The Spell of Plato.* London und New York: Routledge.

Popper, Karl. 2003. *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band 2: Falsche Propheten Hegel, Marx und die Folgen.* 8. Auflage. Tübingen: Mohr.

Putnam, Robert D. 1993. „What makes democracy work?“ in *National Civic Review* 82(2): 101–107.

Putnam, Robert D. 2000. *Bowling alone: The Collapse and Revival of American Community.* New York: Simon Schuster.

Quante, Michael. 2021. „Zwischen menschlicher Allgemeinheit und religiöser Partikularität. Anmerkungen zum linkshegelianischen Streit um die ‚Judenfrage‘.“ S. 59–80 in *Postsäkulare Politik? Emanzipation, jüdische Erfahrungen und religiöse Gemeinschaften heute*, herausgegeben von C Schmidt und L. Fiedler. Göttingen: Wallstein.

Quent, Matthias, Christoph Richter, und Axel Salheiser. 2022. *Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. München: Piper.

Reimer-Gordinskaya, Katrin, Gert Pickel, und Franka Grella-Schmidt. 2024. „Aus der Schublade kannst du nicht springen“. *Perspektiven auf Anti-muslimischen Rassismus in Berlin*. Springer: zu Klampen.

Reimer-Gordinskaya, Katrin, Matthias Quent, Helge Petersen, und Raphael Hoffmann. 2023. „Politische Einstellungen: Sachsen-Anhalt belegt beunruhigenden 1. Platz.“ S. 36–39 in EFBI-Policy-Paper 2023/2, herausgegeben von O. Decker, J. Küss und E. Brähler. https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2023_2_Policy%20Paper.pdf [20.11.2025].

Reimer-Gordinskaya, Katrin und Selana Tzschiesche. 2021. *Antisemitismus – Heterogenität – Allianzen. Jüdische Perspektiven auf Herausforderungen der Berliner Zivilgesellschaft*. Berlin: zu Klampen.
https://berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2023/06/BerlinMonitor2020_Web-1.pdf [20.10.2025]

Reimer-Gordinskaya, Katrin, und Selana Tzschiesche. 2023. *Immer noch, arm, aber sexy ‘? Ungleiche Lebenslagen und Klassenverhältnisse in Berlin* Forschungsbericht zum zweiten Schwerpunkt der Aktivierenden Befragung im Berlin-Monitor. Springer: zu Klampen.

Reiser, Marion, Jörg Hebenstreit, und Anne Küppers. 2023. „Regionale politische Kulturen: Demokratische Einstellungen in den deutschen Bundesländern“. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33(4):555–81.
<https://doi.org/10.1007/s41358-024-00364-y>.

Reiser, Marion, Anne Küppers, Jörg Hebenstreit, Lars Vogel, und Pierre Zissel. 2024. *Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus*. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2024. Jena: Komrex.

Reuband, Karl-Heinz. 1995. „Autoritarismus und Familie — Zum Wandel familialer Sozialisationsbedingungen Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland“. S. 221–42 in *Die deutsche Gesellschaft in vergleichender Perspektive*, herausgegeben von K.-H. Reuband, F. Urban Pappi, und H. Best. Opladen: Westdeutscher Verlag.

RIAS – Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bundesverband. 2025. *Politischer Antisemitismus seit dem 7. Oktober 2023. Dynamiken – Akteure – Wirkungen*. https://report-antisemitism.de/documents/25-10-06_BVRIAS_Politischer-Antisemitismus-7-Oktober.pdf [21.11.2025].

RIAS – Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Sachsen-Anhalt. 2024. *Antisemitische Vorfälle in Sachsen-Anhalt 2023*. https://report-antisemitism.de/documents/2024-06-19_rias-lsa_Antisemitische-Vorfaelle-LSA-2023.pdf [21.11.2025].

RIAS – Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Sachsen-Anhalt. 2025. *Antisemitische Vorfälle in Sachsen-Anhalt 2024*. https://report-antisemitism.de/documents/2025-05-14_rias-lsa_Antisemitische-Vorfaelle-LSA-2024.pdf [21.11.2025].

Richardson, John E., und Ruth Wodak. 2022. „Anti-Sorosism: Reviving the ‚Jewish World Conspiracy‘.“ S. 395–420 in *Conspiracy Theory Discourses (Discourse Approaches to Politics, Society and Culture)*, herausgegeben von M. Demata, V. Zorzi, und A. Zottola. Amsterdam: John Benjamin.



Rippl, Susanne, Angela Kindervater, und Christian Seipel. 2000. „Die autoritäre Persönlichkeit: Konzept, Kritik und neuere Forschungsansätze“. S. 13–30 in *Autoritarismus*, herausgegeben von S. Rippl, C. Seipel, und A. Kindervater. Wiesbaden: Springer VS.

Rippl, Susanne und Christian Seipel. 2024. „Abgehängt oder autoritär? Motive der Sympathisant:innen rechtspopulistischer Einstellungen und Politikangebote.“ S. 1–21 in *Handbuch Rechtsextremismus*, herausgegeben von F. Virchow, Hofstadt, C. Heß, und A. Häußler. Wiesbaden: Springer VS.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-38373-2_36-1

Rohrschneider, Robert und Rüdiger Schmitt-Beck. 2002. „Trust in democratic institutions in Germany: Theory and evidence ten years after unification“. in *German Politics* 11(3):35–58.

Roller, Edeltraud. 2010. „Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland“. S. 597–614 in *Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010*, herausgegeben von P. Krause und I. Ostner. Frankfurt und New York: Campus.

Rommelspacher, Birgit. 2009. „Was ist eigentlich Rassismus?“ S. 25–38 in *Rassismuskritik, Rassismustheorie und -forschung*, herausgegeben von Claus Melter und Paul Mecheril. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

Röpke, Andrea und Andreas Speit. 2021. *Völkische Landnahme: Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*. Berlin: Ch. Links Verlag.

Rosenthal, Gabriele. 1999. *Der Holocaust im Leben von drei Generationen. Familien von Überlebenden der Shoah und von Nazi-Tätern*. 3., korrigierte Auflage. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Roth, Roland. 2004. „Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie“. S. 41–64 in *Zivilgesellschaft und Sozialkapital*, herausgegeben von A. Klein, K. Kern, B. Geißel, und M. Berger. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Roth, Roland. 2022. „Dunkle Seiten der Zivilgesellschaft – von 2001 bis 2021.“ S. 124–143 in *20 Jahre Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ Bilanz und Ausblick. Jahrbuch Engagementpolitik*, herausgegeben von A. Klein, R. Sprengel, J. Neuling. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

Roth, Roland. 2024. „Demokratiepolitik in Deutschland. Anmerkungen zu einem unterschätzten Politikfeld“. S. 71–88 in *Demokratiepolitik, Bürgergesellschaft und Demokratie*, herausgegeben von H. Kleger und A. Klein. Wiesbaden: Springer.

Roth, Roland, und Dieter Rucht. 2008. *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt am Main: Campus.

Rothschild, Mike. 2022. *The Storm is Upon Us: How QAnon Became a Movement, Cult, and Conspiracy Theory of Everything*. London: Octopus Publishing Group.

Russell J., Dalton, Tse-Chun Sin, und Jou Willy. 2007. „Understanding democracy: Data from unlikely places“. in *Journal of Democracy* 18(4):142–56.

Schabram, Greta, Andreas Aust, Katja Kipping, und Joachim Rock. 2025. *Verschärfung der Armut. Paritätischer Armutsbericht*. Magdeburg: Der Paritätische Sachsen-Anhalt. [https://www.paritaet-lsa.de/news/paritaetischer-armutsbericht-arme-werden-arter/\[3.11.2025\]](https://www.paritaet-lsa.de/news/paritaetischer-armutsbericht-arme-werden-arter/[3.11.2025]).

Schäfer, Armin, Robert Vehrkamp, Felix J. Gagné. 2013. „Prekäre Wahlen: Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013“, herausgegeben von Bertelsmann Stiftung.

https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Prekaere_Wahlen.pdf [20.10.205].

Schäfer, Peter. 2020. *Kurze Geschichte des Antisemitismus*. 2. Auflage. München: Beck.

Schnell, Rainer, Paul B. Hill, und Elke Esser. 2013. *Methoden der empirischen Sozialforschung*. 9., aktualisierte Auflage. München: Oldenbourg.

Schönbach, Peter. 1961. *Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/60*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

Schreiter, Nikolai, und Lars Rensmann. 2025. *Die radikale Rechte in Deutschland nach dem 7. Oktober: Ein Beispiel des politischen Antisemitismus im postfaktischen Zeitalter*. Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen.

<https://doi.org/10.17883/5823>

Schuhmann, Annette. 2025. *Wir sind anders! Wie die DDR Frauen bis heute prägt*. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Schulze-Marmeling, Dietrich. 2024. *Antisemitismus reloaded. Die Linke, der Staat und der 7. Oktober*. Rastede: Edition Entwurf.

Schwarzer, Daniela. 2025. „Liberale Demokratien unter Druck“ in *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 22-23, Liberale Weltordnung*, herausgegeben von Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/liberale-weltordnung-2025/562318/liberale-demokratien-unter-druck/> [20.10.2025].

Schwarz-Friesel, Monika, und Yehuda Reinhartz. 2023. Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin und Boston: De Gruyter.

Sharansky, Natan. 2004. "3D test of anti-semitism: Demonization, double standards, delegitimation." *Jewish Political Studies Review* 16(3-4): 3.

Sidanius, Jim und Felicia Pratto. 1999. *Social dominance: An intergroup theory of social hierarchy and oppression*. New York: Cambridge University Press. Doi: 10.13140/RG.2.2.20242.53440.

Six, Bernhard, Uwe Wolfradt, und Andreas Zick. 2001. „Autoritarismus und Soziale Dominanzorientierung als generalisierte Einstellungen“. in *Zeitschrift für Politische Psychologie* (9 (2-3)):23–40.

Sonnenberg, Ann-Kathrin. 2025. *Bayern und Hamburg stolz, Sachsen-Anhalt skeptisch – regionale Identität im Vergleich. Verbundenheit mit Europa im Osten am geringsten*. <https://yougov.de/society/articles/52684-bayern-und-hamburg-stolz-sachsen-anhalt-skeptisch-regionale-identitat-im-vergleich-verbundenheit-mit-europa-im-osten-am-geringsten> [20.10.2025].

Sontheimer, Klaus. 1990. *Deutschlands politische Kultur*. München: Beck.

Staatskanzlei und Ministerium für Kultur. 2023. *Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus. Update 2024*. https://stk.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/StK/STK/Dokumente_Fotos_Antisemitismus/Umsetzungbericht_Juedisches_Leben_web.pdf [20.11.2025].

Staatskanzlei und Ministerium für Kultur. 2024. „Sachsen-Anhalt. Herzlich willkommen in Sachsen-Anhalt“. https://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/StK/STK/Startseite_pdf_Dokumente/2024_Sachsen-Anhalt_Willkommensbroschuere_deutsch.pdf [22.10.2025].



- Statista 2025a. *Status der Landesverbände der AfD zur Prüfung durch den Verfassungsschutz.*
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1428143/umfrage/status-der-landesverbaende-der-afd-zur-pruefung-durch-den-verfassungsschutz/> [22.10.2025].
- Statista 2025b. *Stimmenanteile der AfD bei den jeweils letzten Landtagswahlen in den Bundesländern bis März 2025.* <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/320946/umfrage/ergebnisse-der-afd-bei-den-landtagswahlen/> [22.10.2025].
- Statista 2025c. *Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Deutschland von 1949 bis 2025 (in Prozent).*
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2274/umfrage/entwicklung-der-wahlbeteiligung-bei-bundestagswahlen-seit-1949/> [22.10.2025].
- Statista 2025d. *Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt von 1990 bis 2021.*
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3179/umfrage/wahlbeteiligung-bei-den-landtagswahlen-in-sachsen-anhalt-seit-1990/> [22.10.2025].
- Statista. 2025e. *Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstäigen in Sachsen-Anhalt 1991-2024.*
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/252484/umfrage/bruttoinlandsprodukt-je-erwerbstaeigene-in-sachsen-anhalt/> [22.10.2025].
- Statista. 2025f. *Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstäigen in Deutschland nach Bundesländern 2024.*
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/254144/umfrage/bruttoinlandsprodukt-je-erwerbstaeigene-in-deutschland-nach-bundeslaendern/> [22.10.2025].
- Statista. 2025g. *Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt von 1991-2024 (in Millionen Euro).*
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/5047/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-von-sachsen-anhalt-seit-1991/> [22.10.2025].
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder. o.J. „Fläche und Bevölkerung nach Ländern“.
<https://www.statistikportal.de/de/bevoelkerung/flaeche-und-bevoelkerung> [22.10.2025].
- Statistisches Bundesamt. 2022. „Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2020“. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/migrationshintergrund-endergebnisse-2010220207004.html>.
- Statistisches Bundesamt. 2025. „Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland zwischen 1990 und 2024: Angleichung oder Verfestigung der Unterschiede?“ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-bevoelkerungsentwicklung-ost-west.html>.
- Steinbeis, Maximilian. 2024. *Die verwundbare Demokratie. Strategien gegen die populistische Übernahme.* München: Hanser.
- Stumpf, Sören und David Römer. 2019. „Der Große Austausch ist kein Mythos, er ist bittere Realität.‘ Populismus und Verschwörungstheorien aus linguistischer Perspektive“ S. 130–59 in *Populismus und Sagbarkeiten in öffentlich-politischen Diskursen*, herausgegeben von D. Römer und C. Spieß. Duisburg: Universitätsverlag Rhein-Ruhr.
- Suchantke, Daniela und Michaela Frohberg. 2019. „Die Repräsentanz von Frauen in Politik, Verwaltung und Wissenschaft in Sachsen-Anhalt seit der Friedlichen Revolution. Von historischer Unterrepräsentanz zur geduldeten Stagnation.“ S. 256–85 in *Sachsen-Anhalt – eine politische Landeskunde*, herausgegeben von R. Stöcker und M. Reichel. Halle/Saale: Mitteldeutscher Verlag.
- Sznaider, Natan. 2024. *Die jüdische Wunde. Leben zwischen Anpassung und Autonomie.* München: Hanser Verlag.

Tabellenband Sachsen-Anhalt-Monitor 2012. Aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung. 2012. https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Sachsen>Anhalt_Monitor_fruhe/aproximaTabellenbandSAM2012FINAL.pdf [2.7.2025].

Tabellenband Sachsen-Anhalt-Monitor 2014. Aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung. 2014. https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Dateien2014/PDF/Sachsen_Anhalt_Monitor_2014_Tabellenband.pdf [2.7.2025].

Tabellenband Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. CONOSCOPE GmbH. 2018. https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Dateien_Release_2015/Text/PDF/SAM/180518_SAM_2018_Tabellenband.pdf [2.7.2025].

Tabellenband Sachsen-Anhalt-Monitor 2020. CONOSCOPE GmbH. 2020. https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/ALPHA_DATEIEN_ab_25062019/Online-Angebote/Downloads/201008_SAM_2020_Tabellenband.pdf [2.7.2025].

Tajfel, Henri. 1982. *Social Identity and Intergroup Relations*. European Studies in Social Psychology. Cambridge, New York und Paris: Cambridge University Press und Éditions de la Maison des Sciences de l'Homme.

Tausendpfund, Markus. 2024. „Zufriedenheit mit der Demokratie“. in *40 Jahre ALLBUS - Die deutsche Gesellschaft im Wandel. Blickpunkt Gesellschaft*, herausgegeben von O. Hochman, A. Stanciu, und A. Hadjar. Wiesbaden: Springer VS.

Toozé, Adam. 2022. Kawumm! *Die Zeit*, 14.07.2022

Thorbrietz, Petra. 2025. „Wir werden Europa erobern!“: Ungarn, Viktor Orbán und die unterwanderte Demokratie. München: Verlag Antje Kunstmann.

Träger, Hendrik und Sven Leunig. 2010. „Ebenenübergreifende Auswirkungen von Koalitionsverhandlungen in den Ländern am Beispiel des ‚Magdeburger Modells‘“. S. 85–104 in *Koalitionsregierungen und Parteienwettbewerb in den Ländern (1994)*, herausgegeben von J. Oberhofer und R. Sturm. München: Allitera Verlag.

Tullner, Mathias. 2019. „Zur Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt.“ S. 15–32 in *Sachsen-Anhalt – eine politische Landeskunde*, herausgegeben von R. Stöcker und M. Reichel. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag.

Virchow, Fabian. 2016. „Rechtsextremismus: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen“. in *Handbuch Rechtsextremismus*, herausgegeben von F. Virchow, M. Langebach, und A. Häusler. Wiesbaden: Springer VS.

Virchow, Fabian, Martin Langebach, und Alexander Häusler, Hrsg. 2016. *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: VS Springer.

Volkov, Shulamit. 2000. *Antisemitismus als kultureller Code*. 2., erweiterte Auflage. München: C.H. Beck.

Völker, Teresa und Daniel Saldivia Gonzatti. 2024. „Discourse Networks of the Far Right: How Far-Right Actors Become Mainstream in Public Debates“. in *Political Communication* 41(2024)(3):353–72.

Völkli, Klaus. 2023. „Sachsen-Anhalt im Fokus: Die Einstellungen der Bevölkerung Sachsen-Anhalts zur Demokratie und zu politischen Institutionen“. in *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33(4):685–708.

Vorländer, Hans, Maik Herold, und Steven Schäller. 2016. *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden: Springer.



- Vukadinovic, Vojin S. 2024. *Siebter Oktober Dreiundzwanzig. Antizionismus und Identitätspolitik*. Berlin: Querverlag.
- Wagner, Bernd. 2014. *Rechtsradikalismus in der Spät-DDR: Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft*. Berlin: Edition Widerschein.
- Wagner, Thomas und Michael Zander. 2011. *Sarrazin, die SPD und die Neue Rechte. Untersuchung eines Syndroms*. Berlin: Verlag Das Neue Berlin.
- Wegner, Bernd und Stefan Liebig. 1998. „Gerechtigkeitsvorstellungen in Ost- und Westdeutschland im Wandel: Sozialisation, Interessen, Lebenslauf“. S. 82–102 in *Leben in Ost- und Westdeutschland*, herausgegeben von P. Krause und I. Ostner. Frankfurt am Main: Westdeutscher Verlag.
- Weil, Francesca. 2011. *Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR*. Göttingen: V&R unipress.
- Weiβ, Volker. 2017. *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Welzel, Christian. 2013. *Freedom Rising: Human Empowerment and the Quest for Emancipation*. 1. Aufl. Cambridge: University Press.
- Werlen, Benno, und Christian Reutlinger. 2019. „Sozialgeographie. Eine disziplinäre Positionierung zum Sozialraum.“ in *Handbuch Sozialraum. Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich*, herausgegeben von F. Kessel und C. Reutlinger. Wiesbaden: Springer VS.
- Westle, Bettina. 1989. *Politische Legitimität - Theorien, Konzepte, empirische Befunde*. 1. Auflage. Schriftenreihe zur gesellschaftlichen Entwicklung. Baden-Baden: Nomos.
- Weyand, Jan. 2017. „Das Konzept der Kommunikationslatenz und der Fortschritt in der soziologischen Antisemitismusforschung.“ S. 36-59 in *Jahrbuch für Antisemitismusforschung 26*, herausgegeben von S. Schüler-Springorum. Berlin: Metropol-Verlag.
- Zentralrat der Juden in Deutschland. 2024. *Lagebild: Auswirkungen des Krieges in Israel auf die jüdischen Gemeinden in Deutschland. Ein Jahr nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober*. https://www.zentralrat-derjuden.de/wp-content/uploads/2025/03/ZDJ_GC-War_3009b-1.pdf [2.10.2025].
- Zentrum für Sozialforschung Halle, Institut für Politikwissenschaft Jena, und GESIS-Leibniz-Institut. 2024. Deutschland-Monitor 2024. Halle.
- Zick, Andreas. 2019. „Zusammenhalt durch Gleichwertigkeit, Zusammenhalt in Gleichwertigkeit - Leitbilder der Mitte“ S. 283–303 in *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018*, herausgegeben von A. Zick, B. Küpper, und W. Berghan. Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas, Wilhelm Berghan, und Nico Mokros. 2019. „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2018/19. Mit einem Exkurs zum Neuen Antisemitismus von Beate Kupper und Andreas Zick.“ S. 53–116 in *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, herausgegeben von A. Zick, B. Küpper, und W. Berghan. Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas, Beate Küpper, und Willhelm Heitmeyer. 2011. „Vorurteile als Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – eine Sichtung der Vorurteilsforschung und ein theoretischer Entwurf.“ S. 287–316 in *Vorurteile. Ursprünge, Formen, Bedeutung*, herausgegeben von A. Pelinka. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Zick, Andreas, Beate Küpper, und Andreas Hövermann. 2011. *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zick, Andreas, Beate Küpper, Nico Mokros, und Sabine Achour. 2023. *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. 2. korrigierte Auflage, herausgegeben von F. Schröter. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas, Beate Küpper, Nico Mokros, und Marco Eden, Hrsg. 2025. *Die angespannte Mitte. Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25*. Bonn: Dietz.

Zimmer, Annette. 2021. „Zivilgesellschaft“. S. 1–7 in *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, herausgegeben von U. Andersen und W. Woyke, 8. aktualisierte Auflage. Heidelberg: Springer VS. [https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/511485/zivilgesellschaft/](https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/511485/zivilgesellschaft) [2.10.2025].

Zimmermann, Moshe. 1987. Wilhelm Marr. *The Patriarch of Antisemitism*. New York und Oxford: Oxford University Press.

Zimmermann, Moshe, und Nicolas Berg. 2018. „Berliner Antisemitismusstreit“. in *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur*, herausgegeben von Diner, Dan. Brill. https://doi.org/10.1163/2468-2845_ejgk_COM_0082

Zmerli, Sonja. 2012. „Soziales und politisches Vertrauen“. S. 139–73 in *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002 bis 2008*, herausgegeben von S. Keil und J. van Deth. Baden-Baden: Nomos.



Autor:innenverzeichnis

Prof.in Dr.in Katrin-Reimer-Gordinskaya

Hochschule Magdeburg-Stendal
Institut für demokratische Kultur
Professorin für Kindliche Entwicklung, Bildung und Sozialisation

Prof. Dr. Gert Pickel

Universität Leipzig
Forschungsinstitut gesellschaftlicher Zusammenhalt
Professor für Religions- und Kirchensoziologie

Nikolay Dimitrov, M.Sc.

Hochschule Magdeburg-Stendal
Institut für demokratische Kultur
Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Anhänge

Wie gerne leben Sie in Sachsen-Anhalt?

Sehr gerne	Eher gerne	Eher ungern	Sehr ungern	Weiß nicht
<input type="radio"/>				

Wie stark fühlen Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden?

	Sehr stark	Ziemlich	wenig	Gar nicht
Dem Ort, in dem Sie- wohnen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sachsen-Anhalt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ostdeutschland	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Gesamtdeutschland	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Europa	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt?

Sehr positiv	Eher positiv	Teils/teils	Eher negativ	Sehr negativ
<input type="radio"/>				

Und wie sehen Sie die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt?

Sehr positiv	Eher positiv	Teils/teils	Eher negativ	Sehr negativ
<input type="radio"/>				

Was schätzen Sie an Sachsen-Anhalt ganz besonders?

Nennung:

Was sind aus Ihrer Sicht die derzeit wichtigsten Probleme, die in Sachsen-Anhalt zu lösen sind? Nennen Sie bitte drei Probleme.

Probleme:



Wie beurteilen Sie gegenwärtig ...

	Sehr gut	gut	Teils/teils	schlecht	Sehr schlecht
... ihre eigenwirtschaftliche Lage.	<input type="radio"/>				
... die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt.	<input type="radio"/>				

Wie beurteilen Sie die folgenden Meinungen, die man immer wieder hört. Sagen Sie uns bitte jeweils, ob Sie der Meinung zustimmen...

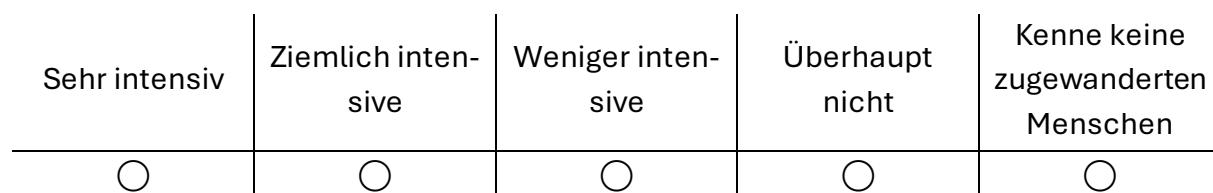
	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Ich finde mich bei den vielen Veränderungen heute gar nicht mehr zurecht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Klimawandel hat mit dem Verhalten der Menschen nichts zu tun.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir können es uns nicht leisten, alle unproduktiven Menschen durchzufüttern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unabhängig von seinen Leistungen, sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Die verschiedenen Le-
bensweisen und die zu-
nehmende Vielfalt in
Deutschland berei-
chern uns.

Um den Klimawandel
zu stoppen, müssen wir
unsere Lebensweise
ändern.

Ich habe Angst, dass
wir nicht mehr in Frie-
den lebenkönnen.

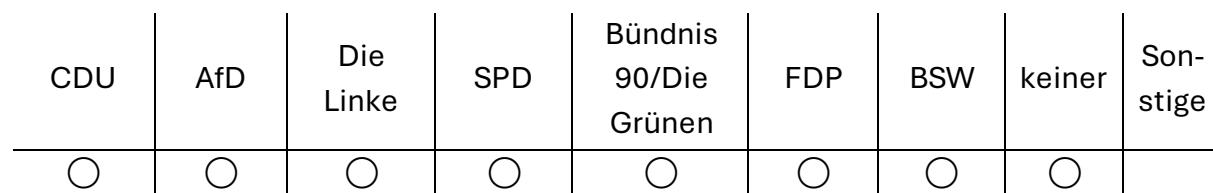
Wie intensiv ist ihr Kontakt zu zugewanderten Menschen?



Wie stark interessieren Sie sich für Politik?



Gibt es eine Partei in Deutschland, der Sie sich persönlich am verbundensten fühlen?





Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einflussnehmen wollen: Welche der folgenden Möglichkeiten würden Sie dann nutzen? An welchen haben Sie sich selbst schonbeteiligt?

	Mache ich gerade	Habe ich schon gemacht	würde ich machen	würde ich nicht machen	Keine Angabe
Mitarbeit in zivilgesellschaftlichen Initiativen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Teilnahme an einer Bürgerversammlung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Freiwilliges Engagement (Stadtteilprojekt, Kommune, Sozialverband)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Teilnahme an einer angemeldeten Demonstration	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Teilnahme an einer nicht angemeldeten Demonstration oder Protesten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ziviler Ungehorsam	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu Politik und Gesellschaft zu?

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Nach den Wahlen erklären die gewählten Vertreter den Wählern ihre politischen Entscheidungen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Nach den Wahlen be- rücksichtigen die ge- wählten Vertreter die Wünsche der Bürger.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und ein- schätzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Politiker kümmern sich darum, was Wäh- ler denken.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Nach den Wahlen hö- ren sich die gewählten Vertreter die Wünsche ihrer Wähler an.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Manchmal fühle ich mich als Ostdeut- scher als Bürger 2. Klasse.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Was man in der Politik „Kompromiss“ nennt, ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Verrat von Prinzipien.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich wünsche mir mehr Beteiligung der Ein- wohner durch Bürger- versammlungen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperli- che Gewalt anzuwen- den, um meine Inter- essen durchzuset- zen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Selber würde ich nie Gewalt anwenden. Aber es ist schon gut, dass es Leute gibt, die	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



mal ihre Fäuste sprechen lassen, wenn es anders nicht mehr weiter geht.

Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht besser – wir brauchen eine Revolution

Der Staat ist ein Instrument der Unterdrückung, das abgeschafft werden muss.

Im Umgang mit Behörden und Ämtern fühle ich mich oft ausgeliefert.

Ich fühle mich persönlich benachteiligt.

Für eine Regierungsbildung ist mir eine klare parlamentarische Mehrheit, egal ob in Bund oder Land, wichtig.

Es kann auch gerne mal einmal eine Minderheitsregierung geben.

In der Politik reden die Leute häufig von „Links“ und „Rechts“. Wenn Sie an eine Skala von 0 bis 10 denken, wo würden Sie sich selbst einordnen, wenn 0 links und 10 rechts bedeutet?

Nennung:

Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen.
Sind Sie ...?

Entschieden für die Demo- kratie	Eher für die Demokratie	Eher gegen die Demokratie	Eher gegen die Demokratie	Weiß nicht
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Wie zufrieden sind sie mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert?

Sehr zufrieden	Eher zufrieden	Eher un- zufrieden	Sehr un- zufrieden	Weiß nicht
<input type="radio"/>				

Wie sehr vertrauen Sie den folgenden Gruppen und Einrichtungen?

	Vertraue ich voll und ganz	Vertraue ich eher	Vertraue ich eher nicht	Vertraue ich überhaupt nicht
Der Bundesregierung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Justiz und Gerichten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Landesregierung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sachsen-Anhalt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dem Landtag von Sachsen-Anhalt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dem deutschen Bun- destag	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Wissenschaft	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Polizei	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ihrer Stadt- und Ge- meindeverwaltung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politischen Parteien im allgemeinen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kirchen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Gewerkschaften	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



Geben Sie bitte jeweils ihre persönlichen Ansichten an. Inwieweit stimmen Sie den einzelnen Aussagen zu?

	Lehne völlig ab	Lehne über- wiegend ab	Stimme teils zu, teils nicht zu	Stimme über- wiegend zu	Stimme voll und ganz zu	Keine Angabe
--	--------------------	---------------------------------	--	----------------------------------	-------------------------------	-----------------

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.

Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.

Die Ausländer kommen nur hier her, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.

Das oberste Ziel der-deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die es verdient.

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deut-scher Interessen ge-genüber dem Ausland.

Es gibt wertvolles und unwertes Leben

Wie in der Natur sollte sich in der Gesell-schaft immer der Stär-kere durchsetzen.

Der Nationalsozialis-mus hatte auch seine guten Seiten.

Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Ge-schichtsschreibung weit übertrieben wor-den.



Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen? Stimmen Sie...

	stimme-ganz und gar nicht zu	stimme wenig zu	stimme etwas zu	Stimme ziemlich zu	Stimme voll und ganz zu	Keine Angabe
Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Anbei einige politische Aussagen. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	Lehne völlig ab	Lehne über- wiegend ab	Stimme teils zu, teils nicht zu	Stimme über- wiegend zu	Stimme voll und ganz zu	Keine Angabe
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Reparationsforderungen an Deutschland nutzen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im zweiten Weltkrieg.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Gründung Israels war eine schlechte Idee.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Deutschen sollten einen Schlussstrich unter die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und den Verbrechen an den Juden ziehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbrechen Israels wiegen am schwersten.

Israel ist ein Apartheidstaat.

Die Juden und Jüdinnen haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Der Nahostkonflikt ist im Grunde ein Konflikt zwischen weißem Kolonialismus und unterdrückten Minderheiten.

Ohne Israel würde Frieden in Nahost herrschen.

Die Juden tragen bleibende Schuld am Tod Jesu.

Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten?

Erhalte mehr als den gerechten Anteil	Erhalte den gerechten Anteil	Erhalte weniger als den gerechten Anteil	Erhalte sehr viel weniger als den gerechten Anteil
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Wie beurteilen Sie die folgenden Meinungen, die man immer wieder hört. Sagen Sie uns bitte jeweils, ob Sie der Meinung zustimmen...

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich finde es empörend, wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein schönes Leben machen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Gleichwertigkeit aller Gruppen ist ein wichtiges Ideal.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unterlegene Gruppen sollten dort bleiben, wo sie hingehören.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Manche Leute sagen, dass man den meisten Menschen trauen kann. Andere meinen, dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein kann. Was ist Ihre Meinung dazu?

Den meisten Menschen kann man trauen.	Man kann nicht vorsichtig genug sein.
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



Wie beurteilen Sie die folgenden Meinungen, die man immer wieder hört. Sagen Sie uns bitte jeweils, ob Sie der Meinung zustimmen...

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Ich finde es ekelhaft, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Frauen übertreiben ihre Schilderungen über sexuelle Gewalt häufig, um Vorteil aus der Situation zu schlagen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt nur zwei Geschlechter.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Wie beurteilen Sie die folgenden Meinungen, die man immer wieder hört. Sagen Sie uns bitte jeweils, ob Sie der Meinung zustimmen...

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Der Islam ist eine rückständige Religion, unfähig sich an die Gegenwart anzupassen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten entfernt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schwarze Menschen machen mir Angst.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Asiaten nehmen uns die Arbeitsplätze weg.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Soziodemographie

Können Sie mir sagen, in welchem Jahr Sie geboren wurden?

Nennung:

Welchem Geschlecht würden Sie sich zuordnen?

Weiblich	Männlich	Divers
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Welcher Glaubensgemeinschaft gehören Sie an?

Dem Christentum	Dem Islam	Dem Islam	Einer anderen Religionsgemeinschaft	Keiner Religionsgemeinschaft
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst eingeschlossen?

Nennung:

Welchen allgemeinen Schulabschuss haben Sie?

Von der Schule abgegangen ohne Abschluss	Hauptschule, Abschluss Polytechnische Oberorschule 8. oder 9. Klasse	Mittlere Reife, Real-schule, Fachhoch-schulreife, Abschluss Polytechnische Ober-schule 10. Klasse (Sekundärstufe 1)	Abitur, EOS mit Abschluss 12. Klasse, Fachhoch-schulreife	Noch in Schulausbildung
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Welche von den folgenden Formen der Erwerbstätigkeit trifft auf Sie zu?

- Vollzeit
- Teilzeit erwerbstätig
- Auszubildender
- Student
- Schüler an einer allgemeinbildenden Schule
- Fachschüler
- Freiwilliger Wehrdienst/Bundesfreiwilligendienst
- Erwerbslos
- In Elternzeit
- Hausfrau oder Hausmann
- Rentnerin oder Rentner bzw. im Ruhestand
- Weiß nicht /keine Angabe

Wie hoch ist das monatliche Netto-Einkommen Ihres Haushalts insgesamt? Gemeint ist die Summe, die nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen übrigbleibt.

- Bis unter 1.000 Euro
- 1.000 bis unter 1,500 Euro
- 1.500 bis unter 2.000 Euro
- 2.000 bis unter 3.000 Euro
- 3.000 bis unter 4.000 Euro
- 4.000 bis unter 5.000 Euro

5.000 Euro und mehr

Weiß nicht/keine Angabe

Sind Sie in der Lage, jeden Monat einen bestimmten Betrag für schlechte Zeiten zurückzulegen?

Ja	Nein	Weiß nicht
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Leben Sie ...

... in einer Großstadt	... in einer Großstadt	... in einer Mittel- oder Kleinstadt	... in einem Dorf
<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Geben Sie bitte zum Schluß die Postleitzahl Ihres Wohnortes an.

Nennung:



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

#moderndenken